

Die Vereinigung der Großschlächtereierl. G. mit der Viehverwertungs-gesellschaft.

Dem Wiener Gemeinderate wird in der nächsten Sitzung am 5. Juni der Antrag vorgelegt werden, die kürzlich getroffenen Vereinbarungen über die Umgestaltung der Allgemeinen Oesterreichischen Viehverwertungs-gesellschaft und die Liquidation der Ersten Wiener Großschlächtereierl. G. zu genehmigen. In dem vom Stadtrate gestellten Antrage wird der Wunsch ausgesprochen, daß die wirtschaftlichen Institutionen der Fleischhauergemeinschaft den beiden fusionierten Unternehmungen in zweckmäßiger Weise angegliedert werden.

Die Fusion bezweckt in der Hauptsache die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch. Zu diesem Zwecke übernimmt die Viehverwertungs-gesellschaft, die sich in eine gemeinnützige Anstalt verwandelt, die Einrichtungen und den Betrieb der zu liquidierenden Großschlächtereierl. G. Die zu ihrer großzügigen Ausgestaltung notwendigen Mittel soll aber die Viehverwertungs-gesellschaft dadurch erhalten, daß die Gemeinde Wien und die Länderbank mit ihrem Liquidationserlös aus der Großschlächtereierl. G. ihr beitreten, daß das Ackerbauministerium die ihm zufließenden bisherigen und zukünftigen Ueberschüsse der Viehverwertungs-gesellschaft wiederum für Zwecke der Gesellschaft zur Verfügung stellt und die Gemeinde Wien, sei es durch Schaffung notwendiger Einrichtungen, sei es durch Beistellung der hierfür erforderlichen Mittel, weitere Beihilfe leistet. Dafür soll der Gemeinde Wien ein entsprechender Einfluß auf die Gebarung der Gesellschaft eingeräumt werden.

Nach den Vereinbarungen verpflichtete sich die Viehverwertungs-gesellschaft den Gewinnsaldo des Jahres 1915 von 4.403.575 Kronen 11 Heller, der sich durch Rückstellung einer Reserve von 2.800.000 Kronen für Zahlung der Kriegsgewinnsteuer, Erwerbsteuer samt Zuschlägen für das Jahr 1915 auf 1.603.575 Kronen 11 Heller verringert, einem Konto des Ackerbauministeriums gutzuschreiben, welches darüber nach seinem Ermessen disponieren kann. Die Gesellschaft ändert ihr Statut dahin, daß der Zweck hauptsächlich „auf die Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch und Fett“ gerichtet ist. Weitere Statutenänderungen betreffen die Ueberschüsse entsprechender Teile des Reingewinnes an das Ackerbauministerium zur Förderung gemeinnütziger Zwecke im Interesse der Viehzucht, der Viehverwertung und Ernährung der Bevölkerung, insbesondere der Stadt Wien. Das Aktienkapital wird auf 3 Millionen erhöht. Die Gesellschaft übernimmt das Fleisch- und Fettgeschäft der Großschlächtereierl. G. samt allen Ständen und Geschäftsläden zur Weiterführung, auch sämtliche Angestellte in der gleichen Funktion, die sie bisher hatten. Der Länderbank wird das Bankgeschäft unter gewissen Bedingungen überlassen. Nach der Vereinigung wird die Gesellschaft, welche „Gesellschaft für Vieh- und Fleischverkehr“ sich nennen dürfte, Fleisch an die weniger bemittelte Bevölkerung nach den Direktiven des Ackerbauministeriums, höchstens aber zum Selbstkostenpreise mit einem kleinen Regiezuschlage und jedenfalls billiger verkaufen, als der für jeden einzelnen Bezirk ermittelte durchschnittliche Verkaufspreis bei den Ständen der Fleischhauer beträgt.

Die staatliche Beihilfe.

Das Ackerbauministerium wird der Gesellschaft den Betrag von 1.603.575 Kronen 11 Heller, sowie weitere Reingewinne der folgenden Jahre als Darlehen zum Bankzinsfuß, nicht unter 3 Prozent und nicht über 6 Prozent belassen, die neuen Aktien im Nominalbetrage von 1,5 Millionen Kronen aus staatlichen Mitteln zeichnen, und außerdem 800.000 Kronen in dem Allgemeinen Reservefonds der Viehverwertungs-gesellschaft einzahlen.

Die von der Viehverwertungs-gesellschaft und der Großschlächtereierl. G. aus diesen Vereinbarungen sich ergebenden, bereits gefaßten Beschlüsse bedürfen zu ihrer Durchführung noch der Genehmigung des Gemeinderates, die nach den erwähnten Stadtratsanträgen zweifellos erfolgen wird. Der Stadtratsantrag resümiert: „Wie die Verhältnisse der Fleischapprovisionierung sich in Zukunft und insbesondere nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich derzeit auch nur mit einiger Sicherheit schwerlich vorhersehen. Die eine Erfahrung hat aber der Krieg jedenfalls gezeitigt, daß die Inlandsproduktion für den Konsum von allergrößter Bedeutung ist und daß ein möglichst einträchtiges Zusammenwirken der Produzenten und der Konsumenten beiden Teilen gleich zugute kommt. Für eine solche Zusammenfassung der beiderseitigen Interessen, für ihre möglichste Ausgleichung soll nun das geplante Uebereinkommen eine geeignete Grundlage abgeben.“

2. Apr. 1917

Die Reise nach Preßburg. Unser Mitarbeiter Ludwig Hirschfeld schreibt uns: „Als ich vor einigen Wochen in der „Neuen Freien Presse“ die hungrigen Eindrücke eines Wiener in Preßburg schilderte, ahnte ich nicht, was für Folgen dieses harmlose Entresilet haben würde. Seit dem Sonntag, an dem dieser Artikel erschien, hat mein täglicher Briefeinkauf in bedenklicher Weise zugenommen. Es sind teils transleithanische, teils zisleithanische Zuschriften. Die österreichischen Leser fragen staunend, ob denn alle diese geschilderten kulinarischen Genüsse tatsächlich in Preßburg zu finden seien. Manche wollen sogar ganz genau Quellen und Adressen wissen und erkundigen sich um die Preise der beliebtesten Lebensmittel, der Mahlzeiten und Hotelzimmer, lauter Fragen, auf die ich die Antwort leider schuldig bleiben muß. Ich habe mich bloß knappe drei Stunden in Preßburg aufgehalten und bin daher nicht in der Lage, einen Vadelex für Hamster herauszugeben. Ganz anders sind die Zuschriften aus Ungarn. Sie enthalten zumeist Proteste und Verächtigungen, und auf einer Ansichtskarte wird mir sehr energisch vorgehalten, daß ich mich zuerst in Preßburg satt gegessen habe und dann nicht einmal die ungarischen Namen der Speisen richtig schreibe. Mein Gott, auf einen Aktzent mehr oder weniger kommt's bei einer Speise wirklich nicht an, wenn nur sonst mit nichts gespart ist. Am meisten Eindruck hat aber eine temperamentvolle Zuschrift der Frau Jenny Scörlich, Präsidentin des Preßburger Hausfrauenvereins „Unitas“, auf mich gemacht. Sie ersucht dringendst, doch auch den Preßburger Hausfrauen die Quellen zu verraten, die Milch, Butter, Eier, Erbsen, Linsen, Speck, Schinken und Käse an Eintagsgäste in so ausgiebigem Maße abgeben. Ja, wenn ich die Quellen wüßte... Es ist übrigens in dem Artikel nichts Derartiges behauptet worden. Ich habe alle diese guten Dinge nur gesehen, weggetragen habe ich kein Dela. Milch zum Sauernwerden in die Auslagen gestellt? Waren es nicht innen weiß gefärbte Flaschen?“ Nein, bestimmt nicht. So viel verstehe ich auch noch als schlecht genährter Wiener, um weiße Farbe von Milch unterscheiden zu können. Es kann ja allerdings Milch gewesen sein, die aus Vergesslichkeit oder Gedankenlosigkeit sauer wurde. Und Oberskaffee nachmittags in den Kaffeehäusern? Seit dem Herbst ist der Ausschank von Kaffee von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends strengstens verboten. War das nicht ein schöner Traum?“ Nein, es war noch schönere Wirklichkeit. Ich habe diesen Kaffee sozusagen mit eigenen Augen um 2 Uhr nachmittags in einem Kaffeehaus getrunken. Die in dem Artikel geschilderten Mohn- und Nußbengel bestreitet Frau Scörlich nicht, aber sie versichert, daß es Miniaturausgaben seien, die weniger wiegen, als das dafür bezahlte Geld. Da bin ich wirklich nicht kompetent. Denn eine Portion, die in Ungarn als winzige bezeichnet wird, hält ein Wiener für riesengroß... Zum Schluß fordert mich die Dame auf, den ganzen Artikel zu widerrufen und die Schilderungen als humoristische Uebertreibungen zu deklarieren. Das kann ich beim besten Willen nicht. Es mag ja sein, daß ich mit der überreizten Phantasie mehr gesehen habe, als vorhanden ist, aber die in Preßburg konsumierten Mahlzeiten und Denaal kann ich nicht mehr dementieren, ob man's glaubt oder nicht. Es sind ganz merkwürdige Zeiten. Wenn man jetzt erzählt: „Heute habe ich mich satt gegessen“, hält man das dies- und jenseits der Leitha für eine humoristische Uebertreibung...“

Agrarische Forderungen.

Für die Kriegs- und Übergangswirtschaft.

Die Oesterreichische Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen hielt kürzlich ihre Jahrestagung ab. Reichsritter v. S o h e n b l u m erstattete den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Zentralstelle, in dem er unter anderem ausführte: Nur der agrarischen Schutzpolitik ist es zu danken, daß wir heute, abgegrenzt von jedweder auswärtigen Zufuhr und nur stiefmütterlich bedacht von Ungarn, trotzdem durchhalten werden bis an das siegreiche Ende des Weltkrieges. Leider wird dies noch immer nicht in allen Kreisen voll und ganz anerkannt. Unsere so opferwillige Landwirtschaft wird von vielen falschen Maßnahmen der Regierung gedrosselt, die keineswegs im Interesse der konsumierenden Bevölkerung liegen. Gerade in der Freiheit des landwirtschaftlichen Betriebes aber liegt die Kraft der heimischen Produzenten. Im System der Höchstpreise liegt ein schwerer Fehler, insbesondere, daß sie nicht beim Endprodukt, sondern beim Urprodukt erstellt wurden, denn so hat die konsumierende Bevölkerung keinen Nutzen hiervon, sondern sie wird geradezu geschädigt; man denke nur die ganz unverhältnismäßige Spannung zwischen dem Preise des Getreides und des Mehles, zwischen jenem des Viehes und des Fleisches. Ebenso unglücklich war die Gründung aller der kriegswirtschaftlichen Zentralen: sie alle haben Fiasco gemacht, und unsere Forderung ist vollberechtigt, daß sie nach Friedensschluß ehestens aufgelöst werden, der freie Verkehr aber in allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter möglichst unmittelbarer Verbindung des Erzeugers und Verbrauchers wiederhergestellt wird.

Reichsritter v. S o h e n b l u m beantragte eine Reihe von Entschlüssen, in denen zunächst das Festhalten an dem Zoll- und handelspolitischen Programm der Agrarischen Zentralstelle betont und eine möglichste Berücksichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen auch im Übergangsstadium zur Friedenswirtschaft gefordert wird. Die Vollversammlung erklärt, daß sämtliche kriegswirtschaftlichen Zentralen den an sie geknüpften Erwartungen nicht entsprochen haben, und fordert daher nach Friedensschluß deren sofortige Auflösung und die Wiederherstellung des freien Marktverkehrs für sämtliche land- und forstwirtschaftlichen Produkte. Die Vollversammlung fordert weiter entsprechende Maßnahmen zur Erhaltung des österreichischen Bauernstandes als sicherste Grundfesten des Staates, darunter einen zielbewußten Schutz unserer Viehbestände vor der Verleumdungsgefahr aus dem Ausland; eine den Interessen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft entsprechende Transporttarifpolitik, ferner die volle Berücksichtigung der Interessen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Ausgleich mit Ungarn, die Lösung der schon lange brennenden landwirtschaftlichen Dienstboten- und Arbeiterfrage und Maßnahmen zur Bekämpfung der Landflucht; die Vollversammlung fordert im Sinne dieser Beschlüsse die Schaffung eines land- und forstwirtschaftlichen Generalkommissariats für die Kriegs- und Übergangswirtschaft im Ackerbauministerium, konform mit dem im Handelsministerium ins Leben gerufenen Generalkommissariat für Handel und Industrie. Die von Reichsritter v. S o h e n b l u m beantragten Entschlüsse fanden sodann einstimmige Annahme.

Die Lebensmittelversorgung.

In Berlin werden gegen Abschnitt 24 vom 4. bis einschließlich 17. Juni drei Eier abgegeben. Vom 4. Juni (Montag) bis zum 12. Juni (Dienstag) d. J. findet eine Neuanmeldung zur Butterkundenliste in den 7 Groß-Berliner Städten und den zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden 24 Gemeinden (Gutsbezirken) des Teltower Kreises statt. Fristversäumnis hat Ausschluß vom Speisefettbezug für mehrere Monate zur Folge. Die neuen Kundenlisten gelten erst vom 18. Juni ab. Laut Entscheidung des Kriegsernährungsamts dürfen Gerichte aus dem Fleische der vom Berliner Magistrat verkauften holländischen zahmen Kaninchen auch Dienstags und Freitags verabsolgt werden. Die Knappheit der Vorräte an Kaffee-Ersatz-Mitteln zwingt, den Beginn der neuen Verteilung auf einen späteren, als ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt hinauszuschieben. Der Beirat für die Regelung des Verkehrs mit Kaffee-Ersatz-Mitteln, der unter dem Vorsitz Berlins die behördlichen Maßnahmen einheitlich für ganz Groß-Berlin mit Einschluß der beiden Kreise Teltow und Nieder-Barnim trifft, hat jetzt folgende Bestimmungen für die zweite Verteilung festgesetzt: Die Frist für die Abgabe des neuen Bestellabschnitts wird in allen beteiligten Kommunen gleichmäßig am Montag, 4. Juni, der Verkauf der Ware erst am 26. Juni beginnen. Die näheren Bestimmungen werden am Montag an den Anschlagbäumen bekanntgegeben. Unter anderem ist beschlossen, daß jeder Inhaber einer Kaffee-Ersatz-Karte Anspruch auf Ware hat, die nicht mehr als 30 Pf. für das $\frac{1}{2}$ Pfund kostet.

In Schöneberg werden gegen Abschnitt 24 vom Montag an 3 Eier verteilt. Ferner $\frac{1}{4}$ Pfd. Zucker, 1 Brieschen Süßstoff gegen Abschnitt 29, $\frac{1}{4}$ Pfd. Haserfabrikate gegen Abschnitt 27, 400 Gr. Graupen gegen Abschnitt 28, 250 Gr. Teigwaren gegen Abschnitt 7 und 2 Dosen holländische kondensierte Milch gegen Abschnitt 8. Voranmeldung für Graupen, Teigwaren und kondensierte Milch bis 5. Juni. Die Ausgabe von $3\frac{1}{2}$ Pfd. Kunsthonig oder Süßfruchtmarmelade beginnt in der nächsten Woche und dauert etwa 14 Tage. Die Ausgabe der $2\frac{1}{2}$ Pfd. Einmachezucker geschieht in der zweiten Hälfte des Monats Juni. Gegen Abschnitt 3 der Kaffeekarte Voranmeldung für $\frac{1}{2}$ Pfd. Kaffee-Ersatz. Der Verkauf von Räucherwaren in den durch Anschläge kenntlich gemachten Geschäften.

In Neukölln werden verabsolgt 375 Gr. Zucker gegen Abschnitt 21, $\frac{1}{2}$ Kilogr. Gemüsekonserven für Familien mit 1 bis 4 Personen. Gegen Abschnitt 25 vom 4. bis einschließlich 17. Juni: 3 Eier, gegen Abschnitt 22: 270 Gr. Sirup, gegen Abschnitt 20: $\frac{1}{4}$ Pfd. Hasergrütze oder Hasermehl; Sauerkohl, Keks und Marmeladen ohne Marken, gegen Abschnitt 20: $\frac{1}{4}$ Pfd. lose Suppen; Fisch- und Räucherwaren je nach Zufuhr ohne Marken.

Die Reichskalorienkarte.

Kritische Bemerkungen eines Physiologen.

Wir erhalten von geschätzter Seite folgende Zuschrift: Die in dem Artikel „Die Reichskalorienkarte“ in Nr. 168 vom 12. April 1917 ausgesprochene günstige Beurteilung des Vorschlages von F. Köhler kann nicht ohne Widerspruch gelassen werden. Zunächst muß die Klassifizierung der Nahrungsmittel nach ihrem Verwertungs- und physiologischen und hygienischen Gesichtspunkte aus als eine recht unvollkommene bezeichnet werden, da für den effektiven Nährwert nicht so sehr der Bruttokaloriengehalt, als vielmehr die Ausnützungsgröße entscheidend ist. Diese ist aber von einer ganzen Reihe physiologischer Faktoren, auch vom jeweiligen Zustande des Verbrauchers, ebenso von der Zubereitungsweise der Nahrungsmittel zu Speisen abhängig. Dabei kommt auch in Abzug jene Energiemenge, welche auf die erforderliche mechanische Arbeit des Kau- und Verdauungsapparates zu rechnen ist. Die Ausnützungsgröße wäre ganz reinlich nur in Stoffwechselversuchen am Verbraucher selbst zu ermitteln. Als populäres Beispiel sei angeführt, daß der physikalische Brennwert des Holzes ein ganz erheblicher ist, seine physiologische Auswertungsgröße aber selbst bei feinsten Zer-

teilung z. B. in der Form des als Frühmaterial recht brauchbaren Buchenholzmehles (Haberlandt, Rubner) für den Menschen eine bescheidene ist. Kalorienähnlichkeit bedeutet also durchaus nicht Nährwertgleichheit!

Zu bedenklichen Täuschungen würde eine willkürliche Gleichsetzung dieser Begriffe führen, wollte man die für die Erhaltung des Menschen (erwachsenen Mannes) im Stoffwechselgleichgewicht erforderliche Menge von etwa 3000 Bruttokalorien (— 10% Verlust an Kot = 2700 Nettokalorien) durch beliebige, wenn nur kalorische gleichwertige Mengen beliebiger, nur überhaupt verwertbarer Stoffe herstellen. Daraufhin könnte einer auch auf den Gedanken kommen, den Alkohol mit seinem Brennwert von 7080 Kalorien per Kilo als hochwertigen Ersatz von Stärke mit 4183 oder Rohrzucker mit 3955 oder Eiweiß mit 5750 (Brutto — 1650 = 4100 Netto) heranzuziehen, zumal wenn er erfährt, daß dieser Stoff zu einem sehr erheblichen Teil (98%) wirklich verwertet wird und neue Zufuhr selbst bei bestehendem Zuckerüberschuß im Körper sofort den Zuckerverbrauch herabsetzt. Dabei würde aber übersehen, daß die Arbeit, z. B. Bergsteigen, unter Alkoholverwertung mit geringerem Nutzeffekt (Arbeitsleistung: Gesamtstoffverbrauch) also unökonomisch erfolgt, daß ferner bald die feine Abstufung im Zusammenarbeiten der Muskeln, die sogenannte Koordination, beeinträchtigt wird. Der Alkohol bedeutet eben nicht eine harmlose Energiequelle, sondern ein die Gewebe schädigendes Gift, wenn auch diesbezüglich eine gewisse natürliche Widerstandsfähigkeit und Gewöhnung nicht zu leugnen sind. Dementsprechend kehrt sich die bei geringen Dosen immerhin erfolgende Sparrung an Stickstoffverlust (bis zu 7%) bei giftig wirkenden Dosen in eine Steigerung des Stickstoffverlustes bis zu 4, ja 10% um.

Aber auch abgesehen von der hiemit bezeichneten Möglichkeit eines auf die rein kalorische Betrachtungsweise gegründeten Mißbrauches gewisser Nahrungs- und Genußmittel muß der Köhler'sche Vorschlag der Reichskalorienkarte als undurchführbar und täuschend bezeichnet werden. Würden doch bei freier Wahl in der Art der Bestreitung des zuerkannten Kalorienminimums naturgemäß die meisten Verbraucher die hochwertigen Nahrungsmittel, speziell Fett, Milch, Eier wählen, an welchen gerade der größte Mangel herrscht. In der Praxis wäre man auch dann zur Wahlbeschränkung und Rationierung genötigt — also zum gleichen Vorgehen, wie wir es heute notgedrungen anwenden. Dabei sei gerne zugegeben, daß in der behördlichen Erfassung und Bewirtschaftung auch ein Zubiel zum Schaden der meisten geschehen kann. Beispiele solcher Hyperorganisation hat — neben bewunderungswerten Schöpfungen der Wahlorganisation — Deutschland geliefert, z. B. in der vorjährigen Beschlagnahme des Obstes und vieler Gemüse, in dem Verbote selbst einer geschenksweisen Uebertragung von Nahrungsmitteln u. a.

Mangel an — Sodawasser.

In der letzten Zeit ist ein Artikel knapp geworden, von dem man es am wenigsten erwartet hätte, nämlich Sodawasser, das wohl nicht zu den unentbehrlichen, wohl aber zu den — besonders im Sommer — sehr geschätzten Bedarfsartikeln gehört. Diese Schätzung ist infolge der herrschenden Bierknappheit noch größer geworden, da jetzt in den Gasthäusern alle Gäste, die sonst Bier tranken, zu einem „Gespritzten“ ihre Zuflucht nehmen. Dies im Verein mit der andauernden Hitze und Trockenheit der letzten Wochen, die eine Steigerung des Verbrauchs zur Folge hatte, ist wohl auch die Ursache der herrschenden Knappheit.

Ebenso wie Bier, wird auch Sodawasser „über die Gasse“ schon seit einiger Zeit in vielen Gastwirtschaften nicht mehr abgegeben, da die Wirte erklären, mit den vorhandenen Vorräten kaum den Hausbedarf decken zu können. In den Kaffeehäusern ist „Soda mit Himbeer“ oft nicht zu haben, und gewöhnliches Himbeerwasser muß das beliebte Erfrischungsgetränk ersetzen.

Sorgen um den Sommeraufenthalt.

Die Anmeldungen in Wien.

Im Bureau des Landesverbandes für Fremdenverkehr wurden bis zum 31. Mai die Anmeldungen für Sommerreisen entgegengenommen, die infolge der außergewöhnlichen Verhältnisse notwendig geworden waren, um die Verpflegung der Sommerreisenden wenigstens einigermaßen sicherzustellen. Sicherlich wäre eine Dezentralisierung der Anmeldungen von großem Vorteil gewesen, aber auch so wäre — wie eine leitende Persönlichkeit im Landesverband bemerkte — eine flaggante Abwicklung der Anmeldungen durchzuführen gewesen. Das Publikum hätte sich darauf beschränken müssen, die Anmeldebogen möglichst bald abzuholen und dieselben ordnungsgemäß ausgefüllt dem Verbande per Post einzuschicken. Damit begnügte sich die Mehrzahl der Interessenten aber nicht, fast jeder einzelne wünschte irgend eine mündliche Auskunft und hatte die möglichsten und unmöglichsten Fragen zu stellen, welcher Umstand die Abwicklung natürlich bedeutend verzögerte und sehr erschwerte. Die Ausfüllung der Formulare geschah überdies in der Mehrzahl der Fälle äußerst ungenau. Der größte Teil des Publikums war sich noch nicht darüber klar, wo hin er gehen will und auch der Termin der Abreise wurde in den wenigsten Fällen genau angegeben. Es erfolgten daher vielfach Doppelanmeldungen, die die Arbeit des Landesverbandes noch sehr schwierig machen werden. Die Anzahl der sich anmeldenden Personen stieg von Tag zu Tag.

Anfangs waren es gegen 1000 Personen täglich, welche Zahl sich am 30. und 31. Mai bis auf 6000 Menschen erhöhte. Die Beamtinnen und Beamten des Landesverbandes standen daher keineswegs vor einer leichten Aufgabe. Die Gesamtzahl der angemeldeten Personen dürfte kaum wesentlich von jener Zahl abweichen, die man schätzungsweise im Landesverband angenommen hat. Es dürften gegen 150.000 Personen die Anmeldebogen ausgefüllt haben. Soweit sich die Listen gegenwärtig schon überblicken lassen, erfreuten sich in erster Linie die Heilbäder des Zuspruches der Sommerreisenden. Besonders jene Orte, deren Verpflegung das Verpflegungsministerium zugesagt hatte, waren sehr begehrt. Hierher gehören hauptsächlich die böhmischen Bäder, Marienbad, Franzensbad und Karlsbad; ferner Bad Hall, sowie insbesondere Bad Gastein. Der Landesverband hat jetzt noch die große Aufgabe vor sich, die vorliegenden Listen zu sichten und länderweise zu ordnen und erst dann wird sich ein klares Bild darüber ergeben, wieviel von den Angemeldeten eine ausreichende Verpflegung während der Sommermonate tatsächlich gewährleistet werden kann. Die Zahl jener, die in den verschiedenen Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen Aufnahme finden werden, ist natürlich stark beschränkt und steht jetzt noch nicht fest. Die Arbeiten des Landesverbandes dürften gegen die Mitte des Monats beendet sein und erst dann werden sich genauere Angaben über die Möglichkeiten des heuer den Städtlern doppelt notwendigen und doch so überaus erschwerten Sommeraufenthaltes machen lassen.

Für die Urlauber von der Front.

Man schreibt uns: Die den Besuch von Kurorten und Sommerfrischen regelnden Verordnungen sind darnach anzuhalten, die gefürchtete Doppelversorgung tatsächlich hintanhalten und sie sind darum — von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet — nur zu begrüßen. Dagegen ist es keinem Frontoffizier zu verargen, wenn er mit Unmut die Art der Durchführung dieser Verordnungen verfolgt; denn sie haben mit beneidenswertem Schwung über diesen Stand, der wie doch zugegeben werden muß — ja dem Vaterlande einigermaßen schätzenswerte Dienste leistet, vollkommen hinweggesetzt. Zum Beweise meiner Behauptung führe ich gleich ein praktisches Beispiel an: Ein Frontoffizier hat in den Monaten Juli oder August Urlaubsanspruch (bekanntlich 14 Tage und zwei bis vier Reisetage). Er will mit Frau und Kindern diesen Urlaub in einem Kurorte oder in einer Sommerfrische zubringen und unterliegt dem Zwange der Anmeldung für sich und seine Familie. Frage: Wo soll sich der Offizier abmelden? (Ich verrate dabei das Geheimnis, daß bis zum gegenwärtigen Augenblick in den Schützengräben die Meldepflicht in Verpflegungsfragen noch nicht eingeführt wurde.) Zweite, schwierigere und ernstere Frage: Für welchen Zeitpunkt soll sich der Frontoffizier in einem Kurorte oder in einer Sommerfrische anmelden?

Wer nur ein wenig Einblick in die Bewilligung von Urlaub an Frontoffizieren genommen hat, der weiß es genau, daß der auch schon für einen bestimmten Tag erteilte Urlaub sehr oft im letzten Augenblick für ungültig erklärt werden muß, da feindwärtige Einwirkungen oder aber auch Krankungen oder unvorhergesehene Abgänge in der eigenen

von den Urlaubsberechtigten unentbehrlich machen. Ueberes erfolgt die Urlaubsbewilligung oft zu einem Zeitpunkt, mit dem Tage des Urlaubsantrittes zusammenfällt und raus ergibt sich die weitere Frage: Wie bräuhle es der Frontoffizier zustande — ohne ein Gegenmeister zu sein — daß er sein Eintreffen in einem Erholungsorte rechtzeitig durchführen sollte? Und weiter; Frau und Familie eines Frontoffiziers warten auf die Mitteilung, ob der Urlaub tatsächlich erteilt wurde, um dann in den Ort zu reisen, in welchem die 14 Tage gemeinsam verbracht werden sollen. n sind aber laut dieser den Sommerfrischenverkehr regelnden Verordnungen alle gedichtet, die nicht bis zum 1. Juni 17 ihre Wünsche klipp und klar ausgesprochen haben. Erkennt man nun die Ungerechtigkeit Frontoffizieren und deren Familien gegenüber? Allerdings heißt es rasch handeln, n es steht nur mehr ein Monat zur Verfügung und selbst für den Fall der Berücksichtigung — bleibt ja den Frontoffizieren doch nur mehr das übrig, daß sie sich für sich und Familien mit den Resten abfinden, die ihnen da oder dort zugedilligt werden.

*(Von den Centralen.) Die neuen Verordnungen hinsichtlich der Auftheilung der Getreideernte sind noch nicht erschienen und dürften zufolge des Ministerwechsels eine kleine Verzögerung erfahren. Es dringt in kaufmännischen Kreisen stets mehr die Ueberzeugung durch, daß die Centralisation des Verkehrs durch Requirirung der Ernte gleich beim Drusch der zweckmäßigste Modus ist und daß auch die Regierung diesen Standpunkt anerkennen wird. Der bisherige „freie Handel“ für die Kriegsprodukten- u. s. w. würde dieser Art der „Uebernahme von requirirter Waare“ Raum geben. Die Frage, ob die Rationierung, welche auch jetzt in Kraft ist, weiter aufrecht bleibt, ist noch unentschieden, doch dürfte die diesbezügliche Entscheidung kürzest bekannt werden. Im Rahmen des Landes-Vollsernährungsamtes werden Verhandlungen gepflogen, welche die Errichtung einer Gemüse- und Obstcentrale bezwecken. Die noch zu lösenden Fragen sind die Auftheilung des ausländischen Kontingents, sowie jenes der Konservenfabriken und die Betheiligung der Produzenten. Die Einführung von Bezugskarten für Eier ist seitens der Eiercentrale nicht geplant, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß im Herbst auch diese Frage aktuell wird. Der gegenwärtige Mangel an Eiern ist vorwiegend nur darauf zurückzuführen, daß große Mengen zum Zwecke der Konservirung auch seitens Oesterreichs aufgekauft wurden und viel Waare, um nicht angemeldet werden zu müssen, versteckt wurde. Die Pflaumencentrale weist in dieser Campagne mehr keine Pflaumen an. Zwetschenmus dürfte aber noch in größeren Mengen zu Markte kommen. In der zweiten Junihälfte wird die Kaffeecentrale die „Kaffeewürfel“ in Verkehr bringen, wobei die Ration eine Erhöhung erfahren wird. Die Kaffeewürfel enthalten 20 Prozent Kaffee, ferner Zucker und Malz. Trotz der für die nächste Zeit zu erwartenden Frühkartoffel bleibt seitens der Kartoffelcentrale das Kartensystem natürlich weiter aufrecht und dürfte auch auf größere Provinzstädte ausgedehnt werden. — Schließlich ist zu melden, daß möglicherweise schon in kurzer Zeit eine Maximalsirung der Sädepreise und die Schaffung einer Sädecentrale verfügt werden wird.

Die Kosten für die Lebensmittelfarten.

In der nächsten Gemeinderatssitzung wird über eine Angelegenheit berichtet werden, die für alle Städte Oesterreichs von Wichtigkeit ist. Das Ministerium des Innern hat nämlich entschieden, daß die Gemeinde Wien für die infolge der Ausgabe von Brot-, Zucker- und Kaffeearten für ihren Verwaltungsbereich erwachsenen Kosten als mit dem übertragenen Wirkungskreis verbundenen Auslagen aus Gemeindemitteln aufzukommen habe. Dem Gemeinderat wird der Antrag vorgelegt werden, gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt — keine Behörde.)

Eine für weite Kreise beachtenswerte Entscheidung hat der Kassationshof in folgender Strassache gefällt. Ein Grundbesitzer war wegen Amtsherenbeleidigung angeklagt gewesen, weil er über wiederholtes Befragen, wieviel Getreide er habe, konsequent geantwortet hatte: „Ich weiß es nicht“ und als der Kommissär der Kriegsgetreideverkehrsanstalt dann bemerkte, er werde sich um Hilfe an seine Behörde wenden, hinzufügte: „Das macht auf mich keine Wirkung, tun Sie es nur.“ Das Kreisgericht in Königsgrätz sprach den Angeklagten frei. Gegen den Freispruch meldete die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde an, die nun vom Kassationshof abgewiesen wurde. In den Gründen der Abweisung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß der Kriegsgetreideverkehrsanstalt der Charakter einer Behörde nicht zukommt und daß daher ihre Kommissionäre auch nicht den im Gesetz vorgesehenen besonderen Schutz der Amtsgorgane genießen. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei im Gegensatz zur Futtermittelzentrale, die dem Ackerbauministerium untersteht und unmittelbar nach dessen Weisungen handelt, eine juristische Person, die als Kaufmann beim Handelsgericht in Wien protokolliert ist. Es komme ihr der Charakter einer Behörde nicht zu.

3. / VI. 1917.

72

Die neuen Lebensmittelkarten.

Nach reiflichen Erwägungen hat sich die Altonaer Lebensmittelkommission entschlossen, ein neues Kartensystem einzuführen, das in einer Anzahl Großstädte erprobt ist und sich überall aufs Beste bewährt hat. Es hat gegenüber der bisherigen Einrichtung vor allem den großen Vorzug, eine noch schärfere Kontrolle zu ermöglichen. Daran hat natürlich in erster Linie unsere Bevölkerung ein Interesse, die nicht wünschen kann, daß Lebensmittel an unrechte Stellen gelangen. Die wirklich gerechte Verteilung der Lebensmittel ist eine immer wieder und mit Recht erhobene Forderung, und soweit die Maßnahmen der Altonaer Stadtverwaltung reichen, soll alles getan werden, sie reslos durchzuführen.

Die Bevölkerung, die es im Anfang vielleicht als unbequem empfinden wird, daß sie hin und wieder an einen Zentralkpunkt — das Schulhaus an der Carl-Theodor-Straße 18 in Ottensen — geleitet wird, wird bald genug erkennen, daß die Einrichtung einer Zentralstelle eine unerläßliche Notwendigkeit und eine Vereinfachung bedeutet.

Jetzt ist es vor allem notwendig, daß sich jede Hausfrau davon überzeugt, daß die neuen Karten auch richtig ausgestellt sind. Für Reklamationen sind die Protokommissionen — nicht das Schulhaus Carl-Theodor-Straße — am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag der nächsten Woche geöffnet. Diese Reklamationen werden in einem besonderen Zimmer, nicht in der Kartenausgabestelle erledigt.

Die grüne Warenbezugskarte, die in diesen Tagen durch die Händler ausgegeben worden ist, kommt jetzt vornehmlich für die Milchentnahme in Betracht. Die neue Warenbezugskarte, die in der nächsten Woche mit der Brotkarte zusammen abgegeben wird, wird die ursprüngliche Bedeutung als Hilfskarte wieder erhalten. Die Hausfrauen werden schon bemerkt haben, daß für Mühlenfabrikate, Teigwaren usw. besondere Karten ausgegeben worden sind. Es ist durchaus unzulässig, wenn Händler jetzt einen Druck in der Weise auszuüben suchen, daß sie an die Herausgabe der Warenbezugskarte die Bedingung knüpfen, daß irgendwelche andere Waren bei ihnen entnommen werden müssen. Jeder einzelne hat die freie Wahl, sich für diesen oder jenen Händler zu entschließen.

Die Brotkarten kommen erst in der nächsten Woche zur Ausgabe. Dann muß sich der einzelne Haushalt für einen bestimmten Bäcker oder Brothändler entscheiden. Bisher war es jedem freigestellt, seinen Brotbedarf in diesem oder jenem Laden zu decken. Das wird nun anders. Aber man wird verstehen, daß auch diese Neuordnung ihre Vorzüge hat insofern, als sie die Kontrolle erleichtert und die ausreichende Brotversorgung gewährleistet. Fälle von Brotknappheit, wie sie sich in den Wintermonaten gelegentlich an einzelnen Stellen bemerkbar machten, werden so aufs glücklichste vermieden.

Das Einheitsmenü in den Gastwirtschaften.

In der im Volksernährungsamt in der letzten Zeit viel erörterten Frage der Einführung eines Einheitsmenüs in den Gastwirtschaften wurde der Reichsverband der Hoteliers und Gastwirte eingeladen, sein Gutachten abzugeben. Nach Erstattung desselben wird an die weitere Vereinfachung der Speisefolge in den Gastwirtschaften geschritten werden. Schon vor zwei Jahren hat die Vorstehung der Wiener Gastwirtegenossenschaft dem Handelsministerium ein ähnliches Gutachten erstattet, das jetzt revidiert und den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen angepasst werden soll. Ueber die Einführung der Kontrolle des Fleisch-

verbrauches nach den vom Volksernährungsamt in der letzten Rahmenverordnung vorgezeichneten Wegen finden in den einzelnen Ländern noch immer Beratungen statt. An zuständiger Stelle mutmaßt man, daß man im Laufe des Monats Juli die Drosselung des Fleischübergusses im Wege der Fleischbezugsbewilligungen allgemein durchführen wird. Die in Interessentenkreisen aufgetauchte Nachricht, daß die Gelscher in der Folge verhalten werden sollen, lediglich Einheitswurst zu erzeugen, wird von maßgebender Seite bestritten.

Anmeldeverlängerung für den Sommeraufenthalt.

Erfreulich ist in der vielbesprochenen Frage des diesjährigen Sommeraufenthaltes zu berichten: eine Fristverlängerung für die Anmeldung, d. h. jene organisatorische Behandlung der Sommerfrischenfrage, die man bis zum 1. d. vermisste. Es wird nun eine weitere Anmeldung ermöglicht, und zwar in folgender Weise: Personen, die vom 15. Juli an sich auf Sommerfrische begeben wollen, müssen ihre Meldung bis 15. Juni erstatten; der Meldungsstermin jener, die erst vom 1. August an ihre Sommerfrische beziehen können, erstreckt sich bis längstens 30. Juni. Es ist also ein Spielraum von einem Monat geschaffen, der in Verbindung mit der Zweiteilung der Anmeldefrist den Bedürfnissen schon mehr gerecht wird, als es bis vor einigen Tagen der Fall war.

Wir sind immer für das Recht auf Sommerfrische, das in diesen Zeiten mehr als sonst gewahrt werden müßte, eingetreten und haben die Unzulänglichkeit der für den abgelaufenen Anmeldestermin erlassenen Maßregeln erkannt. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Fristerstreckung und organisatorische Neuordnung der Anmeldung. Die Anmeldestelle des Landesverbandes für Fremdenverkehr will in der üblichen Weise weitere Anmeldungen entgegennehmen. So hätte also doch noch die Einsicht über bis vor kurzem unüberwindlich erscheinende Hindernisse gesiegt, und viele, die nicht in der Lage waren, sich bis zum 1. Juni zu entschließen, können den Sommer nun doch noch zu ihrer Erholung benützen. Vielen wird zwar auch bei der jetzigen Anlage der Verfügung die Möglichkeit eines Sommeraufenthaltes fehlen, da sie sich einen Monat vorher nur in wenigen Fällen zur Sommerfrische entschließen können — wie z. B. auf Urlaub im Juli heimkehrende Offiziere — aber es ist nun immerhin ein Vorteil geboten, welcher der Allgemeinheit zugute kommt. Das Equitablepalais wird also wieder das Ziel aller Lustthunrigen und Erholungsbedürftigen sein.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Als das Amt für Volksernährung die Verfügung traf, daß Sommeraufenthalte angemeldet werden müssen, um die Versorgung, die gerade in den Monaten vor der Ernte am schwersten durchzuführen ist, tunlichst sicherzustellen, sah es sich gezwungen, die Anmeldefrist kurz zu bemessen. Man hatte zuerst auch gehofft, in den magistratischen Bezirksämtern einen umfangreichen Apparat zur Entgegennahme und Verarbeitung der Anzeigen zur Verfügung zu haben. Denn mit der einfachen Vormerkung ist noch nicht alles getan. Die große Arbeit, die das Publikum nicht sieht, beginnt erst mit der Sichtung der vielen Tausende von Anmeldungen. Besonders wichtig ist hierbei die Sichtung der angemeldeten Sommergäste nach ihren ständigen Aufenthaltsorten — Wien, Prag usw. — die es ermöglicht, frei werdende Lebensmittel statt an den bisherigen Wohnort in den Sommeraufenthalt zuzuschicken und eine Doppelversorgung zu verhindern. Für eine solche Fülle von Arbeit ist der Monat Juni bei der sonstigen Ueberlastung der politischen Behörden eine außerordentlich kurze Frist. Ueberhäufung mit Arbeit und Per-

sonalmangel veranlaßten auch den Wiener Magistrat, die Entgegennahme der Anmeldungen dem Landesverbande für Fremdenverkehr zu übertragen, der sich hiezu in dankenswerter Weise erbötig gemacht hat. Das hatte aber die Folge, daß alle Anmeldungen nur an einer einzigen Stelle erstattet werden konnten und daß auch hier das leidige Anstellen unvernünftig wurde. Allgemein wurde die Kürze der Meldungsfrist als besonders unangenehm empfunden. Viele Familien waren im Mai noch gar nicht in der Lage, sich über den Sommeraufenthalt zu entscheiden. Besonders in Kreisen der Verrenten, die vielfach noch nicht wissen, wann sie ihre Urlaube antreten können, fühlte man sich durch die neue Einführung benachteiligt. Das Amt für Volksernährung hat nun verfügt, daß Personen, die ihren Sommeraufenthalt nicht vor dem 15. Juli antreten wollen, die bezügliche Anzeige noch bis längstens 15. Juni, Personen, die erst ab 1. August eine Sommerfrische aufsuchen wollen, die Anmeldung bis 30. Juni erstatten können. Die Behörden, denen dadurch freilich eine neue Erschwerung ihrer Arbeit erwächst, werden ein eigenes Verfahren mit Nachtragsverzeichnissen durchzuführen haben. Die Anmeldung des Sommerfrischenbesuches erfolgt in der bisher üblichen Form.

Einer, der durch die Erfahrung gelernt hat.

Unter den Wiener Liberalen nimmt der Großkaufmann Kommerzialrat Julius Meinel eine hervorragende Stelle ein. Wiederholt stand bei Wahlen die Frage seiner Aufstellung als Kandidat in Erwägung, und wenn wir nicht irren, erschien er auch sogar gelegentlich auf der liberalen Kandidatenliste. Die Verbraucherorganisationen und -blätter blickten zu ihm beinahe mit gleicher Verehrung auf, wie zum Kommerzialrat Brotfabrikanten Mendl. Und so kam der letztere in die Futtermittel-, der erstere in die Kaffeezentrale... Um so bemerkenswerter erscheint, wie Kommerzialrat Meinel nach dreijähriger Erfahrung in der Kriegswirtschaft über die letztere schreibt (Nr. 131 der „Reichenberger Ztg.“); man liest da:

Jeder Einsichtige, der sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit Kriegsbeginn eingehend beschäftigte, jede Phase aufmerksam beobachtete und sich seine eigenen Gedanken machte, der mußte unbedingt, ob er wollte oder nicht, zur Erkenntnis kommen, daß die von Preußen übernommene Zwangsbewirtschaftung aller Artikel, aller Produktionen auf die Dauer nicht zu halten ist, daß das System vollkommen Bankrott gemacht hat. In Deutschland reißt man dies bereits und die maßgebendsten Leute sagen dies ganz offen; nur wissen sie noch nicht, wie sie aus der Misere herauskommen sollen. Wir, die wir immer nachhinken, können uns rühmen, Leute zu haben, die heute noch, nach den traurigen Erfahrungen, eine weitere Ausdehnung und Ausgestaltung dieser Zwangsbewirtschaftung verlangen. Täglich werden die Versorgungserhältnisse schwieriger, und zwar nicht etwa, weil unser Land nicht imstande wäre, uns zu ernähren — das Gegenteil ist der Fall, wir müßten bei der heutigen Verbrauchsbeschränkung Ueberschuß haben — sondern weil die Produktion auf allen Gebieten zurückgegangen ist und ferner, weil infolge der bürokratischen Zwangsbewirtschaftung eine Unmenge der notwendigen Nahrungsmittel zugrunde ging... In Amerika sind die Getreidepreise auf das Vierfache der Friedenspreise gestiegen. Bei uns in Oesterreich kostet heute Getreide ungefähr den fünften Teil von dem Preis amerikanischen Getreides in New-York. Der Bauer bekommt mit Hinblick auf die entwertete Valuta, auf die Preiserhöhung aller übrigen Bedarfsartikel sowie auf die erhöhten Arbeitslöhne für sein Getreide, für seine Kartoffeln und dergleichen weniger als in Friedenszeiten. Und da will man die Preise abbauen!... Wir sehen das alte Spiel der Demagogie: Das Volk schreit nach Brot; man lenkt es von der Tatsache ab, daß durch die unglückselige Wirtschaft das Brot rar geworden ist und gibt ihm billige Preise, aber natürlich kein Brot. Wenn wir uns heute retten wollen, müssen wir alles tun, um

die Produktion auf allen Gebieten zu heben... Die Weltpreise für Weizen sind in der letzten Zeit neuerlich gestiegen. In New-York notierte z. B. roter Winterweizen umgerechnet nach aller gesetzlicher Parität 56 Kr. per 100 Kilogramm, das macht auf Grund der heutigen Valutanotierungen ungefähr 125 Kr. ab New-York. Dieser Weizen kommt daher, nach England gestellt, auf circa 150 Kr. bis 160 Kr. Aber im Verhältnis zu den erhöhten Weizenpreisen sind die Löhne gestiegen. Bei uns in Oesterreich wird dem Bauer, der in Friedenszeiten ungefähr 20 Kr. per 100 Kilogramm Getreide erhielt, dieses jetzt im Krieg um 30 Kr. entwerteter Valuta abgedrückt. Während der städtische Arbeiter heute vielfach das Drei- und Vierfache seines früheren Lohnes erhält — und mit Recht, man gönnt es ihm — verlangt man vom Bauer, er soll für sein Getreide, für seine Kartoffeln und dergleichen weniger nehmen als in Friedenszeiten und sich für die Differenz durch patriotische Gefühle schadlos halten. Ähnliches gilt beim Handel und bei der Industrie.

Es ist kein Agrarier, sondern ein Wiener Kaufmann und Verbraucherpolitiker, kein Christlichsozialer, sondern ein angesehener Liberaler, der so spricht, allerdings einer, der den Mut hatte, „sich seine eigenen Gedanken zu machen“ und auf diese Weise ganz naturgemäß zu Ansichten kam, die in der „Reichspost“ von jeher zum Schmerz und Aerger der gewissen Händler- und Demagogenpresse vertreten wurden. Die Presse der Kriegsverdiener und Kettenhändler, sie ist ja dazu angestellt, wird fortfahren, die Produzenten für wirtschaftliche Mißstände verantwortlich zu machen, wie z. B. das Scharfsche Börseaner-Montagsblatt, das erst gestern u. a. schrieb: „Die herrschende Teuerung ist in erster Linie auf die Preistreiberei der Agrarier zurückzuführen, während die Verteuerung der Industrieartikel nur eine lästige Folge der wachsenden Unerschwinglichkeit der Bodenprodukte ist“... Die Bauern arbeiten mit 500 bis 1000 % Gewinn“ usw. Kein Wunder, daß die nämliche jüdische Kettenhändlerpresse im Bewußtsein ihrer nichtswürdigen Verleumder- und Geharheit gegen die christliche Produzentenschaft ein wenig beunruhigt ist und, wie gestern das genannte Montagsblatt, „schon jetzt Judenheken nach Kriegsabschluß“ vorausahnt. Das böse Gewissen sieht ja immer das Schreckbild verdienter Strafen, wie der babylonische König das Menetekel an der Wand.

* Der moderne Tauschhandel. Wie sehr der Tauschhandel im dritten Kriegsjahr wieder in Übung kommt, zeigt folgende Meldung aus Bilsin: Wiederholt wurde die Wahrnehmung gemacht, daß auf einem hiesigen Schachte die Fuhrleute aus der tschechischen Gegend von Kostic, die Kohle holten, vor anderen Fuhrwerken einen Vorzug genießen und sofort abgefertigt werden. In der vergangenen Woche wurde das Rätsel gelöst. Es wurde beobachtet, daß einer der Fuhrleute als Tauschmittel einen Sack mit neun großen Broten, ein anderer einen Sack Erbsen zu 30 Heller für das Kilo, ein weiterer Mehl und so weiter den Angestellten übergab. — In den „M. N.“ war jüngst zu lesen: „Obacht! Eine junge, gut gemästete Gans wird gegen ein gut erhaltenes Kostüm, Größe 44, zu tauschen gesucht. Anträge unter usw.“ Man sieht, der Tauschhandel, der in Wien schon längere Zeit in vollem Schwange steht, besteht auch anderwärts.

Die Approbationierung im Kriege.

Der Übergang zur Friedenswirtschaft hinsichtlich des Getreideverkehrs.

Ueber dieses Thema hielt Professor Dr. Karl Hoffmeister am 23. Mai im großen Saale der Niederösterreichischen Handelskammer im Zentralverbande der österreichischen Getreidehändler einen Vortrag, welchem auch Minister v. Höfer beiwohnte. Der Vortragende führte folgendes aus:

Die größte Aufgabe, die zufolge des Weltkrieges an uns herantritt, besteht nicht in der militärischen und wirtschaftlichen Bestreitung des Krieges selbst, sondern in den nach dem Kriege sich ergebenden Problemen, unter all denen wieder die Rückkehr zur Friedenswirtschaft voransteht. Allein schon über dieses Ziel selbst herrscht völlige Unklarheit. Wie soll diese Friedenswirtschaft aussehen? Soll sie die alte freie Wirtschaft sein, oder soll sie eine Fortsetzung und Ausbaugang all der heutigen zwangsweisen Organisationen von Monopolen und Zentralen darstellen? Auch in wirtschaftlichen Dingen gibt es eine Kriegspsychose, die nur allzu leicht von einem Extrem ins andere stürzt: war vor dem Kriege stets nur die Angst vor Überproduktionskrise vorhanden, die Furcht vor dem Zuviel, so gibt es heute nur mehr die Furcht vor dem Zuwenig; und nicht nur etwa überzeugte Sozialisten, sondern auch weite Kreise von bürgerlichen Elementen denken heute nur mehr

an einen staatssozialistischen Aufbau der Friedenswirtschaft, an staatliche Getreidevorratswirtschaft und Getreidemonopol, wenigstens in Konsequenz dieser Regelung über kurz oder lang auch unausweichlich der agrarische Produktionszwang folgen müßte, ein Problem, das selbst den Berufssozialisten stets als das aller schwierigste und gefährlichste erschienen ist.

Aber noch mehr: diese staatliche Monopolwirtschaft setzt die staatliche Preistage voraus. Wird aber der Getreidepreis zwangsweise staatlich festgesetzt, dann kann sich — wie wir heute schon an den himmelschreienden Preisanstiegen sehen — auch keine einzige andere freie Preisbildung mehr halten, und es müßte unbedingt für alle wichtigeren Artikel des täglichen großen Tauschverkehrs alsbald dieselbe monopolistische Produktions- und Absatzregelung dazutreten. Das hieße aber, den uns ohnehin schwer genug fallenden Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Krieg absichtlich noch weiter dadurch erschweren, daß wir diesen Wiederaufbau noch dazu nach einem ganz neuen, noch gar nicht erprobten Bauplan durchführen wollten, anstatt das altgewohnte Gebäude wiederherzustellen, dessen Vorzüge und Mängel wir wenigstens bereits genau kennen. Wollen wir also nicht riskieren, durch gefährliche Experimente die ohnehin schon so sehr geschwächte Wirtschaftskraft ganz zu erlöten, so dürfen wir heute keine utopisch-phantastischen Ziele verfolgen, sondern froh sein, wenn wir nur wieder dorthin kommen, wo wir bereits waren. Und wenn es heute fast zum gesägten Wort geworden ist: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen seiner Zeit nicht versteht, dann sollten nach der weisen Lehre, die wirklich dieses Wort beinhaltet, alle zur Entscheidung Mitberufenen sich fragen, wie denn der heute mit Orkan Gewalt entfesselte demokratische Freiheitsdrang aller Völker und Völkerschichten sich damit vereinbaren ließe, daß man gerade dort, wo es am allerfühlsbarsten wäre, im Wirtschaftsleben, jede Freiheit ersticken wollte. Was würden diejenigen, die durch drei Jahre die Freiheit des Vaterlandes erkämpften, dazu sagen, wenn sie, in ihre bürgerlichen Berufe zurückkehrend, dort weniger Freiheit fänden, als sie je gehabt haben?

Es kann daher nur ein Ziel geben: Zurück zur wirtschaftlichen Freiheit! Damit soll nicht gesagt sein, daß all die Freiheitsbeschränkungen im Kriege selbst etwa unnütz gewesen wären. Außerordentliche Zeiten verlangen auch außerordentliche Maßnahmen. Und wollte man nicht der Preistreibeerei zu geradezu organisierten Betätigungen Vorschub leisten, dann mußte man eben eingreifen. Ueber die in dieser Not entstandenen monopolistischen Zentralen wird meist recht abfällig geurteilt. Natürlich haben sie Fehler gemacht. Allein solche gigantische Organisationen von nie dagewesener Größe und nie dagewesenen Aufgaben, die unter ebenfalls noch nie dagewesenen Zeit- und Schwierigkeiten zu arbeiten beginnen mußten, konnten doch nicht ohne Kinderkrankheiten bleiben. Sie hätten solche wohl auch durchgemacht, wenn sie in normalen Friedenszeiten mit aller Sorgfalt und monatelangen Vorbereitungen ins Leben gerufen worden wären. Ein einziges Moment ist vielleicht beklagenswert: daß man erst in allerletzter Zeit solche Organisationen in größerem Maße auf die naturgemäß hierfür in Betracht kommenden Berufsschichten aufbaute, auf den legitimen, berufsmäßigen Handel mit den betreffenden Artikeln. Ist das beim Aufbau unterblieben, so könnte es wenigstens beim Abbau eingeholt werden, ja es ist überhaupt der Abbau praktisch gar nicht anders vorstellbar als durch Händler-syndikate, die den legitimen Handel der betreffenden Branche zusammenfassen und zuerst noch mit gebundenen Ein- und Verkaufspreisen arbeiten. Die freie Preisbildung könnte dann wieder eintreten, wenn ein genügendes Angebot aus Importen die Gefahr von Preissteigerungen ausschließt. Jedenfalls müssen wir alle besten und tüchtigsten Kräfte zusammenfassen und an den richtigen Ort stellen, um nicht nur der ersten großen Aufgabe gewachsen zu sein, den Krieg günstig zu beenden, sondern um auch der zweiten, noch schwereren Aufgabe zu genügen: nach dem Kriege wieder in möglichst kurzer Zeit wirtschaftlich emporzukommen.

5./VI. 1917

18

(Bodenentschuldung und Agrarreformen nach dem Kriege.) Der vom Landwirtschaftsrat in Angelegenheit der Frage der Bodenentschuldung eingesetzte Ausschuss hat unter Vorsitz des Obmannes Professor Dr. v. Gorski im Landwirtschaftsministerium Ende Mai mehrere Sitzungen abgehalten, in denen der im Jahre 1911 von der Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf betreffend die Belehnung des mittleren landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit Rücksicht auf die durch die kriegerischen Ereignisse geänderten Verhältnisse eingehend durchberaten wurde. In diesen Sitzungen wurde einstimmig die Notwendigkeit anerkannt, diese Angelegenheit raschestens einer sachgemäßen Erledigung zuzuführen, weil die Ansicht, als ob die während des Krieges erfolgten Schuldensabahlungen zu einer Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes bereits geführt hätten, leider nicht zutrefte. Alle Mitglieder des Ausschusses kamen vielmehr zu der Ueberzeugung, daß nach Schluß des Krieges infolge der Notwendigkeit der Wiederanschaffung des Inventars, der Wiederherstellung der Baulichkeiten sowie der Ertragsfähigkeit des Bodens und ihrer notwendigen möglichststen Steigerung der Kreditbedarf in der Landwirtschaft einen außerordentlichen Umfang annehmen dürfte, wofür heute noch in keiner Weise vorgesorgt ist. Die seither eingetretenen Änderungen auf wirtschaftlichem Gebiete haben das Wesen der Sache nicht berührt, so daß die Grundprinzipien des Gesetzentwurfes keiner grundsätzlichen Änderung bedürfen. Im einzelnen wurde auf Antrag des Referenten des Ausschusses Hofrat Professor Dr. v. Schullern und des Korreferenten Regierungsrat von Gattinger eine Reihe von Abänderungen in Antrag gestellt und angenommen. Schließlich wurde allgemein betont, daß eine Organisation des Kredits, und zwar insbesondere des gemeinwirtschaftlichen Kredits, die Voraussetzung für die Wirksamkeit des neuen Kreditrechtes bildet. Auch wurde der Zusammenhang der Kreditfrage mit allen Problemen der agrarrechtlichen Reformen besprochen und hierbei auf die Notwendigkeit der Einführung des bäuerlichen Erbrechtes in allen Ländern und Landesteilen, in denen die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, weiter auf die Regelung des Ausgedinges, die Förderung der Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Besitzung sowie insbesondere auf die Notwendigkeit der Schaffung von Rentengütern hingewiesen. In diesen Ausschusssitzungen sind auch die vom Vorsitzenden Professor v. Gorski vorgeschlagenen Anträge zur Annahme gelangt.

Keine Zusendung von Lebensmitteln ins Feld.

Das Kriegsministerium hat folgenden Erlaß an die Militärkommandos hinausgegeben: Die Zivilbevölkerung des Hinterlandes ist gezwungen, mit den Lebensmittelvorräten sehr hauszuhalten; sehr empfindlich ist für die Städter die Knappheit an Fleisch, Butter, Fett, Wurst, Speck und anderen Nahrungsmitteln, und zwar nicht allein infolge der durch die Wirtschaftszustände des Krieges bewirkten Steigerung der Einkaufspreise, sondern hauptsächlich deshalb, weil diese Artikel überhaupt nicht in größerer Menge vorhanden sind. Demgegenüber sind die Soldaten im Feld alle hinreichend versorgt. Das Interesse des Staates und der Bevölkerung erfordert daher gebieterisch, daß die ohnehin knappen Vorräte der Städte nicht durch Lebensmittelzusendungen ins Feld noch weiter geschmälert werden, daß ferner die Landbevölkerung ihren Lebensmittelüberschuß in die Städte verkaufe, anstatt ihn ihren im Felde stehenden Angehörigen zu schicken, die seiner nicht bedürfen. Hierüber haben die Kommandos der Ersatzkörper die Mannschaften während der Ausbildung, besonders aber vor dem Abgang ins Feld zu belehren und durch Rat und Aufklärung darauf hinzuwirken, daß die Mannschaften selbst vom Felde aus ihre Angehörigen von Lebensmittelzusendungen an die Front abhalten. Die Mannschaften sind weiter zu einer sparsamen und genügsamen Lebensweise anzuhalten und darüber zu belehren, daß durch ihre Genügsamkeit ersparte Lebensmittelmengen ihren Familien daheim zufließen können.

Sammeltransport rationierter Lebensmittel in die Sommerfrischen.

Das Amt für Volksernährung sucht den Wünschen der Bevölkerung in der Sommerfrischenfrage nach Kräften entgegenzukommen. Einerseits wurden die Termine für die Anmeldungen, wie gestern berichtet wurde, wesentlich hinausgeschoben, andererseits wurde ein Sammeltransport für Lebensmittel vorbereitet, der vielen Familien sehr zustatten kommen dürfte. Es werden eigene Bescheinigungen ausgestellt werden, auf Grund deren Lebensmittel, die hier auf Grund der Rationierung bezogen werden und bei denen eine Umrationierung nur schwer durchführbar wäre, von Wien aus in gewissen Reittabschnitten den betreffenden Familien in die Sommerfrischen ausgestellt werden können. Näheres über die Organisation dieser Transporte wird noch rechtzeitig verlautbart werden.

Das nächtliche Anstellen.

In Agram hatten sich die Leute um Bohnen und Kartoffeln die ganze Nacht angestellt. Nun wurde am Gellacicplatz eine Kundgebung angeschlagen, derzufolge jedes Anstellen vor 6 Uhr früh verboten ist. Eine halbe Stunde nach dieser Zeit, also um 7.7 Uhr, beginnt die Approvisionierung mit dem Verkauf von Bohnen eventuell Kartoffeln. — Wenn sich das Anstellen einfach durch ein Verbot beseitigen ließe, dann möchte man auch in Wien schon im Interesse der Volksgesundheit, das immer mehr überhandnehmende, Mächte hindurch dauernde Anstellen, zumal von Kindern, nach dem Agramer Muster abgeschafft sehen. Aber die Menschen stellen sich — von Ausnahmen, die es auch hier gibt, abgesehen — nicht zu ihrem Vergnügen, sondern aus bitterem Zwang an. Das Anstellen ist die unvermeidliche Begleiterscheinung der Knappheit und noch mehr der mangelhaften Verkaufsorganisation für knapp gewordene

Waren, die alle nach dem Muster verkauft werden sollten, wie zuletzt die Kartoffeln verkauft wurden: in gleichen Mengen pro Kopf (nicht pro Haushalt, was zu schreienden Ungerechtigkeiten führt!) und nach den Anfangsbuchstaben der Mehlliste schichtenweise abwechselnd. Dringend notwendig wäre eine solche Regelung der Verkaufsweise beim Fett, aber auch bei anderen knapp gewordenen und heiß begehrten Fleischwaren, z. B. Innereien, Kriegswürsten, 8-kr. Rindfleisch, bei Eiern, kurz bei ausnahmslos allen Waren, bei denen die Nachfrage das Angebot übersteigt. Freilich würde dann die Protektionswirtschaft, die von manchen Verkäufern noch immer beliebt wird, von selbst ein Ende nehmen und das vorhandene Wenige würde auf alle gleichmäßig verteilt werden.

Die Approvisionnement im Kriege.

Aktionen des Ernährungsamtes.

Vom Ernährungsamte ist, wie schon mitgeteilt wurde, der Anmeldesternin für den Besuch von Sommerfrischen bis zum 15. d. verlängert worden. Nun wurde eine weitere Erleichterung durch die Verfügung getroffen, daß die Lebensmittel jener Sommerfrischler, die sich nicht umrahonieren lassen, mittels Sammeltransportbescheinigungen in die betreffenden Sommerfrischen gebracht werden. Parteien, welche von dieser Erleichterung Gebrauch machen wollen, haben sich bei den betreffenden Brotkommissionen zu melden.

Die amtliche Meldung, daß in diesem Jahre für die häusliche Obstverwertung keine Zuckerzusatzkarten ausgegeben werden, ist in der Öffentlichkeit unangenehm bemerkt und vielfach kritisiert worden. Im Vorjahre sind bekanntlich den Familien für Einsiedezwecke 5 Kilogramm Zucker zur Verfügung gestellt worden. Von kompetenter Stelle wird nun die diesjährige Einschränkung mit der Notwendigkeit einer Schonung der Zuckerbestände begründet, da einerseits die Anforderungen trotz aller Maßregeln immerfort gestiegen sind, anderseits infolge der Schwierigkeiten der Kohlenversorgung große Mengen von Rohzucker noch nicht raffiniert werden konnten und es daher nicht ausgeschlossen erscheint, daß bis zum Herbst die erforderliche Menge weißen Zuckers nicht vorhanden wäre. Wenn von den sechs Millionen Haushaltungen in Österreich fünf Millionen die Zuckerzusatzkarte von 5 Kilogramm in Anspruch nehmen, würden 25 Millionen Kilogramm oder 2500 Waggons Zucker erforderlich sein, ein Quantum, welches dem Zuckerbedarf der gesamten Bevölkerung für einen Monat entspricht und das unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu entbehren sei. Ueberdies habe die Erfahrung gelehrt, daß die Mehrheit der Haushalte diesen Zucker nicht für Einsiedezwecke verwende und bei der häuslichen Obstkonfervierung unökonomisch vorgegangen werde. Es soll jedoch dafür gesorgt werden, daß der Bevölkerung durch die betreffenden gewerblichen Betriebe relativ billige Marmeladen zur Verfügung gestellt werden. Diese Industrien werden unter der Kontrolle der „Geos“ arbeiten und vorzuschreibende Höchstpreise einhalten müssen, Preise, die es auch Minderbemittelten ermöglichen sollen, dieses Nahrungsmittel zu verwenden. In bestimmten Fällen wird auch ländlichen Obstbauvereinen ein bestimmtes Kontingent von Zucker überwiesen werden zur Verwertung solcher Obstsorten, die wegen leichter Verderblichkeit einen längeren Bahntransport nicht vertragen. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß ohne Verwendung von Zucker durch Trocknen in den Haushalten manche Obstsorten der Konfervierung zugeführt werden können.

Was die Kartoffelversorgung betrifft, ist für Wien eine kleine Erleichterung insofern eingetreten, als in der laufenden Woche 48 Waggons zur Verfügung gestellt werden können. Günstiges

Wetter vorausgesetzt, werden aus Ungarn, und zwar schon in ganz kurzer Zeit, große Quantitäten Frühkartoffeln geliefert werden. Die Verteilung von Fleisch an Minderbemittelte geht zunächst noch in der bisherigen provisorischen Art weiter, wird aber bald definitive Formen annehmen, da die Gemeinde Wien die Vorarbeiten behufs Feststellung des Standes der Minderbemittelten abgeschlossen hat; danach würden 506.000 Wiener anspruchsberechtigt sein. Man denkt an die Ausgabe von Bezugsscheinen, womit die Betroffenen zum Bezuge des billigen Fleisches sich als legitimiert erweisen werden. Der Bezugspreis wird nach wie vor 3 K. 60 H. pro Kilogramm betragen; eine Familie von drei Personen wird $\frac{1}{4}$, eine Familie von 4 und mehr Personen 1 Kilogramm pro Woche beziehen dürfen. Auf dieser Basis soll die Aktion bis zur neuen Ernte fortgeführt werden; dann allerdings, wenn andere Nahrungsmittel vorhanden sind, dürfte der Bezug des billigen Fleisches wegen der Notwendigkeit einer Schonung des Viehstandes für einige Zeit eingestellt werden.

7. VII. 1917.

23

Reiseverkehr und Lebensmittelversorgung.

Von zuständiger Stelle erfahren wir: In letzter Zeit werden von Reisenden, besonders von solchen, deren Reisen sich nur über eine kurze Zeitdauer mit häufigem Ortswechsel erstrecken, andauernd Beschwerden darüber erhoben, daß sie fast keine Möglichkeit haben, sich ausreichend ernähren zu können. Derartige Klagen müssen von vornherein als übertrieben bezeichnet werden. Der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen bringt naturgemäß manche Unbequemlichkeit mit sich, zumal im Reiseverkehr. Für Reisen von wenigen Tagen Dauer ist es naturgemäß für die Behörden unmöglich, die Versorgung des Reisenden an jedem einzelnen Orte zu regeln. Der Umtausch der gewöhnlichen Brotmarken in Reisebrotmarken, der augenblicklich, z. B. in Groß-Berlin, noch auf gewisse Schwierigkeiten stößt, wird in allernächster Zeit einheitlich geordnet werden. Im übrigen hat der Reisende an Hand der ihm zugeteilten Lebensmittelkarten sehr wohl die Möglichkeit, sich für die Dauer kurzer Reisen dadurch ausreichend zu versorgen, daß er sich auf Grund seiner Lebensmittelkarten in seinem Heimort mit den nötigen Lebensmitteln versieht und diese mit sich führt. Ohne weiteres ist dies mit Brot und Fett möglich. Im Notfall wird er aber auch seine Kartoffelration mit sich führen müssen. Die Fleischversorgung regelt sich ja bekanntlich durch die Reichsfleischkarte von selbst. Für Reisen, welche länger als 14 Tage dauern, ist die Lebensmittelversorgung auf Grund der bekannten neuen Anweisungen des Kriegsernährungsamtes in die Wege geleitet. Daß die Einführung der einheitlichen Abmelde Scheine von den Kommunalverbänden — zumal in der heutigen Zeit bei dem starken Arbeiter- und Papiermangel — noch nicht überall durchgeführt werden konnte, ist durchaus verständlich, jedoch ist Vorsorge getroffen, daß spätestens am 15. Juni die Durchführung überall erfolgt ist, so daß von diesem Zeitpunkt ab auf Grund der Abmelde Scheine der Reisende am Besuchsorte die örtlichen Lebensmittelkarten erhalten muß. Abmelde Scheine können jedoch grundsätzlich nur dann verabsolgt werden, wenn die Reisedauer mindestens 14 Tage beträgt. Im übrigen sind den Reisenden durch die jetzt überall reichlich vorhandenen Fisch- und Gemüsezufuhren völlig ausreichende Ernährungsmöglichkeiten geboten.

* [Die Approvisionierung Salzburgs.] Von einer hochgeschätzten Persönlichkeit Salzburgs erhalten wir die folgenden Ausführungen, denen wir gern Raum geben: „Gestatten Sie einer Salzburger Hausfrau, ihren Wiener Leidensgenossinnen zur Ergänzung des humorvollen Pfingstbriefes von Exzellenz Dr. St. Hra! ein Bild unseres täglichen Lebens zu entwerfen und zu zeigen, daß wir uns gegenseitig nicht zu beneiden haben. Leider kann diese Schilderung sich an Boesje und Humor mit jener nicht messen, da trotz der wunderschönen Lage der Stadt und der künstlerischen Leistungen des Mozarteums die Verpflegungsverhältnisse hier weit ungünstiger sind als in anderen Städten, wie Linz, Innsbruck usw. Am 1. d. überraschten uns die Zeitungen mit der Nachricht, daß nächste Woche eine brotlose sein wird, und in einer anderen harmlos scheinenden Notiz wird gemeldet, daß bis auf weiteres auch der Verkauf von Eiern eingestellt wird. Schrieben wir den 1. April, so könnte man meinen, es sei ein unpassender schlechter Witz; aber daß im Juni ein vollständiger Eiermangel nicht eintreten kann, müßte doch selbst maßgebenden Kreisen für Volksernährung einleuchten. Nun wird der Bevölkerung auch der bescheidene Einkauf von einem Ei wöchentlich für die Person eingestellt. Die Mehlration ist in Salzburg schon seit vielen Wochen auf $\frac{1}{2}$ Kilogramm gekürzt, und die Kartoffelversorgung hat seit Januar aufgehört, ohne daß irgendein Ersatz dafür geboten worden wäre. Fische sind für gewöhnliche Menschen nie zu bekommen, nur auf den Speisefarten der Hotels sind sie immer zu finden und wahrscheinlich in einzelnen bevorzugten Privathaushaltungen. Die Bevölkerung wird von Woche zu Woche knapper gehalten und die Hotels rüsten zum Empfang der Sommergäste! Die Kohlenversorgung der Stadt steht unter den denkbar ungünstigsten Zeichen. Alle Kohlenhändler erklären, daß sie gar keine Kohlen bekommen. Wie soll sich die Stadt für den Winter versorgen, wenn im Sommer nichts geliefert wird? Die arme Bevölkerung kann im Sommer nicht vorkaufen; darum sollte jetzt schon dem wucherischen Treiben vorgebaut werden, und es sollten Kohlenarten eingeführt werden, damit diejenigen, die Raum und Mittel besitzen, im Sommer sich versorgen können und dadurch den Minderbemittelten im Winter der Bezug gesichert wird. Im Winter ist es unmöglich, alle gleichzeitig zu versorgen, da die Arbeitskräfte nicht vorhanden sind. Diesen wenig heiteren Salzburger Nachrichten fehlt glücklicherweise auch der Sonnenblick nicht. Seine Exzellenz der Landespräsident Schmitt-Gastliger ist, wie ebenfalls die Zeitung vom 1. Juni meldet, mit dem Ehrenzeichen erster Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration ausgezeichnet worden.“

7./VI. 1917.

Das Durchhalten gesichert.Konferenz der Oberpräsidenten im
Ministerium des Innern.

Die preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten waren gestern unter dem Vorstehe des Ministers des Innern im Ministerium des Innern versammelt. An den Beratungen nahmen außerdem teil der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister und Vertreter aller preussischen Ressorts, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der Präsident des Kriegsernährungsamtes, der Staatskommissar für die Volksernährung sowie Vertreter sämtlicher mit Aufgaben der Volksernährung betrauter Dienststellen. Nach eingehenden informatorischen Ausführungen des Ministers des Innern über die innerpolitische Lage, des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes über die Fragen der Auswärtigen Politik, trat die Versammlung in die Besprechung der Volksernährungsfragen ein, sowie der Aufgaben, die für den Rest des laufenden Erntejahres zu erfüllen sind, und der Neuordnung des Erntejahres 1917-18. Bei rückhaltloser Aussprache über den Ernst der Lage ergab sich unter Berücksichtigung aller bestehenden Ernährungsmöglichkeiten die vollkommene Sicherheit des Durchhaltens für den Rest dieses Erntejahres und für die neue Wirtschaftsperiode bis zum siegreichen Frieden.

8./VII. 1917.

26

Verfälschte Nahrungsmittel.

Es ist kein Wunder, daß in einer Zeit, in der sich die verschiedensten Elemente auf die Herstellung von Lebensmitteln sowie den Verkehr mit solchen warfen, die Verhältnisse in der Verteilung der Lebensmittel anwuchsen. Welch ungeheurer Umfang ist von den sogenannten Erfindern mit dem Wort „Erkämpfung“ getrieben worden. Allmählich erst gelang es, sie einzubringen und bis auf einen verhältnismäßig geringen Umfang zu beschränken. Im Verlauf des Krieges ergab sich vor allem die Notwendigkeit, die einschlägige Friedensgesetzgebung auszubauen. Es ist schon seit langem als ein Mangel unseres Nahrungsmittelgesetzes erkannt worden, daß es nur denjenigen mit Strafe bedroht, der Nahrungsmittel und Genussmittel zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr nachmacht oder verfälscht und der wissenschaftlich Nahrungsmittel, die verdorben, nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschönerung dieses Umstandes oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feil hält. Das Nachmachen fest aber, wie Prof. Dr. Dörner auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Nahrungsmittelhersteller ausführte, voraus, daß ein Nahrungsmittel oder Genussmittel besteht, dem ein fraglicher Gegenstand zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr nachgemacht ist. Wenn jemand reines Mohnöl als Olivenöl in den Handel bringt, so kann er auf Grund des bestehenden Nahrungsmittelgesetzes nicht bestraft werden, denn das Mohnöl wird nicht zu dem Zwecke hergestellt, um im Handel als Olivenöl zu erscheinen. Anders dagegen liegt die Sache, wenn er nur einige Prozent Mohnöl einem Olivenöl beigemischt hat; dann kann er wegen Nahrungsmittelverfälschung bestraft werden.

Der Krieg machte die Erweiterung dieses Gesetzes zur dringenden Notwendigkeit. Unter den zahlreichen Kriegsverordnungen ist daher keine im Interesse der Nahrungsmittelkontrolle mehr zu begrüßen, als die Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni 1916 gegen die irreführende Bezeichnung der Nahrungsmittel und Genussmittel, die mit dem 8. Juli 1916 in Kraft getreten ist. Der § 1 dieser Verordnung bedroht mit Strafe denjenigen, der Nahrungsmittel oder Genussmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung oder Angabe anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt. Es kommen hier in Frage die Mineralöle als Dieselöl, Buttererfatz und Salatsiererfatz. Durch die Verwendung von Mineralölen als Dieselöl wurden bereits Erkrankungen festgestellt. Die Buttererfatzmittel enthalten manchmal etwas Fett und bestanden im übrigen aus edelsten Rohstoffen von hohem Nährwert, nämlich aus Stärkekleister. Da sie der Butter ähnlich sind, sind sie zur Täuschung geeignet. Wohl kann Margarine ein Ersatzmittel für Butter sein, nicht aber Stärkekleister. Die Salatsiererfatzmittel befinden meist aus gefärbten Pflanzenerfatsen, Stärkekleister oder Gelatine, denen ein Konservierungsmittel zugefügt war. Erst ist durch eine Verordnung der Verkauf von Butter- und Schweinefleischverfälschung verboten. Es ist nur bedauerlich, daß Salatsiererfatz nicht auch von ihr erfasst wurden.

Neuerdings kommen nach Prof. Wehliken Milchpulver als Buttererfatz in den Handel, doch sind solche Milchpulver irreführend bezeichnet. Prof. Dörner teilt mit, daß er Butterproben mit 40 v. H. Wassergehalt festgestellt habe, und daß es sehr wünschenswert wäre, wenn bei den Sammelstellen der Wassergehalt der eingekauften Butter mehr überwacht würde.

Ueber Fleisch und Eiererfatz sprach Prof. Dörner. Bei zubereitetem Fleisch stimmten häufig die Deklarationen auf der Karte nicht mit dem tatsächlich gelieferten überein. Bei Fleisch in Gallerte sei meist das Fleisch das wenigste. Eine Fleischpatate bestand aus Muschelfleisch. Ein Fleischerfatzmittel „Fleischso“ war im Wesentlichen ein Mehlkörper, Würste und Kochsalz. „Ossena-Erfrat“ gelierte wurde als Wurstaustrich oder Aufschnitt bezeichnet; ein „Ossena-Erfrat“ enthält 85 v. H. Wasser und war. Ossena-Erfrat, mit Agar bid gemacht. Zu Fleischwürsten wurde vielfach das Fleisch der Wiesmühle verarbeitet, „prima Protasische“ bestehend hauptsächlich aus Mägen und Gewürzen. Fleischerfatz wie Ossena und Planitor enthielten Krebstückchen der Sojabohne. Bei den Wollkomwurzeln gab hauptsächlich der Kochsalzgehalt Anlaß zu Beanstandungen. Bei Eiern herrscht schon Unstimmigkeit darüber, was als Tafel-Ei angesehen wäre. Die sogenannten Ei-Erfratzmittel sind meist keine, sondern dürfen höchsten als Ei-Erfratzmittel bezeichnet werden. Prof. Dörner erklärte die Frage: „Was ist unter Erfratz zu verstehen?“ Wenn jemand, der gewohnt gewesen ist, Wein zu trinken, in der Kriegszeit diesen Wein durch Wasser ersetzt, so ist deshalb das Wasser noch kein Erfratz für Wein. Als Erfratz kann nur etwas gelten, was ähnlichen Wert hat, wie der zu ersetzende Gegenstand, und was auch geeignet ist, an seine Stelle gesetzt zu werden. So kann als Fleischerfratz etwa ein Geflügelersatz angesehen werden. Wegen dieser Schwärze helfen nur die Warnungen in der Tagespresse und der Konzeptionszwang für die Herstellung von Erfratzmitteln.

Ueber Milch sprach Dr. Grünhut und betonte, daß unter Milch im Verkehr stets Vollmilch zu verstehen sei. Es seien also Bezeichnungen wie Doppelmilch, Kaffeemilch mit Sahne, Zusatz u. a. als unzulässig anzusehen. Es gelange ferner Rahm in Flaschen sterilisiert in den Handel mit einem Fettgehalt von 9 bis 10 v. H. Was unter 10 v. H. Fettgehalt habe, sei aber nicht als Rahm anzusehen. Ferner muß darauf geachtet werden, daß, wenn auf den ersten Zehnengaben über den Fettgehalt gemacht werden, diese auch innerhalb der analytischen Fehlergrenzen richtig sein müssen. Ferner sei es als irreführend anzusehen, Mischungen von Casein und Zucker als Trockenmilch zu bezeichnen. Bei Mischungen von Casein und Zucker auf die umfassende Verordnung vom 20. Oktober; in dieser sind sämtliche Inhaltsstoffe aufgeführt und auch der Fettgehalt in der Trockenmasse angegeben. Alles, was diesen Normen nicht entspricht, ist als „irreführend“ bezeichnet anzusehen. Eipflauer Käse wurde aus Karkass (1), Karkass aus Karkass hergestellt, dänischer Gervais war ein gelblicher Misch. Es sind daher an Auslandskäse die gleichen Forderungen zu stellen, wie

an Inlandskäse. Schwierigkeiten entstehen auch dadurch, daß nicht festgelegt ist, was Weichkäse ist. Unter Karkass ist nur ein Weichkäse zu verstehen.

Das Gebiet des Mehles und Brotes ist verhältnismäßig am besten geregelt. Kartoffelmehl enthält anfänglich sich Schalen, doch ist dies besser geworden. Maigena-Mehlmehl erweist sich als gemahlener Mais. Auch für Backpulver sind die verschiedenen Erfratzmittel wie saure Calciumphosphate, Natriumbiphosphat, Glaubersalz, Alaun in den Handel gekommen. Es entsteht hier die Frage der Gesundheitsgefährlichkeit, doch erscheint dies ganze Gebiet noch nicht recht geklärt. Bei den mehligartigen Erfratzmitteln wie Kuddingpulvern und Suppenmehlen zeigt sich neuerdings das Bestreben, billige Waren dadurch zu verteuern, daß man sie in kleinen Mengen in Papierbeutel füllt. Man erhält dann etwa 15 Gramm Roggenmehl mit einigen Gramm Kochsalz für 10 bis 15 Pfennige. Ob hier eine Täuschung vorliegt, ist recht zweifelhaft und gegen die Preissteigerung ist oben sehr schwer anzukämpfen. Sonstige pflanzliche Nahrungsmittel besprach Prof. Dörner. Von Kaffee und Tee ist nicht weiter viel zu erwähnen; es ist bedauerlich, daß durch die Verbodungen in das Gebiet der Kaffeemischungen wieder Unklarheit getragen wurde. Die sogenannten Kaffeetablietten haben zur Zeit ziemlich abgewirtschaftet. Der Teehandel scheint frei von Verfälschungen zu sein, beim Kakao spielen die Kakaoalkalolen eine wesentliche Rolle. Bei der Fruchtzubereitung mit Saccharin ist es nicht ganz unbedenklich, wenn die Kakaoalkalolen das Saccharin in der Menge Wasser lösen, die der Menge bei Zuckerzusatz entspricht. Ueber alkoholisches Getränk sprach Prof. Dr. Grünhut. Er wies darauf hin, daß die Mischungen, die sich hier anfänglich zeigten, auf dem Gebiet der Liebesgabenindustrie lagen.

Wie alle die hier aufgeführten Mischungen zeigen, sind wir von einer vollkommen schwebenden wackelnden Lage mit Mischungen gegen die Schädigung bietet aber außer der Aufklärungsarbeit der Presse noch die Selbsthilfe, deren einfaches und wirksamstes Mittel darin besteht, daß derart verfälschte Waren vom Publikum einfach zurückgewiesen werden. E. W.

8.7.1917

29

Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher in Böhmen.

Zur Bekämpfung der immer mehr um sich greifenden Preistreiberei hat die Prager Polizeidirektion, ähnlich wie in Wien, eine eigene „Dienststelle zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers in Böhmen“ errichtet. Sie fordert die Bevölkerung auf, durch Namhaftmachung jeden Falles von Preistreiberei das Unternehmen wirksam zu unterstützen und von der geschaffenen Einrichtung ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt. Beschlagnahme und Höchstpreis des Bienenhonigs.

Aus Imkerkreisen Schleswig-Holsteins wird uns geschrieben:

Die Anordnung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, nach der jeder Imker, der Zucker zur Bienenfütterung bezieht, seine Honigerzeugnisse nach näherer Bestimmung der Reichszuckerstelle zu einem noch festzusetzenden Preise abzuliefern verpflichtet sein sollte, hat viele Bedenken erregt, ja, in einigen Fällen haben sogar Imker auf den Bezug von Zucker verzichtet, weil sie nach dem Wortlaut der Bestimmung in dem Glauben waren, ihre gesamte Ernte abliefern zu müssen, also auch für den eigenen Bedarf nichts behalten zu dürfen. Die Beunruhigung, die die Bestimmung in Imkerkreisen hervorgerufen hat, insbesondere die Besorgnis, daß der Imker seine gesamte Ernte abliefern müssen, hat das Kriegsernährungsamt zu der Erklärung veranlaßt, daß ein so weit gehender Eingriff nicht beabsichtigt sei. Es kann sich, so heißt es in dem Erlaß der Reichszuckerstelle, „nur darum handeln, erforderlichenfalls die Mengen zu erfassen, zu deren Veräußerung der Imker bereit ist. Auch dies wird nur so weit in Erwägung zu ziehen sein, wie es erforderlich ist, um zu verhindern, daß der Honig Gegenstand der Spekulation und Preistreiberei wird. Die Imker können auch, soweit sie zur Abgabe des Honigs angehalten werden sollten, damit rechnen, daß sie einen angemessenen Preis erhalten.“ Nach dieser Einschränkung können unseres Erachtens die Imkerverbände, wie in früheren Jahren, angemessene Preise festsetzen, und der einzelne Imker kann ruhigen Gewissens an seine Kunden zu diesen Preisen verlaufen, denn unter solchen Verhältnissen liegt Spekulation und Preistreiberei nicht vor, und für die Reichszuckerstelle besteht also keine Veranlassung, die Imker zur Abgabe des Honigs anzuhalten.“ Gegen die Beschlagnahme des Honigs hat selbst der Herr Landwirtschaftsminister Bedenken geltend gemacht, so daß nicht anzunehmen ist, daß eine Ablieferung der Honigerzeugnisse angeordnet wird. Hoffentlich klärt sich die Angelegenheit noch so weit, daß der Imker weiß, was er darf und soll.

Die überaus große Nachfrage nach Honig hat einen stetig wachsenden Preis zur Folge gehabt, der nicht selten zu einem Wucherpreis ausgeartet ist. Hier einen Damm zu setzen, soll die Wirkung von Höchstpreisen sein. Die im vorigen Jahre festgesetzten Preise, nach denen das Pfund Schleuderhonig mit 2,50 bis 3 Mark bewertet wurde, sind heute nicht mehr haltbar, weil die Preise aller Bedarfsartikel für Bienenzucht gestiegen sind. Auch der Preis für Wachs ist bedeutend höher als im Vorjahre, der Geldwert ist gefallen und der Wert der Arbeit gestiegen. Die am 30. Mai in Neumünster tagende Vertreterversammlung des Landesverbandes für Bienenzucht in Schleswig-Holstein hat infolgedessen auch beschlossen, den Höchstpreis für Schleuder- und Lechhonig auf drei Mark und den für Scheibenhonig auf drei bis vier Mark das Pfund festzusetzen. Die Preise sollen für den Verkauf durch den Erzeuger an den Verbraucher ohne Gefäß gelten. In den übrigen Landes- teilen wird man den gleichen Höchstpreis festsetzen.

Gemeinschädliche Gasthauspreise. Heute schon hat der „Abend“ Gelegenheit auf ein Gasthaus aufmerksam zu machen, welches, ohne ein Zusammenkunftsort der Reichsten zu sein, gemeinschädliche Preise aufweist. Es liegt uns eine Speisekarte von H. Karl Schöners Gasthaus (vom Besitzer wird es natürlich Restaurant genannt) „Goldene Krone“ in der Stiftgasse vor. In dieser finden sich folgende Preise: Gulasch K 3, Braten K 4 bis K 5.50, bei Geflügel sind die Preise nicht ausgewiesen, Spinat K 1.50, Rothsalat K 2, ferner — was besonders zu Betrachtungen herausfordert — Spargel mit Butter K 7, Radieschen mit Butter K 2.50. Täglich stellen sich Tausende Menschen an, um ein Stückchen Butter oder Fett zu erhaschen, in der „Goldenen Krone“ aber gibt es jederzeit Butter!

Eine sachliche Stimme über das Einheitsmenü.

Der Direktor der gewerblichen Fachschulen der Gastwirte, Regierungsrat Seß, hatte die Liebenswürdigkeit, einem unserer Mitarbeiter über die beabsichtigte Reform der Gasthausverköstigung folgendes mitzuteilen:

„Schon vor längerer Zeit haben die Vertreter der Wiener Gastwirtschaft dem Handelsministerium den Vorschlag unterbreitet, Kriegsmenüs von einem Eintopfgericht aufwärts bis zu einem vollständigen Menü, bestehend aus Suppe, Vorspeise, Fleisch, Gemüse und Nachspeise, je nach dem Range des betreffenden Restaurants, abzugeben. Sie traten dafür ein, daß eine Zentralküche geschaffen werde, wo man gegen die Abgabe einer entsprechenden Anzahl von Mehl-, Zucker- und Fettarten ein wöchentliches Speisemenüabonnement lösen könne. Dieser Zentralküche hätten dann die in Frage kommenden Zentralküchen für die abgegebenen Abschnitte die darauf entfallenden Quoten der staatlich bewirtschafteten Artikel zur Verteilung an die Gastwirtschaften liefern sollen. Einerseits wäre dadurch den Gastwirtschaften die Lebensmittelbeschaffung erleichtert worden, andererseits würden die Gastwirte dadurch auch in die Lage versetzt worden sein, die zum Höchstpreis erworbenen Artikel zu einem billigeren Speisenpreis abzugeben, als es jetzt der Fall ist, wo in bezug auf die Warenbeschaffung für die Gastwirtschaften direkt anarchische Zustände vorherrschen. Den Gastwirten und den Gästen wäre bei der Annahme der seinerzeitigen Vorschläge doppelt gedient gewesen und eine Doppelversorgung der Gäste wäre entfallen. Hätte einem rationierten Gast die Küche eines gewählten Lokals nicht gepaßt, so wäre ihm die Möglichkeit offen gestanden, nach Abschluß des Wochenabonnements es mit einer anderen Küche zu versuchen.“

Was die beabsichtigte Einführung eines Einheitsmenüs anlangt, so könne es wohl nicht gut im Sinne des Wortes dahin aufgefaßt werden, daß jeder Gast dasselbe essen müsse. Denn wie käme beispielsweise heute ein größerer Wirt in die Lage, seinen Gästen an einem Rindfleischtag 300 bis 400 Portionen

Rindfleisch zu bieten. Im dem Sinne wäre die Festlegung der Einheitlichkeit der Speisen genau so eine Verschwendung, wie sie sich in der letzten Zeit in einer Wiener Gemeinschaftsküche ereignet hat. Dort gab es eines Tages auch nur ein Einheitsgericht: Spinat mit Ei. Da man aber annahm, daß ein Frequentant mit einem Ei nicht satt werden könne, gab man jedem Gaste drei Eier und verbrauchte, da die Küche 1000 Teilnehmer zählt, an einem Tage 3000 Eier. Man wird die Speisenfolge in den Gastwirtschaften so einschränken müssen, daß jeder Gast bei einem einfachen Mahl, bestehend aus den notwendigsten Gängen, halbwegs auf seine Rechnung kommt.

Wenn man die Wirte in die Lage versetzt, die für die Küchenbewirtschaftung notwendigen Artikel zu den tatsächlichen Höchst- oder Niedrigpreisen erwerben zu können, dann werden sie auch wieder in der Lage sein, die Speisen zu normalen Preisen zu verabfolgen. Unter den gegenwärtigen Marktverhältnissen ist dies aber ausgeschlossen, da es vorkommt, daß selbst humanitäre Auspreisaktionen gezwungen sind, die über das Maß der ihnen zugewiesenen Lebensmittel hinaus erforderlichen Artikel, die sie zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt benötigen, zu wahren Phantasiepreisen zu erwerben, trotzdem manche davon auch an Höchst- und Niedrigpreise gebunden sind.“

Bekanntmachung

über

**Abgabe von Kartoffeln, Brot, Mehl,
Suppenmasse, zuderhaltigen Aufstrichmitteln,
Fleisch und Eiern.****1. Abgabe von Kartoffeln.****§ 1.**

In der Stadt Hamburg dürfen in der Zeit von Sonnabend, dem 9. Juni, bis Freitag, dem 15. Juni 1917, einschließlich auf die für die Woche vom 9. bis 15. Juni gültige Kartoffelkarte $1\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden, und zwar dürfen vom 9. bis 12. Juni auf den Tagesabschnitt a und einen halben Tagesabschnitt b insgesamt $\frac{1}{2}$ Pfund, vom 13. bis 15. Juni auf die andere Hälfte des Tagesabschnittes b und auf den Tagesabschnitt c die restlichen $\frac{1}{2}$ Pfund bezogen werden. Die Abschnitte d bis g dürfen bei den Kleinhändlern nicht zum Anlauf von Kartoffeln verwendet werden. Sie sind jedoch zur Entnahme von Kartoffeln und Kartoffelspeisen in den Wirtschaften, Kriegsküchen usw. gültig, und zwar berechtigt jeder Tagesabschnitt zur Entnahme von $\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln.

§ 2.

Auf die Zusatzkartoffelkarte dürfen in der Woche vom 9. bis 15. Juni 1917 einschließlich höchstens 3 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden, und zwar auf jeden der 6 Tagesabschnitte $\frac{1}{2}$ Pfund und auf jeden halben Abschnitt $\frac{1}{4}$ Pfund.

Mit der Abgabe darf nicht vor Montag, dem 11. Juni 1917, begonnen werden, es sei denn, daß der Händler Vorrat hat. Von Montag bis Dienstag einschließlich dürfen auf jede Zusatzkartoffelkarte höchstens $1\frac{1}{2}$ Pfund abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte a, b und c. Mit der Abgabe und Entnahme der restlichen $1\frac{1}{2}$ Pfund auf die Abschnitte d, e und f darf erst am Mittwoch, dem 13. Juni, begonnen werden.

§ 3.

Auf jede Schifferkarte und auf jede Reichslebensmittelskarte für Flottenbesitzer dürfen nicht mehr als je 5 Pfund abgegeben und entnommen werden.

§ 4.

Gemeinnützige und öffentliche Anstalten und Einrichtungen können für die ausfallenden Kartoffeln beim Kriegsverorgungsamt, Abteilung Mehl, die Zuteilung von Brot unter Vorbringung einer Bescheinigung der Kartoffelstelle über die Versorgung mit Kartoffeln beantragen.

2. Abgabe von Brot und Mehl.**§ 5.**

Auf jeden Abschnitt der allgemeinen Brotkarten einschließlich der 5 Sonderabschnitte v, w, x, y, z dürfen 40 Gramm Brot, auf die Mehlabchnitte und die 5 Sonderabschnitte statt Brot je 30 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden.

Von Mittwoch, dem 13. Juni 1917, dürfen als Ersatz für die verminderte Kartoffelabgabe auf die Abschnitte d, e, f und g der für die Woche vom 9. bis 15. Juni gültigen Kartoffelkarte je 160 Gramm, mithin insgesamt 640 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.

3. Abgabe von Suppenmasse.**§ 6.**

Von Sonnabend, dem 9. Juni, dürfen auf den Abschnitt Mühlenfabrikate der für die Woche vom 9. bis 15. Juni gültigen Warenbezugskarte 100 Gramm Suppenmasse abgegeben und entnommen werden.

Der Preis wird festgesetzt wie folgt:

100 Gramm	13 Pfg.
200 "	26 "
300 "	39 "
400 "	52 "
500 "	65 "

4. Abgabe von Marmelade und Kriegsmus.**§ 7.**

Vom Sonnabend, dem 9. Juni, ab darf Marmelade und Kriegsmus ohne Beschränkung auf eine bestimmte Menge abgegeben und entnommen werden, ohne daß der Marmelade-Abschnitt einzuliefern oder zu entnehmen ist. Vor der Abgabe sind die Kundennummern vorzulegen. Die Marmelade oder das Kriegsmus darf nur von demjenigen Kleinhändler bezogen werden, bei dem der Kunde in die Marmelade-Kundenliste eingetragen ist.

Die Preise sind wie folgt festgesetzt:

Auslandsmarmelade 1.80 Mark für 500 Gramm Reingewicht,
Süßfruchtmarmelade 0.90 Mark für 500 Gramm Reingewicht,
Kriegsmus 0.60 Mark für 500 Gramm Reingewicht.

5. Abgabe von Fleisch.**§ 8.**

Für die Abgabe von Fleisch in der Woche vom 9. bis 15. Juni 1917 gelten die Vorschriften des § 9 der Bekanntmachung über Abgabe von Kartoffeln, Brot usw. vom 1. Juni 1917.

6. Abgabe von Eiern.**§ 9.**

In der Woche vom 9. bis 15. Juni d. J. darf auf den Eierabschnitt 5 ein Ei bezogen und abgegeben werden.

Da so viel Eier abgegeben werden, daß der gesamte Bedarf Hamburgs in der Woche vom 9. bis 15. Juni d. J. befriedigt werden kann, hat der Abschnitt 5 nur in dieser Woche, nicht später mehr Gültigkeit.

Außer auf den „C“-Abschnitt Nr. 5 darf auch auf den „B“-Abschnitt Nr. 5 in dieser Woche ein Kindei bezogen werden.

7. Strafbestimmungen.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Hamburg, den 8. Juni 1917.

Hamburgisches Kriegsverorgungsamt.

Die Lebensmittelversorgung in Deutschland.

StR. Tomola über seine Eindrücke in Deutschland.

Der politische Bezirksverein Währing veranstaltete dieser Tage in Vods Gasthaus, 18. Bez., Gymnasiumstraße 6, eine glänzend besuchte Versammlung. Unter den Anwesenden sah man Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein, StR. Tomola, W. Baumann, W. St. Gorak, die Gemeinderäte Brenta, Sanderek, Kerner und Dr. Stich, Schriftleiter Dr. Rumpf, kais. Rat Zellner, fast sämtliche Bezirksräte von Währing und zahlreiche Armen- und Ortschulräte. Nach Eröffnungs- und Begrüßungsworten des Regierungsrates Wbg. Rulhane, Erstattung des Kassa- und Rechenschaftsberichtes und Neuwahl der Vereinsleitung hielt Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein eine längere Rede über „Die allgemeine Lage“, über die wir bereits in Nr. 255 vom 5. Juni berichteten.

Als zweiter Redner sprach hierauf StR. Tomola, der eben von einer Reise aus Deutschland zurückgekehrt war, über die Verhältnisse in Deutschland. Er führte u. a. aus: Die Frage, die Sie zuerst an mich stellen werden, lautet wahrscheinlich: Wie steht es mit der Verpflegung in Berlin? Da muß ich vor allem feststellen, daß die Erscheinung des täglichen Anstellens, wie sie bei uns üblich ist, in Berlin fast gänzlich fehlt. Denn in Berlin sind nahezu alle Bedarfsartikel rationiert, so daß das Anstellen durchaus überflüssig ist. Die Portionen, die auf jeden einzelnen entfallen, sind äußerst bescheiden; die Proportion beträgt z. B. in Berlin 170 Gramm pro Tag und Kopf, also um ungefähr 40 Gramm kleiner als bei uns. Fleisch wird wöchentlich mit 500 Gramm pro Kopf bemessen, ein Viertelfilo davon kostet Mk. 1.25 bis 1.80 (Kr. 2.— bis 2.80), während das zweite Viertelfilo um zirka 35 Pf. (55 Heller) billiger ist. Die Differenz wird, ähnlich wie bei uns, aus einem Fonds von 80 Millionen Mark bezahlt, die zum Beschaffen billiger Volksnahrung gewidmet wurden. Die gesamte Fleischversorgung liegt in den Händen der Gemeinden und die Fleischhauer sind tatsächlich nichts anderes als die Verschleißer des Fleisches. Schweinefleisch ist ebenso wie bei uns selten. Die Versorgung mit Eiern ist in Berlin selbst schwach und unzulänglich. Es kommen auf den Kopf pro Woche nur zwei Stück. In Treptow dagegen, eine Art Vorstadt von Berlin, entfallen sieben Stück in der Woche auf jeden Bewohner. Der Preis der Eier stellt sich auf 31 Pfennig (48 Heller) pro Stück. Der Mangel an Bier ist in Berlin ebenso empfindlich wie bei uns. Es wird nur einmal im Tage, und zwar um 7 Uhr abends, angeschlagen. Natürlich ist es damit bald zu Ende. Die Güte ist sehr minderwertig und entspricht dem in Friedenszeiten vielgeschmähten Weißbier. In Berlin gibt es ebenso wie bei uns auch Ausspeiseaktionen. Die Ausspeisungen werden in den Markthallen vorgenommen, die eigens zu diesem Zwecke jetzt hergerichtet wurden. Ich besuchte eine solche Ausspeisungsstelle, die unter der Leitung der Frau Bürgermeister Reike steht, und kostete von den Speisen, die verabreicht wurden. Es war Reis (1) mit Pilzen und Graupen, alles als Brei zubereitet, von dem ein Liter um 40 Pfennige (62 Heller) abgegeben wurde. Die Kost ist sehr schmackhaft und dürfte auch sehr bekömmlich sein. Bei den Ausspeisestellen erhalten auch 5000 Schulkinder täglich ihr Essen. Zu erwähnen ist, daß man auch noch Kartoffel erhält, doch werden in einigen Wochen die Nationen schon gekürzt werden müssen. Der Vorrat an Zucker dürfte sehr gering sein; man bekommt zum Frühstück nur Süßstoff, der in Gläsern aufgetragen wird und abscheulich schmeckt, so daß man es vorzieht, das Frühstücksgetränk ungesüßt zu trinken. In Breslau ist die Versorgung im allgemeinen besser; das ist darauf zurückzuführen, daß Breslau zuerst als Festung angesehen wurde und das Militär eine bessere Versorgung und größere Vorräte erhielt, was der Stadt auch dann, als Breslau keinen Feind mehr zu fürchten hatte, zugute kam. Man bekommt in Breslau z. B. noch zum Frühstück eine Art weißes Gebäck, dann ist die Qualität des Fleisches bedeutend besser, man bekommt Bier von 12 bis 1 Uhr mittags und von 7 bis 10 Uhr abends. In der Woche entfallen noch drei Pfund Kartoffel auf jeden Bewohner.

Die Teuerung ist in Deutschland über alle Maßen groß und besonders empfindlich, wenn man ganz auf den Gasthof angewiesen ist. Zum Frühstück mußte ich z. B. für eine Schale sehr schlechten Tee Mk. 2.— (Kr. 3.12) Rum Mk. 1.— (Kr. 1.56) und ein Stück Marmeladenbrot auch Mk. 1.— bezahlen. Dieses Frühstück kostete also Kr. 6.24. Aber auch die anderen Speisen sind sehr teuer; ein kleines Stück Kalfisch stand auf der Speisekarte mit Mk. 3.50 (Kr. 5.46), Braten, sehr kleine Portionen, mit Mk. 4.— bis 5.— (Kr. 6.24 bis 7.80). Eine Flasche halbwegs genießbaren Weines Mk. 7.— bis 8.— (Kr. 10.92 bis 12.48). Das Mittagessen kommt demnach ziemlich hoch. Man kann auch behaupten, daß alles, was irgendwie genießbar ist, in Deutschland gegessen wird. Krähen kommen unter dem gezeigten Namen Saathuhn auf den Tisch. Königsberger Fleden werden die Ruttelfleden genannt und um einen Preis von Mk. 2.50 (Kr. 3.90) die Portion verkauft.

Man muß sich darüber klar werden, daß das deutsche Volk unter den Opfern des Krieges schwer leidet, daß aber alle, reich und arm, die größten Entbehrungen willig ertragen. Die Stimmung ist überall eine zuversichtliche. Allorts hört man die Meinung aussprechen: „Das macht nichts, wenn wir ein wenig hungern müssen. Aber wehe uns, wenn der Engländer die Oberhand gewinnt.“ England wollte Deutschland und Oesterreich in Interessensphären zerlegen, es wollte sein „Exploitationsystem“, das es überall aufgerichtet hatte, auch bei den Mittelmächten aufrecht erhalten. Aber hier ging es mit diesen Plänen bei Industrieunternehmungen, Gaswerken, Tramway- und Versicherungsgesellschaften u. dgl. m., seitdem in Wien Dr. Karl Lueger mit dem Abbau der englischen Unternehmungen einen so glänzenden und erfolgreichen Anfang gemacht hatte, immer weiter abwärts. Um seine wirtschaftliche Stellung aufrecht zu erhalten, mußte England zu den Waffen greifen. Uns Angehörigen der christlichsozialen Partei kann es eine stolze Befriedigung sein, den Weg gewiesen zu haben, wie man der Ausbeutung des englischen Ringes entgehen kann. Die Industrieunternehmungen, welche die Gemeinde Wien geschaffen hat, haben aber in der heutigen Zeit noch einen andern Vorteil gebracht, daß nämlich die gewaltige Erhöhung der Gemeindefasten, die uns der Krieg gebracht hat, einigermaßen durch die erhöhten Einnahmen der städtischen Unternehmungen gedeckt werden können. (Reicher Beifall.)

Nachdem noch kais. Rat Zellner gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

9. VII. 1918

34

Sommergäste nicht erwünscht. Das
Bürgermeisteramt Kuschwarda gibt bekannt,
daß wegen Knappheit der Nahrungsmittel heuer in
dieser Gemeinde weder in Gast- noch Privathäusern
Sommergäste zu längerem Aufenthalt aufge-
nommen werden.

[Der heutige Verkehr in den Kurorten und Sommerfrischen.] Das Bürgermeisteramt Markt Aspern teilt mit: Der Markt Aspern ist nicht in der Lage, auf die Verpflegung der Sommergäste Rücksicht zu nehmen und weist alle Ansprüche derselben in bezug auf Lebensmittel-

zuwendung von vornherein zurück. Auch die Hotels und Gasthäuser sind kontingentiert, und es können nur solche Sommergäste in Aspern Aufenthalt nehmen, die alle ihre Lebensmittel aus Wien oder ihrem sonstigen ständigen Domizil beziehen.

Einkochkunst.

Haltbarmachung von Gelee, Fruchtsäften und Fleisch.

In dieser Zeit liegt der „braven Hämstertätigkeit“, da jede Hausfrau, der die Schrecken des winterlichen Kohlrübendaseins noch im Gebein sitzen, in Flaschen, Gläsern, Töpfen den augenblicklichen Ueberschuß an Spargel, Spinat, Rhabarber, grünen Stachelboeren einweckt, einschulzt, einschmidtet, einmüllert — denn nach welchem der vielen Erfinder man sein Einkochverfahren benennt, ist ja belanglos — also in dieser aufgeregten Zeit des Hausfrauentums, hat man gemerkt, daß trotz aller praktischen Erfahrungen und tiefgründigen Kenntnisse immer noch etwas hinzugelehrt werden kann.

Vor allem in dieser Notstandszeit, da so vieles fehlt, das sonst die Arbeit des Einkochens erleichterte. Jetzt muß man auf so manches zurückgreifen, was schon längst vergessen war, sich alter Kunstgriffe aus Großmutterns Mädchenzeit erinnern oder aber das „allerallerneueste“ Verfahren einschlagen, das über den peinlichen Mangel an Material hinweghelfen kann und einen Ausweg zeigt, trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten doch lohnende Ergebnisse zu erreichen.

Das ganze Bestreben zielt also — kurz gesagt — darauf hin, die Fülle und Fülle der jetzt vorhandenen Gemüse und der kommenden Obstzeit für die kargen Wintermonate so aufzuspeichern, daß sie bis zum Verbrauch vor dem Verderben geschützt werden. Der erste Vortrag, den uns Frau Wilhelmine Vird vor einiger Zeit hielt, hatte uns die wertvollsten Fingerzeige nach dieser Richtung hin gegeben, selbst die Jähgastesten ermuntert, Einkochsamenkinderinnen zu werden, um die Zukunft mit Gelassenheit erwarten zu können.

Gestern nun, am fünften Vortragsnachmittag der „Praktischen Berlinerinnen“, sprach Frau Vird — im überfüllten Oberlichtsaal der Philharmonie — über die Kunst der Zubereitung und Haltbarmachung von Gelees, Fruchtsäften, Säuren, vom Dörren und schließlich auch noch vom Sterilisieren von Fleisch und Fischen. Das Kapitel „Gelee“ nahm den breitesten Raum ein, denn es war nötig, drei wichtige Punkte eingehend zu behandeln, die bei der Betätigung dieser Kunst streng beachtet werden müssen: die richtige Fruchtbeschaffenheit, dann die Behandlung des Saftes und endlich die Geleprobe. Beinahe wie Apothekerwissenschaft mutete es an, was man da erfuhr, aber alle diese Schwierigkeiten der Zubereitung wurden so gründlich behandelt, daß selbst die unerfahrenste jüngste Zuhörerin schließlich nichts mehr zu fragen gehabt hätte.

Bei der Besprechung der Zubereitung der Fruchtsäfte erwähnte die Vortragende zuerst die alte Gärungs-Methode, dann die Herstellung mit Hilfe des bequemen Sastapparates, und zeigte schließlich ein von ihr selbst erfundenes und außerordentlich gut bewährtes Verfahren, das — einfach und mühelos — man das „Virdsche“ benennen sollte.

Bei Besprechung der leichten Kunst des Dörrens gab es doch noch vielerlei, was auch sonst sehr erfahrenen Speisekammer-Versorgerinnen fremd war, namentlich erregte es großes Erstaunen, daß selbst

die saftigen Tomaten auf diese einfache Weise haltbar gemacht werden können. Das „Säuren“ mancher Gemüse, z. B. der grünen Bohnen, bedurfte ebenfalls für viele Zuhörerinnen noch der Erläuterung, da es für manche Stadtbewohnerin sogar etwas Funtelnagelneues war. Nachdem auch da alles Wissenswerte gesagt worden war, kam zum Schluß die Haltbarmachung von Fleisch und Fischen an die Reihe, welche Kunst vor allem verlangt, daß man die nötige Erfahrung besitzt, das Fleisch auf seine Fähigkeit für Sterilisationszwecke beurteilen zu können.

Hier wurden die meisten Fragen nach, und Frau Vird hatte — nach ihrem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag — nachher noch einem großen Ansturm Wissbegieriger standzuhalten. E. Gr.

Das Darben der einen und das Glück der „andern.“

In der Vinzer Gemeinderatsitzung vom 6. d. teilte Bürgermeister Dr. Dinghofer nach einem Hinweis auf die am 31. v. M. verlautbarte Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Obst und Gründung einer Obsteinkaufszentrale u. a. mit, daß bereits Händler am Werke sind, den Bauern das Obst abzulocken. Die Händler wollen dem Bauer, der schon etwas misstrauisch ist, in der Form den Kauf plausibler machen, daß sie ihm gewisse Portionen Kaffee sichern. (Zwischenaufe: Hört! Hört! Das ist eine Schweinerei! Große Unruhe.) Die Bestrebungen der Stadtgemeinde seien dahin gegangen, daß auf Grund der Erfahrungen, die auch mit anderen Lebensmitteln gemacht wurden, sich der Verkehr mit frischem Obst am besten in Form einer Landesstelle regeln lasse. Die in Oberösterreich erzeugten Obstmengen hätte die Landesstelle aufzukaufen und gerecht zur Verteilung zu bringen, wobei man Ueberschüsse in der Ernte ganz gewiß gerne auch anderen Kronländern und Städten überlassen hätte. Hr. Gruber fragt, woher denn die Agenten dieser Zentralen den Kaffee, den sie als Köder dem Bauer versprechen, bekommen. Das deute auf geheime Vorräte hin.

Es ist die alte Geschichte. „Gewisse“ Leute verfügen über alles und wenn die ganze übrige Bevölkerung Not leidet. Zweimal hintereinander gestand kürzlich ein Wiener jüdisches Montagsblatt, daß „man“ (Die „man“ sind natürlich Bekannte und Verwandte des Blattes) mit Tabak, Zigarren, Zigaretten, Zucker im wohlgefüllten Rucksack auf dem Lande einen ergiebigen Tauschhandel machen könne. Wer all diese Dinge hat, kann sich leicht den Rucksack damit anfüllen, die übrigen aber können sich stundenlang vergeblich darum anstellen. Ist es doch Tatsache, daß noch immer nicht nur in Galizien, sondern auch in Wien, bestes Weizenmehl „unter der Hand“ ohne Mehlkarte zu haben ist, natürlich nur für Leute, die den Preis von 9 bis 15 Kronen pro Kilo nicht zu scheuen brauchen. Erforderlich ist nichts weiter als die Bekanntschaft mit einem jüdischen Vermittler; oft tut's ein kleiner Hausierer. Vor einer Anzeige sind derartige Vermittler und Verdienner sicher, weil sie der Empfänger trotz des hohen Preises noch geradezu als Wohltäter und Nothelfer betrachtet. Gibt es doch in Wien eine Mittelschule, an welcher, wie man uns mitteilt, der jüdische Religionslehrer in der Lage ist, seine Kollegen „aus Gefälligkeit“ mit kartenlosem Mehl zu versorgen! „Sie“ sind alle „in der Lage“. Wieso; warum? Vermutlich durch irgendein Wunder.

Mütter Sorgen.

Man schreibt uns: In der letzten Zeit mehrten sich die Anklagen der Mütter über ungenügende und unzuverlässige Lieferung der Badhauschen Kindermilch, insbesondere hätten sich bei der in der Paniglgasse im Bezirke Wieden bestehenden Filiale viele Anstände ergeben. Alle Beschwerden, selbst Vorgespräche in der Gutsverwaltung Rotneusiedl, blieben fruchtlos. Da auch die Vorträge von Müttern beim Polizeikommissariat und beim magistratischen Bezirksamt ergebnislos blieben, obendrein die Gutsverwaltung den bisherigen Kunden am 8. d. M. durch die Filialeiterinnen mitteilen ließ, sie sei nicht mehr in der Lage, für Kinder über einem halben Jahr die Milch zu liefern, die Eltern mögen schauen, daß sie irgendwo anders Milch bekämen, fanden sich eine Anzahl von harob besorgten und empörten Müttern, Freitag nachmittags im Ernährungsamt zusammen, um hier ihre Beschwerden vorzubringen und Abhilfe zu verlangen. In Abwesenheit des Ministers Höfer und anfänglich auch seines Stellvertreters Baron d'Elberts, wurden die Frauen vom Sekretär Baron Riedl empfangen. Nach längerer, ziemlich unfruchtbarer Aussprache, erschien Baron d'Elbert, dem nun die Frauen ihr Anliegen vortrugen. Als Sprecher fungierten vorwiegend Schauspieler G h a n n vom Deutschen Volkstheater und Frau Ingenieur S c h m e l z. Es kam zu einer überaus lebhaften Wechselrede, in deren Verlauf die Beschwerdeführerinnen erklärten, sie würden sich nötigenfalls um eine Audienz bei Ihrer Majestät der Kaiserin bewerben, die ein so mitfühlendes Herz für die Ariden habe, und vorbringen, wie man den Kindern das Leben unnötigertweise erschwere und den Müttern, die alle übrigen Kriegsoffer gerne auf sich nehmen, täglich die schwersten Sorgen bereite. Die Energie der Frauen scheint doch einigen Eindruck gemacht zu haben. Wenigstens gab es heute in den Badhausfilialen — auch in der Paniglgasse — bei der Milchabgabe keinen Anstand mehr.

Approvisionnement einst und jetzt.

Aus den Erinnerungen des Wiener Marktdirektors.

Einer unserer Mitarbeiter hatte dieser Tage Gelegenheit, mit dem Direktor des Marktamtes der Stadt Wien über das wichtige Thema der Lebensmittelversorgung der Stadt eine längere Unterhaltung zu pflegen.

Marktamtsdirektor Kommerzialrat Adolf Bauer, der der anstrengenden und vielkündigen Tätigkeit der Marktamtsbeamten seit Kriegsbeginn mit Anerkennung gedachte, erzählte:

„Seit meinem Eintritt in den Marktamtsdienst der Stadt Wien, der vor 36 Jahren erfolgte, hat sich in bezug auf das Marktwesen in der Stadt so manches geändert. Damals bestand die Stadt nur aus den neun inneren Bezirken, denen dann der zehnte Bezirk angegliedert wurde. Mit Ausnahme des Zentrallivestmarktes, der Großmarkthalle und des Naschmarktes hatte Wien zur damaligen Zeit keine anderen bedeutenden Märkte; auch die bestehenden Detailmarkthallen waren nicht von besonderem Belang. Trotz dieser eigentlich nicht sehr umfangreichen Marktgestaltung waren aber in den achtziger Jahren die Zufuhren in allen Lebensmitteln, insbesondere in Schlachtvieh, so günstig, daß man damals hochprima Rindfleisch mit 80 Kreuzer pro Kilogramm bezahlte; ganz schönes Rindfleisch kostete 50 bis 60 Kreuzer. Das Auszug-(Müller-)Mehl, die Freude aller Hausfrauen, stellte sich auf 13 Kreuzer pro Kilogramm. Die Beschickung der Märkte mit Obst und Gemüse fiel zur damaligen Zeit derart reichlich aus, daß ein Kilogramm sehr guter Äpfel 8 bis 10 Kreuzer kostete. Unsere Märkte am Naschmarkt und Am Hof waren derart mit Ware überladen, daß die Gärtner oft und oft gezwungen waren, die Grünware zurückzuführen. Das Pferdefleisch, das zu damaliger Zeit 28 Kreuzer pro Kilogramm kostete, fand nicht einmal gut Absatz bei den ärmsten Bevölkerungsschichten. Auch Edelobst war zu sehr billigen Preisen immer genügend vorhanden.“

Nach der Einbeziehung der Vororte im Jahre 1892, der Angliederung von weiteren neun Bezirken und der Schaffung des 20. Bezirkes erfuhren die Wiener Marktanlagen eine bedeutende Erweiterung durch die Einbeziehung des Penkerhofes und des Rudolfsheimer Großmarktes. Die Gemeinde sorgte dafür, daß die zwei neu hinzugekommenen Großmärkte und der Naschmarkt gleichmäßig mit Ware beschickt wurden, wodurch nicht nur eine entsprechende Verteilung der in der Stadt einlangenden Grünwaren, sondern auch die Sicherung des Warenbezuges für den dem Kleinverkef in den einzelnen Stadtteilen obliegenden Zwischenhandel ermöglicht wurde. Durch den Fall der Zinienämter und Abschaffung der Zinien kamen die neuangegliederten Stadtgebiete in den Bereich des Verzehrungssteuergebietes. Die ständige Aus-

breitung der Stadt bedingte aber auch einen damit gleichen Schritt haltenden Rückgang der ziemlich beträchtlichen Eigenproduktion an Gemüse und Grünwaren im Stadtgebiet.

Bis zum Jahre 1906 waren die Preisverhältnisse für die Lebensmittel in Wien immer noch als halbwegs angängliche zu bezeichnen. Von da an machte sich aber ein ständiges Steigen der Viehpreise bemerkbar; gleichzeitig setzte auch eine Teuerung der Bodenprodukte ein, die mit der Glutwelle der allgemeinen Teuerung immer weiter anstieg und schon vor Kriegsbeginn einen ziemlich hohen Punkt erreichte. Mit der Preissteigerung hatte aber auch der Auftrieb an Minderern und insbesondere an Schweinen erheblich nachgelassen, so daß sich zu Beginn des Krieges der Preis für 1 Kilogramm Rindfleisch, das zu Ende der achtziger Jahre noch nicht viel über 80 Kreuzer kostete, auf K. 3.— und darüber belief. Jetzt kostet 1 Kilogramm Rindfleisch bester (ungarischer) Qualität schon K. 15.—. Auch die Grünwaren- und Obstzufuhren haben sich im Laufe der Zeit wesentlich verringert.

Nichtsdestoweniger brachte aber der Anfang der Kriegsergebnisse die städtische Bevölkerung in der Verpflegung nicht sonderlich aus dem Gleichgewicht. Erst zu Beginn des Jahres 1915 trat eine merkliche Verschlechterung in den Approvisionsverhältnissen ein. Die große Zuwanderung von Flüchtlingen hat die Verpflegung selbstverständlich sehr erschwert. Das Nachlassen der Produktion, die durch die Wechselfälle des Krieges bedingte zeitweilige Umschaltung bedeutender Versorgungsgebiete des Wiener Marktes, die ausreichende Versorgung der Truppen mit allen erdenklichen Lebensmitteln bewirkten eine zunehmende Verminderung der Zufuhren und im Gefolge damit ein ständiges Anschwellen der Preise. Im Jahre 1916 konnte man schon beobachten, daß fast auf allen Gebieten der Verpflegung die Preise auf das Drei- und Vierfache der normalen Höhe angewachsen waren. Um eine entsprechende Verteilung der Lebensmittel in diesen harten Zeiten herbeizuführen, mußte man mit staatlicher Bewirtschaftung so mancher Artikel einsehen. Natürlich haben solche Institutionen ihre Vorteile, aber gewiß auch ihre Nachteile.

Die zu geringen Zufuhren und die ewige Angst der Bevölkerung, nicht verpflegt zu werden, treibt leider die Hausfrauen aus ihren Wohnstätten und zum Anstellen. Es gibt leider kein anderes Mittel, um dieses aus der Sorge des einzelnen heraus groß gewordene Kriegsübel zu beseitigen, als ausreichende Zufuhren in allen Artikeln. Bedauerlich ist es nur, daß beim Anstellen, das nicht selten auch noch unnötigenweise verdrängt wird, so viel Arbeitskraft verloren geht, die anderswo besser ausgenutzt werden könnte. Aber man stellt sich nicht nur in allen kriegsführenden Ländern, sondern, wie uns Zeitungsberichte beweisen, auch in neutralen Ländern wegen der Warenknappheit um Lebensmittel an.

Die Gemeinde hat in der Zeit des Krieges durch Schaffung des Schlachthaus, durch die moderne Umgestaltung des Naschmarktes, durch die Versorgung der Märkte und Markthallen mit den verschiedenartigsten Lebensmitteln gewiß im vollen Maße vorgesorgt. Der im Werden begriffene Kontumazmarkt wird uns hinsichtlich der Fleischversorgung in der kommenden Zeit gewiß auch wertvolle Dienste leisten.

Die Wiener Bevölkerung hat sich in anerkennenswerter Weise den schweren Verhältnissen angeschlossen. Verständnis und Sparsamkeit in solchem Maße walten lassen, daß anzunehmen ist, daß wir auch die schwierige Zeit der Ubergangswirtschaft ebenso werden bestehen können wie die harte Kriegszeit. Bis zur nächsten Ernte ist bei ökonomischer und sparsamer Wirtschaft das Durchhalten ganz bestimmt gesichert. Die bevorstehenden reichlichen Gemüsezufuhren und die für heuer zu erwartende gute Obsternte werden unsere Lage wesentlich erleichtern.“

Die Märtyrer des Anstellens.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: „In meiner Gasse stellen sich die Frauen schon abends um 8 Uhr an und bleiben die ganze Nacht stehen, um am nächsten Morgen ein Ähtel Butter zu bekommen. Nun wohnt in unserem Haus eine arme Frau, die tagsüber schwer arbeitet und daher erst nach einigen Stunden Schlafes, um 1 Uhr nachts sich anstellen kann; sie weckt auch eines ihrer Kinder, weil nach dem unerforschlichen Ratschluß einer weisen Verpflegsorganisation zwei Märtyrer des Anstellens eher etwas bekommen als einer. Jetzt kommen diese beiden Langschläferinnen, Mutter und Tochter, eine Stunde nach Mitternacht vor das Buttergeschäft und finden dort schon sechzig Horrende; um 7 Uhr morgens, da das Geschäft allmählich geöffnet wird, sind es schon zweihundert. Und nun wird mitgeteilt, daß überhaupt nur sechzig Ähtelpakete Butter verkauft werden; das hat man offenbar am Abend zuvor nicht verkünden können, nicht um Mitternacht, als die Einundsechzigste und Zweiundsechzigste, eine geplagte müde Frau und ein armes Kind, auf die dunkle Straße hinausmusten! Vielleicht kann die beste Organisation nicht mehr Butter herbeischaffen, aber es ist nicht nötig, daß durch Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit, Schlämperei Frauen und Kinder ganz unnütz so Unerhörtes leiden müssen.“

3000 M. Belohnung für Entdeckung von Lebensmittelkarten-Fälschern.

Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Behufs wirksamer Bekämpfung und Unterdrückung der in letzter Zeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung durch Fälschung von Brot- und Lebensmittelkarten hervorgetretenen Uebelstände werden auf Veranlassung des Staatskommissars für Volksernährung für die Entdeckung heimlicher Betriebe zur Herstellung gefälschter Brot- und Lebensmittelkarten Belohnungen bis zur Höhe von je 3000 M. im Einzelfall ausgesetzt.

Diese Belohnungen sind ganz oder teilweise, entsprechend der Wichtigkeit der Mitteilung, unter Ausschluß des Rechtsweges nur für Leute aus der Bevölkerung bestimmt, welche die Polizei durch zweckentsprechende, zur Auffindung des Betriebsortes, der bereits hergestellten Karten und zur Ermittlung und Festnahme der Täter, sowie zur Beschloagnahme der Maschinen und Geräte führende Angaben unterstützen.

Bei dieser Gelegenheit wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Behörde auch für die Hilfeleistungen bei der Aufdeckung von Lebensmittelkartendiebstählen und Schwindeleien, sowie bei der Ueberführung von Lebensmittelkartenhändlern Belohnungen bewilligt. Für jede Nachricht, die zur Herbeischaffung der unrechtmäßig erworbenen Karten und zur Ueberführung und Bestrafung des Täters führt, wird dem Ueberbringer eine der Wichtigkeit des Falles entsprechend hoch zu bemessende Vergütung gezahlt werden.

Hinsichtlich der Auszahlung dieser Belohnungen macht es keinen Unterschied, ob die zur Aufdeckung gelangenden Straffälle sich in Berlin selbst oder im erweiterten Berliner Kriminalpolizei- und Landespolizeibezirk ereignet haben.

10. IV. 1918

Die Holzcentrale.

Von Joseph Epstein,

Direktor der Kärntner Waldbauindustrie-Gesellschaft

Durch einen Akt der scheidenden Regierung wurde über Nacht die Institution einer Holzcentrale ins Leben gerufen, ohne vorherige Zustimmung mit den beteiligten Faktoren und ohne deren Zuziehung bei Durchführung der seitens der Regierung geplanten Reformen. Bevor wir uns meritorisch mit der Verordnung selbst befassen, müssen wir es tief beklagen, daß eine Korporation, wie die Holzbranche, welche im Frieden stets ein wichtiger Faktor der Handelsbilanz war und nach dem Kriege berufen ist, bei Regulierung der Valuta eine führende Rolle zu spielen, seitens der Regierung ganz einfach präterirt und nicht für würdig und fähig befunden wurde, an den Beratungen über ihr Schicksal theilzunehmen. Es haben sich während der Kriegsdauer früher nie geahnte Nothwendigkeiten geltend gemacht und der Einfluß der Staatsgewalt war in vielen Fällen notwendig und fördernd, immer wurden jedoch die beteiligten und maßgebenden Kreise vor der letzten Entscheidung zu Pourparlers herangezogen, das Material wurde durchgesprochen und Delegirte der Kaufmannschaft unter Kontrolle der Staatsorgane mit der Abwicklung der geschäftlichen Transaktion betraut. Bei der ins Leben gerufenen Holzcentrale jedoch scheint ein Novum geschaffen zu werden; an die Stelle der Kontrolle soll die staatliche Bewirtschaftung und Bevormundung treten und nach dem trockenen Buchstaben der Verordnung soll eventuell auch das Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen aufhören. Diesem Einbruch in die legalen Rechte des Kaufmannes soll mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Was die Verordnung selbst betrifft, so kam zu deren Meritum eigentlich überhaupt eine Stellung vorderhand nicht genommen werden, da die Regierung die beteiligten Kreise bisher über die Ursachen und Zwecke derselben im Unklaren gelassen hat. Es sind wohl auch in der Holzbranche Preisanomalien zutage getreten und nach gewisser Richtung hin mußte hier Ordnung geschaffen werden, jedoch nicht mit Ausschluß der Holzbranche, sondern mit Einbeziehung derselben. Die Holzbranche hat des Besseren Gelegenheit gehabt, ihre Klagen hinsichtlich der Theuerung der Lebensmittel, der Unmöglichkeit, dieselben zu Maximalpreisen zu beschaffen, höheren Ortes bekanntzugeben, des Weiteren die Schwierigkeiten der Beschaffung der Arbeitskräfte und Abfuhr der erzeugten Produkte bei den kompetenten Behörden darzulegen, ohne einen Erfolg ihrer Bemühungen zu sehen. Auf diese Weise mußten die für die Arbeiter benötigten Lebensmittel zu jedem Preis beschafft, dem Arbeiter und Frächter das bezahlt werden, was er wollte, und die Kette dieser Theuerungen mußten naturgemäß in der Preissteigerung der Waare selbst zum Ausbruch kommen, wobei allerdings zuweilen die legalen Grenzen überschritten wurden. Dies durfte jedoch die Regierung nicht veranlassen, einen Erlaß herauszugeben, der in seiner heutigen Form die vitalsten Interessen der Holzgilde verletzt und sich deren Mitarbeit verbietet.

Muthmaßungen Raum gebend, wollen wir annehmen, daß die Staatsgewalt bei Herausgabe der Verordnung sich folgende Momente vor Augen hielt:

1. Sicherung der für Staatsinteressen notwendigen Holzquantitäten.
2. Preisregelung im Allgemeinen.
3. Im Zusammenhang damit Erleichterung hinsichtlich der Lebensmittel-, Arbeiter- und Frächterfrage.
4. Mitwirkung der Staatsgewalt beim Holzexport.

In diesen vier Punkten wäre ein Programm gegeben, welches den heutigen schwierigen Verhältnissen Rechnung trägt, den Uebergang zur Friedenswirtschaft vorbereitet und im Frieden durch die exportfähige Waare einen Ausgleich für den notwendigen Import an Rohwaare findet. Wenn den Behörden faktisch diese Ziele vor Augen schwebten, als die Holzcentrale ins Leben gerufen wurde, so wird die Holzbranche ein solches Programm mit Freuden begrüßen, welches alle Parteien zu befriedigen berufen ist, falls Delegirte der Holzbranche zur Wahrung der Gesamtinteressen ein entscheidendes Wort mitzureden haben werden und die Staatsgewalt nicht allein diktatorische Macht dazu haben wird. Die Holzbranche wird in diesen schweren Zeiten, wo es Pflicht eines jeden Einzelnen ist, sich ganz in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, es an Opferwilligkeit nicht fehlen lassen und ist bereit, Hand in Hand mit der Staatsgewalt dazu beizutragen, daß Fragen, die einer Lösung bedürfen, zur Zufriedenheit der Allgemeinheit geregelt werden.

Damit dies erreicht werde, erwartet die Holzbranche von der Regierung, daß sie Ursachen und Zweck der Verordnung ohne Verzug bekanntgebe und Delegirte aus der Holzbranche bei Entscheidung wichtiger Fragen mitsprechen lasse. Sollten sich die Behörden diesen berechtigten Wünschen entziehen, so wird der Holzbranche nichts Anderes übrig bleiben, als geschlossen für ihre Rechte einzutreten.

[Keine Verpflegung von Ausflüglern in Krems.] Der Ernährungsausschuß der landesfürstlichen Stadt Krems macht mit Rücksicht auf die schlechten Verpflegungsverhältnisse von Krems darauf aufmerksam, daß Reisende nicht auf Verpflegung in Krems rechnen können, da die große Zahl der Reisenden nicht in die von den Zentralstellen zugewiesene Menge von Lebensmitteln eingerechnet wird, und rät allen Ausflüglern, Vorrat vom Hause mitzunehmen. Auf das entschiedenste aber wird in Zukunft gegen alle jene vorgegangen werden, welche Ausflüge dazu benutzen, um in der Umgebung von Krems rationierte Lebensmittel, noch dazu mit Ueberschreitung der Höchstpreise, beim Erzeuger einzukaufen.

12. VII. 1917

46

* **Unerbetene Sommerfrischler.** Während die weitab von Wien gelegenen Sommerfrischen die Möglichkeit haben, sich die „gewissen“ Sommerfrischler mit Rücksicht auf die Lebensmittelnappheit heuer vom Leibe zu halten — die meisten benützten auch diese Möglichkeit — ist die nähere Umgebung Wiens ihnen einfach ausgeliefert. Die Orte an der West- und an der Südbahn werden von Seereslieferanten und anderen Kriegsverdienern geradezu überschwemmt. Der Hinweis auf die Lebensmittelnappheit berührt sie nicht, sie kaufen alles in Wien und lassen sich die Sachen herausbringen — glaubt man. Wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält, zeigen uns verschiedene Briefe, die uns aus Perchtoldsdorf, Rodaun, Purkersdorf zugehen und die bittere Klage darüber führen, daß den Einheimischen in diesen Orten durch die „gewissen“ Kriegswucherer insonderlich die ohnehin knapp bemessene Milch verkürzt wird. So bot ein Schuhlieferant, der auf Sommerfrische nach Perchtoldsdorf gehen will, einer Perchtoldsdorferin für den Fall, daß sie seine Familie mit Milch versorgen würde, für den Viter eine Krone und ein Paar neue Schuhe an. Auf den Einwurf der Frau, daß sie mit Rücksicht auf ihre alten Kunden im Orte die von dem „Herrn Lieferanten“ gewünschte Menge nicht liefern könne, erwiderte der Sohn Israels, daß dieser Einwand wohl nicht stichhältig sei. Sie müsse einfach den andern Kunden weniger liefern! —

Wie sehr man übrigens in vielen Gemeinden die Aussperrung der „gewissen“ Sommerfrischler begrüßt, zeigt auch folgende Zuschrift an das „Grazzer Volksblatt“: Die Sperrung der Sommerfrischen wird ohne Zweifel von den Städtlern sehr unangenehm empfunden, doch die wirtschaftliche Not zwingt uns zu dieser harten Maßregel. „Gewissen“ Sommerfrischlern, die ihre Sitten verderben und ihre Puschucht aus der Stadt mitnehmen, wird man keine Träne nachweinen. Leider haben wir bei manchen Sommergästen wahrnehmen müssen, daß sie ihre Vorurteile gegen den Bauernstand nicht ablegten und verständnislos dem Leben und der Arbeit der Bauern gegenüberstanden. Auf diese Kategorie der Sommergäste verzichtet unsere ländliche Bevölkerung sehr gern.

Die Berliner Approvisionierungskonferenz.

Unterredung mit General Landwehr von Pragau.

Vor einigen Tagen fand, wie berichtet, in Berlin eine Konferenz von Vertretern der in Approvisionierungsangelegenheiten kompetenten Behörden der Monarchie und Deutschlands statt. Den Gegenstand der Beratungen bildete in erster Linie die Nahrungsmittelversorgung bis zur neuen Ernte. Die Verhandlungen nahmen einen Zeitraum von zwei Tagen in Anspruch.

Der Vorsitzende des Gemeinsamen Ernährungsausschusses, Geheimer Rat General Ottokar Landwehr v. Pragau, der am Freitag aus Berlin zurückgekehrt ist, hatte die Liebenswürdigkeit, einem unserer Redakteure über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen nachstehende Mitteilungen zu machen:

„Mit dem Ergebnis unserer zweitägigen Beratungen in Berlin, bei denen alle an der Approvisionierung interessierten Zivil- und Militärbehörden vertreten waren, bin ich durchaus zufrieden. In richtiger Erkenntnis der beiderseitigen Lage wurde für die notwendigen Bedürfnisse Oesterreich-Ungarns und Deutschlands Vor Sorge getroffen. Vor allem sind weitere rumänische Zuschüsse an Brotfrucht zu gewärtigen, durch die der Bedarf unserer Staaten vollends gedeckt werden kann. Ungarn wird mit den im Lande befindlichen Vorräten nicht nur für sich selbst auskommen, sondern es wird durch die auch weiterhin uns noch Möglichkeit gewährleisteten Lieferungen zur Approvisionierung beitragen.“

Wegen der Frühkartoffeln, deren Reise in nicht allzu langer Zeit zu gewärtigen ist, wurde bekanntlich schon früher zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland eine Vereinbarung getroffen, der zufolge Ungarn nur einen Teil seiner Frühkartoffeln für seine eigene Approvisionierung reserviert, während der wesentlich größere Teil der Versorgung Oesterreichs und Deutschlands zukommen soll. Auch werden die Frühkartoffeln, deren uns die baldige Ernte in Ungarn ziemlich viel bringen dürfte, sofort dem Konsum zugeführt werden.“

General v. Landwehr kam nun auf die Ernteaussichten zu sprechen.

„Ich kann“, erklärte er, „den Pessimismus, der von mancher Seite gegenüber den Aussichten der kommenden Ernte gehegt wird, nicht ganz teilen. Wenn es auch richtig ist, daß wir mehr Niederschläge notwendig hätten, so habe ich gerade während der Berliner Verhandlungen einige erfreuliche Nachrichten über kräftigen Strichregen in Ungarn zu hören bekommen. Auf der Rückfahrt habe ich in den Gegenden, die wir durchreisten, die erfreuliche Beobachtung machen können, daß der Stand der Felder keineswegs schlecht ist. Auch in Mähren hat es stellenweise ausgiebig geregnet, so daß wir zu etwaigen trüben Aussichten auch dort keine Veranlassung haben. Soviel mir bekannt ist, sind auch die Ernteaussichten in Rumänien ziemlich gut.“

In den vergangenen Wochen war eine der wichtigsten Sorgen des Ernährungsausschusses die vorbereitende Arbeit für das Einbringen der Frühernte. Sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn haben wir dafür eine gründliche Organisation geschaffen, und, wenn noch die Bevölkerung unseren Maßnahmen ihre Unterstützung angedeihen lassen wird, bleibt der erhoffte Erfolg sicherlich nicht aus. Es ist auch dafür vorgesorgt worden, daß die Militärbehörden das für die Erntearbeiten notwendige Personal zur Verfügung stellen.

Schließlich möchte ich auch noch dankbar jenes Erlasses des Kriegsministeriums Erwähnung tun, durch den der Bevölkerung im Hinterlande nahegelegt wird, der Armee im Felde keine Lebensmittel zu schicken. Unsere Armee ist in jeder Hinsicht durchaus auskömmlich versorgt, und es ist deshalb den Verhältnissen weit eher entsprechend, wenn die Bevölkerung ihre knappen Vorräte für sich selbst behält, als daß sie Lebensmittel an die Front sendet, die zumeist verderben, ehe sie noch der Soldat an der Front in die Hand bekommt. Die Bevölkerung möge die Sorge für unsere tapferen Truppen beruhigt der Seeresverwaltung überlassen.“

Sodawasser statt Pilsner.

Aus Pilsen wird gemeldet: Für das „Pilsner“ scheint tatsächlich das letzte Stündlein geschlagen zu haben. Züngst erst ging die Nachricht durch die deutsch-böhmische Presse, daß das Bürgerliche Bräuhaus für Kriegszeit in eine — Sodawasserfabrik umgewandelt werden soll. Anfänglich nahm man diese Nachricht nicht ernst, nun aber bestätigt es sich, daß eine Sodawassererzeugung in der Brauerei eingerichtet wurde und die Abgabe von Sodawasser bereits begonnen hat.

§ (Die Landwirthe und der Sozialismus.) In der gestern abgehaltenen, aus dem ganzen Lande beschickten Versammlung des Bundes der landwirthschaftlichen Vereine hielt der Vorsitzende Graf Robert Zselenfski eine Eröffnungsrede, in welcher er die heftigsten Angriffe gegen den Sozialismus richtete. Er bemängelte vorerst die Fehler der Maximalisirung. Er sagte, daß die landwirthschaftlichen Produkte seit Kriegsbeginn eine Preissteigerung von bloß 24 Prozent aufweisen, jene der Industrie aber 200 bis 400 Prozent beträgt. Die Landwirthe verlangen also die Erhöhung der Getreidepreise, die Maximalisirung der Preise der Industrieprodukte, wenn aber das nicht möglich wäre, den Verkauf aus freier Hand jener landwirthschaftlichen Vorräthe, die über den Bedarf des Heeres zur Verfügung stehen. Die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft wäre aufzulösen, die Behörden hätten ihren Bedarf direkt von den Produzenten zu beschaffen, die Mühlenindustrie wäre in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Daß sich die Dinge bis zu der gegenwärtigen Unhaltbarkeit der landwirthschaftlichen Verhältnisse entwickeln konnten, daran seien seiner Ansicht nach die Sozialisten schuld. Es ist empörend, sagte er, was diese Leute in Stockholm treiben. Die ungarischen Politiker wissen nichts Anderes zu thun, als daß sie das Land in den Dienst sozialistischer Ziele treiben, neue Ministerien freieren und damit dem Staatshaushalt neue Lasten auferlegen. Es sei bedauerlich, daß der die Gesellschaft zersetzenden sozialistischen Irrlehre heute viele Politiker, ja noch mächtigere Faktoren als diese schmeicheln. Er schloß seine Rede damit, daß sich die Landwirthe gegen diese Strömungen hoffentlich bald vereinigen werden. Julius Rubinet fordert in einem Beschlusantrag die Maximalisirung der Industrieartikel und die Vertheuerung der feineren Mehlsorten. Gaston Gál wies die Ausfälle des Grafen Zselenfski zurück und betonte, daß das soziale Ministerium eher zu begrüßen als zu bemängeln sei. Der Beschlusantrag Rubinet's wurde angenommen.

Die letzte Lebensmittellartenausgabe.

Samstag gab es in Wien wieder großen Andrang in den Brotkommissionen, so daß sich die erschienenen Hausbesorgerinnen „anstellen“ mußten. Nach acht Wochen wurden wieder neue Lebensmittellarten und Bezugskarten, letztere diesmal auf 16 Wochen hinaus, ausgegeben. Die Bezugskarten für Brot, Mehl und Milch sind jetzt übersichtlicher gehalten. So heißt es auf der Bezugskarte für Brot jetzt einfach: „Zahl der verköstigten Personen . . ., Brotmenge für eine Woche . . .“, während früher ganze Tabellen mit Zusammenrechnung der einzelnen Abschnitte zu durchstreichenden nicht zutreffenden Vordruckzeilen usw. verwirrend wirkten. Ausgegeben wurden noch Brot- und Mehllarten (braun, weiß, grün, rosa) für acht Wochen, bis 4. August, Fettarten gleichfalls für 8 Wochen und Zuckerarten für Juli und August. Kaffeekarten werden für die nächste achtwöchige Periode nicht ausgegeben.

13. / VII. 1917

128

49

Neue Bestimmungen für das Reisewesen.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, treten mit dem 15. Juni neue für das ganze Reich geltende Bestimmungen für das An- und Abmelbewesen bei dauerndem Verzug und beim Reiseverkehr in Kraft. Bei Reisen bis zu 14 Tagen werden Abmelbescheine im allgemeinen nicht ausgestellt, da die Reichsreisekarte und die Reichs-Reisenkarte sowie die Reise-Protokolle an allen Orten Verwendung finden. Nur wenn ein Interesse an einer Abmeldebescheinigung glaubhaft macht, z. B. weil die Dauer der Reise bei ihrem Austritt noch nicht zu übersehen ist, kann einen Ausweischein verlangen, jedoch müssen dann die Karten, wie beim dauernden Verzuge, abgegeben werden. In den kommunal-Verbänden oder Städten, wo sogenannte Gast- oder Speisemarken für die Entnahme von Mahlzeiten in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften eingeführt sind, können Zureisende auch ohne Vorlegung einer Abmeldebescheinigung bei kurzem Aufenthalt Gelegenheit zum Bezuge dieser Marken erhalten. Bei Reisen über 14 Tage, insbesondere zum Kur- und Badeaufenthalt, muß dagegen in jedem Falle Anmeldung erfolgen, wenn nicht der Reisende auf Kartenbezug am Reiseort verzichten will. Bei mehrfachem Wechsel des Aufenthaltsortes innerhalb der Reisezeit muß, sofern der Reisende an jedem Ort Karten erlangen will, jedesmal An- und Abmeldung erfolgen. Nur bei ganz kurzem Aufenthalt kann hierauf verzichtet werden. Auch Personen mit ständig wechselndem Aufenthaltsorte ohne ständigen Wohnsitz müssen bei jedem Wechsel des Aufenthaltsortes sich eine Abmeldebescheinigung ausstellen lassen.

13. VI. 1917

129

50

Verbesserte Verkaufsregelung.

Schon vom 1. Juli an soll die neue Lebensmittelskarte Geltung erhalten, an welche künftig der Kauf knapp gewordener Lebensmittel und Bedarfswaren (außer jener, die bereits staatlich bewirtschaftet sind) gebunden sein wird. Die Käufer sollen bezüglich aller dieser Waren an Einkaufsstellen ihrer Wohnbezirke gewiesen werden. Die Absicht der Neueinführung ist die Verringerung des Anstehens und die Vermeidung der ungleichen Verteilung; das Vorhandene soll künftig gleichmäßig der Gesamtheit ohne Anstehenszwang zugänglich gemacht werden. Ob dies erreicht wird, hängt von der Art der neuen Regelung ab. — Auch der Fleischverkauf soll durch Einführung einer Bezugskarte eine gewisse Regelung erfahren und zwar in der Weise, daß künftig für jedermann der Fleischbezug auf eine bestimmte Wochenmenge (pro Tag und Kopf 150 Gramm) beschränkt werden soll. In diese Beschränkung wird die Mahlzeit im Gasthause einbezogen. — Am 21. d. tritt bekanntlich die Kaffeesurrogatverordnung in Kraft. Von diesem Tage an wird die Ausgabe von reinem Bohnenkaffee eingestellt. Der Ersatzkaffee, der unter hauptsächlichster Verwendung von Rohzucker hergestellt wurde, gelangt ab 21. Juni in größeren Mengen in Verkehr.

13./VI. 1917

Die Vorankündigungen.

Das bei uns üblich gewordene Vorankündigen von allerlei Maßnahmen zur Streckung knapp gewordener Waren hat jedesmal zur Folge, daß künstlich eine große Hamsterei nach der bedrohten Ware hervorgerufen wird. Heute gab es z. B. infolge der Mitteilung über die bevorstehende Rationierung der Seife eine wahre Seifenjagd in Wien. Die Folge sind Verdrießlichkeiten aller Art, vermehrte Anstellerei, Verschwinden der Ware gerade in dem Augenblicke, da ihr Verkauf reguliert wird, und dann naturnotwendig allgemeines Mißtrauen und Unwillen gegen behördliche Maßnahmen. Mehr tun und weniger ankündigen, mehr handeln und weniger Voranzeigen, Informationen und Reklame wäre daher für die Zukunft empfehlenswert, wenigstens bei Artikeln, die gehamstert werden können. Die Kosten solcher Hamsterei muß ja immer jener minderbemittelte Teil der Bevölkerung bezahlen, dem es die Mittel nicht erlauben, mitzuhamstern. Der Krieg hat schon lange genug gedauert, um zu erfahren, daß die Voranzeigen von drohenden Knappheiten, die Ankündigung von Rationierungen und Verkaufsregulierungen stets Hamstereien mit ihren übeln Folgeerscheinungen (vermehrtes Anstellen und künstlich gesteigerte Knappheit bis zum völligen Verschwinden einer Ware) bewirken.

Die Ernährung auf Reisen.

Der Magistrat von Berlin veröffentlicht nunmehr die Ausführungsbestimmungen nach den vom R.E.A. und dem preussischen Staatskommissar für Volksernährung getroffenen Anordnungen über das An- und Abmeldewesen im Reiseverkehr. Wir entnehmen dieser Bekanntmachung folgendes:

Bei endgültigem Fortzug aus Berlin erhält der Fortziehende stets eine Abmeldebesccheinigung, aus der hervorgehen muß, von welchem Tage an er aus der Berliner Lebensmittelversorgung ausgeschieden ist, und für welche Zeit er etwa darüber hinaus noch Karten zum Bezuge von Lebensmitteln erhalten hat. Die Reichsfleischkarte und die Seisenkarte werden nicht abgenommen, da sie im ganzen Reich gelten. Alle übrigen Karten, auch die städtische Fleischkarte, werden dem Fortziehenden abgenommen. Um ihm für eine über den Aufenthalt hinaus reichende Zeit die Versorgung mit Brot zu ermöglichen, kann er die noch in seinem Besitz befindlichen Berliner Brotkarten in Reisebrotmarken umtauschen. Jedoch werden nach Anordnung der Zentralbehörden grundsätzlich nur 200 Gramm für den Kopf und Tag in Reisebrotmarken ausgegeben.

Wer durch Selbstversorgung oder Vorräte versorgt ist, hat auf Fleisch, Eier- und Kartoffelkarten für längere Zeit keinen Anspruch.

Im Reiseverkehr werden Reisen bis zu 14 Tagen und über 14 Tage unterschieden.

Bei Reisen bis zu 14 Tagen werden Abmelbescheine im allgemeinen nicht ausgestellt. Da die Reichsfleischkarte und Reichseisenkarte sowie die Reisebrotheste, deren Umtausch gegen Berliner Brotkarten vorgenommen werden kann, an allen Orten Verwendung finden, und bei kurzen Reisen erfahrungsgemäß außerdem häufig Vorrat mitgenommen wird, ist eine Abmeldung in diesem Falle nicht erforderlich. Nur wer glaubhaft macht, daß ihm an einer Abmeldebesccheinigung liegt, z. B. weil die Dauer der Reise an dem Reiseort bei einer Familie, in einem Fremdenhaus oder dergleichen Unterkunft nehmen will, kann einen Abmeldebesccheinigen verlangen, jedoch müssen dann die Karten wie beim dauernden Bezuge abgegeben werden. Das Kriegsernährungsamt hat Vorkehrungen getroffen, daß in den Kommunalverbänden oder Staaten, wo sogenannte Gast- oder Speisemarken für die Entnahme von Mahlzeiten in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften eingeführt sind, Sureisende auch ohne Vorlegung einer Abmeldebesccheinigung für kürzeren Aufenthalt Gelegenheit zum Bezuge dieser Marken erhalten.

Bei Reisen über 14 Tage, insbesondere zu Kur- und Badeaufenthalt, muß dagegen in jedem Falle Abmeldung erfolgen, wenn nicht der Reisende auf Kartenbezug am Reiseort verzichten will. Es sind also mit Ausnahme der Reichsfleisch- und Seisenkarte alle Karten abgegeben und die Brotmarken gegen Reisebrotmarken umzutauschen.

Auf Grund der Abmeldebesccheinigung ist dann die Versorgung am Reiseort geregelt. Sie kann jedoch nur insoweit eintreten, als für die Reisezeit laut Abmeldebescchein nicht bereits Karten erteilt oder Vorräte entnommen sind. Besitzt der Reisende Vorräte, so ist es ihm unbenommen, sie sich erst nach der Reise anrechnen zu lassen, damit er während seiner Abwesenheit von Berlin am Reiseort die Ware beziehungsweise Karten erhalten kann.

Bei mehrfachem Wechsel des Aufenthaltsortes innerhalb der Reisezeit muß jedesmal Ab- und Anmeldung erfolgen. Nur bei ganz kurzen Aufenthaltszeiten kann hierauf verzichtet werden. Auch Personen mit ständig wechselndem Aufenthaltsort ohne festen

Wohnsitz müssen bei jedem Wechsel des Aufenthaltsortes sich eine Abmeldebesccheinigung ausstellen lassen.

Es ist unzulässig, den Reisenden wegen der Versorgung an den Heimatsort, Geburtsort, Ort der Steuerzahlung usw. zu verweisen.

Unmittelbar bevorstehende Einführung von Lebensmittelkarten.

Nach authentischen Informationen.

Wien, 12. Juni.

Abbau der Fleischpreise. Unveränderte Getreidepreise.

Nach der kaiserlichen Verordnung vom 24. März d. J. ist bekanntlich der Abbau der Preise in die Wege geleitet worden. Die Zentralpreisprüfungskommission ist bereits organisiert, ebenso sind die lokalen Preisprüfungsstellen gebildet. Die Ausschüsse der Zentralpreisprüfungskommission sind augenblicklich mit den beiden wichtigsten Fragen, den Getreide- und den Viehpreisen, beschäftigt. Die Zentrale wird eine Relation zwischen den Getreidepreisen, und zwar für sämtliche Pflanzen- und Bodenprodukte und den Viehpreisen herstellen, auf der Basis, daß die Getreidepreise auf ihrem gegenwärtigen Stande erhalten bleiben und die Viehpreise entsprechend herabgesetzt werden. Es ist das ein Problem, das, wenn es einmal gelöst sein wird, von der allergrößten Wichtigkeit für die gesamte Preisbildung sein wird. Professor Dr. Adolf Ostermayer von der Hochschule für Bodenkultur hat dem Ernährungsamt ein glänzendes Elaborat zur Verfügung gestellt und das überaus wertvolle Material der Arbeit des Gelehrten wird zur Verwirklichung dieses komplizierten Problems wesentlich beitragen.

Preisabbau in Gast- und Kaffeehäusern.

Die Zentralpreisprüfungskommission beschäftigt sich ferner mit dem Abbau der Preise in den Gast- und Schankbetrieben und der Einführung einer einfachen Speisefolge. Die Kommission hat während der Beratungen dieser Frage von Seiten der betreffenden Ständevertretungen größtes Entgegenkommen gefunden. Die Preisregelung wird von den vornehmsten und erstklassigen Restaurants bis zum kleinsten Schankbetrieb erfolgen, und man hofft, die hohen Preise sowohl in den Gast- wie Kaffeehäusern in nicht allzu langer Zeit auf ein erträgliches Niveau herabdrücken zu können.

Die vereinfachte Speisefolge.

Die damit in Zusammenhang stehende Regelung der Speisenfolge in Gasthäusern steht bereits seit längerem in Diskussion, ist aber nicht mit einem Schlage zu regeln, da z. B. großen Betrieben, wenn sie bei Beschaffung eines Konsumartikels in größeren Quantitäten bei dem herrschenden Mangel auf Schwierigkeiten stoßen, die Verabreichung einer zweiten Fleischspeise gestattet werden müßte. Man hofft, in kurzer Zeit auch diese Frage regeln zu können.

Die Lebensmittelbezugskarte.

Das Ernährungsamt wird in kürzester Zeit die allgemeine Lebensmittelbezugskarte einführen.

Das Ernährungsamt wird nämlich in Zukunft Artikel, die nicht staatlich bewirtschaftet sind, in welchen aber augenblicklich Knappheit herrscht, zum Beispiel Krant, Kerzen, Seife usw., erfassen und auf Grund der Lebensmittelkarte den Konsumenten zuführen. An den Bezugskarten für die staatlich bewirtschafteten Artikel Brot und Mehl, Zucker, Milch, Fett, Kaffee, Petroleum wird nicht gerührt. Die neue Karte gilt nur für die bisher freigebliebenen Artikel und auch nur für jene, in denen Knappheit herrscht. So wird bei den jetzigen reichen Gemüselieferungen der Ankauf von Gemüse nicht an die neue Lebensmittelkarte gebunden sein. Wenn aber in einem Artikel Knappheit eintritt, dann wird die Bevölkerung mit Statthaltereis- und Gemeindeverwaltung verständigt werden, daß dieser Artikel an bestimmten Tagen nur gegen Vorweisung dieses Einkaufsscheines in bestimmten Mengen bezogen werden kann. Voraussetzung ist natürlich, daß diese Artikel dem Ernährungsamt in solchen Mengen zur Verfügung stehen, daß sie wenigstens in einzelnen Bezirken dem Konsum zugeführt werden können.

Die neue Lebensmittelkarte bezweckt die Verhinderung von größeren Ankäufen durch einzelne Konsumenten und durch weitestgehende Dezentralisierung die Abschaffung des Anstellens, denn mit seiner Bezugskarte wird jeder Konsument an die Einkaufsstellen in seinem Wohnbezirk gebunden sein. Der Käufer wird innerhalb seines Wohnbezirkes nicht an bestimmte Einkaufsstellen gewiesen, das Ernährungsamt will die Freizügigkeit beim Einkaufe nur auf die einzelnen Stadtbezirke beschränken und ist der Ansicht, daß die Konsumenten, wenn sie zur Beschaffung gewisser Artikel nicht mehr durch ganz Wien wandern müssen, sich recht bald einer bestimmten Einkaufsstelle zuwenden werden. Jedenfalls ist die neue Lebensmittelkarte der Vorläufer für die Einführung der allgemeinen Zwangsrationierung.

Die Lebensmittelkarten für die Minder- und Mindestbemittelten werden eine andere Farbe haben, außerdem einen Anhang tragen, von dem der betreffende Geschäftsinhaber einen Abschnitt an Stelle des ganzen oder eines Teiles des für die Ware zu erlegenden Geldbetrages abtrennt, den er beim Magistrat dann ein-kassieren kann.

Die Hilfsaktion für Minder- und Mindestbemittelte wird energisch fortgesetzt. Es wurden für die Aktion, die sich bei dem Mangel an Kartoffeln und anderen Artikeln bisher hauptsächlich auf die Fleischabgabe beschränken mußte, bedeutende Beträge verwendet. Durch die Einführung der neuen Lebensmittelkarte wird diese Aktion auf alle zur Verfügung stehenden Artikel ausgedehnt werden. Ihr ist es zu danken, daß einem großen Teile der Bevölkerung das Durchhalten in dieser schwierigen Zeit möglich gemacht wurde. In Wien ist die Hilfsaktion, die auf ganz Österreich ausgedehnt ist, am meisten vorgeritten und die Er-fassung der Mindestbemittelten abgeschlossen. Bei der Organisation hat sich herausgestellt, daß der Mittelstand in weit höherem Maße als die Arbeiterschaft auf die Hilfsaktion angewiesen ist.

Die Verhandlungen und Beratungen über die neue Lebensmittelkarte sind abgeschlossen, die Verordnung wird in wenigen Tagen erscheinen und am 1. Juli bereits in Kraft treten.

Die Fleischkarte.

Die Einführung der Fleischkarte begegnet noch immer großen Schwierigkeiten, so daß in absehbarer Zeit die eigentliche Fleischkarte nicht zur Ausgabe gelangen wird. Dagegen wird man die Einhaltung des Erlasses, nach welchem für den Konsumenten pro Kopf und Tag nur 150 Gramm Fleisch entfallen, durch Einführung einer Bezugskarte kontrollieren. Die Bezugskarte wird nur Datumabschnitte ohne jede weitere Bemerkung und Abschnitte für den Bezug von Schafffleisch tragen. Diese Karte hat jeder Käufer nicht nur beim Einkauf von Fleisch, sondern auch im Gasthaus vorzuweisen. Hat man daher zum Beispiel sein Wochenquantum Fleisch vom Fleischhauer bezogen, dann hat man auf die Abgabe von Fleisch im Gasthaus keinen Anspruch mehr. Auf Grund der Fleischbezugskarten wird sich dann auch die Fleischmenge, die in den Gasthäusern benötigt wird, feststellen lassen, wodurch ebenfalls eine gerechtere Verteilung in die Wege geleitet werden wird.

Der Ersatzkaffee.

Das Ernährungsamt hat, hauptsächlich um den Bestand der kleinen Kaffeehäuser nicht in Frage zu stellen, noch ein kleines Quantum Bohnenkaffee freigegeben. Am 21. Juni aber tritt die Kaffeesurrogatverordnung in Kraft. Von diesem Tage an wird die Ausgabe von reinem Bohnenkaffee eingestellt. Der Surrogatkaffee, der unter hauptsächlichster Verwendung von Rohzucker hergestellt wurde, ist sehr nahrhaft, wohlschmeckend und gelangt ab 21. Juni in größeren Quantitäten in Verkehr.

Um den Kaffeehäusern die Existenz zu erleichtern, hat das Ernährungsamt davon abgesehen, die Verwendung von Zucker zur Eisherstellung zu verbieten, doch darf nur ein Viertel der bisherigen Quantitäten Zucker zur Gefrorenenerzeugung verwendet werden.

Die Zustände am Naschmarkte.

Man schreibt uns: Der Verkehr zwischen Käufer und Verkäufer am Wiener Naschmarkte vollzieht sich in der letzten Zeit vielfach in einer ganz ungehörigen Art. Das Warenverheimlichen, die ständigen Versuche, die geltenden Preise zu überschreiten, auch der Ton mancher Verkäufer sind geeignet, das kaufende Publikum zu erbittern. Bald da, bald dort gibt es erregte Auseinandersetzungen, die nur durch das energische Vorgehen der Polizei und das Eingreifen der Marktamtsbeamten beigelegt werden. Heute vormittags bemächtigte sich des Publikums über das auffallend geringe Angebot von Salat große Erregung. Einschreitende Marktkommissäre erzwangen es, daß die Händler mit ihren versteckten Vorräten herausrückten. Viele hatten ausgesuchten Kochsalat, Spargel usw. unter den Verkaufstischen für ihre „feinen“ Kunden, die natürlich keinen Höchstpreis kennen, verborgen. Sie alle mußten die Ware ohne Unterschied an die Käufer abgeben. Marktamtsdirektor Bauer fand auf seinem heutigen Rundgange wiederholt Anlaß, selbst einzuschreiten und die Händler darauf aufmerksam zu machen (zum wievieltenmal?), daß bei den Waren die Preise ersichtlich zu machen sind. Obst gab es heute sehr wenig; einige Körbe Kirichen und Erdbeeren, erstere bereits vom langen Lagern halb versaut, daher wenig begehrt. Mit Grünwaren war der Markt reichlicher besetzt. Es erregt überhaupt — nicht nur auf dem Naschmarkt — bei den Käufern großen Unmut, daß in dieser Zeit der Knappheit so viele Waren durch langes Lagern und spekulatives Zuwarten der Händler dem Verderben anheimfallen und unbrauchbar werden. Unmengen von Gemüse (Spinat, Salat usw.) gehen zugrunde, statt daß man rechtzeitig, nötigenfalls auch zu geringeren Preisen die Waren loschlägt. Aber die Parole vieler Händler ist: Lieber nichts, als zu herabgesetzten Preisen. Die Parole der aufs Sparen und Haushalten eingestellten Kriegswirtschaft müßte aber gerade umgekehrt lauten: Um keinen Preis darf geduldet werden, daß jetzt von den ohnehin knappen Nahrungsmitteln noch welche zugrunde gehen!

Verwertung von Küchenabfällen.

In einer amtlichen Mitteilung wird darauf verwiesen, daß die Bemühungen des Ernährungsamtes, die Verwertung der Küchenabfälle für Futterfabriken durchzuführen, die bisher erfolglos waren, nun ein Ergebnis haben werden. Das Amt wird — heißt es weiter — nun an die Bevölkerung Wiens herantreten, sie möge auch die Abfälle aus ihrer Küche insgesamt dem Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Die Bevölkerung dürste um so eher bereit sein, zu dieser Sammlung beizutragen, da mit den Ergebnissen der Abfallsammlung Schweine gefüttert werden, die wieder ausschließlich den Wienern zugute kommen. Sache jedes Einzelnen wäre es aber auch jetzt schon, die Abfälle seiner Küche zu sammeln und sie für Zwecke der Tierfütterung dadurch zu verwerten, daß er sie einem Gastwirt der Nachbarschaft gibt, der sie mit den Gasthausküchenabfällen einer Tierfutterfabrik zuführt.

Die schwerste Zeit des Durchhaltens.

i Berlin, im Juni.

Die schwersten Wochen des Durchhaltens während der ganzen bisherigen Dauer des Krieges haben begonnen. Es ist die tote Zeit, in der die Vorräte der alten Ernte aufgebraucht sind und der Ertrag der neuen Ernte noch seiner Einbringung harret. Die Knappheit in Kartoffeln und Mehl hat ihren höchsten Stand erreicht. Richtiger gesagt: es gibt nichts mehr von diesen wichtigen Lebensmitteln, und die Bevölkerung muß sich gedulden, bis die neuen Ernteschätze zur Verteilung gelangen können. Ein paar kurze und in Anbetracht der Volksernährung doch so lange Wochen trennen uns von der Behebung des augenblicklichen ungemessenen Mangels. Er äußert um so mehr seine Härte, als wir in das neue Erntejahr ohne jegliche Reserve aus dem alten treten und die Bodenfrüchte in Korn und Kartoffeln sofort nach der Ernte dem täglichen Verbrauch übergeben werden müssen, also an eine Aufbewahrung für spätere Zeiten auch nicht zu denken ist. Das Durchhalten ist somit auf eine neue schwere Probe gestellt, die sowohl Regierung wie Volk mit dem besten Willen zu bestehen sich anschicken. Für die reichste Bereitstellung der jungen Ernte winken der Landwirtschaft hohe Frühbruschprämien, und alle von ihr geforderten menschlichen Kräfte und technischen Hilfsmittel werden von der Regierung zur Verfügung gestellt. Inzwischen muß man sich mit dem Frühgemüse behelfen, aber die Marktpreise sind für den mittleren und Kleinbürgerlichen Haushalt fast unerschwinglich. Ein Pfund Spinat, der zudem durch die abnorm-gewesene Maihitze ganz „ausgewachsen“ ist, kostet 65 Pfennig, während der Friedenspreis höchstens 10 bis 15 Pfennig betrug. Eine Mandel (15 Stück) Kohlrabi, nutzlos, ganz jung und unausgiebig, kostet Mark 1.65 bis 1.85, das Pfund Spargel Mark —.85 bis 1.10, ein Kopf Butterlat 25 Pfennig, die mindere Qualität 15 Pfennig, ein Pfund Kohlrabi, der in Deutschland in großen Mengen als Kompott gegessen wird, 25 Pfennig. Das sind Preise, die jede Hausfrau, die ein fest zugemessenes bürgerliches Wirtschaftsgeld hat, zur Verzweiflung bringen müssen. Noch ärger sieht es mit dem Preis des jungen Obstes aus. Ein Pfund Kirschen kostet Mark 2.35, ein Pfund Erdbeeren Mark 2.60, und Pfirsiche variieren im Preise von Mark 2.50 bis 5.— das Stück! Da wir eine reiche Obsternte zu erwarten haben, ist die Behörde schon heute darauf bedacht, jeder mutwilligen Ubertreibung einen Riegel vorzuschieben und der Wucherneigung energisch zu steuern. Geht es nicht anders, werden Gemüse und Obst schon am Erzeugungsorte enteignet und dem städtischen Handel zugeführt werden, so wie es mit der ganzen deutschen Ernte geschieht, von der nicht ein Korn dem Bauer zum freihändigen Verkauf bleibt.

Die Strenge der Regierung ist eine durchaus gerechtfertigte, denn schon jetzt, in der schwersten Zeit des Durchhaltens, offenbart sich die Gewissenlosigkeit der Spekulation, der die kräftigen Schwingen radikal beschnitten werden müssen. Die schlimme Erscheinung des Vorjahres, daß Lebensmittel, deren angeordneter Höchstpreis der Gändlerische nicht wachte, wie mit einem Zauberschlag vom Markte verschwanden, soll sich kein zweitesmal wiederholen. Dagegen ist eine erfolglichere Vorsorge getroffen. In der kommenden Gänsezeit gibt es zum erstenmal auch keinen freien Handel mit den lederen Martinsvögeln. Daß Gänse bis zum Stückpreis von 100 bis 120 Mark steigen, wird fürder gänzlich ausgeschlossen sein. Die neugeschaffene Gänseverwertungs-gesellschaft erhält die ganze Aufzucht an Mager- und Fettgänsen und weist sie nach einem gerechten Verteilungsschlüssel den Händlern zu, denen die Kleinverkaufspreise vorgeschrieben sind. Der gleichmäßigen Verteilung aller Lebensmittel, einer Frage, in der bisher Unordnung und Gewissenlosigkeit herrschten, so daß der große Unmut der Bevölkerung nur allzu berechtigt war, soll fortan die weitestehende Sorgfalt zugewendet werden. Es wurde ein neues Lebensmittelverteilungsamt geschaffen, dessen Tätigkeit allen aufgetretenen und noch bestehenden Uebelständen ein Ende bereiten soll. Das Amt beabsichtigt keineswegs, in die Selbstverwaltung der Gemeinden einzugreifen, sondern will Hand in Hand mit den Kreis- und Städteverwaltungen arbeiten. Den Vertretern der Staatsregierung ist ein aus Vertretern der Stadt-

verwaltungen und Landgemeinden bestehender Beirat als beratende und unterstützende sachmännische Gruppe zur Seite gestellt. Die erste Aktion des neuen Amtes wird sich auf die von Regierung und Kommunalbeirat gemeinsam durchzuführende Verwirklichung der in nächster Zeit erscheinenden neuen Grundzüge des Kriegsernährungsamtes für die Lebensmittelversorgung der Schwerst- und Schwerarbeiter erstrecken.

Noch schärfer als bisher soll das Verbot der Lebensmittelhamsterei und des Schleichhandels gehandhabt werden. In Zukunft soll es noch schwerer sein, das bißchen „hinten rum“. Ueberfluß und Mangel will die Behörde ausgleichen, so gut sie es vermag. Die Zeit des Durchhaltens ist ernster geworden denn je und die Befriedigung der Allgemeinheit ein Gebot, das auch die Unterordnung der Allgemeinheit unter seine Schranken fordert.

Suppenwürfel mit 86.6 Prozent Salzgehalt.

Der in der Gumpendorferstraße etablierte Kaufmann M. Freund brachte Suppenkonserven in den Handel, deren Beschaffenheit die in Betracht kommenden Behörden bewog, sie chemisch untersuchen zu lassen. Das Ergebnis der amtlichen Analyse war die Feststellung, daß die Suppenkonserven bis zu 86.6 Prozent grobes Kochsalz enthielten, dem etwas Dörrgemüse beigemengt war. Die Suppenwürfel haben keinen Nährwert und sind überdies sehr teuer. Vor dem Ankauf dieser Konserven werden die Händler amtlich gewarnt. Gegen Freund und seine Lieferanten J. Zvitschet in Brünn und Vladimir Serout in Prag ist das strafgerichtliche Verfahren wegen Preistreiberei und Übertretung des Lebensmittelgesetzes anhängig gemacht.

14. IV. 1917

59

Was beim C. W. C. B. möglich ist.

C. W. C. B. ist die Abkürzung für *Conjunct Wiener Consumverein*. Die vielen gegen diesen Verein schon vorgebrachten Beschwerden sind so wirkungslos geblieben, daß man die immer kommenden Klagen fast nicht mehr zu veröffentlichen geneigt wäre, müßte man sich nicht sagen, daß es doppelte Pflicht ist, sich gerade mit dem C. W. C. B. zu beschäftigen. Doppelte Pflicht deshalb, weil es sich hier nicht nur, wie in anderen Fällen, um Ungerechtigkeiten in der Verteilung vorhandener Waren handelt, sondern weil diese Ungerechtigkeiten bei einer Verbraucherorganisation vorkommen, bei der Ähnliches vorweg nicht vorkommen darf. Denn wenn die Verbraucher nicht einmal in ihren eigenen Organisationen vor Verkürzungen geschützt sind, wem können sie ihr Vertrauen dann noch entgegenbringen? Freilich, der C. W. C. B. ist eine Verbraucherorganisation eigener Art. Die Sebarung seines Vorstandes hat es dahin gebracht, daß die Angehörigen des C. W. C. B. sich kaum noch als Mitglieder einer Organisation, sondern fast nur als Käufer betrachten, die statt bei einem Kaufmann eben beim C. W. C. B. einkaufen. Das muß anders werden, um nicht die genossenschaftlichen Grundsätze verderben und damit alle Vorteile der genossenschaftlichen Organisation vernichten zu lassen. Darum unausgesetzte Kritik am C. W. C. B. und Aufdeckung aller Mißstände.

Seute liegt uns folgender Fall vor: Dem Mitglied des C. W. C. B. Frau Agnes N., 7. Bezirk, Laubengasse 28 wohnhaft, wurde in den letzten Tagen beim Einkauf durch ein Versehen des Verschleißers ein fremdes Buch in die Einkaufstasche gelegt. Dieses fremde Buch lautet auf den Namen des Mitgliedes Frau Sophie M., 7. Bezirk, Neubaugasse 25 wohnhaft. Die Konsumvereinsfiliale, in der beide Frauen einkaufen, befindet sich Edz. Laubengasse und Lammgasse. Eine Person im Haushalt der Frau N. blätterte aus Lauge- weile oder sonst einem Grund in dem Einkaufsbuch der Frau M. Dabei ergaben sich so interessante Umstände, daß das Buch dem „Abend“ vorgelegt wurde. Was darin auffallend ist und dem C. W. C. B. zum Vorwurfe gemacht werden muß, sei hier dargelegt.

Das Einkaufsbuch der Frau N. lautet auf fünf Personen und trägt die Nummer 79.302, das Buch der Frau M. lautet auf sechs Personen und hat die Nummer 63.303. Ein Vergleich der Bezüge beider Familien in ein und derselben Konsumvereins- filiale ergibt folgendes: Frau M. bekam im Monat April für sechs Personen 4 Kilogramm 24 Dekagramm Butter, Frau N. für fünf Personen — 42 Dekagramm Butter. Im Monat Mai bezog Frau M. 6 Kilogramm 42 Dekagramm Butter, Frau N. — 54 Dekagramm Butter. Da die Inhaber des Buches 79.302 in der Filiale immer wieder vergeblich um Butter baten, so bleibt der Schluß, daß ein Mitglied auf Kosten des anderen schwer benachteiligt wurde. Und nicht nur das: der C. W. C. B. hat einer Partei, die über Fettmar- ken für 6 Personen verfügt, statt der gesetzlichen monat- lichen Höchstmenge von 2 Kilogramm 88 Dekagramm im Monat April 4 Kilogramm 24 Dekagramm, im Monat Mai 6 Kilogramm 42 Dekagramm ausgefolgt. Das ist eine klare Überschreitung einer Verordnung, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die benachteiligte Partei, die für fünf Personen Anspruch auf 2 Kilogramm 10 Dekagramm monatlich hat, im April nur 42 Dekagramm, im Mai nur 54 Dekagramm erhielt.

Diesem Zustand, der aus den Eintragungen in den beiden Büchern hervorgeht, noch ein Wort hinzuzu- fügen, ist überflüssig; der C. W. C. B. wird wahrscheinlich wieder versprechen, die Angelegenheit zu untersuchen. Doch abgesehen davon, daß er über das Ergebnis ver- sprochener Untersuchungen nie etwas mitteilt, scheinen sie auch ganz wirkungslos zu sein, denn die Benachteiligun- gen einzelner Mitglieder zugunsten anderer wiederholen sich immerfort.

Das scheint auch folgende Aufschrift zu beweisen:
Berechliche Schriftleitung!

Die Willkür nimmt beim Eriten Wiener Konsum- verein eher zu statt ab. Es handelt sich wieder um einen Fall in der Niederlage in der Karl Ludwig-Strasse.

Gestern wurde Porzid, und zwar pro Buch $\frac{1}{2}$ Kilo- gramm abgegeben. Da bemerkte meine Frau, daß Pakete bis zu 1 Kilogramm und vielleicht sogar schwerer, porgerichtet wurden. Selbstverständlich verlangte sie darüber Auskunft und erhielt zuerst von dem bereits bekannten Herrn Forst die Antwort, daß diese Ware für Kunden gehöre, die in der Vorwoche keinen Porzid bekommen hätten. Die Entgegnung, daß auch dann bloß $\frac{1}{2}$ Kilogramm eingezogen werden dürfte, ließ ihn zu-

erst verstummen und veranlaßte ihn nach einer Mid- sprache mit einem seiner Angestellten zu der Erklärung, die Pakete gehörten für das Personal.

Daran ist ja nun wohl ebenso zu zweifeln wie an der ersten Ausrede, außerdem ist aber auch die Abgabe in dieser Richtung unzulässig, da ja, wenn der Ange- stellte auch wirklich Mitglied ist, er doch mit den gleichen Anspruch erheben kann, wie ein Mitglied.

Es wäre von Bedeutung, die Wahrheit in Erfahrung zu bringen. Ist denn kein Weg gegeben, dieser Ecu- wirtschaft ein Ende zu bereiten?

Uns, den Anhängern der Verbrauchergenossenschaf- ten, bleibt nur die traurige Feststellung übrig, daß eine vom Bürgertum Wiens geschaffene Organisation nicht imstande ist, in ihrem Betrieb eine gerechte Kriegsord- nung aufrechtzuerhalten. Wenn ein Händler, der nur seinen Vorteil im Auge hat, Parteien bevorzugt, so zeigt man ihn an, findet aber sein Vorgehen begreiflich. Was soll man aber zu einem Konsumverein sagen, der das- selbe tut?

Vöswillige Vernichtung von Nahrungsmitteln?

Ein derzeit auf Urlaub in Wien befindlicher Krieger erucht uns folgendes Vorkommnis anzuprangern:

Auf Refonvoleszentenurlaub in Wien, pflege ich mich täglich bei den Kriegsgemüsegärten in der Nähe des Währleinsdorfer Frachtenbahnhofes und am Margareten Gürtel zu ergehen. Gestern, als ich wieder die dort mit so viel Mühe und Sorgfalt gezogenen Pflänzchen betrachteten und mich daran erfreuen wollte, drohte mir, der ich im Kriege wahrhaftig des Entsetzlichen genug gesehen habe und genügend abgehärtet wurde, mein Herz stehen zu bleiben. In neun von den dort befindlichen zwölf Gärten, waren die dem Gürtel zunächst stehenden Kartoffelpflanzen ausgerissen und hingelegt. Ich schätzte den Schaden auf 200 Kilogramm Erdäpfel in der Ernte. Genau so war es bei den Kriegsgemüsegärten in der Nähe der Autogarage bei der Arbeitergasse, so daß hier eine Ernte von 400 Kilogramm Kartoffeln vernichtet wurde. 400 Kilogramm, das ist der Jahresbedarf von zwei Familien. Die Tat geschah anscheinend in den Mittagsstunden, also zu einer Zeit, da der ohnehin sehr belebte Gürtel noch mehr als sonst bevölkert ist, und niemand fand sich, niemand hatte den Mut oder den Verstand, dahingehen einzuschreiten! Unsere Polizei ist derart überlastet, daß man von einem ausreichenden Schutz der Gärten nicht sprechen kann. So sorgen gewisse Bevölkeringstraie selber für ihre Ernährung! Und für solche Elemente hat mein Bruder den Selbstmord erlitten und gehe ich demnächst zum fünften Male ins Feld!"

Kriegsverbdiener.

Wie das „Gr. Volksbl.“ berichtet, sagte auf dem Mitte Mai in Leoben abgehaltenen Distriktsrat der alpenländischen Krämpfvereine Genosse Deetz in seinem Bericht über die sozialdemokratische „Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine“ (ehemals Karpelsgesellschaft) samt Grözer „Arbeiterwille“ u. a. folgendes:

„Die Umsätze in der Großeinkaufsgesellschaft sind fortwährend gestiegen. So hatte einen Gesamtumsatz von über 50 Millionen Kronen, eine Summe, die vor anderthalb Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. In dieser Umsatzsteigerung spielen gewiß die enormen Preise eine große Rolle, aber sie bietet gleichzeitig den Beweis, daß die Zugehörigkeit zur Großeinkaufsgesellschaft von den Konsumvereinen mehr als je als unerlässlich anerkannt wird. Gleichartig wie der Umsatz in der Kapitalzukunftsgesellschaft. Die Vereine haben fast durchgehend anerkannt, daß die Großeinkaufsgesellschaft die Zentralstelle überhöht. Die Gelder fließen nach. Dadurch, daß die Geldmittel an unsere Gesellschaft von den Vereinen im reichlichen Maße geflossen sind, was der Zukunft zeitweilig für uns fast zur großen Sorge geworden.“

Für die Leser der „Reichspost“ sind die riesigen Kriegsgeschäfte der sozialdemokratischen Unternehmungen keine Neuigkeit. Sie begannen mit dem berühmten Zirkular über die Ausnützung der Kriegskonjunktur für Textilwaren und gediehen besonders in der Schweizater Brotfabrik zu einer erstaunlichen Blüte. Wenn Friedrich Adler im Gerichtssaal es beklagte, daß der Parteivorstand sich tagelang immer nur mit diesen hübschen Kriegsgeschäften befaßte und für programmatische Fragen keine Zeit mehr erübrigte, was mit beigetragen habe, ihn, Adler, in seinem Mordbeschlusse zu bestärken, so kann man sich die Größe der Gewinne, die alle Parteivorstandsgenossen so bezauberten und gefangen nahmen, ja vorstellen. So groß war der Geldzufluß, daß er nach der Versicherung des Genossen Geel der Partei „zeitweilig fast zu große Sorge“ bereitete. Das erinnert ja an die Ertragnisse der berühmten Biergeschäfte der Kranz, Freund, Eifig Rubel und Genossen, die schließlich untereinander und mit dem Prokuristen Schönwald der Firma Reitzes über eine halbe Million zankten, die keiner nehmen wollte, weil der Liebergewinn doch gar zu anständig war. Hunderttausende von Mittelstandsexistenzen hat der Krieg untergraben oder völlig ruiniert, Hunderttausende Festangestellter wissen kaum, wovon sie morgen mit ihren Familien leben sollen.

Zur gleichen Zeit verdienen die sozialdemokratischen Parteiunternehmungen am Krieg und an den Verbrauchern so große Summen, daß sie kaum wissen, was anfangen damit. Die sozialdemokratischen Verbraucherorganisationen nehmen Millionen und aber Millionen ein, Summen, die „kaum jemand zu träumen gewagt hätte“, die Verbraucher aber werden täglich ärmer und magerer! Was geschieht denn mit dem vielen Geld? Wieviel von diesen riesigen, an den Verbrauchern und am Krieg verdienten Summen kommt der Kriegsanleihe zugute? Und wäre es nicht endlich an der Zeit, daß die Parteigeschäfte, da sie schon mit Reichümern und Kriegsertragnissen übersättigt sind, endlich an einen Abbau der Preise denken? Wie lange denn sollen die Kunden der sozialdemokratischen Parteigeschäfte noch zur weiteren Verfestigung der Millionenunternehmungen noch fortleben?

Der Abend
15. IV. 1917

141

62

Böde als Gärtner.

Man sendet uns das „Zentralblatt für die Eintragungen in das Handelsregister“ ein, aus dem hervorgeht, daß in Graz die Steiermärkische Obst- und Gemüse-Verwertungs-Gesellschaft m. b. S. mit einem Stammkapital von 250.000 Kronen gegründet wurde. Den Gegenstand des Unternehmens besagt der Titel. Bezeichnend ist die Eigenschaft der Geschäftsführer: Franz Schreiner, Präsident des Verwaltungsrates der Ersten Grazer Aktienbrauerei vormals Franz Schreiner u. Söhne in Puntigam bei Graz; Eduard v. Reil-Bündten, Vicepräsident des Verwaltungsrates der Firma Brüder Reininghaus, Aktiengesellschaft für Brauerei- und Spiritus-Industrie in Graz; Koloman Raab, kaiserlicher Rat, Direktor der Goesser Brauerei-Aktiengesellschaft vormals Mag Rober in Goß bei Leoben; August Wagner, Direktor der Bierbrauerei Thomas Göß in Marburg a. d. D., und Dr. Robert Richter, Generalsekretär und Prokurist des Schutzverbandes alpenländischer Brauereien, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Graz.

Wie man sieht, verläßt Gott seinen braven Alkohol-ausnißer. Geht es mit dem Bier nicht mehr, so macht man seinen Profit mit Obst und Gemüse, insbesondere wahrscheinlich mit der saftigen Erzeugung von Obstmost und Obstwein.

15./VI. 1917

143

64

Winterversorgung

Der Hamburger Gewerbe-Verein hielt am Donnerstagabend im Patriotischen Hause unter dem Vorsitz des Herrn Johs. Hirsch, M. d. B., eine Hauptversammlung ab, um einen Wunsch unserer höchsten Behörden zu erfüllen und Aufklärungen zu geben über Fragen der Lebensmittel- und Rohstoff-Versorgung. Nach einer einleitenden Ansprache des Vorsitzenden hielt Herr Prof. Direktor Dr. Voigt einen Vortrag

über die Versorgung mit Lebensmitteln für den kommenden Winter.

Er wies darauf hin, daß durch praktische Maßnahmen der Regierung die Kriegsvorbereitung mit weitem Blick getroffen worden sei. Es habe allerdings niemand ahnen können, daß der Krieg von so langer Dauer sein würde, und daß unser Hauptgegner, der Engländer, zu solchen Mitteln greifen würde, um Deutschland durch die Aushungerungspolitik auf die Knie zu zwingen. Im Laufe des ersten Kriegesjahres schon sei man zur Rationierung übergegangen und habe die Kriegswirtschaft durch Gründung von Kriegsgesellschaften immer mehr ausgebaut. Diese Kriegswirtschaft sei zwar scharfer Kritik ausgesetzt gewesen, aber niemand habe Vorschläge machen können, wie es besser zu machen sei. Wie sich die Versorgung mit Lebensmitteln für den kommenden Winter gestalten könne, könne er natürlich mit Sicherheit nicht sagen. Er könne aber mitteilen, daß wir eine gute Roggenernte erwarten dürfen. Etwas bedenklicher allerdings sehe es mit dem Haier aus, aber Befürchtungen bezüglich des Getreides im allgemeinen für unsere Ernährung seien nicht begründet. Zweifellos habe die ganze Bevölkerung sich während des Krieges einzurichten gelernt. Bezüglich des Brotes erklärte der Redner, daß er es für besser halte, wenn die Regierung der Bevölkerung lieber etwas weniger, aber gutes Brot zur Verfügung stellen würde. Auch mit den Kartoffeln werde es uns im nächsten Winter voraussichtlich besser gehen. Mit Hülsenfrüchten allerdings werden wir auch im nächsten Winter nur beschränkt versorgt sein, weil wir dabei immer auf die Einfuhr angewiesen seien. Besser als im letzten Winter werden wir mit Gemüse versehen sein. Zum Einmachen solle den Hausfrauen demnächst eine bestimmte Menge Zucker zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen lassen sich Früchte auch ohne Zucker einmachen. Hausfrauen können auch dadurch Vorzüge treffen, daß sie heute Gemüse dörren, denn das Dörren von Gemüse sei nur im Großen verboten. Die Fleischzubereitung sei augenblicklich reichlich und ebenso die Zufuhr von Fischen reichlich. Die Eierverteilung sei durchschnittlich genügend. Sehr knapp seien aber die Genussmittel, der Kaffee, Tee usw.; diese Dinge werden uns schließlich ganz fehlen. Es heiße jetzt, über die schwierige Zeit des Uebergangs bis zur neuen Ernte hinwegzukommen. Jeder müsse sich mit dem zufrieden geben, was er zu bekommen habe, wer sich dagegen auflehnen wolle, schade damit dem Vaterlande.

Darauf sprach der Erste Vorsitzende der Gewerbeversammlung, Herr Obermeister Knost, über die Versorgung mit Rohstoffen für die kommende Zeit.

Er führte dabei aus, daß man auch lernen müsse, sich auch im Gebrauch von Rohstoffen zu beschränken. Die Gewerbeversammlung habe nach bestem Ermessen zu helfen gesucht, wo man sich um Rat und Hilfe an sie wandle. Es sei aber schließlich fast unmöglich geworden, manche Rohstoffe zu beschaffen. Es sei unbedingt notwendig, daß man den Verbrauch an Rohstoffen aufs äußerste einschränke. Auf die Frage der Heizung übergehend, führte der Redner aus, daß es dringen notwendig gewesen sei, auch eine Rationierung der Kohlen einzuführen. Der Reichskommissar aber habe die Zusicherung gegeben, daß Hamburg im nächsten Winter besser mit Kohlen versorgt werden solle. Immerhin sei damit zu rechnen, daß Hamburg für gewerbliche Zwecke nur 70 Prozent und für häusliche Zwecke noch etwas weniger erhalten werde. Es werde aber Fürsorge getroffen, daß jeder ein geheiztes Zimmer im Hause vorfinde. Im übrigen dürfe man beruhigt in die Zukunft sehen; denn es solle keiner im Deutschen Reich bevorzugt werden. Jeder müsse nach bestem Ermessen seinen Teil zum Durchhalten beitragen, denn das erfordere die Liebe zum Vaterlande. Auch das Gewerbe dürfe sich nicht unterliegen lassen.

Der Vorsitzende dankte den beiden Rednern für ihre vorzüglichen Darlegungen, die von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen wurden.

V.

Das Sodawasser wird teurer.

Die Genossenschaft der konzessionierten Erzeuger kohlensaurer Getränke in Wien, die Aktiengesellschaft der Wiener Sodawasserfabriken und die Sodawasserfabrik der Wiener Gastwirte versenden folgende Mitteilung: „Infolge der weiteren horrenden Steigerung der Gestehungskosten sehen wir uns gezwungen, von heute ab die Preise wie folgt festzusetzen: für kleine Siphons mit 8 Heller, für große Siphons mit 12 Heller, für Kracherln mit 14 Heller. Für jede Kracherlflasche ist ein Einsatz von 20 Heller und für jedes bei der Kundschaft verbleibende Ristel ein solcher von mindestens einer Krone zu leisten.“

Sozialpolitische Landgliederung.

(Münchener Brief.)

Der Krieg hat den Staat vor soziale Aufgaben gestellt, wie sie früher undenkbar gewesen wären. Die lange Dauer des Völkerringens hat diese Aufgaben ins Ungeheuerliche gesteigert; sie werden ihren Höhe- und Schlupunkt in der Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung nach Friedensschluß finden. Rund zehn Millionen deutscher Männer stehen unter Waffen, wohl an acht Millionen Haushalte hat der Staat, da er die Väter zur Kriegführung braucht, zu versorgen. Dazu gesellt sich infolge der stets zunehmenden Lebensverteuerung die Unterstützung des gewaltigen Beamtenheeres, wenn anders der Staat nicht Gefahr laufen will, daß seine heimatische Kerntruppe leistungsunfähig wird. Reich und Bundesstaaten sahen sich daher schon zu wiederholten Malen in die Notlage versezt, ihren Beamten und Arbeitern Kriegsteuerungsbeihilfen zu gewähren.

Auf diesem Gebiete staatlicher Kriegssozialpolitik hat nach sieben stets unzulänglichen Versuchen die bayerische Staatsregierung den achten Schritt getan, der vielleicht vorbildlich genannt werden muß. Die bayerische Regierung hat nämlich die Neuerung gewagt, das Land sozialpolitisch zu gliedern, d. h. Ortsklassen und damit zugleich eine Abstufung der Steuerungsverhältnisse im allgemeinen zu schaffen. Selbstverständlich konnten für die soziale Neugliederung Bayerns nur die gesamten Verhältnisse der Lebensführung in Frage kommen, die sich in der Wohnungsmiete und in den Lebensmittelpreisen ausdrücken. Da die bayerische Regierung in diese Neugliederung auch ihr außerbayerisches Beamtenpersonal einbeziehen mußte, so ist es doppelt interessant, zu verfolgen, wie die Regierung die Lebensführung nicht nur in Bayern selbst, sondern auch außerhalb Bayerns einschätzt.

Die Ortsklasse 1 kennzeichnet die teuersten Städte. Wir finden in dieser — sagen wir Steuerungszone — lediglich die bayerischen Städte München, Nürnberg, Ludwigshafen, Ingolstadt und Pasing. Bayerns jüngste Stadt hat also wegen ihrer Lage als früherer Vorort Münchens die gleiche Steuerung wie die Haupt- und Residenzstadt, ja wie die Reichshauptstadt und wie die Kaiserstadt Wien; denn Berlin, Bern und Wien sind von der bayerischen Regierung in die erste Ortsklasse wegen des dort beschäftigten bayerischen Gesandtschaftspersonals miteinbezogen.

Interessant ist die zweite Ortsklasse, also der Kreis jener Städte, in denen die zweit teuersten Verhältnisse herrschen. Da finden wir alle bayerischen Kur- und bekannten Gebirgsorte ohne Ausnahme mit Ausnahme von Oberammergau, das ja auch nur alle zehn Jahre durch sein Passionspiel die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zieht. Auch da kann man lehrreiche Vergleiche ziehen, zumal von österreichischen bekannten Orten Eger, Franzensbad, Karlsbad, Kuffstein, Marienbad und Salzburg in diese zweite Steuerungszone mit einbezogen sind, diese Orte also in der Lebensführung gleich genommen werden mit Garmisch und Partenkirchen, mit Schliersee und Tölz, mit Bad Kissingen und Tegernsee. In dieser zweiten Zone begegnen uns Städte vom Range Hofs, Aschaffenburgs, Augsburgs, Regensburgs, Würzburgs und Zweibrückens. Wir sehen zugleich, wie zickzackartig die zweite Steuerungszone ist, sie umgrenzt nicht etwa ein bestimmtes Gebiet, sondern verästelt sich über das ganze Land und umschreibt genau 50 Orte. Lesen wir die fünfzig Namen genauer durch, so tauchen neben ansehnlichen Städten wie Kaiserslautern und Fürth kleine Marktflecken auf. Ihre Lage auf der Landkarte sagt uns, daß sich diese Flecken in nächster Nähe größerer Städte befinden, also die Steuerung der Stadt ihre Schatten in ziemlich weitem Umfange wirft.

Die dritte Ortsklasse kennzeichnen Städte im Range Bayreuths, Erlangens, Kulmbachs, Passaus und dergleichen; diese Zone umfaßt insgesamt 68 Orte, der 69. ist das österreichische Asch.

Die vierte Ortsklasse endlich stellt die billigste Zone, das sind alle bayerischen Orte mit Ausnahme der 123 Städte und Orte, die die drei ersten Steuerungskreise ausmachen.

Bergegenwärtigt man sich an der Hand der Landkarte diese soziale Neugliederung Bayerns, so muß man sagen, daß die Regierung nicht willkürlich Städte gleicher Größe in bestimmte Zonen rubriziert hat, sondern daß die sozialen Verhältnisse maßgebend waren. Diese Steuerungszone geben aber auch indirekt landwirtschaftliche Produktionsverhältnisse und lassen uns erkennen, in welchen Städten und Orten Bayerns dank landwirtschaftlichen Charakters Ueberschüsse an Lebensmitteln vorhanden sein müssen. Mit dieser örtlichen Gliederung verbindet sich noch eine Einteilung des Staatsdienstpersonals in drei Einkommensstufen, die erste schließt mit 2700 M., die zweite mit 5500 M. und die dritte mit 9000 M. Dienststeinkommen ab. Wenn man weiß, daß bisher der Genuß einer staatlichen Steuerungsbeihilfe bei einem Gehalte von 4800 M. aufhörte, so ist die Hinaufsetzung

der Höchstgrenze auf 9000 M. ganz gewaltig, beweist aber auch, daß selbst die gutbezahlten Staatsbeamten ohne Zulage nicht mehr standesgemäß leben können. In die Neugliederung sind auch die im Heeresdienst befindlichen Staatsbeamten und Arbeiter geringeren militärischen Dienstgrades einbezogen worden.

J. M. L.

15./VII. 1917

Jagd und Almwirtschaft.

Wir lesen in der „Salzburger Chronik“: Der Weg auf den Untersberg führt an den zwei Rositalalpen vorüber. Die zerfallenen Mauerreste in der unteren Rosite sind die letzten Reste der hier einstens blühenden Almwirtschaft, an der oberen Rosite schauen die traurigen Steinreste einer früheren Sennhütte in das Tal und gegen die Stadt Salzburg hin, die so bitteren Mangel an Milch und Butter leidet. Auf der Salzburger Seite des Untersberges sind 5 einst schöne Almen, die bei äußerst mäßiger Schätzung täglich bei 250 bis 300 Liter Milch in die Stadt liefern könnten. Doch das war einmal. Wenn man jetzt gegen den Dopplersteig an den Ruinen der Almenhöfen vorüber wandert, begegnet man einer Magd, die im Schweiß ihres Angesichtes die Milch von Grödig in das Untertunshaus schleppt. Der ganze Untersberg ge-

hört der Jagd, selbst die Ziegen sind vertraglich vom Berge verwiesen. Wann wird man endlich mit aller Energie darauf hinarbeiten, daß ganze Landstriche dem Vergnügen Einzelner dienen müssen, die der Allgemeinheit so großen Nutzen bringen könnten?

Auch die Quartierfrauen stellen sich an.

Heute stellt sich alles an. Warum soll sich also nicht auch die Quartierfrau anstellen? Sie stellt sich aber nicht an, um einen Zimmerherrn zu bekommen, denn von diesen gibt es ja mehr als genug, sondern um für ihre militärischen Mieter im nachhinein den Zins einzufassieren. Das ist ein Leidensweg für jede Quartiergeberin, wie der amtliche Ausdruck lautet. Sie muß zuerst ins Einquartierungsamt. Dort bekommt sie nach Unterfertigung einer „Erklärung“, in der steht, was sie alles zu leisten hat, eine Rechnung, die sie ausfüllen, stempeln, dann im Quartieramt bei einigen Beamten behandeln lassen muß. Dann muß sie ins Rathaus, die Buchhaltung, verschiedene Kontrollstellen und mehrere Kassenschalter passieren. Endlich winkt die Auszahlung! Dieser angenehme Moment muß bitter erkaufte werden. Ausbezahlt wird nämlich nur am letzten des Monats, dann am ersten und zweiten. Die Frauen müssen sich also anstellen, beiläufig wie beim Armeeleutrindefleisch. Wer um 8 Uhr früh kommt, wartet um 1 Uhr mittags mit seinem Zins nach Hause. Selbstverständlich muß jeder, der Zins beheben will, eine amtliche Legitimation besitzen. Wer nicht selbst kommen kann, muß seinen Vertreter mit einer notariellen Vollmacht ausrüsten. Es scheint, daß die Gemeinde Wien ja selbst diese Prozedur als nicht ganz zweckentsprechend empfindet. Es steht nämlich auf jeder Rechnung aufgedruckt, ob persönlich behoben oder Postaufsendung erfolgen soll. Leider ist die Zusendung durch die Post nicht möglich, denn diese Postsendung dauert in der Regel sehr lange. Sehr häufig ist der Einquartierte längst schon abgereist, der Zins aber noch immer nicht eingelangt. Es müßte sich doch ein Weg finden lassen, daß die Quartiere in den ersten paar Tagen eines jeden Monats ausbezahlt werden. Es würden dadurch zahlreichen Frauen viele unnötige Zeitversäumnisse erspart werden.

* Der Landesverband der Konsumenten hielt gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Stephan Bárczy im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses seine Generalversammlung. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Lösung der Konsumentenfrage nur durch die entsprechende Organisation der Konsumenten in befriedigender Weise gelöst werden könne. Der Verband hat die richtigen Wege eingeschlagen, ist mit einer großen Anzahl von Provinzstädten in Verbindung getreten und setzt die Arbeit der Organisation unentwegt fort. Sodann unterbreitete der geschäftsführende Vizepräsident Dr. Adorján Kausser den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verband die Interessen von nahezu zwei Millionen Konsumenten vertritt. Der Verband steht auch mit dem Volksernährungsamt, mit den kompetenten Ministerien und mit allen Municipien in stetem Kontakt. Der geschäftsführende Direktor Dr. Anton Szabolcsy unterbreitete eine Denkschrift, in der an die Regierung das Ersuchen gestellt wird, mit der Lösung der Konsumentenfrage das Volksernährungsamt zu betrauen. In der Denkschrift wird die gegenwärtige Lage der Konsumenten geschildert und auf jene Maßnahmen hingewiesen, die ergriffen werden müssen, um die Konsumentenfrage institutionell zu lösen. Vor Allem müßte ein Gesetz geschaffen werden, um dem Lebensmittelwucher und der unanständigen Konkurrenz wirksam zu begegnen. Aber noch vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes möge die Regierung eine Verordnung erlassen, auf Grund welcher Personen, die sich des Lebensmittelwuchers und der unanständigen Konkurrenz schuldig machen, auf das strengste bestraft werden. Im Rahmen dieser Verordnung möge nach deutschem und österreichischem Muster eine amtliche „Preisregulierungsstelle“ ins Leben gerufen werden, die die Aufgabe hat, darauf zu achten, daß die Produzenten und Kaufleute die Waare zu einem bürgerlichen Nutzen verkaufen, nicht aber Wucherpreise fordern. Gleichzeitig ist es erwünscht, daß die Produzenten mit den Konsumenten in direkte Verbindung treten, was einen Abbau der Preise zur Folge hätte. Schließlich folgten die Wahlen. Gewählt wurden: zu Koprääsidenten: Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy, Alexander Benedek, zweiter Präsident des Verwaltungsgerichtshofes; zu Vizepräsidenten: Abgeordneter Dr. Gábor Szabó und k. Rath Dr. Victor Kossinich; zum geschäftsführenden Vizepräsidenten: Hofrath Dr. Adorján Kausser; zum geschäftsführenden Direktor: Dr. Anton Szabolcsy; zum Generalsekretär: Dr. Julius Rácz. Sodann wurde der Ausschuß gewählt.

Verbot der Versteigerungen.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Zentral-Preisprüfungskommission hat kürzlich, ihre Beratungen über die Frage eines Verbotes der Warenliquidationen fortsetzend, einem an das Ernährungsamt zu erstattenden Gutachten zugestimmt, demzufolge Versteigerungen während der Kriegszeit im allgemeinen verboten sein sollen. Zur Schonung berechtigter und alteingelebter Verkehrsformen jedoch sollen die Administrativbehörden ermächtigt sein, fallweise für gewisse Warengattungen Versteigerungen zu bewilligen. Ueberdies sollen Obst und Holz im Hinblick auf die im Zuge befindliche öffentliche Regelung des Verkehrs mit diesen Waren von dem Verbot ausgenommen werden.

16. VI. 1917

7A

Hauptauschussführung des Deutschen Städtetages.**Oberbürgermeister Bermuth
über die Lebensmittelversorgung.**

Heute früh begann im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses die Hauptauschussführung des Deutschen Städtetages, die zweite während des Krieges. Vertreter von etwa 50 Städten sind anwesend, u. a.: Dr. v. Borscht-München, Dr. Dittrich-Leipzig, Blüher-Dresden, Lautenschlager-Stuttgart, Wallraf-Köln, Tramm-Hannover, Matting-Breslau, Voigt-Frankfurt a. M. Die Sitzung, die voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen wird, wird in ihrem ersten Teil Lebensmittelfragen und in ihrem zweiten Teil Kohlenversorgungsfragen umfassen.

Oberbürgermeister Bermuth eröffnete als Vorsitzender die Verhandlungen über die Lebensmittelfragen mit folgenden Ausführungen:

„Der Zusammentritt des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zeigt, wie wichtig den Städten eine Aussprache über die Kriegsversorgung ist. Kaum je war sie nötiger als diesmal. Gerade im jetzigen entscheidenden Augenblick müssen die Kräfte von neuem zusammengefaßt und gespannt werden, um jeden Zweifel über unser wirtschaftliches Ausdauern nochmals und endgültig zu Boden zu schlagen. Und während mit den Sorgen der letzten Monate des Erntejahres gerungen wird, muß zugleich und am schärfsten sich der Blick auf Verbesserungen im neuen Erntejahr richten. — Wir stellen zu dem Zweck die Kraft und Hingebung der Selbstverwaltung wiederum freudig in den Dienst von Reich und Staat. Um so unbefangener kann man zugleich wünschen, daß die äußere Art des Zusammenarbeitens mit ihnen etwas erleichtert werden möchte.

Unverkennbar hat seit Einrichtung der sogenannten Lebensmittelverwaltung eine gewisse Ueberorganisation der Behörden um sich gegriffen. Nach meiner Rechnung sind jeder Gemeinde mehr als sechzig Instanzen, zivile und militärische, neu entstanden, die in den Bereich der Selbstverwaltung hineinwirken. Bei solcher Vielfältigkeit liegt die Gefahr der Verwirrung und der Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls für jede einzelne der neuen Behörden nahe; für die Gemeinden aber droht eine Lähmung der Tatkraft, wenn ihre Willensäußerungen jederzeit von dem Willen so vieler anderer Stellen, die sämtlich schrankenlose Befugnis besitzen, durchbrochen werden können. Es ist überhaupt bemerkenswert, daß in der Zeit, welche ausgesprochenemmaßen nach Stärkung der Selbstverwaltung strebt, die tatsächliche Entwicklung sich über das Bedürfnis des Krieges hinaus nach der Seite der Bureaucratie vollzieht.

Bei manchem Lebensmittel wird man auch sagen müssen, daß die verfeinerte Organisation in dem, was die Städte am unmittelbarsten angeht, in der Heranschaffung an die Verbrauchsstätten entscheidende Erfolge nicht erzielt hat. Gewiß nicht bei der Kartoffel; hier hat neben der Ungunst der Ernte doch auch die Unsicherheit der Maßregeln unerfreuliche Folgen gezeitigt. Beim Getreide wäre die Verteilung zum mindesten konstanter gewesen, wenn die Nachprüfung der Schätzungen zeitiger eingeseht hätte. Die Organisation der Zuführung von Milch nach den großen Städten kann gewiß noch erheblich verbessert werden. Das seien Beispiele dafür, wohin unsere Beratungen zielen werden.

Wir wollen keine Vorwürfe erheben, sondern den Reichs- und Staatsorganen, aber nicht minder uns selbst den Anreiz zu weiterem positiven Schaffen geben. Ganz besonders auch bei dem zweiten Hauptgegenstand der Tagesordnung, der Kohlenversorgung, die dem Lebensmittelwesen jetzt in Wichtigkeit und Regelungsbedürftigkeit vollkommen ebenbürtig zur Seite tritt. Auch bei ihr müssen wir, wie ich meine, die Stimme so laut als möglich erheben, damit die Sommermonate ohne jedes Zaudern und Schwanken ausgenutzt werden und wir nicht im Winter, durch die Ereignisse überrascht, uns von Tag zu Tag vorwärts zu tasten brauchen. — Mit Ihnen allen hege ich den Wunsch, daß unsere Aussprache diesen Notwendigkeiten inhaltlich gerecht werden und daß sie um deswillen nachhaltig wirken möge.

Die Versorgung der Städte.

Oberbürgermeister Bermuth gegen die „Ueberorganisation“.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages trat heute im Stadtverordnetenversammlungssaal des Berliner Rathhauses zu einer Sitzung — der zweiten während des Krieges — zusammen. Es sind zu dieser Beratung, id wahrscheinlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen und Lebensmittel- und Kohlenversorgungsfragen umfassen wird, Vertreter von etwa fünfzig Städten erschienen, u. a.: Dr. v. Borst-München, Dr. Dittrich-Leipzig, Blüher-Dresden, Lautenschlager-Stuttgart, Ballraf-Cöln, Tramm-Hannover, Matting-Breslau, Voigt-Frankfurt a. M.

Oberbürgermeister Bermuth eröffnete die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

„Der Zusammentritt des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zeigt, wie wichtig den Städten eine Aussprache über die Kriegsversorgung ist. Kaum je war sie nötiger als diesmal. Gerade jetzt müssen die Kräfte von neuem zusammengefaßt und gespannt werden, um jeden Zweifel über unser wirtschaftliches Ausbauen endgültig zu Boden zu schlagen. Und während mit den Sorgen der letzten Monate des Erntejahres gerungen wird, muß zugleich und am schärfsten sich der Blick auf Verbesserungen im neuen Erntejahr richten.

Wir stellen zu dem Zweck die Kraft und Hingebung der Selbstverwaltung wiederum freudig in den Dienst von Reich und Staat. Um so unbefangener kann man zugleich wünschen, daß die äußere Art des Zusammenarbeitens mit ihnen etwas erleichtert werden möchte. Unverkennbar hat seit Einrichtung der sogenannten Lebensmittelvikatur eine gewisse Ueberorganisation der Behörden um sich gegriffen. Nach meiner Meinung sind jeder Gemeinde mehr als sechzig Instanzen, zivile und militärische, neu erfunden, die in dem Bereich der Selbstverwaltung hineinwirken. Bei solcher Vielfältigkeit liegt die Gefahr der Verwirrung und der Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls für jede einzelne der neuen Behörden nahe; für die Gemeinden aber droht eine Lähmung der Latkraft, wenn ihre Willensäußerungen jederzeit von dem Willen so vieler anderer Stellen, die sämtlich schrankenlose Befugnis besitzen, durchbrochen werden können. Es ist überhaupt bemerkenswert, daß in der Zeit, die ausgesprochen nach Stärkung der Selbstverwaltung strebt, die tatsächliche Entwicklung sich über das Bedürfnis des Krieges hinaus nach der Seite der Bureaucratie vollzieht.

Bei manchem Lebensmittel wird man auch sagen müssen, daß die verfeinerte Organisation in dem, was die Städte am unmittelbarsten angeht, in der Hervanschaffung an die Verbrauchsstätten entscheidende Erfolge nicht erzielt hat. Gewiß nicht bei der Kartoffel; hier hat neben der Ungunst der Ernte doch auch die Unsicherheit der Maßregeln unerfreuliche Folgen gezeitigt. Beim Getreide wäre die Verteilung zum mindesten stetiger gewesen, wenn die Nachprüfung der Schätzungen zeitiger eingelegt hätte. Die Organisation der Zuführung von Milch nach den großen Städten kann gewiß noch erheblich verbessert werden. Das seien Beispiele dafür, wohin unsere Beratungen zielen werden. Wir wollen keine Vorwürfe erheben, sondern den Reichs- und Landesorganen, aber nicht minder uns selbst den Anreiz zu weiterem Schaffen geben. Ganz besonders auch bei der Kohlenversorgung, die dem Lebensmittelwesen jetzt in Wichtigkeit und Regelungsbedürftigkeit vollkommen ebenbürtig zur Seite tritt. Auch bei ihr müssen wir, wie ich meine, die Stimme so laut als möglich erheben, damit die Sommermonate ohne jedes Gaudern und Schwanlen ausgenutzt werden, und wir nicht im Winter, durch die Ereignisse überrascht, uns von Tag zu Tag vorwärts zu tasten brauchen.

Mit Ihnen allen hege ich den Wunsch, daß unsere Aussprache diesen Notwendigkeiten inhaltlich gerecht werden, und daß sie nachhaltig wirken möge.

Der Besuch der Sommerfrischen.**Der Vorverkauf von Fahrkarten.**

Untlich wird mitgeteilt:

Erfahrungsgemäß vollzieht sich die Abreise in die Sommerfrischen, Kurorte und Bäder größtenteils gegen Ende Juni und in der ersten Hälfte Juli. Für diese Zeit ist sohin mit besonders starker Benützung der Schnell- und Personenzüge zu rechnen. Die Eisenbahnverwaltungen sind bemüht, durch geeignete Betriebsvor sorgen auch den Ansprüchen eines gesteigerten Personenverkehrs innerhalb der durch den Krieg bedingten Grenzen nach Kräften zu entsprechen. Die Voraussetzung hierzu bildet jedoch die volle Beachtung der bahnämtlichen Anordnungen durch das reisende Publikum. Die bezüglichen Verlautbarungen werden bereits in den nächsten Tagen in der Tagespresse erscheinen.

Auch der Abfertigung des Reisegepäcks sind Grenzen gezogen; es wird daher dringend angeraten, die aus Land mitzunehmenden Sachen so früh wie möglich als Fracht- oder Eilgut voranzuschicken.

Im Vorverkauf werden durch das Stadtbureau der österreichischen Staatsbahnen in Wien, Körntnerring Nr. 7 (Hotel Bristol), Zivilfahrkarten für die Schnellzüge und Fernpersonenzüge in genau festgesetzter Anzahl ausgegeben. Dieser Vorverkauf erfolgt bloß an den beiden dem Abreisetag vorausgehenden Tagen. Früher und am Tage des Reiseantrittes findet eine Kartenausgabe im Stadtbureau nicht statt. Der bisher bestandene Vorverkauf von Schnellzugsfahrkarten und Platzanweisungen auf dem Nordbahnhof erfolgt zum letztenmal am 17. d., für die späterhin abgehenden Züge wurde auch dieser Vorverkauf dem Stadtbureau übertragen. Hinsichtlich des Nahverkehrs findet kein Vorverkauf von Zivilfahrkarten für die Strecken Wien Westbahnhof—Amstetten, Wien Franz Josefbahnhof—Gmünd und Wien Nordbahnhof—Prerau statt. Dagegen werden Fahrkarten für den Nahverkehr von Wien Nordwestbahnhof und Wien Ostbahnhof im Vorverkauf abgegeben.

17. VII. 1917

1

74

Commerversorgung in Oesterreich und im Deutschen Reiche.

Eine Wiener und eine Berliner Mitteilung.

Es wird mitgeteilt: In der kommenden Woche gelangen auf den Wiener Märkten und in den Markthallen täglich die von der Regierung der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten, in Salzwasser eingelegten Bohnen ausländischer Herkunft gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte zum Verlaufe. Der Preis der Ware beträgt Kr. 3.80 per Kilogramm. Ferner gelangt, wie die Rathauskorrespondenz meldet, in der kommenden Woche ab Montag in sämtlichen Bezirken **Mischgemüse** (Julienne) in Päckchen zu 11 Dekagramm zum Preise von 1 Kr. per Päckchen zum Verlaufe. Der Preis ist auf jedem Päckchen aufgedruckt. Das Marktamt macht aufmerksam, daß die Julienne

nicht etwa nur als Suppeneinlage verwendet werden kann, sondern als Mischgemüse eine gute Zuspitze abgeben kann. Die Kochanweisung ist auf jedem zum Verkauf gelangenden Päckchen ersichtlich. Mit den entsprechenden Zutaten kann Julienne auch als Beimengung zu fischiertem Fleisch (wenn man eines erhält!) verwendet werden. Nach Maßgabe des Anrollens werden auch **Dörrpflaumen** und **Sauerkraut** zum Verlaufe gelangen.

Aus Berlin, 15. d., wird gemeldet: Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt, wie bis zur nächsten Ernährungsbehörde etwas um- und vorausichtiger wären und die Zuteilung der wichtigsten Nahrungsmittel sich gewenn die verbesserte Verkaufsordnung, die wir endlich staltet. Die Feinde Deutschlands, die immer prophezeien vom 1. Juli an in Gestalt einer Lebensmittelskarte erhalten, die diesjährigen Bestände für die Ernährung des deutschen Volkes würden bis zur neuen Ernte nicht ausreichen, werden eine arge Enttäuschung erleben. Brot die wichtigste Grundlage unserer Ernährung, kann dank der reichlichen Getreidezufuhr aus Rumänien bis zur Ernte in unverkürzter Wochenmenge gegeben werden. Auch die doppelte Fleischration, die seit April als Ausgleich für die geringe Herabsetzung der Brotzuteilung gewährt wird, bleibt aufrechterhalten. Nur bei Speisefkartoffeln kam die bisherige 5-Pfund-Menge (pro Kopf und Woche!) vielfach nicht mehr zugeteilt werden. Dafür wird eine entsprechende Menge Mehl oder Brot geliefert. Schon zwischen 20. und 22. Juni werden ausreichende Mengen ausländischer Frühkartoffeln erwartet, mit denen die Arbeiter der Industriegebiete versorgt werden sollen. Da außerdem die Kartoffeln in gut durchwärmten Böden im Mai ausgesät wurden und bei feuchter, warmer Witterung sich glatt entwickelten, besteht die Sicherheit, daß schon im Juli reichliche Mengen einheimischer Kartoffeln auf den Markt kommen. Bis dahin findet die Bevölkerung einen reichlichen Ausgleich in den aufgesparten Konserven, Dörrgemüsen, Sauerkraut u. a., die jetzt verteilt werden. Die Gemüseernte ist in diesem Jahr so früh und reichlich wie seit Jahren nicht. Spargel, Spinat, Kohlrabi werden an den Wochenmärkten und in den Markthallen so reichlich feilgeboten, daß viele bisherige Gäste der Volksküchen und der Mittelschichten jetzt das Mittagmahl wieder selbst bereiten. Das Angebot an frischen Fischen übersteigt zurzeit stark die Nachfrage. Zur schmackhaften Zubereitung wird seit der vorigen Woche in vielen Städten, darunter in Berlin, die doppelte Wochenmenge Fett zugeteilt. Danach werden die Feinde Deutschlands mit dem Hungerkriege zweifellos wieder eine empfindliche Niederlage erleiden. Das deutsche Volk wird die Zeit bis zur Ernte besser überstehen, als selbst die Optimisten erhofft hatten.

Wir sind die letzten, welche die ganz verschiedenen gearteten Verhältnisse verkennen und etwa verlangen, daß hier alles so sei wie draußen; auch verschließen wir uns nicht der Tatsache, daß manches in der Versorgung hier vielleicht besser ist als draußen. Aber daß es jetzt auf den Wiener Märkten nahezu kein anderes Gemüse mehr gibt als Salat — wenigstens zu erschwinglichen Preisen nicht! —, so daß man sich jetzt im Juni mit gedörrtem Mischgemüse behelfen muß, ist fast so schmerzhaft, wie das Ausbleiben der Kartoffel, die wir in Wien seit Ostern entbehren müssen und schon vorher infolge hochweiser behördlicher Anordnungen im letzten Herbst fast den ganzen Winter hindurch nur vom Hörensagen und vom nächtlichen Anstellen her kannten. Spinat, der sonst während des ganzen Sommers billig zu haben war, ist bereits von den Märkten so gut wie verschwunden. Für andere Gemüsearten werden Preise geboten, die sie den breiten Massen der Bevölkerung einfach unerreichbar machen, Preise, die zu den in Berliner Blättern inserierten Preisen dortiger Verkäufer in schreiendem Mißverhältnisse stehen. Miserabel steht es derzeit auf den Fischmärkten, Fett und Kochfleisch sind so rar, daß die Ausgabe von Fettkarten als überflüssiger Luxus erscheint. Wenn alles so sein dürfte und nicht anders sein könnte, würde unsere heldenhafte geduldige Bevölkerung auch das mit stummer Ergebung hinnehmen, aber es ist unbestreitbar, daß so manches besser sein könnte, wenn die Versorgungs-

Bedenken zur Pilzsammelzeit.

I.

Behörden und Private, Schulen und Zeitungen weisen in den letzten Jahren mit Recht immer mehr auf das häufig so vernachlässigte Gebiet unserer Speisepilze hin, die den Gemüsen vergleichbar, unserer Kost eine erwünschte Abwechslung bringen. Wir wissen wohl, daß ein Kilogramm Pilze bis zu 90 Dekalogramm Wasser enthält, daß aber der Rest, die Trockensstoffe, an Eiweißgehalt dem Fleische, den Hülsenfrüchten nahe kommen, unsere Getreidearten übertreffen. Dazu kommen noch die verschiedenen Nährsalze und Zuckersstoffe. Alle diese Angaben machen es klar, daß man mit allen Mitteln darnach streben muß, die Kenntnis der essbaren Pilze, aber auch der giftigen zu fördern. Ja es wäre eigentlich nur notwendig, die wenigen giftigen Pilze gut zu kennen, die bei uns vorkommen, um jeder Gefahr, die durch Pilzgenuss droht, zu entgehen. Die anderen Pilze sind zum mindesten nicht giftig, was freilich noch nicht besagt, daß sie deswegen alle auch schon genießbar sind. Aber ihr Genuss verbietet sich sozusagen von selbst; denn wer wird einen zäh-holzigen Pilz essen oder, wer einmal den Bitterpilz oder Gallenröhrling verkostet hat, kennt ihn für immer.

Von den Laien wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es allgemein gültige Merkmale zur sicheren Unterscheidung der essbaren und giftigen Pilze gibt. Sie ist von vorneherein mit einem bestimmten Nein zu beantworten. Es gibt eben kein auf alle Pilze anzuwendendes durchgreifendes Merkmal, das die giftigen Pilze von den essbaren unterscheiden läßt. Man hört aber trotzdem noch immer wieder von unfehlbaren Merkmalen der Unterscheidung, wie etwa vom Schwarzwerden silberner Löffel, die in ein kochendes Pilzgericht gelegt werden, oder vom Schwarzwerden einer ähnlich angewendeten Zwiebel usw. Noch immer wird das Blauwerden von Schnittflächen eines Pilzes als Giftkennzeichen angesehen. Das ist wahrhaftig alles Unsinn. Nur ein Mittel gibts sich vor Irrtum zu schützen, das ist ein gründliches, praktisches Studium der Pilzkörper entweder nach der Natur oder zur Vorbereitung darauf nach guten, mit richtigen Farbentafeln ausgestatteten Pilzbüchern. Es ist ja wahr, daß manches derartige Pilzwerk etwas teurer auf den ersten Augenblick erscheint, aber die für gute derartige Bücher aufgewendete Kapitalanlage macht sich schon nach dem ersten Sammeljahr ausgiebig bezahlt durch die Vermittlung von neuen Pilzkenntnissen für den Haushalt. Was half es dem Manne, von dem im vergangenen Sommer reichsdeutsche Blätter berichteten, daß in seiner Suppe aus Knollenblätterpilzen der Silberlöffel blank blieb und daß sie gut schmeckte, er wurde doch ein Opfer seiner Unkenntnis. Ein Blick aber in ein gutes Pilztafelwerk hätte ihn gewarnt und zu genauerem Zusehen angehalten.

Wir lesen in einem Aufsatze der naturwissenschaftlichen Wochenschrift über die Pilzvergiftungen der letzten Jahre, daß nach einer gewiß zuverlässigen Statistik in Deutschland im Jahre 1915 nicht weniger als 92, im Jahre 1916 ebenso 93 Personen an Pilzvergiftungen gestorben sind. Dabei ist natürlich von solchen Fällen gar nicht die Rede, bei denen das unglückliche Opfer nach einer mehr oder weniger schweren Erkrankung doch mit dem Leben davon kam. Die Zahlen geben gewiß zu denken. In den allermeisten Todesfällen handelte es sich um wirkliche Pilzvergiftungen, nicht etwa um den Genuss von schon verdorbenen, aber sonst genießbaren Pilzen. Dabei ist die Mehrzahl der Todesfälle auf den Genuss des gefährlichsten heimischen Giftpilzes, des Knollenblätterpilzes zurückzuführen, bei dem die gefährliche Wirkung unheimlicher Weise erst nach 3 bis 12 bis 24 Stunden auftritt, sodas eine Hilfe sehr häufig vergeblich ist. Merkwürdig häufig war auch die Zahl der Todesfälle, welche die Morchel, das heißt die „Lorchel“ verursachte. Gerade diese könnten durch ein sehr einfaches Verfahren vermieden werden. Kochendes Wasser zieht das Gift, die Gelbellsäure aus, so daß man nur das erste Kochwasser abzugießen braucht, während die übrig bleibenden Teile des Pilzes außerordentlich schmackhaft sind. Auffällig bleibt es immerhin, daß anscheinend manche Menschen gegen das Morchelgift unempfindlich sind, wie ja überhaupt auch bei anderen Pilzen nach Personen und Landschaften verschiedene Ausnahmen in der Giftwirkung vorkommen. Gerade solche Erscheinungen fordern erst recht eine genaue Kenntnis der Giftpilze, damit nicht jemand leichtsinnigerweise zu Schaden kommt. Viele Opfer forderte auch der Giftpilz, während andere als giftig mehr bekannte Pilze seltener Schaden anrichten, wie etwa der Fliegenpilz. Nach dem Gesagten erscheint der Knollenblätterpilz geradezu als der einheimische Giftpilz, so daß es gewiß sehr erwünscht wäre, wenn mehr geschähe, auch von Seite der Behörden, keine Kenntnis allgemein zu machen! So macht ein Verfasser eines Pilzbuches den Vorschlag, man solle den Pilz ausrotten, wie etwa die Kreuzotter. Das Ergebnis wäre wohl in vielen Fällen ein ähnliches: wie statt der Kreuzotter oft eine harmlose Schlange bluten muß, so würde sehr häufig ein wirklich genießbarer Pilz vernichtet werden, denn ein Ausrotten ist eben nur auf Grund genauer Kenntnis möglich. Und davon in einem weiteren Aufsatze, soviel sich eben durch das Wort ohne Bild erreichen läßt. Unseres Erachtens müßten in allen Land- und Stadtschulen Tafeln mit guten Pilzabbildungen hängen, deren Farben auch dem Sonnenlichte Widerstand leisten. Dazu müßte ähnlich, wie dies bei den gesetzlich geschützten heimischen Pflanzen geschah, auch auf den Bahnhöfen von Ausflugszielen an leicht sichtlicher Stelle solche Tafeln zum Vergleich der genießbaren Pilze und ihrer giftigen Doppelgänger — man darf bei einigen Arten diesen Ausdruck gebrauchen — hängen. Vielleicht ist dies in absehbarer Zeit möglich, da sich ein österreichisches Pilztafelwerk seiner Vervollständigung nähert und das neu zu schaffende Ministerium für Volksgeundheit sich gewiß auch mit diesen Dingen zu befassen haben wird. In einem weiteren Aufsatze soll dann die Rede über Mittel und Wege zur Pilzkenntnis sein.

Dr. J. St.

17. IV. 1917

76

pp. Echte Limonade gibt es nicht mehr. Die Direktorsgattin Alize Schimle hatte am 31. Jänner im Automatenbüfett Kärntnerstraße 34 gegen Einwurf eines zwanzig-Gellerstückes ein Glas Limonade gekauft. Kaum hatte sie einen Schluck getan, setzte sie das Glas vom Munde ab. Das Getränk schmeckte nämlich wie reines Essigwasser. Ein Wachmann, den Frau Schimle ins Büfett holte, erklärte, daß dieses Essigwasser und ungenießbar sei. Der Eigentümer des Automatenbüfetis Josef Königstein und der Geschäftsführer Vinzenz Diering hatten sich heute vor dem Bezirksgerichte Josefstadt deshalb wegen Uebertretung des Lebensmittelgesetzes zu verantworten. Der angeklagte Geschäftsführer erklärte, daß er vielleicht an dem betreffenden Tage den Zitronensaft zu wenig gezuckert habe. Ein Sachverständiger aus der Limonadenbranche erklärte, daß derzeit echte Limonade aus reinem Zitronensaft überhaupt nicht erhältlich sei, daß nur ein Limonadenersatz hergestellt werden könne. Die betreffende Essenz müsse, um gut genießbar zu sein, vorerst gezuckert werden, sonst schmecke sie wie Essigwasser, sei aber deshalb noch nicht schädlich. Der Richter verurteilte den angeklagten Geschäftsführer wegen Feilhaltens eines an Nährwert minderwertigen Lebensmittels zu einer Geldstrafe von dreißig Kronen, sprach dagegen Herrn Königstein mangels subjektiven Verschuldens frei. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär meldete gegen den Freispruch die Berufung an.

17. IV. 1917

77

**Ausgabe von Ersatznahrungsmitteln
anstatt Kartoffeln.**

In der kommenden Woche gelangen auf den Märkten und in den Markthallen täglich die von der Regierung der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten, in Salzwasser eingelegten Bohnen ausländischer Herkunft gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte zum Verkauf. Der Preis der Ware beträgt K. 3.80 pro Kilogramm. Ferner gelangt in der kommenden Woche ab Montag in sämtlichen Bezirken Mischgemüse (Julienne) in Päckchen zu 11 Dekagramm zum Preise von 1 K. pro Päckchen zum Verkauf. Der Preis ist auf jedem Päckchen aufgedruckt. Das Markthamt macht aufmerksam, daß die Julienne nicht etwa nur als Suppeneinlage verwendet werden kann, sondern als Mischgemüse eine gute Zuspitze abgibt. Die Kochanweisung hierzu ist auf jedem zum Verkauf gelangenden Päckchen ersichtlich. Mit den entsprechenden Zutaten kann Julienne auch als Beimengung zu kaltsortiertem Fleisch verwendet werden.

Nach Maßgabe des Anrollens werden auch Dörropflantmen und Sauerkraut zur Ausgabe gelangen.

Auf einer kleinen Provinzreise.

Die Provinzbewohner kommen gewöhnlich in die Großstadt, um etwas zuzulernen — die Männer studieren da den Fortschritt auf allen Gebieten und die Frauen die Mode und nach einem solch anregenden Ausflug kehren sie belehrt und befriedigt in ihr Städtchen zurück. Ich habe nun einmal versucht, es umgekehrt zu machen, ich fuhr von der Haupt- und Residenzstadt Wien nach Brünn und fand, daß es dort drei sehr nachahmenswerte Dinge gibt, die ich nun zur eventuellen Nachahmung erzählen will.

Vor allem die Marktbeschickung — es gibt dort auf den Märkten Eier, die ohne Anstellten gekauft werden, die auch ohne jede Besteuerung nach Wien gebracht werden können, so viele als man nur will — warum schickt man nicht von den Hausfrauenorganisationen und Konsumvereinigungen Delegierte nach Mähren, um die Eierzufuhr, die wir so notwendig haben, nach Wien auf diesem privaten Wege wenigstens den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen zu ermöglichen? Wozu muß man denn auf galizische Eier warten, wenn — allerdings zu einem höheren Preise — große Mengen von den mährischen Bauern gekauft werden können? Und daß dort große Mengen Eier zu bekommen sind, zeigt doch ein Spaziergang auf dem Markt, wo die Eier sogar noch wie in alten, schönen Zeiten angepriesen werden! Die Gemüsezufuhr ist dort für eine nicht verwöhnte Wienerin geradezu überwältigend! Spinat in großen Körben — von dem Preis will ich gar nicht reden, der ist natürlich niedriger als bei uns — wird nicht aufgelauft, weil zu viel da ist. Ja, das ist kein Märchen; warum gibt es bei uns auf den Märkten bloß Zurgemüse: Spargel zu 2 Kr. 60 H. bis zu 3 Kr., Kohlrüben per Stück zu 80 H. bis zu 1 Kr., kleine Gurken per Stück zu 2 Kr. 40 H., aber nie bekommt man Spinat, nie Kohl, nie etwas zum wirklich Sattessen!

Da die Reise nach Brünn und die umliegenden Orte nicht mehr wie 3 bis 4 Stunden dauert und man Gemüse privater ebenfalls einführen kann, warum sorgen die vorher erwähnten Delegierten nicht für unseren Gemüsebedarf? Wir sind nicht so anspruchsvoll, wir nehmen den Spinat auch nach einer Tagereise!

Die zweite dort in der kleinen Provinz interessante, nachahmenswerte Sache ist — ein hermetisch verschlossener Kehrriechwagen, der nicht für Lungenerkrankungen sorgt, wenn er durch die Straßen fährt. Warum haben wir nicht so einen hübsch verschlossenen, wie ein Unterseeboot unter Wasser aussehenden „Mistwagen“, warum müssen wir Großstädter neidvoll und seufzend solch einem Provinzkehrriechwagen nachblicken??

Die letzte und schönste Sache aber sind die Wohltätigkeitsaktionen. Gleich die Kriegspatenschaft, die mit einem „namenlosen“, aber unendlich tätigen Komitee — ja Damenkomitee, obwohl es fast unglaublich erscheint, daß Wohltätigkeitsdamen so namenlos sein können — eine für Wien nachahmenswerte Nebenaktion leitet. Die Kriegspatenschaft hat nämlich eine „Wirtschaftssektion“ eingeführt, in welcher Damen der besten Gesellschaft es übernommen haben, für die Kriegerfrauen zweimal wöchentlich selbst im großen einzukaufen, wie: Fett, Butter, Gemüse, Eier, Bohnen, Erbsen, Suppenwürfel usw., um ihnen erstens das Anstellen zu ersparen, und zweitens durch gesundernährliche Nahrung die schwere Zeit, die sie durchzumachen haben, zu erleichtern.

Ich habe es selbst mit angesehen, wie vier große Körbe Spinat zu 20 Kilo, also 80 Kilo, von einer Dame, die den Markt inspizieren ging, aufgelauft wurden und am selben Nachmittag noch von den Damen selbst ausgewogen und unter dem Marktpreis verkauft wurden. Das Defizit wird aus dem Lebensmittelfonds gedeckt, der aus gesammelten Spenden ausloß. Nicht nur ihr Kriegspatenschaftsgeld erhalten also die Kriegerfrauen, sondern es wird ihnen in der richtigsten Weise geholfen, ihr Leben leichter zu ertragen. Gräfin Berchtold, die nun die Brünner Kriegspatenschaft inspiziert, möge diese Art, Wohltätigkeit zu üben — indem das Komitee selbst nebst Spendensammlungen tätig mitwirkt — den Wiener Frauen mitteilen, vielleicht kann auch hier den Armen das Leben leichter gemacht werden durch diese Neueinführung. Geld allein hilft heutzutage nicht mehr — den Frauen ist das wirtschaftliche Umdenken nun viel willkommen. Und wenn die Märkte, durch die Intervention eines Wiener Lebensmittellomitees, das natürlich ebenso tätig sein müßte wie die Brünner Vorläuferinnen, früh morgens besucht würden, erhielten endlich Bedürftige ohne Anstellen etwas, bevor noch ganze Wagen voll Gemüse, Eier usw. in die großen Restaurants wanderten. Da doch bei uns speziell bei Lebensmittelerreichung nur Verbindungen etwas nützen, wäre es wunderschön, wenn auch einmal die Kriegerfrauen und deren Kinder durch Protektion und diesmal durch die der Kriegspatenschaft ohne Anstellen zu Nahrungsmitteln kämen. Das sind die Ergebnisse und Erlebnisse einer kleinen Provinzreise. C. P.

* Auf nach Pozsony! Das ist jetzt das Lösungswort der Wiener, das Programm für den Sonntag. Ganz und gar verkehrspolizeiwidrig überfüllt rollen die Züge der Elektrischen am Vormittag hier ein, dann kommt seit geraumer Zeit schon pünktlich um viertel 11 Uhr der ebenfalls überfüllte Postdampfer und noch sind die Passagiere nicht ausgestiegen, als schon der Separatdampfer „Greifenstein“ bis zur Kommandobrücke mit Menschen überdeckt, die, Schulter an Schulter stehend, die Fahrt machten, in Sicht kommt. Bald wimmelt es auf den Straßen und Plätzen von Wienern, die Zuckerbäckereien sind umlagert und im Nu ausverkauft, die Gasthäuser werden gestürmt, denn die Ausflügler kommen ja nicht etwa angelockt durch die schöne Umgebung oder wegen der Sehenswürdigkeiten der alten Krönungsstadt, sie kommen, um sich satt zu essen . . . und das recht gründlich. Die Mehrzahl kommt auch mit Rucksäcken und Handtasche bewaffnet in der Hoffnung, sich hier auch noch auf eine Woche verproviantieren zu können. Das ist freilich ein eitler Wahn, nur wenigen gelingt es infolge besonderer Verbindung mit hiesigen Geschäftsleuten etwas einzuschaffen, nur einem Bruchteil von diesen aber das Errungene auch nach Wien zu bringen. Dieser Massenzug der Wiener macht sich übrigens auch an Wochentagen bemerkbar. Namentlich der Donnerstag ist sehr beliebt. Die ganz Vernünftigen aber, die kommen schon am Samstag, bleiben über den Sonntag hier und treten erst am Montag wieder die Rückreise nach Wien an. An diesen Tagen sind auch alle Hotels hier vollbesetzt, man nimmt selbst mit einem Badezimmer als Quartier und einer Badewanne anstatt des Bettes vorlieb. All diesen Rummel haben wir einer Schilderung des Musikkritikers Dr. Robert Hirschfeld zu danken, der vor einigen Wochen über unsere Stadt in der „Neuen Freien Presse“ eine Schilderung entwarf, als ob man hier bei uns wie im Schlaraffenlande leben, die Mohn- und Ruchbengel auf den Bäumen wachsen, die Schinken und „Kalbhaxen“ auf den Straßenlaternen hängen, die Straße mit Zellerfleisch gepflastert, Backhühner gratis abgegeben, mit Brot Fußball gespielt und das Mullermehl zur Kleistererzeugung verwendet würde. Daß dem nicht so ist, davon haben sich auch die Wiener überzeugt, die trotz der eigenen Lebensmittelfknappheit, die infolge der Dürre noch ungeahnte Dimensionen annehmen wird, in ungarischer Gastfreundschaft aufgenommen wurden. Leider legt man aber diese Gastfreundschaft recht übel aus. Die in Pozsony satt gewordenen Wiener tun es wie Dr. Hirschfeld, erzählen Märchen und die Wiener, die nicht in der Lage sind, einen Ausflug nach Pozsony zu unternehmen, ballen die Fäuste in den Taschen und wettern gegen die niederträchtigen Ungarn, die die Wiener verhungern lassen. Sie wissen freilich nicht, daß wir ein Drittel unserer Ernte nach Oesterreich, ein Drittel nach Deutschland abgaben und daß uns nur das dritte Drittel verblieb. Sie wissen es auch nicht, daß z. B. all die tausenden Waggons Kartoffel, die von uns nach Wien geliefert wurden, zugrunde gegangen sind, weil man es eben nicht verstand, sie zu konservieren. Die „Reichspost“, die es wissen muß, hat das selbst bekannt. Doch in ihrem Ungarnhaß sind ja die Wiener unheilbar. Schade um jedes Wort! So lange als möglich seien die Ausflügler gerne gesehen, obwohl es gewiß nicht klug ist, die wenigen

Horvath zurückzubringen, bevor wir für den Abzug im Weltkrieg in positiver Aussicht ist.

17. IV. 1917

7
80

Forderungen des Städtetages.

Die Mängel der Lebensmittelversorgung.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung nach der Ansprache des Vorsitzenden Oberbürgermeisters Wermuth mit der Lebensmittelversorgung. Stadtrat Dr. Luther schilderte die Gesamtheit der Lebensmittelversorgung und den für das nächste Jahr bestehenden Wirtschaftsplan.

Alsdann befaßte man sich mit der Brotversorgung. Die Fragen des Frühdrusches, des Ausmahlungsverhältnisses, der Verabreichung der Brottration usw. wurden erörtert. Bestimmte Beschlüsse wurden in dem Sinne gefaßt, daß sowohl die Selbstversorgung wie die Selbstwirtschaft und auch die sog. Selbstlieferung durch einzelne Kommunalverbände erheblich eingeschränkt werden müsse und keinesfalls durch die Selbstlieferung das Brot der städtischen Bevölkerung verteuert werden dürfe. Weiter sprach man sich dahin aus, daß die Bewirtschaftung von Gerste und Hafer künftig in der gleichen Art wie die des Brotgetreides durch die Reichsgetreidestelle stattfindet. Berichterstatter war Bürgermeister Dr. Finter-Mannheim.

Nächster Punkt der Tagesordnung war die Kartoffelversorgung, zu der Oberbürgermeister Dr. Wilms-Posen den Bericht erstattete. Aus der Besprechung trat klar der Gegensatz zwischen Brotversorgung hervor, die, abgesehen von der sehr bedauerlichen Herabsetzung der Brottration immer erfolgreich war, und der Kartoffelversorgung, die bisher eigentlich nur eine Kette von oft misslungenen Notmaßnahmen gewesen ist. Auf Antrag des Oberbürgermeisters Ballraf-Cöln wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen: „Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages muß die diesjährige Kartoffelversorgung als eine in ihrem tatsächlichen Ergebnis durchaus misslungene Maßregel bezeichnen. Versprechungen ersetzen nicht die Lieferungen, lassen vielmehr die mangelhafte Versorgung doppelt hart empfinden. Der Hauptausschuß richtet an die Reichsleitung die bringende Bitte, die Kartoffelversorgung aus der diesjährigen Haupternte unter Fühlungnahme mit dem Vorstand des Deutschen Städtetages baldgefälligst zu regeln und dabei die für die Bevölkerung der Bedarfstreife erforderliche Menge unmittelbar nach der Ernte zu erfassen und unbedingt sicherzustellen.“

Dann folgten die Beratungen über die Fleischfrage, über die die Oberbürgermeister Scholz-Danzig und Dr. Geßler-Mürnberg Bericht erstatteten. Folgende 4 Leitsätze wurden angenommen:

1. „Auch in einem vierten Kriegswirtschaftsjahr muß daran festgehalten werden, daß die Unterverteilung (Zuführung an die Verbraucher) der Lebensmittel, Zuständigkeit der Gemeinde ist. Anordnungen, die diese allein sichere Grundlage der gesamten Lebensmittelverteilung bereits verschoben haben, sind aufzuheben. Jedes Eingreifen der Reichs- und Staatsstellen in die Unterverteilung beeinträchtigt nicht nur die Anpassung der Regelung an die örtliche Wirklichkeit, sondern lähmt auch, indem es die Verantwortung der Gemeindeorgane herabsetzt, ihre Leistungsfähigkeit. Wenn einzelne Gemeinden durch Ueberschreitung ihres Anteils den gesamten Stand der Volksernährung benachteiligen, so stehen der Staatsregierung die Machtmittel, um Abhilfe zu schaffen, ohne weiteres zur Verfügung.“

2. Gegenüber dem Bestreben, eine theoretische Pückenlosigkeit der Nahrungsmittelregelung und eine Untadelhaftigkeit der papiernen Verteilungsordnung zu erreichen, muß mit Nachdruck betont werden, daß es für die praktische Volksernährung allein darauf ankommt, die hauptsächlichsten Nahrungsmittel zu erfassen und den der städtischen Bevölkerung zukommenden Anteil den Städten vollständig, in gutem Zustand und rechtzeitig zur Unterverteilung an die Verbraucher zuzuführen. Für diese Aufgabe muß der Staatsorganismus mit seiner ganzen Kraft eingesetzt werden. Daneben sind andere Dinge, auch wenn sie an sich Bedeutung haben, als Aufgaben zweiten Ranges zu behandeln und unter Vermeidung aller Verfeinerungsschnörkel in einfachsten Formen zu lösen, etwa wie es jetzt für den Reiseverkehr geschehen ist.

3. Damit die Widerstandskraft der städtischen Bevölkerung erhalten bleibt, wird dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß die leitenden Stellen künftig von der Abgabe von Versprechungen oder versprechensähnlichen Andeutungen absehen, die später nicht eingelöst werden.

4. Soweit es die Verhältnisse der Kriegszeit irgend zulassen, ist die Häufung ziviler und militärischer Behörden mit sich überschneidenden Zuständigkeiten und die Ueberfülle der Verordnungen zu beseitigen. Der jetzige Zustand macht es den Gemeinden oft unmöglich, die für eine Entscheidung verantwortliche Stelle ausfindig zu machen und belastet die Gemeinden mit einer störend überflüssigen Wiederholung von Berichten über dieselbe Angelegenheit an verschiedene Stellen.“

17./VI. 1918

81

Der Deutsche Städtetag und die Lebensmittelversorgung. Fortsetzung der Verhandlungen des Haupt- ausschusses.

Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeisters Bermuth, über die wir bereits gestern abend berichtet haben, gab der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Luther, einen Ueberblick über die

Gesamtlage der Lebensmittelversorgung und den für das nächste Wirtschaftsjahr bestehenden Wirtschaftsplan.

Die Einzelverhandlungen erstreckten sich zunächst auf die Brotgetreideversorgung. Bestimmte Beschlüsse wurden in dem Sinne gefaßt, daß sowohl die Selbstversorgung wie die Selbstwirtschaft und auch die sogen. Selbstlieferung durch einzelne Kommunalverbände erheblich eingeschränkt werden müssen und keinesfalls durch die Selbstlieferung das Brot der städtischen Bevölkerung verteuert werden dürfe. Weiter sprach man sich dahin aus, daß die Bewirtschaftung von Gerste und Hafer künftig in der gleichen Art wie die des Brotgetreides durch die Reichsgetreidestelle statifindet. Berichterstatter war Bürgermeister Dr. Finter-Mannheim.

Nächster Punkt der Tagesordnung war die Kartoffelversorgung, zu der Oberbürgermeister Dr. Wilms-Posen den Bericht erstattete. Aus der Besprechung trat klar der Gegensatz zwischen der Brotversorgung hervor, die, abgesehen von der sehr bedauerlichen Herabsetzung der Brotration immer erfolgreich war, und der Kartoffelversorgung, die bisher eigentlich nur eine Kette von oft mißlungenen Notmaßregeln gewesen ist. Auf Antrag des Oberbürgermeisters Wallraf-Rön wurde folgende

Entscheidung

einstimmig angenommen: „Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages muß die diesjährige Kartoffelversorgung als eine in ihrem tatsächlichen Ergebnis durchaus mißlungene Maßregel bezeichnen. Versprechungen ersetzen nicht die Lieferungen, lassen vielmehr die mangelhafte Versorgung doppelt hart empfinden. Der Hauptausschuß richtet an die Reichsleitung die dringende Bitte: die Kartoffelversorgung aus der diesjährigen Haupternte unter Fühlungnahme mit dem Vorstand des Deutschen Städtetages bald zu regeln und dabei die für die Bevölkerung der Bedarfskreise erforderliche Menge unmittelbar nach der Ernte zu erfassen und unbedingt sicherzustellen.“

Alsdann folgten die Beratungen über die Fleischfrage, zu der die Oberbürgermeister Scholz-Danzig und Dr. Geßler-Nürnberg sehr eingehende Berichte erstatteten. Als

allgemeines Ergebnis der Verhandlungen wurden folgende vier Leitsätze angenommen:

1) „Auch in einem vierten Kriegswirtschaftsjahr muß daran festgehalten werden, daß die Unterverteilung (Zuführung an die Verbraucher) der Lebensmittel Zuständigkeit der Gemeinde ist. Anordnungen, die diese allein sichere Grundlage der gesamten Lebensmittelverteilung bereits verschoben haben, sind aufzuheben. Jedes Eingreifen der Reichs- und Staatsstellen in die Unterverteilung beeinträchtigt nicht nur die sachlich gebotene Anpassung der Regelung an die örtliche Wirklichkeit, sondern lähmt auch, indem es die Verantwortung der Gemeindeorgane herabsetzt, ihre Leistungsfähigkeit. Wenn in einzelnen Fällen einzelne Gemeinden durch Ueberschreitung ihres Anteils den gesamten Stand der Volksernährung benachteiligen, so stehen der Staatsregierung die erforderlichen Machtmittel, um Abhilfe zu schaffen, ohne weiteres zur Verfügung.“

2) Gegenüber dem hie und da zutage tretenden Bestreben, eine theoretische Lückenlosigkeit der Nahrungsmittelregelung und eine Untadelhaftigkeit der papiernen Verteilungsordnung zu erreichen, muß mit Nachdruck betont werden, daß es für die praktische Volksernährung allein darauf ankommt, die hauptsächlichsten Nahrungsmittel zu erfassen und den der städtischen Bevölkerung zukommenden Anteil den Städten vollständig, in gutem Zustand und rechtzeitig zur Unterverteilung an die Verbraucher zuzuführen. Für diese Aufgabe muß der Staatsorganismus mit seiner ganzen Kraft eingesetzt werden. Daneben sind andere Dinge, auch wenn sie an sich Bedeutung haben, als Aufgaben zweiten Ranges zu behandeln und unter Vermeidung aller Verfeinerungsschnörkel in einfachsten Formen zu lösen, etwa wie es jetzt für den Reiseverkehr geschehen ist.

3) Damit die Widerstandskraft der städtischen Bevölkerung erhalten bleibt, wird dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß die zentralen Stellen künftig von der Aufgabe von Versprechungen oder versprechensähnlichen Andeutungen absehen, die später nicht eingelöst werden.

4) Soweit es die Verhältnisse der Kriegszeit irgend zulassen, ist die Häufung ziviler und militärischer Behörden mit sich überschneidenden Zuständigkeiten und die Uebersülle der Verordnungen zu beseitigen. Der jetzige Zustand macht es den Gemeinden oft unmöglich, die für eine Entscheidung verantwortliche Stelle ausfindig zu machen und belastet die Gemeinden

mit einer sicherlich überflüssigen Wiederholung von Berichten über dieselbe Angelegenheit an verschiedene Stellen.“

Die Verhandlungen dauern an. Den Vorsitz hat teilweise an Stelle von Oberbürgermeister Bermuth Oberbürgermeister Dr. Dittrich-Leipzig geführt.

Der Massenandrang zu den Sommerfrischen.

Die Anmeldungen zum Besuch der Kurorte und Sommerfrischen finden seit der Verlängerung der Anmeldefrist zwar noch immer in überaus großer Anzahl, jedoch ohne Schwierigkeiten statt. Welchen Umfang die Anmeldungen bereits angenommen haben, ist daraus zu ersehen, daß sich das Eisenbahnministerium veranlaßt fand, besondere Vorkehrungen für den Verkehr zu den Sommerfrischen zu treffen. Es werden umfassende Vorbereitungen für die Möglichkeit der Bewältigung des überaus großen Sommerfrischenverkehrs getroffen. Der Landesverband für Fremdenverkehr wurde, wie wir erfahren, beauftragt, auf Grund der erfolgten Anmeldungen eine Verkehrsstatistik auszuarbeiten. Es ergab sich, daß für den 1. und 16. Juli die stärkste Frequenz zu gewärtigen ist. Da es jedoch ganz unmöglich ist, unter den herrschenden Verkehrsschwierigkeiten an diesen beiden Tagen gerade einen derartigen Massentransport zu bewältigen, so wird das Eisenbahnministerium in einem demnächst zu publizierenden Communiqué das Publikum darauf aufmerksam machen, daß zwar für den Sommerfrischenverkehr alle Vorbereitungen zur Ermöglichung eines größeren Verkehrs nach Maßgabe der militärischen Verhältnisse getroffen wurden, gerade am 1. und 16. Juli jedoch vor einer Massenfrequenz gewarnt wird. Man wird daher besser tun, die Abreise in die Sommerfrische auf einen späteren Tag zu verlegen. Es wurde auch in Erwägung gezogen, wie die Aufgabe von Gepäck schon vorher zu bewerkstelligen wäre, um dem abreisenden Publikum die Mühe der Gepäckabfertigung bei der Abfahrt zu ersparen. Auch der Vorverkauf der Fahrkarten wird, wie die amtliche Mitteilung des näheren ausführen wird, eine Dezentralisation erfahren. Die Fahrkarten werden je nach den Bahnstrecken in den einzelnen Reisebureaus zu haben sein. Was die Lebensmittelversorgung der Sommerfrischen anlangt, so wird uns von berufener Seite mitgeteilt, daß die Berichte der Landesbehörden über die in den einzelnen Kronländern erfolgten Anmeldungen im Amt für Volksernährung bereits zum großen Teil eingelangt sind. Es erfolgt nun die Umdisponierung der verschiedenen Lebensmittel und Bedarfsartikel nach den einzelnen Sommerfrischen und Kurorten. Bis zum 1. Juli wird die Organisation der Approvisionierung der Sommerfrischen voraussichtlich vollzogen sein.

Die Approvisionnement im Kriege.

Die Eisversorgung Wiens.

Im ehemaligen Gemeinderatsitzungsaal des alten Rathauses fand gestern unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters der Vereinigten Eisfabriken der Approvisionnementsgewerbe in Wien Stadtrat Friedrich Dechant eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher der Obmann dieses Unternehmens Vizebürgermeister Josef Raiten einen Bericht über den vollzogenen Anlauf der Hof-Kristalleiswerke und der Wiener Eiswerke, deren Vereinigung mit der Eisfabrik der Approvisionnementsgewerbe in Wien erstattete sowie über die Eisversorgung der Millionenstadt sprach.

Vizebürgermeister Raiten führte zunächst aus, daß die große Transaktion des Anlaufes der Hof-Kristalleiswerke und der Wiener Eiswerke zu einem gedeßlichen Abschluß geführt wurde, und bereits am 1. Juni 1917 übernommen und gemeinsam mit der Eisfabrik der Approvisionnementsgewerbe in Betrieb gesetzt worden seien. Beide Unternehmen seien um 4 Millionen Kronen gekauft worden, auf welche Summe am Tage des Vertragsabschlusses 600,000 K. angezahlt wurden. Am 30. Juli 1917 mußten 900,000 K. gezahlt werden, welche aus den neuen Zeichnungen der nächsten Wochen flüssig gemacht werden. Es wurden bis heute schon 1,984,600 K., also der doppelte Betrag der notwendigen Summe gezeichnet. Am 1. Juli 1921 seien weitere 500,000 K., am 1. Juli 1923 eine Million Kronen und der Restschillingrest am 1. Juli 1924 zu bezahlen. Die erworbenen Grundflächen betragen 30,000 Quadratmeter. Das Ertragsergebnis der neu erworbenen Werke war vom 1. Juni bis 17. Juni d. J. ein sehr günstiges und betrugen die Einnahmen für den 17tägigen Betrieb 273,673 K. bei einem Ausstoß von mehr als 100,000 Meterzentner Eis. Der Vizebürgermeister kam dann auf die Eisversorgung der Millionenstadt Wien zu sprechen, und betonte, daß die nunmehr vereinigten drei Werke den ganzen Eisbedarf der Stadt Wien allein zu decken haben. Er könne aber nicht umhin zu erklären, daß für das Lieferunternehmen eine schwere Zeit gekommen sei. Es drohe demselben gerade in der Zeit, da an die Eiswerke die größten Anforderungen gestellt werden, infolge des Kohlenmangels die BetriebsEinstellung. Die Werke benötigen täglich gegen 4 Waggons Kohlen und der ganze Kohlenvorrat reicht nur für 10 bis 12 Betriebstage.

Redner habe zwar im Ernährungsamte, wo er in der Kohlenfrage intervenierte, das freundlichste Entgegenkommen gefunden, aber bisher — es seien bereits 14 Tage verflossen — noch immer keine Kohlen erhalten. Große Gefahr bestehe für die Milchversorgung, denn für die Eiskühlung der auswärtigen Milch allein seien täglich 3 Waggons Eis zu liefern. Heute schon kommen täglich 30 bis 40 Waggons Milch in Wien an, und es wäre wohl das schwerste Vergehen an den armen Kindern, ihnen den Milchgenuß zu entziehen. Die Regierung müsse daher sofort Wandel schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Nach Vornahme einiger Statutenänderungen wurden in den Vorstand Vizebürgermeister Josef Raiten (Obmann), Stadtrat Friedrich Dechant (Obmannstellvertreter) sowie die Herren Karl Sauer, Bezirksvorsteherstellvertreter Rudolf Bierödl, Landtagsabgeordneter Heinrich C. Dhrfandl, Alois Niedermeyer, Hotelier Ferdinand Deß, Adolf Kratochwill und August Sollinger als Vorstandsmitglieder sowie die Herren Gemeinderat Ferdinand Eder, Karl Riegl, Alois Hammer, Albin Gehrig, Ferdinand Karl, Heinrich Raiten, Gemeinderat Alfons Herold, Josef Zuleger, Genossenschaftsvorsteherstellvertreter Anton Dechant (Obmann), Hotelier Karl Richard, Genossenschaftsvorsteher der Kaffeehändler Franz Egthner und Zuderbäder Franz Rosenberger in den Aufsichtsrat gewählt. Auf Antrag des Kommerzialrates Fischer wurde dem Vorstande und Aufsichtsrate, insbesondere Vizebürgermeister Raiten, von der Versammlung der Dank votiert.

Die Nachtlager in den Straßen Wiens.

Im Abgeordnetenhaus wird morgen Abgeordneter Dr. Wilhelm Neumann die in einzelnen Stadtteilen Wiens nachgerade unhaltbar gewordenen Mißstände bei dem Anstellen um Lebensmittel in einer Interpellation an den Minister des Innern und den Minister für Volksernährung zur Sprache bringen und Abhilfe fordern. Die Anfrage führt aus:

Die Errichtung des Amtes für Volksernährung hat in der Bevölkerung die Hoffnung, daß dem furchtbaren Uebelstande des sogenannten „Anstellens“ abgeholfen werde, vergeblich erweckt. Seit langem sieht man Tag für Tag, ja Nacht für Nacht vor Lebensmittelgeschäften immer größer werdende Kolonnen von Menschen, die sich um die notwendigsten Lebensmittel anstellen: Mütter, die ihre Kinder ohne Aufsicht und ihren Haushalt unverorgt lassen müssen, Kinder, die durch das Anstellen der Schule entzogen oder des Schlafes beraubt, in der Umgebung mißmutiger Erwachsener moralisch verwahrlosten, Greise und Kranke, deren Gesundheitszustand beeinträchtigt wird, und oft genug muß ein großer Teil der „Angestellten“ nach vielstündigem Warten vergeblich abziehen.

Mittel, um diesem Uebelstand abzuhelpen, wären: Eine durchgreifende, wohlorganisierte Rationierung der bisher noch nicht rationierten wichtigen Lebensmittel; jeweilige Ausgabe von Einkaufskarten, welche der Menge der jeweils vorhandenen Vorräte tunlichst genau entsprechen und welche Einkaufskarten den Bezug nach Gruppen und Stunden regeln; ferner eine Vermehrung, beziehungsweise eine umfassendere und die Bevorzugung einzelner ausschließende Versorgung der Verkaufsstellen mit den benötigten Lebensmitteln.

Durch die Einschränkung des Anstellens würden unzählbare Arbeitskräfte für volkswirtschaftlich nutzbare Betätigung frei werden und die Verkaufsstellen wären deshalb auch dazu verhalten und — allenfalls durch organisierte Heranziehung von Kriegsbeschädigten — darin zu unterstützen, daß sich die Verkaufsmannschaft durch Vermehrung der Verkaufshilfskräfte möglichst expeditiv vollziehe. Wir stellen demnach an den Herrn Minister des Innern und an den Herrn Leiter des Amtes für Volksernährung die Anfrage: Was gedenken Ihre Excellenzen zu verfügen, um den Uebelstand des Anstellens um Lebensmittel endlich zu beseitigen?

* Auf nach Pozsony. In der Sonntagsnummer unseres Blattes haben wir unter diesem Schlagworte der Masseninvasion gedacht, die allsonntäglich von Wien aus über unsere Stadt hereinbricht. Wir betonten, gewiß jeden Fremden hier gerne zu sehen, selbst jene, die stets mit so großer Empfasse betonten, daß außerhalb Marégg Asien beginne, wir wollen gerne bezeugen, daß wir „Wilde“ bessere Menschen sind und treu an der altungarischen Gastfreundschaft festhalten. Nun aber beginnt die Masseninvasion in unserer Bevölkerung selbst Reflex zu erregen, der wohl berechtigt ist und dem auch — ein ungarisches Sprichwort sagt das „Gend liegt mir näher, wie der Rost“ — behördlicherseits Rechnung getragen werden muß. Wie es um die Verpflegungsverhältnisse in den Wiener Gasthöfen bestellt ist, weiß man aus den Verordnungen und ein Großteil der Pozsonyer, namentlich die Geschäftswelt, die in Wien geschäftshaber zu tun hat, sah es, empfand es und machte es mit, wie man dort die Gäste abfertigt. Beschränktes Menu, kein Tellerwechsel, Brotkarten für Mehlspeise. Getränke müssen erkämpft werden. Enorme Preise. Hier in Pozsony wird alles geboten. Der Fremde kommt nach „Asien“ mit der Elektrischen. Programm: 1. Station: (für ie Damen): Ruderbäckerei: Fadrukquai, Redoute, Stürker, für die Herren: Krammer, „Savon“, „Carlton“, Kern usw., wo sich dann die ganze Familie trifft. Das sei nur beiläufig erwähnt, denn der Invasionszug geht bis an die äußersten Gemarkungen der Stadt, überall hin, wo es nur etwas Genießbares gibt. Was dann am Nachmittag geschieht, das sei ganz dahingestellt. Tatsache ist, daß schon am Freitag in der Markthalle und am freien Markte keine Waren mehr zu haben sind, weil das alles in sicherhafter Eile zusammengekauft wird, um Sonntags die Fremden zu verproviantieren. Wiederholt hat es sich in der letzten Zeit erwiesen, daß Einzelne, notgedrungen in Restaurants kostnehmende Einheimische vor dem leeren Tische saßen weil eben die Fremden alles heuschreckenfahl gegessen hatten. Den Wienern, wenn es sich ums Essen handelt, ist ja nichts zu teuer. Wir wollen gewiß nicht Mahreel provozieren, die nur zu neuerlicher Gefälligkeit Gelegenheit geben würden. Aber in der morgigen Sitzung der Approvisionierungskommission könnten wohl Beschlüsse gefaßt werden, durch die sich eine gewisse Einschränkung der Speisenabgabe an die Fremden erzielen ließe. Nicht hungern ja sättigen sollen sie sich, toll und voll „gepamt“ müssen sie ja nicht gerade die Gefilde der Stadt verlassen. Im übrigen gedeiht der Lebensmittelschmuggel weiter. Gestern mittags wurde dem Polizeirichter Westadthauptmann Wallas eine junge Wienerin vorgeführt, die 8 Kilo a r a m m Mehl in Tüchern um den Leib gebunden nach Wien schmuggeln wollte. Sie erhielt eine Freiheitsstrafe von 3 Tagen zugeteilt. Und bei diesem Fall ist es bemerkenswert, daß das

Mädchen 20 Kronen für die acht Kilo Mehl bezahlte. Der Mehl- und Lebensmittelschmuggel wird also in Pozsony selbst in der unerhärtesten wucherischen Absicht unterstützt. Aus allen den Fällen, wo mit Konfiskation vorgegangen werden mußte, erwies es sich, daß in Pozsony so manches vorhanden ist, aber nur für die Fremden. Einem Wiener Herrn, einem Adelligen, konnte man vor einiger Zeit selbst 10 Kilo Nullermehl abnehmen. Die Brestburger waren eben jederzeit recht „gute“ Lokalpatrioten. Im übrigen sei noch auf einen Passus unserer Sonntagsnotiz hingewiesen. Es hieß, die Wiener erzählten Märchen, was alles in Pozsony zu erhalten sei. Ein Freund unseres Blattes, eine hochgestellte Persönlichkeit meinte: „Schwindel!“ Ich kenne sehr viele Wiener Familien, die sich eingekamstert haben auf zwei-drei Jahre, kommt zufällig irgend ein Besuch und fragt ganz naiv — obwohl er es selbst so macht — woher haben Sie denn die guten Sachen?, so heißt es prompt: aus Brestburg! Nun wir glauben, diesem falschen Zauber um die Unererschöpflichkeit der Lebensmittel in Pozsony müsse endlich ein Ziel gesetzt werden.

Gegen das Anstellen.**Eine Interpellation im Abgeordnetenhaus.**

In der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses wird Abgeordneter Dr. Wilhelm Neumann an den Minister des Innern und an den Leiter des Amtes für Volksernährung eine Interpellation auf Abhilfe gegen das Anstellen um Lebensmittel richten. Dieses eingewurzelte Uebel wird jetzt kaum mehr beachtet, obgleich es Formen angenommen hat, die den Mißstand im vergangenen Herbst, Winter und Frühjahr weit übertreffen. Die Interpellation sagt: Mittel, um diesem Uebelstand abzuhelpfen, wären: eine durchgreifende, wohlorganisierte Rationierung der bisher noch nicht rationierten wichtigen Lebensmittel; jeweilige Ausgabe von Einkaufskarten, welche der Menge der jeweils vorhandenen Vorräte tunlichst genau entsprechen und welche Einkaufskarten den Bezug nach Gruppen und Stunden regeln; ferner eine Vermehrung, beziehungsweise eine umfassendere und die Bevorzugung einzelner ausschließende Versorgung der Verkaufsstellen mit den benötigten Lebensmitteln.

Durch die Einschränkung des Anstellens würden unzählbare Arbeitskräfte für volkswirtschaftlich nutzbare Betätigung frei und die Verkaufsstellen wären deshalb auch dazu verhalten und — allenfalls durch organisierte Heranziehung von Kriegsbeschädigten — darin zu unterstützen, daß sich die Verkaufsmanipulation durch Vermehrung der Verkaufshilfskräfte möglichst expeditiv vollziehe. Wir stellen demnach an den Herrn Minister des Innern und an den Herrn Leiter des Amtes für Volksernährung die Anfrage: Was gedenken Ihre Excellenzen zu verfügen, um dem Uebelstande des Anstellens um Lebensmittel endlich abzuhelpfen?

Wiener Nachtbilder.

Es wird uns geschrieben: Gestern ging ich um 11 Uhr nachts durch Gassen, die zum Markte am Yppenplatz führen, wo sich auch ein Verkaufsstand der Großschlächtereie befindet, heimwärts. Daß viele Leute noch vor der Torsperre, ausgerüstet mit Decken, Tüchern und Sesseln, ins „Anstellen“ gingen, wußte ich; doch was ich zwischen Veronika- und Brunnengasse sehen mußte, übertraf meine schlimmsten Befürchtungen. Welch düsteres Nachtbild! Am Fußsteig saßen die armen Menschen nicht nur, sondern lagen und schliefen dem Morgen entgegen. Um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh beginnt der Fleischverkauf und nach 10 Uhr abends schon sitzen, liegen und schlafen die Leute auf dem Pflaster; Männer und Weiber, 16- bis 17-jährige Burschen und Mädchen, dazwischen wieder ein Kind aus der Volksschule, alles bunt durcheinander. Harren sie alle auf das Stückchen Fleisch? Wer fragt danach und wer fragt, was die armen Kinder da sehen und hören? Diese Art des „Anstellens“ ist eine Gefahr sowohl für die leibliche wie für die sittliche Gesundheit des Volkes. Muß das sein? Und wie steht es dann mit den Leuten, die nicht in der Lage sind, die ganze Nacht auf der Straße zu verbringen? Müssen die alle leer ausgehen? Wenn diese Art des „Anstellens“ so fortgeht, dann werden sich die Spitäler bald anfüllen mit kranken Frauen und Kindern. Wissen sich denn die löblichen Behörden gegen diese unmöglichen Zustände, die übrigens auch in anderen Bezirken vorkommen sollen, wirklich keinen Rat? Man sollte glauben, am Ende des dritten Kriegsjahres müßte es endlich möglich geworden sein, das Anstellen überflüssig und zwecklos zu machen. Statt dessen wird es immer ärger.

Die Ersatzmittel.

Von Regierungsrat Professor Roman
Saloziecki.

In der uns durch den Krieg aufgedrungenen Volkswirtschaft nehmen die Ersatzstoffe für Nahrungs- und unentbehrliche Bedarfsartikel eine steigende Bedeutung an. Die Kriegswirtschaft wandelt sich förmlich in eine Ersatzwirtschaft um, wenn man die sich vollziehenden Veränderungen in der Gütererzeugung mit einer Bezeichnung charakterisieren will. Täglich tauchen neue Waren auf, die alten Rohstoffe werden neuen Verwendungen zugeführt oder erfahren neue Wandlungen, sonst unbeachtete Naturprodukte und Abfallstoffe holt der findige Geschäftsmann aus ihren Ablagerungsstätten heraus und bearbeitet sie zu neuen Gebrauchsgegenständen.

In dem technischen Umfasse der Materie ist ein neuer Geist hereingekommen, der alles umzuwälzen strebt, um aus dem vorhandenen Vorrat die größte Summe nützlicher Werte herauszubringen. Alles Materielle wird restlos ausgenutzt und ausgebeutet, damit der nicht kleiner, vielmehr in mancher Beziehung in der Kriegszeit größer gewordene Bedarf befriedigt werden kann. Strecken und Ersetzen sind die Schlagworte, die der gegenwärtigen Gütererzeugung ihre Merkmale aufgedrückt haben. Diese in der Kriegswirtschaft erst recht zur Geltung gekommenen Begriffe werden auch nach dem Übergang in die Friedenswirtschaft nicht gleich verschwinden, und ihre Spuren werden sich auch nicht ganz verwischen, wenn wieder normale Zeiten eintreten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß alle neuen Erscheinungen, auch auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, mit einer Reihe von Nachteilen und Mängeln behaftet sind. Um so mehr kann die plötzlich eingetretene Ersatzwirtschaft nicht frei von ihnen sein. Neben manchem Brauchbaren hat mangelnde Sachkenntnis, übergroßer Eifer und besonders grenzenlose Gewinnsucht Erzeugnisse hervorgebracht und auf den Markt geworfen, die unbrauchbar oder auch ganz wertlos sind und in Fällen, wo sie der Ernährung, besonders der menschlichen, zu dienen beufen sind, vom gesundheitlichen Standpunkt Bedenken erregen. Die schon im Frieden schwer zu unterdrückende Fälschungstendenz der Waren, besonders der Lebensmittel, hat sich ungezügelt bei Ersatzwesen bemächtigt und machte daraus den Tumultplatz ihrer nach Gewinn und Ausbeutung strebenden Geldgier. In den unlauteren Bestrebungen gewissenloser Spekulantien liegt die große Gefahr des Ueberhandnehmens der Ersatzwirtschaft. Die als ganz neue Produktionsform sich noch keinen Schutz gegen diese Ueberschüsse bilden konnte. Ohne Gegenwirkungen und Hemmungen ist die Bevölkerung ihnen wehrlos ausgeliefert, denn mangelnder gewohnter Befriedigung ihrer Bedürfnisse ist sie direkt auf diese Ersatzzeugnisse angewiesen. Es ist ein notwendiges Uebel, dessen Wirkung jedoch auf das allernotwendigste Maß eingeschränkt werden muß, soll es nicht schwerer getragen werden, als es seiner Natur nach schon entspricht.

Es ist, um ein konkretes Beispiel anzuführen, an und für sich möglich, statt einer richtigen Fleischbrühe sich bei der Suppenzubereitung der Suppenwürzen oder der Suppenwürfel zu bedienen, oder statt dem Bohnenkaffee ein Surrogat zu verwenden, oder statt der Eier, des Fleisches, der Milch einen sogenannten Ersatz dafür zu nehmen, aber doppelt schwer ist es zu tragen, wenn die zu hohen Preisen erstandenen Suppenwürfel nichts weiter als Salz enthalten, die teuren Kaffeesurrogate gedramte Zellulose vorstellen, ebenso wie die diversen Kakaopräparate nur Kakaoalkalipulver oder wertlose und minderwertige Stoffe als Ei-, Fleisch- oder Milchersatz teuer bezahlt werden. Ebenso geht es mit andern Bedarfsstoffen, vor allem mit Seife, wo statt richtiger Seife der Käufer Wasser oder Ton erhält und dafür den zehnfachen Friedenspreis entrichten muß.

Jeder macht täglich die nicht zu kraß geschilderten Erfahrungen, und es ist kein Wunder, daß die Unzufriedenheit und der Unmut der Bevölkerung sich bis zur Empörung steigern kann, wenn diesem offensichtlich Unregelmäßigen nicht energisch und gebieterisch entgegengetreten wird.

Das Publikum verlangt schon seit langem eine Kontrolle der Ersatzstoffe, und laute Stimmen erheben sich, um den Verkehr mit wertlosen, schädlichen und ausbeuterischen Ersatzwaren zu verbieten. Das Verlangen geht in doppelter Hinsicht: Schutz vor der Schädlichkeit und Schutz vor Ueberschneidung, und zielt in dem Ausschluß solcher Waren, die in einer oder andern Beziehung den Anforderungen nicht entsprechen, aus dem allgemeinen Verkehr. Gewiß ein ganz gerechtfertigtes und billiges Verlangen,

dessen Wesen bereits in dem Nahrungsmittelgesetz niedergelegt wurde.

Oesterreich besitzt nicht nur ein nahrungsmittelgesetz (Gesetz vom 17. Jänner 1896, R.G.B. Nr. 89 ex 1897 betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen), sondern als der erste Staat ein ausgezeichnetes Instrument zu seiner Anwendung, den Codex alimentarius austriacus, dessen dritter und letzter Band dieser Tage erscheinen wird. Die Bestimmungen des Rodex und die Handlung des Nahrungsmittelgesetzes sind wohl geeignet, in normalen Zeiten den Lebensmittelverkehr ordnungsmäßig zu überwachen. In der gegenwärtigen Kriegszeit versagen zum Teil die Bestimmungen schon aus dem Grunde, weil infolge übermäßiger Knappheit der vorhandenen Nahrungsmittel und Genussmittel, die in dem Rodex niedergelegten strengeren Auffassungen über ihre Beschaffenheit nicht ausreicht zu erhalten sind. Es muß notwendigerweise eine etwas laxere Auffassung der an ein Lebensmittel oder Genussmittel gestellten Anforderungen angelegt werden, die jedoch nicht so weit gehen darf, um die beiden Hauptbedingungen, das ist unbedorrene Beschaffenheit und gesundheitliche Unschädlichkeit außer acht zu lassen. Dagegen ist der Begriff „Unbedorrenheit“ etwas gedehnter geworden, er hat sich auch eine Streckung gefallen lassen müssen, schon mit Rücksicht auf den Inhalt einiger Bestimmungen, die den Verkehr mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln betreffen, um nur die Verordnungs- und Nachvorschriften zu nennen.

Inmerhin darf bei der Beurteilung der Eigenschaft der Ware eine gewisse Grenze nicht überschritten werden. Bezeichnend für die Erfassung dieser Grenze ist die Absicht der Fälschung, die natürlich den Begriff einer Schädigung oder eines Betruges in sich schließt. Wird höherwertige Ware mit einer minderwertigen oder gar wertlosen gefälscht oder, wie wir uns jetzt gewöhnt haben, es minder drastisch zu nennen, „gestreckt“, so wird der Ersteller der Ware überbetrug und benachteiligt in ähnlicher Weise, als wenn er für echte Ware einen unbrauchbaren Ersatz erstelt. Es ist nur der Grad der Benachteiligung, der die zwei Fälle unterscheidet, wie denn es sich bei der Beurteilung der ganzen Frage um die Feststellung dieses Grades handelt. Nachdem schließlich der Gegenwart der Ware das Kriterium für den Gebrauchswert abgibt, ist die Preisfrage der wichtigste Bestandteil des Lebensmittelumfasses, insofern man die früher genannten zwei Hauptbedingungen der Ware: Unbedorrenheit und Gesundheitsschädlichkeit, voranstellt. Diese zwei Eigenschaften sind leichter zu kontrollieren, die Schwierigkeit bietet die Feststellung und die Kontrolle des Gebrauchswertes, und um diese handelt es sich gegenwärtig hauptsächlich, zumal alle früher darüber gemachten Erfahrungen und eingebürgerten Begriffe jetzt fortwährenden scharfen Wandlungen unterliegen.

(Im zweiten Artikel folgt.)

• **Die Not der Landangestellten.** Einem Schreiben eines niederösterreichischen Lesers entnehmen wir das folgende: „Die Nichtbauern auf dem Lande sind durch den langen Krieg in eine schwere Lebensmittelnöte geraten. Hierzu zählen nicht nur Geistliche, Ärzte, Lehrer und Arbeiter, sondern auch jene Geschäftsleute, Handwerker, Händler und Tagelöhner, welche weder Acker noch Vieh besitzen. Die Beschaffung der Lebensmittel ist unmöglich geworden. Die Städte, obenan die Wiener, überfluten die Landgemeinden und kaufen bei den Bauern um jeden Preis die Bedarfsartikel zusammen. Die einheimischen Nichtbauern erhalten nichts, weil sie Baderpreise nicht zahlen können. Für die erhaltenen Fette, Stämme, Säure, auch Brotfäulen usw. ist nichts zu haben. Geht man mit der Zeit, larte zum Fleischhauer, so verweist einem dieser an den Bauer, bei dem noch genug Fett aufgespeichert lagere. Wir vom Lande bekommen aber auch in der Stadt diese Bedarfsartikel nicht zu kaufen, weil wir keine Bezugscheine haben. Dasselbe gilt auch vom Fleisch. Obwohl die Bauern ihr Fleisch zu Hause haben, kommen sie dennoch wöchentlich in die Fleischbant und kaufen das wenig vorhandene Fleisch weg. Diesbezüglich sollte ein strenges Verbot erlassen werden. Der Landangestellte kann nicht einmal am Sonntag einen Bissen Fleisch essen. In der Stadt bestehen Konsumvereine, wo die Mitglieder ihre notwendigen Lebensartikel erhalten, für die Landangestellten wird in keiner Weise vorgesorgt; sie müssen jetzt nicht nur darben, sondern hungern.“

Anstellen.

Dienstag früh hatte der Laden der Großschlächtereier in der Wipplingerstraße Fett zum Verkauf. Den Bummellern, die am Abend vorher über die hohe Brücke gingen, bot sich ein trauriger Anblick. Es war 10 Uhr abends, und schon standen oder lagen, in Tücher gehüllt, etwa hundert Frauen, Männer und Kinder vor dem Geschäft, um bis 5 Uhr morgens, da der Laden geöffnet wird, auf die zwölf Dekagramm Speck zu warten, auf die sie nach der Fettkarte Anspruch haben. Um 2 Uhr nachts war die Zahl der Wartenden auf vielleicht dreihundert angewachsen. Am frühen Morgen waren es vermutlich schon tausend. Ob alle Speck bekommen haben, wissen wir nicht. Anzunehmen ist, daß ein großer Teil leer ausgegangen ist, leer abgezogen nach mehrstündigem Warten zur Nachtzeit. So geht es in Wien schon seit Monaten zu.

Samstag hatten die vor der Großschlächtereier-Filiale Ecke Karl Ludwig-Straße und Genthgasse Angestellten ein Erlebnis, das alles Dagewesene überbietet. Die Leute standen von 10 Uhr abends bis gegen 1/2 6 Uhr früh angestellt. Beim Öffnen des Ladens wurde ihnen mitgeteilt, daß kein Fett vorhanden sei. Die angesammelten Frauen und Männer nahmen die Mitteilung mit begreiflicher Entrüstung entgegen. Man versuchte sie auf — 5 Uhr nachmittags zu vertrösten. Um diese Stunde werde vielleicht Ware eintreffen. Wen diese Aussicht lockte, der konnte gleich stehen bleiben, um neun Stunden später als erster zwölf Dekagramm Fett zu erhalten...

Die Wiener Gemeindeverwaltung scheint diese Zustände als gottgewollte, unabänderliche Ordnung zu betrachten. Und doch muß gesagt sein, daß das Übel beseitigt werden kann. Zwei Wege führen dazu: entweder erhöhte Fettanlieferungen oder aber die Verteilung so zu regeln, daß das Anstellen überflüssig wird. Da keine Aussicht besteht, Fett in genügender Menge nach Wien herinzubekommen, so muß eben eine entsprechende Zuteilung vorgenommen werden. Sie ist möglich. Nötig ist nur, daß die Behörden der Bevölkerung gegenüber den Mut zur Wahrheit aufbringen und offen erklären, daß das zur Verfügung stehende Fett nicht ausreicht, die Wiener Fettkarten einzulösen. Man müßte so vorgehen wie bei der Mehlsverteilung, die ja auch nicht immer voll erfolgt. Wenn es möglich war, die Mehlszuteilung so zu regeln, daß der Bevölkerung von Fall zu Fall gesagt wurde, ob sie für den nächsten Zeitabschnitt auf die volle Menge rechnen könne oder nicht, warum soll der gleiche Vorgang nicht bei der Fettzuteilung angängig sein?

Freilich behaupten die Fachleute, daß die Dinge bei der Fettversorgung viel ärger liegen als bei der Mehlszuteilung. Es wird behauptet, daß die Fettzufuhren gerade ein Drittel der Fettkartenmenge betragen. Es gibt sogar Fachleute, die meinen, die Zufuhren seien noch geringer. Das ändert aber nichts daran, daß eine geregelte Zuteilung ohne Anstellen möglich ist. Man könnte sie vielleicht nach Bezirken einteilen, vielleicht so, daß jede Woche nur gewisse Bezirke Fett zugewiesen erhalten. Das ist immer noch klüger und besser als das unwürdige Anstellen, durch das ja auch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zu Fett kommt.

Es gibt noch ein Mittel: eine Razzia in den Haushaltungen und die Aufteilung der gehamsterten Fettvorräte an die Bevölkerung. Unter den 400.000 Haushaltungen Wiens gibt es, gering gerechnet, vierzigtausend, die über je zehn Kilogramm Fett verfügen. Das gibt 400.000 Kilogramm Fett oder an dreieinhalb Millionen Wochenrationen. Bei den traurigen Ernährungszuständen dieser Tage eine schöne Aushilfe für die armen Wiener.

Mit dem Ärmel streifen.

Stünde die Mitteilung im „Abend“, so müßte man sie für eine scharfe, aber gelungene Satire halten; in der „N. Fr. Pr.“ ist sie selbstverständlich bitterster Ernst, denn die „N. Fr. Pr.“ scherzt nicht mit dem, was ihr das Heiligste ist, mit dem Profit des Großkapitals. Sie meldet, daß die Prager Banken und die dortigen Zweigniederlassungen der Wiener über die ihnen unklaren Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei beraten haben; sie beschloßen, die Regierung um Aufklärung über einige ihnen unklare Bestimmungen anzufragen. Vor allem wollen sie wissen, ob es gestattet sei, Transaktionen im Lebens- und Futtermittelhandel zu finanzieren und bis zu welchem Ausmaße eine Mitschuld der Banken an der Preistreiberei, beziehungsweise an der Teilnahme am Kettenhandel dadurch entstehen könnte, wenn die Banken solche Transaktionen finanzieren.

Aus dem Jargon, der allen Banken ohne Unterschied der Nationalität Tschechen und Deutschen gemeinsam ist, in die Sprache des ehrlichen bürgerlichen Lebens übertragen — was kann das anderes besagen, als daß man wissen möchte, von maßgebender Stelle beruhigend wissen, wie weit man gehen darf, ohne mit dem Strafgesetz in Meinungsverschiedenheit zu geraten. Das will man selbstverständlich nicht; ebenso wenig will man aber ein Geschäft, an dem sich verdienen läßt, ohne besondere Nötigung auslassen, nur weil die Abergewissenhaften, die es vor lauter Moral niemals zu etwas bringen, den Kopf schütteln und sagen: es könne etwas unerlaubt sein, obwohl

es nicht strafgesetzmäßig verboten sei, sondern nur unanständig. Daran verdient man weder Dividenden noch Zantiemen, und deshalb will man seinen Profit machen können, ohne bei jeder Kleinigkeit befürchten zu müssen, daß es eine Mitschuld an der Preistreiberei, beziehungsweise an der Teilnahme am Kettenhandel sein könnte, während sich das Geschäft höchstens scharf an der Grenze bewegt, wo man nicht eingesperrt wird, wenn man noch auf dieser Seite bleibt.

Da man aber sicher gehen will, beschließt man eben, bei den berufenen Stellen um Aufklärung einzuschreiten. Man darf gespannt darauf sein, ob sich die Stellen dazu berufen fühlen werden.

Der Aufenthalt in den oberösterreichischen Sommerfrischen.

Wien, 22. Juni.

Außer den bisher verlautbarten Vorschriften über den Sommerverkehr in Oberösterreich haben Sommergäste, welche sich in das oberösterreichische Salzkammergut und in das Heilbad Bad Hall oder in die angrenzende Gemeinde Pfarrkirchen ab 1. Juli l. J. begeben, laut Kundmachung der Statthalterei folgende Vorschriften zu beobachten:

Sofort nach Ankunft im Sommerorte hat der Gast gleichzeitig mit der polizeilichen Meldung die Erklärung abzugeben, ob er sich in einer privaten Hauswirtschaft (sei es eigenen oder sonstigen) oder in einer Gastwirtschaft (Pension) zu verpflegen gedenkt.

In ersterem Falle erhält der Sommergast, welcher einen eigenen Haushalt führt oder in einem privaten Haushalte sich verpflegen will, Lebensmittelkarten in demselben Ausmaße wie die heimische Bevölkerung; die Lebensmittelkarten sichern lediglich das Bezugsrecht auf die jeweils festgesetzten und vorhandenen Verbrauchsmengen. Der Sommergast erhält auch ein Fleischbezugsbuch und wird außerdem in die Kundenliste einer Milchabgabestelle eingetragen. Der Bezug der rationierten Lebensmittel, wie Brot, Mehl, Fett, Eier, Zucker, Milch und Fleisch ist nur in jenen Abgabestellen gestattet, welche für die Belieferung der Ortsfremden aussersehen und von der Gemeindevorstellung verlaublich sind. Solche Sommergäste haben in der Regel nicht das Recht, Mahlzeiten im Gasthause einzunehmen.

Im zweiten Falle (wenn Sommergäste sich in öffentlichen Gastwirtschaften oder Pensionen verpflegen lassen) erhalten sie Gasthausbesuchskarten, eingeteilt in sieben wagrechte Spalten für je einen Tag der Woche und je drei senkrechte Spalten für das Frühstück, Mittagessen und Nachtmahl. Beim Bezuge der Mahlzeiten ist der entsprechende Abschnitt der Gasthausbesuchskarte abzugeben. Ohne Abgabe der Abschnitte für das Mittag- und Abendessen darf eine Mahlzeit nicht verabreicht werden, während die Frühstückskarten dem Gaste nur eine bevorzugte Stellung gegenüber solchen Gästen sichert, welche eine Frühstückskarte abzugeben nicht in der Lage sind. Neben den Gasthausbesuchskarten erhalten die Gäste nur noch die Brotkarten ohne die Mehlkartenabschnitte, mit welchen Karten sie das Brot aus der zur Ausgabe von Brot an Ortsfremde bestimmten Stelle beziehen können. In Gastwirtschaften und Pensionen darf kein Brot ausgegeben werden. Die Gäste haben sich das Brot zu den Mahlzeiten mitzubringen.

Sommergäste, die sich in Privathäusern ständig verpflegen, aus einem unvorhergesehenen Grunde aber zeitweilig nicht in der Lage sind, dies zu tun, erhalten gegen Anmeldung bei der Gemeinde (beim Gemeindevirtschaftsamte, Ernährungs- und gegen Abgabe der entsprechenden Abschnitte ihrer staatlichen Lebensmittelkarten, beziehungsweise Bezugsbücher, Gasthausbesuchskarten ausgefolgt.

Ausuchen um den Bezug diätetischer Lebensmittel müssen, gestempelt und mit einem ärztlichen Zeugnis versehen, bei der politischen Bezirksbehörde eingebracht werden. Dieselbe hat das Recht, die Gesuchsteller allenfalls auf ihre Kosten vom Amtsärzte untersuchen zu lassen.

Auf Passanten und Ausflügler, welche auf einen oder mehrere Tage Sommerfrischen aufsuchen, kann hinsichtlich der Verpflegung keine Rücksicht genommen werden.

Eine ausreichende Versorgung der Sommergäste mit Lebensmitteln kann nicht verbürgt werden.

Mit Rücksicht auf die vorhandene industrielle Bevölkerung, beziehungsweise die dort wohnhaften Flüchtlinge aus dem Kriegsgelände, deren hinreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln fortwährend schwierig ist, findet die oberösterreichische Statthalterei, nachbenannte Orte vom Besuche zum längeren Sommeraufenthalte im Jahre 1917 auszuschließen.

Im politischen Bezirk Gmunden die Ortsgemeinde Gaisern, im politischen Bezirk Schärding die Stadt Schärding mit den benachbarten Gemeinden Brannenthal, St. Florian und Wernstein und im politischen Bezirk Steyr-Land den Markt und die Landgemeinde Kremsmünster.

Anstellen und kein Ende.

Seit der Aufnahme der Mindestbemittelten ist bereits eine geraume Frist verstrichen, und in der Bevölkerung wartet man mit schmerzlicher Ungeduld auf die weitere Entwicklung dieser Aktion. Gestern nachts erhielten alle Personen, die sich „erst“ um 3 Uhr früh für das Armenrindfleisch anstellten, nichts mehr. Bei einem Stand wurden überhaupt nur 350 Personen mit Fleisch versorgt, während Tausende nach stundenlangem Warten mit leeren Händen abziehen mußten. Die Tatsache, daß wir zu wenig Fleisch und Fett und anderes haben, ist ja leider allgemein bekannt. Die ganze Weisheit der Regierung, diese ungenügenden Mengen auf die Bevölkerung aufzuteilen, besteht aber darin, daß sie die Leute sich anstellen läßt. Nur die Personen, die gesund sind, keine kleinen Kinder haben, nicht in die Arbeit müssen, können sich wöchentlich mehrmals die ganze Nacht hindurch anstellen. Die Kranken, Schwächlichen, die allein stehenden Mütter und die Personen, die zur Arbeit müssen, sind auf diese Art vom Fett- und Fleischbezug ausgeschlossen. Das ist wohl eine schreiende Ungerechtigkeit. Ein Mitgeben von Fettkarten beispielsweise an Leute, die sich anstellen, ist zwecklos, denn es wird nur jeder Person ein bestimmtes Quantum verabfolgt. Man sieht darum auch nicht selten ganze Familien mit fünf- und sechsjährigen Kindern angestellt. Der oberste Grundsatz bei der Aufteilung der nötigsten Lebensmittel sollte die absolute Gleichheit sein. Es soll hier nicht von den Bevorzugungen der Bemittelten gesprochen werden, die sich alles „hinten herum“ zu ver-

schaffen wissen. Das war ja auch im Frieden so, und wird kaum jemals anders werden. Aber das Vorhandene, das heute nur im Wege des Anstellens aufgeteilt wird, muß in anderer Weise, und zwar gleichmäßig auf alle, zur Aufteilung gelangen. Bei der Straßenbahnmunternehmung wurde beispielsweise die Fettfrage schon gelöst. Jeder Straßenbahner und auch die Schaffnerinnen bekommen pro Kopf und Woche 4 Deka Fett. Es ist dies zwar sehr wenig, aber das bekommen sie wenigstens sicher und ohne Anstellen. Warum wird nicht das Beispiel der Straßenbahnen allgemein nachgeahmt? Die Antwort, weil zu wenig Fett vorhanden ist, um alle zu beteiligen, ist bequem. Je weniger nämlich vorhanden wäre, desto gerechter müßte es aufgeteilt werden; besser, es bekommen alle weniger, als daß immer nur gewisse Kategorien mehr bekommen. Es ließe sich leicht ein Ausweg finden; so könnte man beispielsweise die Mindestbemittelten mit Nummern beteiligen, die sie bei ihren Brotkommissionen zu begeben hätten, und dann einfach verlaublichen, welche Nummern zur bestimmten Zeit Fett und Fleisch erhalten. Wie wir vernahmen, fanden vorgestern Beratungen der kompetenten Behörden statt, um die Frage der Verbrauchsregelung für Mindestbemittelte der endgültigen Lösung zuzuführen. Es handelt sich aber dabei nicht nur um Wien, sondern auch um die Kronländer. Dabei tauchen viele Schwierigkeiten auf, die teils in den Kompetenzstreitigkeiten, teils in technischen Schwierigkeiten liegen sollen.

Lebensmittelfragen in der Finanzkommission.

Budapest, 22. Juni.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung der hauptstädtischen Finanzkommission wurde vollständig in den Hintergrund gedrängt durch eine Lebensmitteldebatte, die zwei Mitglieder der Kommission, Heinrich v. Biró und Hofrat Franz Székely, provoziert hatten. Biró brachte die trotz des anhaltenden Sinkens der Rinderpreise noch immer unerträglich hohen Fleischpreise, sowie die nicht minder unerträgliche Teuerung in den Budapester Gasthäusern zur Sprache. Hofrat Székely bezeichnete besonders den Umstand, daß mit der heute erschienenen Regierungsverordnung die Mehl-Kopfsquote für die Provinzbewohner höher festgesetzt wurde als für die Budapester, als ein schweres Grabamen für die Hauptstadt. In beiden wichtigen Approvisionierungssachen wird die Hauptstadt zur Wahrung der Interessen ihrer Bevölkerung mit dem gehörigen Nachdruck bei dem Volksnährungsamt, beziehungsweise bei der Regierung intervenieren.

Dieser Teil der Sitzung, die Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy leitete, nahm folgenden Verlauf:

Heinrich v. Biró stellt mit Bedauern fest, daß das Publikum von dem in jüngster Zeit eingetretenen Sinken der Rinderpreise nicht den geringsten Vorteil habe, da die Fleischpreise sich noch immer auf ihrer für den größten Teil des Publikums unerträglich hohen Höhe halten. (Zustimmung.) Der größte Unterschied herrsche aber zwischen den stark gesunkenen Preisen der lebenden Rinder und den Kalbfleischpreisen. Das Publikum müsse dieselben Fleischpreise bezahlen, wie zur Zeit des Steigens der Preise der lebenden Tiere. Man dürfe es nicht dulden, daß das Publikum das Steigen der Rinderpreise stets sofort zu fühlen bekomme, vom Sinken der Preise der Tiere jedoch keinen Vorteil habe. Der Municipalausschuß habe noch im vorigen Jahre die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Tiere beschlossen, doch wurden sie bisher nur für lebende Schweine bestimmt. Bei dieser Gelegenheit kann Redner nicht umhin, auch die horrenden Gasthauspreise zur Sprache zu bringen. Er illustriert die Teuerung in den Gasthäusern mit einigen Beispielen, die ein großes Licht auf die hier herrschenden Zustände werfen. So habe man ihr in einem Gasthause für vier kleine Schmitt-

Salami k 4.50 und bei einer anderen Gelegenheit für acht Stück gedörrter Pflaumen k 2.50 bezahlen lassen. Die Gastwirte sollten streng gemäßigelt werden. Es genüge nicht, daß die Gastwirte gezwungen werden, ihren Gästen auf Wunsch ein Menü zu bieten, auch die Preise der Menüs sollten behördlich festgesetzt werden. Redner ersucht den anwesenden Magistratsrat Ludwig v. Follusházy, alles zu tun, um ein Sinken der Fleischpreise herbeizuführen und das Gasthauspublikum vor Ausbeutung zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Friedrich Gluck nimmt die Gastwirte in Schutz. Man dürfe nicht nach einzelnen Fällen das ganze Gewerbe beurteilen. Die Gastwirte hätten bei der Beschaffung der nötigen Lebensmittel mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen und würden selbst von den Lebensmittelhändlern ausgebeutet. Eine allgemeine Beschuldigung der Gastwirte sei vollkommen ungerecht.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy antwortet ausführlich auf die Bemerkungen Birós. Durch die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Rinder hätte man dem Steigen der Preise einen Riegel vorschieben können, doch leider sei der hierauf bezügliche Wunsch der Hauptstadt nicht berücksichtigt worden. Die Regierung berief sich auf die Schwierigkeiten, mit denen die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Tiere verbunden wäre, trotzdem aber sah sie sich genötigt, wenigstens für Schweine, Höchstpreise festzusetzen, wodurch dem fortwährenden Steigen der Schweinepreise Einhalt geboten wurde. In ähnlicher Weise ließen sich auch die Rinder- und Kalbfleischpreise regeln. Bei den Rindern sei dies wohl noch schwieriger als bei den Schweinen, doch habe man während des Krieges schon manch andere Probleme gelöst, deren Lösung vor dem Kriege für unmöglich gehalten wurde. Seit kurzem seien die Preise der lebenden Tiere tatsächlich stark gesunken, ohne daß dies bisher in den Fleischpreisen zum Ausdruck gekommen wäre. Nur die Budapester Fleischhandels-A.-G. habe sofort auch die Fleischpreise entsprechend ermäßigt, die Fleischhauer aber nehmen noch immer eine zuwartende Haltung ein.

Dr. Alexander Pető: Bei der Erhöhung der Preise pflegen sie niemals zu warten!

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy: Die Fleischhauer wollen sich noch immer nicht entschließen, die Preise zu reduzieren, denn sie glauben, das Sinken der Rinderpreise sei nur vorübergehend. Sobald wir uns überzeugt haben werden, daß das Sinken der Rinderpreise nicht vorübergehend ist, werden wir gegen die Fleischhauer die nötigen Zwangsmaßnahmen anwenden, um eine entsprechende Ermäßigung der Fleischpreise herbeizuführen.

Was die Teuerung in den Gasthäusern betrifft, so ist es Tatsache, daß in vielen Gasthäusern Preise gefordert werden, die in keinerlei Verhältnis zu den Beschaffungspreisen stehen. Darunter leiden besonders die Angehörigen der Mittelsklasse, die nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus Zwang in Gasthäusern speisen. Es sei wohl wahr, daß auch die Gastwirte sehr von der allgemeinen Teuerung in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß ihre Regie unverhältnismäßig größer sei als im Frieden, doch müsse die Behörde trotzdem eingreifen, um diejenigen, die im Gasthause zu speisen genötigt seien, zu schützen. Im verflossenen Jahre wurde das Menüsystem eingeführt, doch dem Publikum stand es frei, auch nach der Karte zu speisen. Die Gastwirte wurden dadurch gezwungen, außer dem Menü auch noch 20 bis 30 Speisen zuzubereiten. Um den Gastwirten die Sache zu erleichtern, müßte angeordnet werden, daß die Gasthäuser ihren Gästen nur Menüs bieten dürfen. Die Approvisionierungssektion wird keine Mühe scheuen, um auch diese Frage in befriedigender Weise zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Alexander Pető wünscht, daß die Sektion auch den ebenso unerträglichen Kaffeehauspreisen erhöhte Aufmerksamkeit schenke und die Kaffeehäuser zur Herabsetzung ihrer Preise zwingt.

Franz Székely beschäftigt sich mit der Eingabe der Hauptstadt, in der die Regierung ersucht wurde, der Hauptstadt die freie Beschaffung der für das ganze nächste Erntejahr nötigen Getreide, beziehungsweise Mehlmenge zu gestatten, dieses Recht auch Privaten und Vereinen einzuräumen, und schließlich für die Budapester Bevölkerung dieselbe Kopfsquote festzusetzen, wie für die Bevölkerung der Provinz. Mit Befremden konstatiert Redner, daß die heute erschienene Regierungsverordnung keinen einzigen dieser Wünsche erfülle. Besonders ungerecht sei die Festsetzung der Kopfsquote; während sie nämlich für die Provinz acht Kilogramm betrage, müsse sich das Budapester Publikum mit bloß sieben Kilogramm begnügen. Redner will in eine eingehende Kritik dieser ungerechten und unbegründeten Maßregel nicht eingehen, denn die bloße Tatsache allein spreche klar genug, er beschränkt sich bloß auf den Antrag, daß der Magistrat in der heute nachmittag stattfindenden Generalversammlung Bericht über die Erledigung der Eingabe der Hauptstadt erstatte und um die Ermächtigung ersuche, sofort bei der Regierung im Interesse einer entsprechenden Aenderung der grabaminösen Verordnung zu intervenieren. (Allgemeine Zustimmung.)

Vorsitzender Dr. Bödy dankte dem Vorredner, daß er der Kommission Gelegenheit geboten habe, in dieser hochwichtigen Frage Stellung nehmen zu können.

Dr. Béla Fekete glaubt, es sei unnötig, die Sache vor die Generalversammlung zu bringen. Zweckmäßiger wäre es, dem Bürgermeister nochmals ans Herz zu legen, mit größter Energie für die Interessen der Hauptstadt bei der Regierung zu intervenieren. Redner hofft, daß die Intervention des Bürgermeisters von dem gewünschten Erfolg gekrönt sein werde.

Dr. Alexander Pető dankt dem Hofrat Franz Székely, daß er diese wichtige Frage zur Sprache gebracht habe. Die Hauptstadt müsse auch der neuen Regierung gegenüber ihre berechtigten Wünsche geltend machen. Mit größter Entschiedenheit müsse man dagegen protestieren, daß die Provinz besser behandelt werde als die Hauptstadt. Er erwartet von der Regierung, daß sie Gerechtigkeit üben und diesen unmöglichen Zustand aus der Welt schaffen werde. Er bittet den Bürgermeister, die Stellungnahme der Kommission an zuständiger Stelle zu verholmeischen. (Beifall.)

Nachdem noch Dr. Salomon Eulenberg und Magistratsrat Ludwig v. Follusházy gesprochen hatten, nahm die Kommission den Antrag Székelys an.

Der Kampf gegen das Anstellen.**Behorftende Regierungsmaßnahmen.**

Schon seit einiger Zeit befaßt sich das Volksernährungsamt mit der Erwägung von Maßnahmen gegen das Anstellen. Auf Weisung des Ministers *Dr. Höfer* hat der Vorstand der Sektion für legislatorische und organisatorische Fragen im Volksernährungsamt Sektionsrat *Dr. Laurenz Stettner* mit Vertretern der Statthalterei, der Polizeidirektion und des Wiener Magistrats interne Besprechungen gepflogen, um der lästigen Anstellerei Herr zu werden. Auf Grund dieser eingehenden Beratungen, die gestern fortgesetzt wurden, ist man zu dem Schluß gekommen, den Kampf gegen das Anstellen mit der Ausgabe der in Aussicht genommenen Familieneinkaufskarte zu beginnen. Diese wird nicht nur für die Minderbemittelten, sondern auch für alle Haushalte und Personen zur Ausgabe gelangen und ist so gedacht, daß auf Veranlassung des Wiener Magistrats Waren in bestimmten Quanten, zu bestimmten Preisen, an bestimmten Verkaufsstellen an die Verbraucher gegen Vortreibung der Karte und Abtrennung gewisser Abschnitte derselben zur Abgabe gebracht werden. Da die Dezentralisierung der Abgabestellen in einer solchen Weise gedacht ist, daß die Konzentrierung größerer Massen von Käufern an

einer bestimmten Stelle ausgeschlossen erscheint, so wird dadurch die Anstellerei zu vermeiden sein. Die Gleichabgabe für die Minderbemittelten, die gegenwärtig den größten Anlaß zum Anstellen gibt, wird in der Folge in einer so großen Anzahl von Abgabestellen vorgenommen werden, daß ein Anstellen nicht mehr nötig sein wird. Es ist, wie wir von maßgebender Seite erfahren, in Aussicht genommen, einem Stand ungefähr 800 bis 1000 Personen zuzuteilen, für die die Großschlachtereien, in deren Händen die gesamte Fleischabgabe für die Minderbemittelten zentralisiert bleibt, jedesmal das auf jede einzelne Person entfallende Fleisch bereits verpackt bereitgehalten wird. Da jeder Käufer einem bestimmten Stand zugeteilt wird, entfällt für ihn die Notwendigkeit des Anstellens.

Große Schwierigkeiten stellen sich der Regelung der Fettabgabe entgegen, doch auch auf diesem Gebiet ist Abhilfe geplant. Da die Schweinefettanlieferungen auch in absehbarer Zeit die Honorierungsmöglichkeit der Fettkarten so gut wie ausschließen, ist in Aussicht genommen, alle verfügbaren Fettstoffe (Margarine, Kernfett usw.) in erster Linie für die minderbemittelten Bevölkerungsteile zu reservieren und nach Tunlichkeit mit der Fleischabgabe zu vereinigen, die Butterabgabe aber zu dezentralisieren und zu rationieren. Die Butteranlieferungen gestalten sich jetzt derart, daß man maßgebendorts annimmt, damit jeweilig 50 Prozent der Butterkarten honorieren zu können. Wohlhabendere Bevölkerungsteile werden sich hinsichtlich ihres Fettstoffbedarfes eventuell mit Gänsefett usw. behelfen müssen. Was die Eier anlangt, so bleibt deren zentrale Anlieferung durch die Dezeg (ungarische) und durch die Dvum (galizische Ware) aufrecht. Auch die Eier werden mit Hilfe der Einkaufskarte zu bestimmten Preisen in einer bestimmten Anzahl nach den jeweilig vorhandenen Vorräten den Konsumenten zugeteilt werden. Die im freien Verkehr einlangenden Eier, vor allem solche von heimischen Produzenten auf den Markt gebrachte, werden auch künftighin dem freien Verkauf überlassen bleiben.

Als Grundsatz für die rechtmäßige Verteilung der Lebensmittel durch das Einkaufskartensystem gilt vor allem die Nichtschemur, daß die organisierte Konsumentenmacht — auf Grund der vorliegenden Statistik ist die Hälfte der Wiener Bevölkerung an Lebensmittelmagazine usw. angeschlossen — in gleicher Weise bedacht wird, wie die nichtorganisierte, die den Tagesbedarf bei den Kaufleuten deckt. Durch die Abtrennung bestimmter Kartenabschnitte für bestimmte Waren wird auch eine Doppelversorgung einzelner Konsumenten hintangehalten werden, so daß beispielsweise ein Mitglied der Rohö, das seine Eier von dieser Organisation bezieht, bei der zweiten oder dritten zugehörigen Konsumentenorganisation diese Ware nicht mehr beziehen kann.

Die Einkaufskarte wird aber nicht auf bestimmte Lebensmittel beschränkt sein, sondern sich auch zur Erwerbung anderer Bedarfsartikel eignen, insofern diese von einer bestimmten Stelle (Magistrat) zentral verteilt werden. Unter anderem denkt man hierbei an Seife, Kerzen usw.

Auch die Ausbreitung der Kriegsausbeisung ist ein wichtiges Hilfsmittel gegen das Anstellen. In den Volks- und den 42 Kriegsfleischen der Gemeinde Wien werden gegenwärtig täglich mehr als 130.000 Personen ausgespeist. Dazu kommen noch eine große Anzahl von Betriebs-, Beamten- und Gemeinschaftsfleischen, deren Ausbreitung vom Volksernährungsamt gefördert wird.

Es ist zu begrüßen, daß die Regierung nunmehr doch entschlossen zu sein scheint, das Uebel des Anstellens auszurotten, doch der gute Wille allein genügt nicht. Die schönsten Pläne werden über den Haufen geworfen, wenn die Warenanlieferungen vorübergehend oder dauernd verlaßen.

* (Admont lehnt Sommergäste ab.) Die Marktgemeindevertretung in Admont hat mit Rücksicht auf die außerordentlich schlechten Verpflegsverhältnisse einstimmig beschlossen, öffentlich bekanntzugeben, daß der Zugang und Aufenthalt von Sommergästen und Touristen in Admont heuer von der Bevölkerung nicht gewünscht wird und daher soviel als möglich hintangehalten werden soll. Zu dieser Stellungnahme sieht sich die Gemeindevertretung zu ihrem Bedauern aus dem Grunde genötigt, weil die Zuvweisung an Lebensmitteln für die heimische Bevölkerung ganz ungenügend ist und auf Mehrzuweisungen für Sommergäste unter den derzeitigen Umständen absolut nicht zu rechnen ist. Da die Gemeinde sonach keine Gewähr für entsprechende Versorgung und einen angenehmen Aufenthalt bieten kann, sieht sie sich veranlaßt, von einem Sommeraufenthalt in Admont abzuraten.

Die Verpflegung in kleinen Orten. Als Beweis dafür, wie schlecht es mit der Verpflegung in kleinen Orten Niederösterreichs bestellt ist, schickt uns ein kleiner Bäcker, der außer seiner Frau und einer alten Schwiegermutter auch noch einen neunjährigen Sohn zu erhalten hat, ein großes Paket von Fett-, Mehl- und Brotarten, die er während der letzten vier Wochen nicht verwenden konnte, weil er einfach nichts dafür bekam. Am 15. d. hat diese vierköpfige Familie auf jede Karie zwei Delagramm Fett, zusammen also acht Delagramm, erhalten, von denen für vier Personen sieben Tage lang gekocht werden sollte. Der Preis war 78 Heller. Diese Erscheinungen sind dadurch hervorgerufen, daß der Kremser Bezirks-Hauptmann Ritter v. Stahl und sein Lebensmittelkommissär Johann Niedler, früher Haferhändler, nun im ganzen Bezirk Milch, Butter, Eier und Schmalz mit Gendarmeriegewalt aufreiben, ohne Rücksicht auf den örtlichen Bedarf, und zwar derart, daß die Eigentümer teilweise das Rindvieh verkaufen und die Hühner abstecken müssen. Wenn sich ein Gemeindevorsteher zur Wehr setzt, dann wird ihm mit der Auflösung der Gemeindevorstehung gedroht. — Bei der allgemeinen Lebensmittelnot ist Tatkraft der Behörden gewiß am Platz, aber die Maßregeln bewirken das Gegenteil, wenn sie am unrichtigen Ort angewendet werden. In Gegenden, wo nur Waldbauern zu Hause sind, ist immer weniger aufzutreiben als im Flachland. Das härteste Los haben auf dem Lande übrigens nicht die Bauern, sondern die Ortsansässigen, die über keine Wirtschaft und kein Geld verfügen. Sie sind wirklich oft sogar schlimmer daran als die Städte, die unter den Erscheinungen dieser Zeit ja im allgemeinen nicht weniger leiden.

Der Kampf gegen das Anstellen.

Die Regierung scheint nunmehr nach langem Zögern Ernst zu machen mit dem „Kampf gegen das Anstellen“. Es ist dies zwar eigentlich eine merkwürdige Sache, denn so wenig ein Arzt bei einer Entzündung lediglich das Fieber bekämpfen darf, oder so wenig man den Rausch statt der Trunksucht bekämpft, so falsch wäre es, das Anstellen zu bekämpfen, statt für bessere Zuführen, für eine gerechtere Verteilung und für ein besseres Erfassen der zweifellos vorhandenen Vorräte zu sorgen. Letztere Behauptung werden alle die Tausende Personen in Wien als richtig anerkennen, die von hinten herum ohne Karten, aber mit viel Geld, Zucker, Fett usw. erhalten können. Die Behörden haben auch einen ganz guten Gedanken gehabt, und die Ausgabe von Nummern an die Angestellten verfügt. Wie dieser gute Gedanke durch eine ungeschickte Durchführung wirkungslos wurde, soll im Nachstehenden gezeigt werden. Heute war Verkauf von Armenrindfleisch. Das Anstellen begann gestern abends um 8 Uhr. Um 4 Uhr früh hat die Polizei Nummern ausgegeben, und es erhielten Leute, die sich um Mitternacht anstellten, Nummern über 600. Die Ausgabe der Nummern ging sehr rasch von statten. Sie erfolgte, nachdem der Polizei bekanntgegeben worden war, wieviel Fleisch zum Verkauf gelangt. Jetzt mußte jeder, der eine Nummer erhalten hatte, daß er bestimmt auf Fleisch rechnen könne. Deswegen gingen jedoch die Personen, die bei der Nummernverteilung leer ausgingen, nicht weg, sie warteten auf das erfahrungsgemäß übrig bleibende Fleisch. Um halb 7 Uhr früh begann dann der Verkauf, und die Leute erhielten nach mehr als zehnstündigem Warten endlich ihr Stück Fleisch. Fällt es denn den Behörden nicht ein, daß man nächstens schon um 8 Uhr abends wissen muß, wieviel Fleisch auf jeden einzelnen

kommt, so daß man die Nummern um 8 Uhr abends ausgeben könnte. Die Leute würden sich allerdings auch anstellen, aber dann bei Tag, und es würden zahlreiche Schulkinder nicht die ganze Nacht auf der Straße herumtugeln müssen.

Mussee als Sommerfrische 1917.

Die Kurkommission Bad Mussee gibt bekannt, daß die für Lebensmittelbeschaffung der Sommergäste des Kurgebietes Bad Mussee als Grundlage festgesetzte Anzahl von Sommergästen durch die Anmeldungen bis zum 1. Juni bereits erschöpft ist und demzufolge Sommergäste, welche ihren beabsichtigten Sommeraufenthalt erst nach dem 1. Juni angemeldet haben, nicht mehr aufgenommen werden können, da für diese überzähligen Gäste staatlich bewirtschaftete Lebensmittel nicht zur Verfügung stehen, und auch mit Fleisch, Milch, Eiern und Gemüse nicht versorgt werden könnten. Weiters ergeht an jene zahlreichen Fremden, welche alle ihre Ankunft auf den 1. Juli angesetzt haben, die Mahnung, wegen des großen Andranges auf der Bahn und bei der Lebensmittelabgabe, der durch die gleichzeitige Abreise, beziehungsweise Ankunft entstehen würde — die Abreise bis zu einer Woche zu verschieben. Die zum Sommeraufenthalt in Bad Mussee zugelassenen Fremden, welche sich vorschriftsmäßig angemeldet haben, erhalten von der Kurkommission Aufnahmscheine, welche von den Parteien bei deren Ankunft in Bad Mussee anlässlich deren Meldung vorzuweisen sind. Parteien ohne Aufnahmschein haben keinen Anspruch auf Lebensmittelzuweisung.

Mehr Lebensmittelkarten als Köpfe.

Maßregeln gegen den mißbräuchlichen Mehrbezug. — Die unterlassenen Abmeldungen. — Dreifache Karten für eine Person. — Gewissenlose Hamster. — Polizeiliche und Brotkommissionsmeldung. — Ständige Überprüfung. — Die Lebensmittelbezugskarten. — Der Kampf gegen die „Mistell“-Nachtlager in den Straßen.

In den letzten Prangerlisten sind die Namen zahlreicher Parteien verlaublich, die in ihrem Haushalt mißbräuchlich mehr Lebensmittelkarten bezogen, als sie nach der wirklichen Kopfzahl der Haushaltsmitglieder zu beziehen berechtigt waren. Die Mißbräuche bei diesem strafbaren Mehrbezug an Lebensmittelkarten, der natürlich auch einen Mehrbezug an Lebensmitteln zur Folge hat, beschäftigen die Behörden schon seit längerer Zeit, und wenn es auch schon in vielen Fällen gelungen ist, die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen, soll nunmehr — wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird — durch allgemeine Maßregeln weiteren Mißbräuchen dieser Art ein Ende gemacht werden.

Die mit der Abgabe der rationierten Lebensmittel betrauten Ämter haben die Wahrnehmung gemacht, daß in Wien die Zahl der abgegebenen, also konsumierten Lebensmittelkarten regelmäßig weit größer ist, als sie nach der Bevölkerungszahl sein sollte. Die Sache wurde auch mehrmals im Gemeinderate erörtert und die Brotkommissionen haben sich eingehend mit ihr beschäftigt. Es wurde nun festgestellt, daß Haushaltungen fortgesetzt, oft monatelang die Lebensmittelkarten und natürlich auch die entsprechenden Lebensmittel für Personen beziehen, die längst nicht mehr dem betreffenden Haushalt angehören. Der Haushalt hat es aber absichtlich unterlassen, die Abmeldung bei der zuständigen Brotkommission vorchriftsmäßig sogleich durchzuführen, so daß die Lebensmittelkarten weiter ausgefolgt werden. Es

Die Behörden werden nunmehr Vorschläge von Brotkommissionen durchführen, die Abhilfe schaffen werden. Es wird in kurzen Zeiträumen eine allgemeine Überprüfung der jeweiligen Kopfzahl der Haushaltsmitglieder dadurch erfolgen, daß neue Lebensmittelkarten nur ausgeben werden, wenn die Partei durch den polizeilichen Meldeschein den nötigen Nachweis erbringt. Gleichzeitig wird verfügt werden, daß die Abmeldung einer Person von dem Polizeikommissariat erst entgegengenommen werden darf, wenn der Meldeschein den Stempelstempel der zuständigen Brotkommission aufweist, daß dort die Abmeldung schon vollzogen wurde. Mißbräuche bei der polizeilichen An- und Abmeldung sind wegen der strengen Strafen und vor allem wegen der infolge des Ganges des Meldeverfahrens unvermeidlichen baldigen Aufdeckung so gut wie ausgeschlossen, zumal durch die An- und die folgende Abmeldung eine Kontrolle sich automatisch ergibt.

Wie die Verschärfung der Abmeldebestimmungen, soll auch die hier schon wiederholt erörterte Einführung der allgemeinen Bezugskarte, die die wichtigsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel umfassen soll, den erwähnten und anderen auf dem Gebiete der Versorgung zutage getretenen Mißbräuchen ein Ende machen. Es soll verhindert werden, daß selbstsüchtige Hamster sich auf mehreren Seiten versorgen und auf allerlei Schleichwegen regelmäßig mehr Nahrungsmittel beziehen, als ihnen gebühren, während andere stundenlang sich auf der Straße anstellen und zum Schluß oft nicht einmal das Wenige erlangen, was ihnen nach der Kopfzahl ihrer Haushaltsangehörigen unter allen Umständen zukommen müßte. Die geplante allgemeine Bezugskarte erstreckt sich nicht auf besondere Artikel und enthält auch keine vorher festgesetzten Rationen. Die Behörden behalten freie Hand, irgend einen Artikel, ob es nun Seife oder Kerzen oder ein anderer Artikel, den man in größeren Mengen beschaffen kann, fallweise den einzelnen Bezirken zuzuführen. Im Wege des legitimierten Handels, also durch ortsanfällige Handelsreisende, die sich schon früher mit dem Verlaufe der betreffenden Gegenstände befaßt haben, werden gewisse Vorräte bezirksweise zugewiesen werden. Dadurch soll eine allgemeine Dezentralisation des Verkaufes sowie Verhinderung des Hamsterns herbeigeführt werden. Diese allgemeine Bezugskarte wird als Einkaufskarte per Kopf ausgeführt, und damit auch wirklich jedem einzelnen Käufer sein ihm zugewiesenes Quantum zukommen, werden die Händler verhalten werden, genau soviel Abschnitte den Behörden abzuliefern, als sie Artikel zugewiesen erhalten haben. So soll auch das heimliche Kundenprotektionswesen abgeschafft werden.

Endlich hofft man, mit Hilfe der Bezugskarte und weiterer entsprechender behördlicher Maßregeln das unerträgliche Anstellen zu beseitigen. Das sicherlich zum großen Teile in den Verhältnissen begründet ist, zum Teile aber auch in einer Art Kriegspolizei, in Tratschsucht und Leichtfertigkeit seine Ursache hat. Der Kampf gegen dieses Anstellen, das heute in Wien schon geradezu bedrückenden Umfang angenommen hat, ist eine Haupt Sorge der Behörden. Es kann auf die Dauer nicht geduldet werden, daß die Nachtlager von Männern, Frauen und schulpflichtigen Kindern, wie sie Nacht für Nacht vom Abend bis zum Morgen bei der Großmarkthalle, auf dem Heldenplatz, in der Umgebung des Neulerchenfeldermarktes und auf anderen Wiener Plätzen, sowie vor den Ständen der Großschlachtereien bestehen, sich als eine förmliche Wiener Kriegseinrichtung einbürgern.

Gewiß ist, daß schon in der nächsten Zeit eine Regelung der Einkaufsverhältnisse in Wien erfolgen muß, die den zahlreichen Mißständen ein Ende macht und es verhindert, daß mit der Arbeitskraft der Bevölkerung ein wahrer Raubbau getrieben wird. Gerade in der jetzigen Zeit sind Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeitsfähigen zu kostbar, als daß man mit verwehrten Armen zusehen dürfte, wie sie nutzlos vergeudet werden. Dem Sommer, der immerhin manches erträglicher scheinen läßt, werden Herbst und Winter folgen ...

Die wiedererstandene „Bassena“.

Die Jungen wissen gar nicht mehr, was die „Bassena“ war. Aber vor den Augen der Älteren steigt, wenn sie das Wort hören, ein altvertrautes Wiener Straßenbild auf: der gußeiserne Röhrbrunnen und um ihn herum die Weiblichkeit der ganzen Gasse. Das war damals, als man noch nicht in jedem Stockwerk oder gar in jeder Wohnung die Hochquellenwasserleitung hatte, als im Hof noch der Schöpfbrunnen zweifelhaftes Wasser spendete und das Trinkwasser von der „Bassena“ nach Hause getragen werden mußte. Dort traf man sich, dort wurden die Neuigkeiten ausgetauscht und die Leute ausgerichtet. An schönen Sommerabenden staute sich die Menge bei der „Bassena“, und es dauerte oft eine gute Stunde, bis die Lisi mit der Bietischen voll Wasser heimkam. Das war das Anstellen der guten alten Zeit, aber es war recht gemütlich, weil jeder wußte, daß er seinen Teil bekommen werde, und wenn es einmal eine der Damen recht eilig hatte, was allerdings nur sehr selten vorgekommen sein soll, so ließen ihr die anderen gern den Vortritt und warteten in anregendem Gespräch, bis die verschiedenen Mannen und Butten sich gesättigt hatten. Dieses „Bassena“-Bild lebt jetzt wieder auf, freilich nur draußen am Rande der Stadt, wo viel Geschick und noch mehr Fleiß aus trostlosen Baugründen grünende Gemüsegärten hervorwuchert haben. Dort stellen sich die Leute

jetzt wieder beim Straßenbrunnen an, aber sie nennen ihn nicht mehr „Bassena“, sondern Hydrant. Im übrigen geht es genau so wie vor dreißig Jahren. Von allen Seiten kommen die Frauen und Mädchen, junge Burichen und Kinder, urlaubsfrohe Landsturmmänner und zu Agrariern gewordene Festbesoldete. Mit allen Geräten rücken sie an, mit denen man Wasser tragen kann; mit Schaffeln und Butten, mit Bietischen und Gießkannen und mit kleinen Fässern, die sie auf Wägelchen, die sonst als Kinderpielzeug dienen, verladen haben. Manche haben sich auch Traggerüste gemacht und schleppen an einem über die Schultern gelegten Querbalken die gefüllten Eimer. Ach, wenn sie gewußt hätten, wie viel Wasser ihre Gemüsepflanzen brauchen, und daß es in diesem Frühsummer gar nicht regnen will! Neun Rehtel hätten trotz aller Sehnsucht nach Spinat, Salat, Kraut und Erdäpfeln auf die Freuden des Schrebergartens verzichtet. Aber nun, da sie einmal hineingestiegen sind, halten sie eifern durch und schleppen Abend für Abend mühsam das Wasser zu ihren Pflanzen, dem ewig blauen Himmel zum Trost. Und haben Humor genug, um bei der wiedererstandenen „Bassena“ gute und schlechte Witze zu reißen.

Die Knappheit in der Lebensmittelversorgung in der abgelaufenen Woche.

Die Beschaffung der dringendsten Lebensmittel war in der abgelaufenen Woche auf allen Märkten außerordentlich schwierig, da sowohl Fleisch als auch Fett und Gemüse nicht in ausreichenden Mengen auf den Markt kamen.

Ueber die mangelhafte Versorgung mit Obst und Gemüse haben wir im vorstehenden berichtet.

Sehr traurig war es in dieser Woche mit der Beschaffung an Fett bestellt. Das kaufende Publikum war fast ausschließlich auf die Abgabe der Großschlachtereien (gefalgener Fett) und auf die Kriegsmargarine der Gemeinde Wien angewiesen, da Schweinefett im freien Handel fast nicht erhältlich und Butter auf den meisten Märkten nur an einzelnen Tagen und da nur in geringen Mengen erhältlich war. Eier waren auch nur sehr schwach zugeführt und blieben an manchen Tagen gänzlich.

Infolge der schwächeren Zufuhren an Schlachtvieh und der geringeren Ankünfte von Rindfleisch in der Großmarkthalle war das Angebot in Rindfleisch wesentlich schwächer. Rindfleisch wurden zwar 1100 Viertel gegen 828 Viertel in der Vorwoche abgegeben, trotzdem konnte in der Großmarkthalle der Bedarf nur teilweise gedeckt werden. Die Abgabe sämtlicher Fleischgattungen wurde mit Rücksicht auf den großen Andrang der Käufer auf ein halbes Kilogramm beschränkt. Samstag war die Großmarkthalle bereits um halb 11 Uhr vormittags gänzlich ausverkauft. An Schweinefleisch gelangten fast nur die von der Gemeinde Wien abgegebenen 5000 Kilogramm zum Verkauf. Kalbfleisch war nur sehr spärlich vertreten. Bloß Lamm- und Schafleisch, das selbst bei großer Knappheit nicht gern gekauft wird, genügte der Nachfrage.

Der Rest der von der Gemeinde Wien auf dem Naschmarkt und in der Großmarkthalle zum Verkauf gebrachten Fleischwaren fand reißenden Absatz.

Für morgen Sonntag werden in der Großmarkthalle nur geringe Fleischankünfte erwartet.

Keine Lebensmittel im Rosegger-Alpenhaus. Die Bezirkshauptmannschaft in Weiz hat das Bürgermeisteramt in Matten angewiesen, für die Bewirtschaftung des mit einer Gastgewerbefonzession ausgestatteten Rosegger-Alpenhaus auf der Pretulalpe (1656 Meter) von nun an keine Lebensmittel zuzulassen, so daß nunmehr die Verabreichung von Speisen jedweder Art in diesem Schutzhause eingestellt werden muß. Dieses Verbot ist um so unbegreiflicher, als es sich bei diesem Schutzhause um einen äußerst wichtigen Stützpunkt nicht allein für die militärischen Übungen die während der ganzen Kriegszeit auf der Alpe stattgefunden haben und noch immer stattfinden, sondern auch für die einheimische Bevölkerung, welche vom Fogelland, der Budligen Welt oder aus der Waldheimat in das Mürztal wandert und den Uebergang über die Pretulalpe machen muß, um 6 bis 8 Wegstunden zu ersparen. Auch bei Unwetters hat dieses Schutzhause allen Bergwanderern eine gastliche Unterkunft. Der alpine Verein „D'Stoanwandler“ in Wien, welcher Eigentümer des Schutzhauses ist, hat zwar gegen dieses Verbot eine Beschwerdeschrift an die zuständige Behörde gerichtet, er sieht sich aber veranlaßt, alle Bergwanderer darauf aufmerksam zu machen, daß in dem Schutzhause, insolange das Verbot aufrecht bleibt, nur Getränke und keinerlei Speisen verabreicht werden können.

107

Oesterreichische Waffenbrüderliche Vereinigung.

Fremdenverkehrsfragen.

Im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer Wien fand die gründende Versammlung der Sektion für Fremdenverkehr der Oesterr. Waffenbrüderlichen Vereinigung statt. Namens des Präsidiums der Vereinigung begrüßten in Verhinderung des Fürsten Fürstenberg und des Geheimen Rates Dr. Freih. v. Plener der zweite Vizepräsident Bürgermeister Dr. Weisskirchner und Minister a. D. Graf Kielmansegg, der den Vorsitz in der Versammlung führte, die Anwesenden. Graf Kielmansegg, der von der Vereinigung mit der Bildung der Sektion betraut worden war, legte den groß Wert des Fremdenverkehrs ausführlich dar und verwies darauf, daß die Monarchie eine Reihe von Gegenden besitze, die mit allen berühmtesten Schönheiten der fremden Länder in erfolgreichem Wettstreit treten können. Dazu käme die interessante Eigentümlichkeit der einzelnen, unsere Monarchie bewohnenden Völker, deren Volksseele für viele Fremde geradezu eine Offenbarung bedeuten würde.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner hob den ideellen und materiellen Wert des Fremdenverkehrs hervor und erinnerte, wie unbelagnt leider noch die Sehenswürdigkeiten Oesterreichs selbst in Deutschland seien. Er wünschte namens des Präsidiums und als Bürgermeister im Interesse der Stadt Wien der neuen Sektion erfolgreiches Wirken. Der nächste Redner, Votschaster a. D. Graf Lützow besprach die Ziele der neuen Vereinigung. Aus seiner langen Tätigkeit in Italien kenne er den Wert und die Bedeutung des Fremdenverkehrs und wisse aber auch, daß es noch so Manches in Oesterreich zu bessern gäbe, wenn man den Fremdenverkehr auf dieselbe Höhe bringen wolle, auf welcher er insbesondere in Italien und in der Schweiz steht. Oberst v. Eisner-Bubna, der Kommandant des Kriegspressequartiers, sprach im Auftrage des Generalstabschefs der Vereinigung die wärmsten Sympathien der Heeresleitung aus. Er hob hervor, daß diese bereits Vorkehrung getroffen habe, damit später die Schlachtfelder — auf denen unsere Truppen in heldenhafter Weise gekämpft haben — in pietätvoller Weise von Inländern und Ausländern werden besucht werden können. Es sei beschlossen, Führer für diese Schlachtfelder zu bestellen, Unterkunftsräume zu errichten und in den betreffenden Orten invalide Krieger mit Führerstellen zu betrauen. Der Krieg habe allerdings schwer die Gegenden verwüstet, anderseits aber habe die Heeresverwaltung eine große Zahl von Straßen während dieses Krieges gebaut, die später dem Fremdenverkehr in hervorragender Weise dienstbar sein werden. Redakteur Dr. Leiter entwickelte die Notwendigkeit eines weitverzweigten publizistischen Auslands-Aufklärungsdienstes, während Dr. Jglseder die geschäftliche Propaganda besprach.

Nach einer kurzen Rede des Kommerzialrates Maas schritt die Versammlung, unter welcher man unter anderen die Herren Landesauschuß Graf Rudolf Colloredo, die Herrenhausmitglieder Dr. Erner, Hofrat Hohenegg und Ritter v. Wittel, Statthaltereivizepräsident Ritter v. Wagner, Sektionschef Freiherr v. Röll, Truchseß v. Hoefft, kaiserlicher Rat Beschorner, Direktor Dr. Leisching, Abg. kais. Rat Beschorner, Direktor Doktor Leisching, Abg. kais. Rat Fedel, Magistratsrat Dr. Bederer, Ritter v. Manner und Kommerzialrat R. Müller bemerkte, sodann zur Gründung der Sektion. Landesoberinspektionsrat Hauptmann Gerengi schlug folgende Liste vor: Als Präsident Geheimen Rat Graf Kielmansegg, als Vizepräsidenten Regierungsrat Dr. Kofler (Innsbruck), Oberkurator v. Steiner (Wien), Stadtrat Dr. Pitt (Prag), als Kassier kais. Rat Beschorner, als Revisoren Kommerzialrat Maas und Truchseß v. Hoefft. Für den Ausschuß wurden außer einem Vertreter der Gemeinde Wien, der erst zu nennen sein wird, wie überhaupt der Ausschuß sich durch Koopierungen ergänzen soll, folgende Herren vorgeschlagen: Votschaster a. D. Graf Lützow, Geheimer Rat Dr. Ritter v. Wittel, dann Reichsratsabgeordneter Dobernig (für die Adrialänder), Oberbibliothekar Samalowski (Graz), Schöttner (böhm. Bäder), Dr. Schneider (Galizien), Abg. kais. Rat Karl Fedel (Wachau).

Der Vorsitzende Graf Kielmansegg hat die Versammlung, für die neue Vereinigung auch einen Schriftführer zu bestimmen, als welchen er den im Fremdenverkehr seit längerer Zeit hervorragend tätigen Landesoberinspektionsrat Gerengi, Generalsekretär des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Niederösterreich, vorschlug. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls mit Beifall einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Der Bürgermeister über die Lebensmittelkarte.

Eine Deputation von Frauen des Mittelstandes.

Heute vormittag um 11 Uhr begab sich eine Deputation von Frauen aus dem Mittelstande unter Führung der Schriftstellerin Marie Sigmund, der Postadjunktin Johanna Rehrich, Anna Belljan, Adele v. Ferrari und Johanna Gebauer zum Bürgermeister. Sie erstatteten ihm über die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt Bericht und baten um Anordnungen, die das Aufstellen verhindern sollen und um baldige Herausgabe der Lebensmittelkarte.

Der Bürgermeister versprach, das Nötige zu veranlassen und machte die Mitteilung, daß die Lebensmittelkarte bereits in Ausarbeitung sei und in allernächster Zeit herausgegeben werde.

Die Bäcker gegen den Berliner Magistrat. Der Vorstand der Berliner Bäckerei-Innung beschloß in seiner letzten Sitzung Einspruch gegen die Drohung des Berliner Magistrats zu erheben, daß alle Geschäfte geschlossen würden, in denen noch schlechtes Brot hergestellt werde. Voraussetzung für eine solche Verordnung würde sein, daß der Magistrat allen Bäckermeistern gleiches Mehl liefere, jetzt sei das Mehl aber zum Teil so schlecht, daß gutes Brot nicht hergestellt werden könne. Einzelne Unregelmäßigkeiten in Bäckereien verurteile die Innung selbst auf das Schärfste.

Die Verordnung über den Einheitspreis von 50 Pf. für den Liter Einheitsbier halten die Gastwirte für verfehlt. Ein großes Hotel, großes Kaffee oder ein vornehmes Wirtshaus im Westen habe natürlich ganz andere Unkosten als eine Schenke im Arbeiterviertel. Die Betriebsunkosten könnten die Gastwirte aber nur aus dem Verkauf von Getränken decken. Die Bierverordnung sei ein Bürokratenkunststück, da keine Rücksicht darauf genommen worden sei, daß schon bisher der Bierpreis in den Ausschänken je nach den Betriebsunkosten und der Lage verschieden gewesen sei.

25./VII. 1916

M

(Keine Erhöhung der Salzpreise.) Zur Orientierung und Beruhigung der Konsumenten wird uns von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Gerüchte, als wäre der Salzpreis erhöht worden oder als ob in naher Zukunft eine solche Erhöhung geplant würde, jeder Begründung entbehren. Das Finanzministerium pflegt die Verkaufspreise von Salz von Jahr zu Jahr mit Beginn vom 1. Juli festzusetzen. Eine solche Preisfeststellung ist gerade jetzt erfolgt. Demgemäß blieben die Verkaufspreise an den Bergwerksorten in Siebenbürgen und in der Máramaros vollständig unverändert. Nur bei den königlich ungarischen Salzämtern sind die Verkaufspreise — ebenso wie in anderen Jahren — infolge der Verteuerung der Transportkosten pro 100 Kilogramm um einige Heller gestiegen. Beim Budapester Salzamt verteuert sich beispielsweise der Verkaufspreis von Salz um 20 Heller pro 100 Kilogramm, was pro Kilogramm zwei Zehntelheller bedeutet, also ein so geringer Bruchteil ist, der nicht einmal auf das Publikum überwälzt werden kann. Die Verwaltungsbehörden, die in erster Reihe berufen sind, die Interessen des Publikums jeder unberechtigten Preisverteuerung gegenüber zu wahren, werden also gut tun, darauf zu sehen, daß die Salzpreise nicht in willkürlicher Weise erhöht werden.

26. IV. 1917

M

Gastwirte und Bäckermeister gegen den Berliner Magistrat. Die Verordnung über den Einheitspreis von 50 Pf. für den Liter Einheitsbier hat bei den Organisationen der Gastwirte großen Unwillen hervorgerufen. Man hält die Aufrechterhaltung der Verordnung für unmöglich, weil alle Gastwirtschaften, ob groß oder klein und ohne Rücksicht auf das in den einzelnen Lokalen verkehrende Publikum über einen Kamm geschoren werden. Die Verordnung sei vom grünen Tisch aus ohne jegliche Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Kreise erlassen worden. Ein großes Hotel, großes Kaffee oder ein vornehmes Restaurant im Westen habe natürlich ganz andere Unkosten als ein kleines Lokal im Arbeiterviertel. Die Betriebsunkosten können aber die Gastwirte nur aus dem Verkauf an Getränken decken. Es handele sich daher bei der Bierverordnung um ein schier unbegreifliches Bürokratenstück, da auch keine Rücksicht darauf genommen worden sei, daß schon bisher der Preis für ein Bechertel oder ein anderes Maß in den verschiedenen Lokalen je nach den Betriebsunkosten verschiedenartig gewesen sei.

Der Vorstand der Berliner Bäckerinnung beschloß in seiner letzten Sitzung Einspruch gegen eine Zuschrift des Berliner Magistrats an die Bäckermeister zu erheben, in welcher gesagt wird, daß alle Geschäfte geschlossen würden, in denen noch schlechtes Brot hergestellt werde. Voraussetzung für eine solche Verordnung würde sein, daß der Magistrat allen Bäckermeistern gleiches Mehl liefere; jetzt sei das Mehl aber zum Teil so schlecht, daß gutes Brot eben nicht hergestellt werden könne. Einzelne vorkommende Unregelmäßigkeiten verurteile die Innung selbst auf das schärfste, gegen die betreffenden Bäcker müsse eingeschritten werden. Die Bäckermeister allgemein für derartige Übertretungen verantwortlich zu machen, sei aber ungerecht und lasse beim Publikum falsche Ansichten aufkommen.

26. IV. 1917

M

**Mitteilungen aus dem
Hamburgischen Kriegsverorgungsamt.
Die Lebensmittelversorgung Hamburgs
und anderer Großstädte.**

In der hiesigen Bevölkerung sind wiederholt Klagen laut geworden, die auch gelegentlich in den Tageszeitungen öffentlich geäußert worden sind, dahin, daß Hamburg in einer Reihe von wichtigen Lebensmitteln von den Reichsstellen schlechter bedacht werde als andere deutsche Großstädte. Diese Klagen sind nicht berechtigt.

Wer die auf den Kopf der Hamburger Bevölkerung entfallende Menge mit der anderer Städte vergleicht, begeht regelmäßig den Fehler, eine einzelne Woche zum Vergleich heranzuziehen. Dieses Verfahren muß zu unzulänglichen Ergebnissen führen. Den einzelnen Kommunalverbänden werden die Lebensmittel für eine längere Zeit zugewiesen, niemals für eine einzelne Woche. Der Kommunalverwaltung bleibt es dann überlassen, wie sie die Lebensmittel von Woche zu Woche abgeben will, insbesondere, ob sie sie auf einen längeren Zeitraum verteilen oder innerhalb kurzer Zeit abgeben will.

Die Verwaltung der einen Stadt zieht es vor, in der einen Woche eine große Menge, zum Beispiel von Marmelade, abzugeben, um dann wochenlang überhaupt nichts von dieser Warengattung zur Verteilung zu bringen. Anderswo ist statt dessen eine regelmäßige Verteilung gewählt, woraus alsdann hervorgeht, in dieser und jener Woche sind in A so und so viel Gramm von der und der Ware verteilt worden, während in Hamburg eine viel geringere Menge zur Verteilung gebracht ist. Das ist aber gleichgültig angesichts des Umstandes, daß in den anderen Wochen in jener Stadt überhaupt nichts verteilt worden ist, und dafür naturgemäß in einer einzelnen Woche eine große Menge zur Verteilung gelangen konnte. Wer wirklich vergleichen will, muß einen längeren Zeitraum zum Vergleich heranziehen. Dann wird jeder feststellen, daß alle Großstädte ungefähr gleichmäßig beliefert werden, und daraus ersehen, daß Hamburg selbst hinter Berlin in keiner einzelnen Warengattung zurücksteht, mit Ausnahme der Mühlenfabrikate. Dafür ist Hamburg wieder mit anderen Warengattungen besser gestellt, z. B. in bezug auf Fische, die während der heißen Sommerzeit nur schwer ins Zuland gebracht werden können und daher über die sonst zulässige Menge in Hamburg verbleiben müssen.

Man kann ferner beobachten, daß die Volkskreise in der begreiflichen Sorge um ihre Ernährung beim Vergleichen stets nur den Punkt bemerken, in dem zufällig in einer Woche eine geringere Menge abgegeben wird als in einer anderen Großstadt, ohne daß hierbei diejenige Warengattung berücksichtigt wird, von der Hamburg mehr in der betreffenden Woche abgibt als die anderen Städte.

Wenn in Berlin angezeigt wird, daß in irgend einer Woche 200 Gramm Zucker abgegeben werden, während in Hamburg nur 150 Gramm zur Verteilung gelangen, dann gelangen sofort zahlreiche Beschwerden an das Kriegsverorgungsamt. Der Beschwerdeführer erwähnt hierbei, Hamburg wird schlechter versorgt als Berlin, man braucht nur zu sehen, wieviel mehr Zucker Berlin bekommt. Niemand erwähnt dabei aber, daß Woche für Woche Berlin nur 50 Gramm Butter gibt, während Hamburg 60 Gramm verteilt. Es wird immer auf das Weniger, niemals auf das Mehr hingewiesen. In Wirklichkeit bekam Berlin an Zucker wie an Butter das Gleiche wie Hamburg. Es verteilt nur anders, in einem anderen

Zeitraum und versorgt die öffentlichen Anstalten auf andere Weise. Wenn man vergleichen will, dann muß man wenigstens nicht nur abeln, — wenn Hamburg einmal weniger gibt, — sondern auch anerkennen, wenn Hamburg mehr verteilt.

Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß es überhaupt schwer ist, selbst bei sorgfältigster Zusammenstellung für längere Zeit die Verteilung der verschiedenen Städte zu vergleichen. Eine Reihe von Stadtverwaltungen bringt zur Anzeige, daß eine gewisse Menge auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gelange, während in Wirklichkeit nur ein kleiner Teil der ganzen Bevölkerung diese Ware erhält. Das Hamburgische Kriegsverorgungsamt hat seit jeder den Grundsatze befolgt, daß jedem die in den wöchentlichen Veröffentlichungen in Aussicht gestellte Menge auch tatsächlich geliefert wird. Die Veröffentlichung einer allgemein zugelassenen Verteilung findet nur statt, wenn vorher festgestellt ist, daß die gesamte Menge zur Verfügung steht.

26. IV. 1917

MS

Die Kriegsarbeit des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Durch die Aufgaben der Kriegswirtschaft war das Statistische Amt fortwährend in erheblichem Umfange in Anspruch genommen; es war im letzten Verwaltungsjahr zunächst mit der Durchführung der zahlreichen Bestandsaufnahmen betraut, darunter der Bleichzählungen, der Ermittlungen über die Vorräte an Getreide und Mehl, an Hülsenfrüchten, an Kartoffeln, an Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation, an Kaffee, Tee und Kakao, an Fetten und Ölen, an Rindviehhäuten und Leder.

Handelte es sich bei diesen Aufnahmen um allgemeine staatliche Erhebungen, so nahm das Statistische Amt aus freien Stücken doch

noch besondere Feststellungen auf dem Gebiete der Verbrauchsstatistik vor: Von besonderer Bedeutung erwies sich die Kartoffelverbrauchsaufnahme, die Ende April und Anfang Mai 1915 unter den städtischen Beamten und Arbeitern veranstaltet wurde. Auf Eingreifen des Staatssekretärs des Innern wurde sie von zahlreichen anderen deutschen Großstädten zum Muster genommen. In umfangreicher Weise war das Statistische Amt ferner bei der Feststellung der in den ersten Monaten nach Einführung der Brotkarte gemachten Ersparnisse von Brotartenabschnitten tätig, sowie bei den Ermittlungen der verbrauchten Brotmengen auf Grund der abgelieferten Brotartenabschnitte, wobei es dem Statistischen Amt gelang, ein die Genauigkeit der Ermittlung mit denkbar größter Einfachheit verbindendes Verfahren für die entsprechende Mehlsuteilung anzugeben und durchzuführen. Eine umfangreiche Erhebung über die Organisation der Milchversorgung in Berlin und einer größeren Zahl von Vororten unter Berücksichtigung der Herkunft der bezogenen Mengen, ihrer Unterverteilung und der Einkaufspreise wurde am 11. November 1915 vorgenommen. Von Mitte Juli 1915 an wurden allwöchentlich Erhebungen über die Kleinhandelspreise von Obst und Gemüse für die Zwecke der Preisprüfungsstelle veranstaltet. Die wöchentlichen Aufnahmen über die Beobachtungen des Beschäftigungsgrades von Groß-Berlin wurden weitergeführt. Dabei wurden die tausenden Arbeiten des Statistischen Amtes in unverändertem Umfange fortgesetzt.

Unser Ernährungsweisen.

Seeliger (Sozialdemokrat) kommt auf die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten zurück und sagt: Die Regierung habe erklärt, daß sich nebenbei, unter ihren laufenden Geschäften auch die Sorge um die Ernährungsfrage befinde. Wenn auch der Ministerpräsident eine Verbeugung von der Bevölkerung, vor allem vor der großen Masse der Arbeiterschaft gemacht und von ihr gesagt hat, daß sie in bewunderungswürdiger Standhaftigkeit ausharre, so glaube Redner doch, daß damit der Ernst der Lage nicht gekennzeichnet ist, in der wir uns befinden. Es ist auf dem Gebiete der Ernährungspolitik vielleicht der ernsteste Augenblick gekommen in der langen Zeit des öffentlichen Ernährungsdienstes. Wir stehen im großen und ganzen heute vor der Frage: Haben die Massen heute, haben sie morgen noch zu leben oder nicht? Die große psychologische Bedeutung, die dieser Frage innewohnt, können nur die Massen selbst in diesem Augenblicke beurteilen. Die Mütter und Hausfrauen, die am Morgen nicht wissen, was sie den

Kindern mittags zu essen geben werden, und mittags nicht wissen, womit sie den Hunger der Kinder am Abend stillen werden. Die Arbeiterschaft hat das Wort vom Durchhalten immer so aufgefaßt, daß es sich um das psychische, geistige und sittliche Durchhalten der Menschen in diesem Kriege handle. Zum Durchhalten haben wir Sozialdemokraten unsere ganze Kraft gewendet, für dieses Durchhalten haben wir Opfer gebracht und nicht einen Augenblick geruht, unsere Erfahrung und unsere Mitwirkung in den öffentlichen Dienst zu stellen. Wir haben von allem Anfang an die Ordnung des Ernährungsdienstes gefordert, Erfassung aller Vorräte, alles, dessen, was zur menschlichen Ernährung dienen kann, und eine gerechte Zuteilung an die Bevölkerung. Wir haben den Seidenweg des Ernährungsdienstes mitgemacht und wir wissen heute, daß unsere Bürokratie bei der Lösung dieser Aufgabe nur einen zögernden Schritt gegangen ist, weil sie ihrer Erfüllung nicht das notwendige Rüstzeug mitgebracht hat. Die Herren der Bürokratie waren in dieser Frage geradezu volksfremd und standen ihr deshalb auch so hilflos gegenüber. Das soll kein Vorwurf für unsere Bürokratie sein. Sie ist eben so erzogen worden. Dazu kommt aber noch der Einfluß von Seiten der Interessenten der Konjunktur, die unaufhörlich unter Ausnutzung der politischen Machtfaktoren (!) ihre Interessen zu schützen suchen. Darum haben wir bei den Maßnahmen des öffentlichen Ernährungsdienstes keinen einzigen ernsthaften und wirklichen erfolgreichen Schritt gesehen. Das Maß der Ernährung, das wir heute bieten können, ist keine Ernährung, sondern langames Verhungern der Menschen. Wir hören hier Reden, aus denen herausklingt, daß die Landwirte ein solches Übermaß an Arbeit geleistet haben, daß sie darüber hinaus nichts mehr zu leisten vermögen. Das klingt aber wie passiver Widerstand gegenüber den notwendigen Bestrebungen, alles anzubieten im Gesamtinteresse. Gewiß haben auch die kleineren Landwirte Opfer bringen müssen, aber wie groß sind demgegenüber die Opfer, die die Arbeiter an geistigem, sittlichem und leiblichem Besitzstand erlitten haben. (Beifall.) Redner schildert die Lebensmittelverhältnisse in den Industriebezirken und weist auf die wachsende Sterblichkeitsziffer hin, insbesondere unter jenen Leuten, die überdies noch mit einer Krankheit, z. B. Tuberkulose befallen sind. Wie können wir dann von Opfern der Landwirtschaft und von Opfern der Industrie reden? Wie lange glauben Sie, ist die Arbeiterbevölkerung imstande, das seelisch zu ertragen? Und das längere Zeit zuzumuten, wäre zuviel. Daher ist die Ernährungsfrage im Augenblick die wichtigste Frage. (Beifall.)

Coriolanische Wochenlanderei.

Sie möchte fast meinen, es gehe mit dem Gerissen wie mit dem Windbarm, den man nicht eher spürt, als bis er entzundet ist.

Sie könnte selten in die Gegenden, wo die Kriegsgewinner sind, und wenn, so hatte ich es noch immer zu bedauern. Wer mit der Zeit besonders nachteiligen Gabe ausgestattet ist, entlegene Dinge zu Gedankenreichen zu verbinden, dem werden sie zu unangenehme Vorstellungen.

Er stand vor dem Hotel „Bristol“ gleich neben dem Bettel, auf dem die Speisen und was sie kosten verzeichnet sind, und war offenbar nach dem Mittagessen. Es kann übrigens auch nur einer von denen gewesen sein, denen der Krieg und das Vertrauen zu den Munitionswertern gut anhängt. Manches hatte er vom Kriegsgewinner, dagegen stocherte er sich die Zähne mit einem Wehagen, das doch vielleicht nur der empfinden kann, wenn das Geldverdien nicht einmal die geringe Mühe macht, die sogar beim Kriegsgewinner nicht erspart bleibt. So befriedigt tat er es, daß ich Gusto bekam. Wenn es für unsereins auch völlig ausgeschlossen ist, sich an den Speisen des Hotels „Bristol“ zu laben, so gestattet die kluge Verordnung, daß die Speisen und was sie kosten an der Eingangstüre angeschrieben sein müssen, einem doch ein heilsames, sozusagen geistiges Vergnügen. Wie in Madera ungefahr. Der eine ergoßte sich an den Speisen, der andere — erheblich billiger — an ihrem guten Geruch. Wir ergoßen uns an den Preisen; allerdings ist das nicht erheblich billiger. Es war im „Abend“ schon wiederholt nachgesehen, daß in Wahrheit wir es sind, die den Kriegsgewinner die Bege bezahlen.

Sie habe so viel über Kriegsgewinner klagend gehört und mich oft gewundert, wenn ich in frühen Vormittagsstunden die Weiber, noch vom Anstellen übermüdet und müde vor den verstaubten Türen stehen sah — ge-

wundert, geübert und getränkt — daß es mir kommen war, einmal unter sachkundiger Führung hinter die Kriegsgewinnergeheimnisse blicken zu dürfen. Ach, ich hätte es lieber nicht tun sollen! Es gibt die noch immer Dinge, und jetzt vielleicht mehr als je, für die der Schmerz frei der unglücklichen tojanischen Seherin gilt: „Warum gebt ihr mir zu schauen, was ich doch nicht werden kann?“ Was nützt es, da wir Mühle doch nicht schaffen können und die durch Wahl oder Bestellung dazu Verurtheilten augenscheinlich auch nicht, denn wie ließe sie sonst ihr Gewissen noch beglücken essen oder ruhig schlafen? Was nützt es, zu wissen, weshalb Menschen Tag für Tag, keinen Sonn- und Feiertag ausgenommen, ob die Sonne auf sie niederbrenne oder der Regen sie durchwasse, gedulstiger als wir Bevorrechteten kaum das Glück erlangen, auf der Gasse stehen, von nichts in Ordnung und Ruhe gehalten als von einem so Unterdrückten wie sie, dem man eine Uniform und einen Blecktragen mit einer Nummer gegeben hat, und von der eigenen Geduld; und das alles, damit sie zwei- oder dreimal die Woche Suppe — und was für eine Suppe! — und Sauerkraut — und was für Sauerkraut! —, dreimal statt des Sauerkrautes Buntbrot und einmal, am sonntägigen Tage der Freude, Weidel zu essen haben. Sollen wir die Ergebung, die so etwas nach Leben nennt, bewundern oder nicht vielmehr die Geduld beklagen, die in letzter Reihe doch die Ursache aller Leiden dieses Volkes ist? Man hat ihnen so lange erzählt, es sei Leben, daß sie es nun glauben, wenn sie auf dem erpöckelten Steinhaufen den glühenden erkrankenden Blecktopf leeren, nicht viel anders als der abgerackerte Arbeiter, dem man, wo es sich gerade trifft, den spärlichen Butterack umhängt: Triß und zieh so rasch wie möglich deine Last weiter!

Mein Kriegsgewinner — ich sagte es schon, es kann auch nur ein glücklicher Börsenspekulant gewesen sein, denn man sieht den Leuten leider den Verfall nicht mit voller Deutlichkeit an — hatte sich offenbar erheblich mehr Zeit dazu gegönnt. Er stocherte noch immer mit einem

Behagen, das tief blicken ließ, denn er wußte offenbar noch nicht, daß auch Millionäre bei dieser unvermeidlichen, aber für die Umwelt wenig annuitigen Verheerung die reichbegründete Hand vor den Mund halten. In meinem Studium kam ich nicht weiter als zu einer der ersten Mitteilungen: Doppelkraftsuppe 2. Grades 50 Heller.

Während ich las, sah er mich etwas verunruhigt an. Es mag diesen Leuten in der Tat erstaunlich vorkommen, wenn sich jemand nach dem Preise erkundigt, wo doch so ziemlich ihr ganzes Vergnügen darin besteht, zu genießen, ohne zu wissen, was es kosten werde.

Und dabei dürfte die Kriegsgeld, die ich sah, noch nicht einmal die schlimmste gewesen sein, denn eigenlich ist sie gar keine Kriegsgeld, sondern eine Wertsgeld, weil draußen in der Nähe der Reichsbünde, wo der Umschlag der Industrie, für den wir jetzt kämpfen und schließlich siegen werden, Sabrit an Sabrit und Schornstein an Schornstein errichtet hat. Dort kommen sie hin, die Arbeiter aus den Werksstätten, die Schaffnerinnen vom nahen Straßenbahnhofe, und holen, was ich schon oben behauptet. Auch Kinder kommen und es ist hübsch zu sehen, wie sie, sicherlich nicht weniger nachsichtig als andere, trotzdem der Verlockung widerstehen, aus dem Topfe, in dem sich das Mittagessen für die Familie befindet, unterwegs zu naschen. Wahrscheinlich wissen sie schon, wie Sauerkraut schmeckt, bei dem das fehlende Mehl durch das vollständig mangelnde Fett kaum wettgemacht wird und neugierig, ob es heute vielleicht Buntbrot werden kann, sind sie nicht mehr. Auch die stimmung mich nur eines; mein Gott, man hat sich die Sentimentalität noch immer nicht abgewöhnt, obwohl jetzt tüchtig daran gearbeitet wird! Als ich den Vater und die Mutter auf einem Kohlenhaufen im Sabritshofe mit den Kleinen zusammen die Hände zum Lederbereiteten Male heben sah, da schien mir denn doch ein bißchen zu sehr zu fehlen, was man den armen Leuten noch immer laut als Glück des friedlichen Familienlebens!

Der Abend
26.11.1917

119

Das Einheitsmenü als Oekonomie- und Preisfrage.

Wie wir erfahren, beschäftigt sich gegenwärtig die Zentralpreisprüfungskommission auch eingehend mit der Frage der Berechtigung der gegenwärtigen hohen Wirtshauspreise. Die vom Ernährungsamt vom Standpunkt der Lebensmittelökonomie erfasste Frage der Einführung des Einheitsmenüs in den öffentlichen Speiselokalen wird in der Zentralpreisprüfungskommission von dem Gesichtspunkt aus behandelt, durch Erlassung einer solchen Verfügung eine Herabsetzung der Speisenpreise in den Gastwirtschaften möglich zu machen. Das Speisen à la carte verleitet die Gastgeber, je nach dem Range ihres Lokals, die Speisefolgen womöglich schon vom Standpunkt der Konkurrenz

aus mannigfacher zu gestalten. Für schwer bekömmliche Artikel werden Ueberpreise ausgeworfen, und das Küchenbudget wird nicht nur immer höher, sondern auch der Preis der Speisen ein immer teurerer. Wenn nun die Gastwirte nur einheitliche Mahlzeiten (Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise) verabsolgen dürfen, wobei es ihnen gestattet sein soll, eventuell auch zwei bis drei Menüs aufzustellen, so erhofft man sich nicht nur eine Vereinfachung der Küchenwirtschaft, sondern auch eine Ermäßigung der jetzigen hohen Preise damit erwecken zu können. In der Zentralpreisprüfungskommission, die jetzt ein Gutachten über diese Frage an ausländischer Seite einholt, wurde auch erwogen, die Speisefolgen der Luxushotels und Restaurants entsprechend vereinfachen zu lassen, und auch zu trachten, daß sich die dort verlangten Preise nicht allzusehr über das normal angängige Maß erheben, denn sonst bestünde die Gefahr, daß nicht nur die Gaststätten der Reichen mehr als notwendig Lebensmittel an sich ziehen, sondern sich auch andere erstklassige Restaurants durch Hinaufschrauben der Preise in Luxusspeisestätten verwandeln könnten, nur um durch die hohen Preise in die Lage versetzt zu werden, die zur Betriebsführung notwendigen Waren um jeden noch so hohen Preis ankaufen zu können. Bei den gegenwärtigen hohen Wirtshauspreisen und den kleinen Portionen ist das Essen ohnedies mehr als Luxus denn als Sättigung aufzufassen, weshalb diese Frage nicht schnell und nicht energisch genug einer Lösung angeführt werden müßte.

Das Anstellen.

Eine gestern im Gemeinderate eingebrachte Anfrage des **GA. Bretschneider** beantwortet der Bürgermeister wie folgt:
Die Ursachen des Anstellens sind auf die durch die gegebenen Verhältnisse begründet gewordene Furcht zurückzuführen, nicht die unbedingt für den Tag oder die nächsten Tage notwendigen Lebensmittel in anderer Weise erhalten zu können. Es ist auch eine unbestreitbare Tatsache, daß das Anstellen bei eintretender Knappheit an Lebensmitteln zunimmt, beim Vorhandensein genügender Produkte sofort abnimmt. Bei den einheitlich bewirtschafteten Artikeln, wie Mehl, Brot und Petroleum hat die Gemeinde Wien durch Einführung der Bezugskarten in Verbindung mit der Rayonierung das Anstellen zur Zufriedenheit der Bewohnerschaft vollkommen gebannt. Auch bei der Milch ist eine wesentliche Besserung zu

verzeichnen. Durch die Bindung verschiedener Artikel an die Mehlbezugskarte, wie z. B. Erdäpfel, Kraut u. dergl. ist gleichfalls bessere Ordnung geschaffen worden. Um eine mögliche Eindämmung des Anstellens weiterhin zu erzielen, hat die Gemeinde erst kürzlich an die Oberbehörde Vorschläge unterbreitet, wobei sie neuerlich mündlich und schriftlich ein Verbot des Anstellens von unmündigen Kindern dringendst verlangte. (Rufe: Bravo!)

Die kommenden Einkaufskarten.

Dem Anstellen um „Wohlfahrtsfleisch“ soll dadurch abgeholfen werden, daß einerseits die Abgabestellen vermehrt, andererseits die Bezugsberechtigten durch amtliche Einkaufsscheine legitimiert werden, wodurch das Anstellen Unberufener hinwegfällt. Es ist vielfach das Anstellen zu einem Geschäft geworden. (Rufe: Sehr richtig!) Diese amtlichen Einkaufsscheine, welche bereits im Drucke sind und Ende nächster Woche zur Ausgabe gelangen sollen, werden auch die Abgabestelle enthalten, und da die Garantie geboten werden soll, daß jeder Berechtigte an seiner Verkaufsstelle auch die gebührende Fleischquantität erhält, wird sicherlich das stunden- und nachteilange Anstellen mit einem Schläge verschwinden. Die Legitimationskarte für den Fleischbezug für Mindestbemittelte wird gleichzeitig für dieselben als amtlicher Einkaufsschein zum Bezuge anderer Lebensmittel dienen und wird an die Ausgabe solcher amtlichen Einkaufsscheine unmittelbar nach der Ausgabe derselben an die Mindestbemittelten für alle übrigen Haushalte geschritten werden. Diese Angelegenheit hat auch den Bezirkswirtschaftsrat beschäftigt und wurde von ihm begutachtet. Durch diese Einkaufsscheine ist ein gleichmäßiger Beteiligungsmodus in vielen Fällen für die ganze Bevölkerung möglich, und es dürfte hiedurch auch das Anstellen eine wesentliche Einengung erfahren.
Es ist auch möglich geworden, mit Hilfe des Ernährungsamtes bereits in kürzester Zeit eine

Rayonierung der Butter

für die gesamte Bevölkerung durchzuführen, so daß ein Teil der Fettkarte bestimmt in gleichem Maße für alle Bewohner ohne Schwierigkeiten des Erlangens und des Anstellens zu erhalten sein wird. (Lebhafter Beifall.) Was die Schaffung einer allgemeinen

Fleischkarte

betrifft, so muß gesagt werden, daß Fleisch ein dem Verderben leicht unterworfenen, nicht zentralbewirtschaftbarer Artikel ist, dessen Rayonierung mit großen Schwierigkeiten verbunden erscheint. Es werden jedoch auch wegen eventueller Einführung einer Fleischkarte im Ernährungsamte Verhandlungen gepflogen. Sie sehen aus diesen Mitteilungen, daß Ihr Präsidium und der Magistrat fortgesetzt sich bemühen, Vorschläge zu prüfen und Abhilfe zu schaffen, soweit es eben geht. Wir müssen den lieben Gott bitten, daß er so viel wachsen läßt, daß wir auch wirklich genug haben.

In Beantwortung der gestern vom **GA. Stein** gestellten Anfrage macht **Bgm. Dr. Weisskirchner** ausführliche Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Gemeinde Wien an der Verpackung des Sauertrautes in Petroleumfassern keine Schuld trägt. In dem vom Interpellanten erwähnten Falle war das Sauerkraut von dem Händler in seine eigenen Geschirre umgeleert worden. Dem Händler wurde aufgetragen, den sich meldenden Käufern den Kaufpreis rückzuerstatten, welchen Auftrag der Händler auch befolgte.

Schriftführer **GA. Stangelberger** verliest den Einlauf.

Erleichterung des Einkaufs.

Im Wiener Gemeinderate hat heute Bgm. Dr. Weiskirchner über bevorstehende Erleichterungen des täglichen Lebensmitteleinkaufs wichtige Mitteilungen gemacht; wir verweisen diesbezüglich auf den Sitzungsbericht. Es ist in der Tat höchste Zeit, daß da Abhilfe geschaffen wird. Unter den derzeitigen Verhältnissen, die den Frauen ganz unmögliche Lasten aufbürden, ist die Führung eines Haushaltes zur Qual geworden. Uebermäßige Teuerung, gering besetzte Märkte und langes, oft vergebliches Anstellen um alles und jedes — wer kann dies auf die Dauer mitmachen? Dazu noch immer die Kontraste zwischen den Bevorzugten, die sich alles beschaffen können, und den Hunderttausenden anderen, die zusehen dürfen. Es ist wahrhaftig an der Zeit, wenigstens an einen Abbau der herrschenden Unordnung zu denken.

Warum?

Eine „neugierige Hausfrau“ schreibt uns: Warum muß man Mitglied der jüdischen „Kohö“ sein, um derzeit in Wien Eier zu bekommen? Warum stehen alle anderen Organisationen und Verkaufsstellen — auch die städtischen — unter völliger Eiersperre, jetzt im Hochsommer? Warum empfiehlt man uns zum Konservieren des Obstes an Stelle des Zuckers benzoesaures Natron, ohne dafür zu sorgen, daß die Apotheken und Drogerien es feilhalten? Warum tröstet man uns auch auf dem jüngsten „Merkblatt“ wieder mit Saccharin, obwohl man es nirgends bekommt und es jedenfalls noch viel unerreichbarer geworden ist als Zucker? Warum macht man uns die Bähne lang mit verhältnismäßig mäßigen Höchstpreisen für Obst (Kirschen) und läßt es ruhig geschehen, daß der Verkauf zum zwei- bis dreifachen Höchstpreis geschieht?

Aus dem Volksernährungsamt.

Wie wir bereits kürzlich berichteten, ist der gegenwärtige Leiter der industriellen Sektion im Amt für Volksernährung, Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Ruß, für die Stelle eines Vizepräsidenten in Aussicht genommen. Wie wir nunmehr erfahren, wird zum Leiter der industriellen Sektion der bisher dem Ackerbauministerium zugeteilte Statthaltereirat Dr. von Frier ernannt werden. Dr. Löwenfeld-Ruß leitet gegenwärtig bereits die Agenden des zum Sektionschef und Direktor des Oberk Hofmeistersamtes jüngst berufenen Geheimen Rates Oskar R. v. Keller.

Preisausgleich und Abbau.

Das statistische Amt der Zentralpreisprüfungskommission ist jetzt auch mit ebenso wichtigen wie interessanten Arbeiten beschäftigt. Um einen möglichst Preisausgleich herbeizuführen, auf Grund dessen erst die Richtlinien für die Einsetzung des Preisabbaues festgehalten werden können, wurden sämtliche lokalen Preisprüfungsstellen beauftragt, sämtliche in ihrem Bereich in Geltung stehenden Verkaufs-, Höchst- und Richtpreise zu vermerken und der Zentralpreisprüfungskommission in allerkürzester Zeit bekanntzugeben. Die Zentralpreisprüfungskommission wird dieses Material sichten und Preistafeln für die einzelnen Länder und nach den einzelnen Warengruppen anlegen. Durch die Ausgleichung allzu großer Preisdifferenzen bei einzelnen Waren soll der Anreiz zur Abwanderung solcher Waren genommen und andererseits eine möglichst gleichmäßige Versorgung des Konsums erreicht werden. Die Frage, ob als eine Hauptursache der erschwerten Lebenshaltung in der gegenwärtigen Zeit die Teuerung oder die Entwertung des Geldes überhaupt zu gelten hat, wird in der Preisprüfungskommission ebenfalls erwogen.

Die Vieh- und Getreidepreise.

Von maßgebender Seite erfahren wir, daß die Arbeiten der Zentralpreisprüfungskommission wegen der Relationierung der Getreide- und Viehpreise, was speziell die letztere Preisgruppe anlangt, noch immer nicht beendet sind. In der letzten Sitzung des Sachausschusses sind wieder die Interessengegenstände der Produzenten und der Vertreter der Verbraucher hart aneinandergeraten. Die Sitzung mußte auf den 2. Juli vertagt werden. Demnächst wird sich auf Anregung des Vizepräsidenten der Kommission Hofrates Baron Fries die Zentralpreisprüfungskommission auch mit der für den Konsum ungemein wichtigen Frage der richtigen Relationierung der Vieh-, Milch- und Butterpreise beschäftigen.

Von der Zentralpreisprüfungskommission.

In der letzten Zeit hat sich, wie wir erfahren, die Zentralpreisprüfungskommission mit der Frage der Sonigpreise beschäftigt und darüber dem Volksernährungsamt ein Gutachten erstattet. In Verhandlung stehen noch immer die Viehpreise, die Preise im Gast- und Schankgewerbe, auch die Kaffeehauspreise, die Preise für Textilwaren, Seife, Drogen und die Preise für Eisenwaren. In letzteren wurde auch dem Eisenbahnministerium ein Gutachten erstattet, das in der letzten Zeit vielfach Lieferungen auf diesem Gebiet entgegennahm.

Lebensmittellieferungen aus Ungarn.

Nach den Berichten Grazer Blätter sind auf dem Grazer Hauptbahnhofe abermals 5100 Kilogramm gänzlich verdorbene Würste eingelangt. Wie die frühere Sendung, mußten sie wegen ihres Zustandes wieder der Kadaververwertung in Eggenberg zugeführt werden. Wie nun der „G. Tagst.“ von der steiermärkischen Statthalterei mitgeteilt wird, hatte die Budapester Firma Mercuria, deren Lieferung schon das letztemal beanstandet worden war, die Sendung an das Barackenlager in Wagna abgehen lassen. Bei ihrem Einlangen in Wagna waren die Würste bereits gänzlich ungenießbar. Der dort gerade anwesende Vertreter der Firma erbat sich drei Tage Frist, um die Verfügung über die Ware zu treffen. Es blieb kein anderer Ausweg, als die verfaulten Würste der Kadaververwertung zuzuführen. Die Ursache dürfte in mangelhafter Verpackung oder aber in schlechter Erzeugung gelegen sein. Die Barackenverwaltung in Wagna hat den Verkehr mit der genannten Firma sofort abgebrochen.

Immer wieder ertönen die Klagen über das Verderben großer Mengen von Lebensmitteln. Was darüber gerade in einem Grazer Prozeß (gegen den Kaufmann Bollenhals) ans Tageslicht kam, war deutliche Mahnung genug, um Beachtung zu finden. Nach einem Berichte des „Grazer Volksbl.“ verwiesen in einer der letzten Sitzungen des Gemeindevirtschaftsrates die christlichsozialen Vertreter darauf, daß kürzlich 95 Kisten Rauchsische von der „Stellest“ ebenfalls in die Kadaververwertung wandern mußten, weil sie von der Bahn bis zum vollständigen Verderben spazieren geführt worden waren. Vor 14 Tagen wurden rund 5000 Kilogramm Würste aus Wagna und 3000 Kilogramm Selchwaren aus Rapsenberg in die Kadaververwertung abgeliefert. Nun wieder die erwähnten 5100 Kilogramm verdorbene Würste! Kein Wort der Kritik und der Entrüstung ist stark genug, schreibt das „G. V.“, um der allgemeinen Stimmung gegenüber solchen Vorfällen Ausdruck zu geben. Besonders wird es auffallen, daß aus Wagna schon die zweite große Sendung mit verdorbenen Würsten stammt. Was ist da unten los? Eine strenge Untersuchung kann die Waren zwar nicht mehr retten, vielleicht aber lassen sich Wiederholungen solcher Fälle vermeiden.

Die Versendung ungarischer Kartoffeln verboten.

Der ungarische Handelsminister hat die Bestimmungen der Verordnung über die Beschränkung des Postverkehrs von allerlei Speck, Schmalz, Fett und Schweinefleisch auch auf Kartoffeln ausgedehnt. Demnach ist es verboten, nach Orten außerhalb der ungarischen Länder Postpakete mit Kartoffeln zu befördern. Diese Verordnung tritt am 1. Juli in Kraft.

(Vom Holzverwertungsamt.)
Da die Interessenten vor der Veröffentlichung der Verordnung über die Errichtung des Holzverwertungsamtes nicht angehört wurden, hat der Ackerbauminister die interessierten Produzenten-, Handels- und Konsumentkreise für den 3. Juli zu einer Enquete einberufen. Der Landesverein der Holzhändler und Holzindustriellen, der Bund ungarischer Fabrikindustriellen, der Landes-Industrieverein, der Landesverein der Gemischten Fabrikanten und der Landesverband der Privatingenieure

haben die Minister für Ackerbau und Handel durch eine Deputation ersucht, im Hinblick darauf, daß die Regierungsverordnung auf Grund der Verhandlungen der Enquete voraussichtlich geändert werden wird, ihr Inkrafttreten zu suspendieren. Die Regierung hat die Erfüllung dieser Bitte in Aussicht gestellt und sie wird ihre hierauf bezügliche Verordnung jedenfalls noch vor dem 1. Juli veröffentlichen. — Inzwischen hat das Holzverwertungsamt in Angelegenheit der im Intravillan der Städte und Gemeinden eingelagerten oder einzulagernden Holz- und Holzkohlenvorräte eine Verordnung erlassen. Im Sinne dieser Verordnung können von den in solchen Lagern befindlichen Vorräten nicht nur zehn Prozent, sondern auch mehr verkauft werden. Einem Käufer dürfen jedoch von Bauholz höchstens zwanzig Kubikmeter, von gemischtem Holz zehn Kubikmeter, von Holzkohle zwanzig Mstr. und von Brennholz zwanzig Meter verkauft werden. Wenn die Lokalbehörde das einer Privatpartei verkäufliche Holz aber in einem geringeren Quantum festgestellt hat, darf nur dieses ausgefolgt werden. Dagegen dürfen die mit der Versorgung von militärischen oder staatlichen Aemtern, Wohlfahrtsinstitutionen, der öffentlichen Approvisionnement oder sonstigen öffentlichen Bedürfnisse sich beschäftigenden gewerblichen Betriebe den Bedarf der staatlich bewilligten Bauten und der legitimierten Detailhändler auch über das erwähnte Quantum hinaus versorgen. Jene Holzhändler, die den Holzbedarf einzelner Städte und Gemeinden versorgen, können ihre angekauften Vorräte auch im Monat Juli in ihre Lager einliefern. Sie erhalten die hiezu erforderlichen Transportzertifikate, wenn die Behörde bestätigt, daß sie das Holz aus den Lagern zur Deckung des öffentlichen Bedarfes verkaufen, so daß die Aufrechterhaltung des Verkehrs ein öffentliches Interesse bildet.

Zentralverbandstag österreichischer Konsumvereine.

Am Montag wurde der Obmann des Verbandes gewählt und neuerlich Dr. Renner vorgeschlagen. Pohl teilt gleichzeitig mit, daß Renner nun in ein engeres Verhältnis zum Verband treten dürfte und

seine Arbeitskraft vor allem den Genossenschaften gehören soll.

Jedes Mitglied des Verbandstages wird es mit Freuden begrüßen, daß Dr. Renner, der so außerordentlich viel für die Genossenschaften geleistet hat, nun seine Arbeitskraft, die für unsere Bewegung unerlässlich ist, vor allem dem Verband widmen will. (Lebhafte Zustimmung.) Renner dankt für die Wahl und sagt, daß der Entschluß, seine Kraft vor allem den Genossenschaften zu widmen, aus seiner Liebe zur Bewegung entstanden ist. Die schweren Zeiten, die wir gemeinsam erlebt haben, als er in den Verband eingetreten ist, haben ihn die Genossenschaftsbewegung lieb gewinnen lassen, so wie eine Mutter das Kind am liebsten hat, das für sie die größte Mühe gewesen ist. Er kenne nun die Bewegung und kenne die Menschen, die in ihr wirken. Es sind viele tüchtige und vor allem opferbereite Menschen unter ihnen. Viele von ihnen leiten heute für die kleinsten Gehalte große Vereine mit Millionenumsätzen, die der private Kapitalist mit vielen Tausenden Kronen bezahlen müßte. Darin sehe er die Gewähr, daß unsere Bewegung, die eine so stolze Zukunft hat, die Kraft zur vollen Erfüllung ihrer Aufgaben finden wird. Vor wenigen Tagen habe ihm der scheidende Ministerpräsident eine Berufung ins Ministerium angeboten. Er habe ihm gesagt, daß er meine, der Staat und das Bürgertum haben viele Kräfte und viel Geld, um sich alle guten Kräfte zu sichern. Die Arbeiterschaft hat wenig Kräfte und wenig Geld; ihr müssen die Kräfte verbleiben, die sie hat. (Lebhafter Beifall.) Erfüllt von dem Bewußtsein, daß unsere Bewegung, die immer das Aushenbrödel in der Arbeiterschaft war, die „Greiskerei“, die man über die Ähse angesehen hat, ihre großen und für die Arbeiterklassen wertvollen Aufgaben hat, die vor allem berufen ist, die Arbeiterklasse das Verwalten und das Fürsorgen zu lehren, in ihr den Sinn für Gemeinschaftsarbeit im Dienste des täglichen Brotes und des Gemeinbefehes zu erwecken und die neuen Formen für diese Zwecke zu finden, wollen wir nun an die Arbeit gehen und unsere Mühe wird ihren Lohn finden. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird der Verbandsausschuß gewählt. Es werden für Böhmen Lorenz und Pahl, für Mähren Rasch, für das tschechische Mähren Nowanda, für die Alpenländer Dameg und Pohl, für Krain Kristan, für die italienischen Vereine Pittoni, für Wien Eldersch, für Niederösterreich Wutscher, für die Frauen Freundlich gewählt.

Nun erstattet Oesly das Referat über die Bildung des sozialen Kapitals.

Der Krieg hat uns gezeigt, daß es nur ein Mittel für die Entwicklung unserer Bewegung und die Erreichung unserer Ziele gibt, das ist die Eigenproduktion. Niemals haben wir die Abhängigkeit von dem privaten Kapital in all seinen Formen so empfunden wie nun, wo wir überall den geschlossenen und machtvollen Rundgebungen des kapitalistischen Handels und der Produktion gegenüberstehen. Leider aber haben wir in den letzten Jahren nicht immer versucht, dieses

Ziel zu erstreben und unsere eigenen Kapitalien so zu stärken, wie es im Interesse unserer Bewegung notwendig gewesen wäre. Wir hatten 1905 271 Vereine mit einem Jahresumsatz von 32 Millionen, der mittlerweile auf 120 Millionen gestiegen ist. Die Geschäftsanteile haben 1905 eine Million betragen, sie betragen heute sechs Millionen Kronen, die Reserven sind von 2.800.000 Kronen auf 11.800.000 Kronen gestiegen. Gewiß außerordentlich erfreuliche Zahlen. Wenn wir aber das eigene Kapital auf je tausend Kronen Umsatz berechnen, dann ist es von 55 Kronen für das Mitglied 1905 nur auf 55,90 Kronen gestiegen. Diese Zahl allein zeigt uns, daß wir hier viel mehr tun müssen, wenn wir gleich den Genossenschaften anderer Länder zur Eigenproduktion kommen wollen. Die englische Grobkaufsgesellschaft hat 1916 1000 Millionen Pfund, das sind 24.000 Millionen Kronen, umgesetzt und dafür Waren erzeugt, ein Betrag, der für unsere Begriffe noch ungeheuerlich genannt werden muß. Wollen wir ähnliches erreichen, dann müssen wir unsere Reserven vermehren, unser eigenes Kapital stärken und die wirtschaftliche Macht der Genossenschaftsbewegung entwickeln. Deshalb schlagen wir Ihnen folgende Resolution vor, die Sie nicht nur annehmen sollen, sondern deren Durchführung unsere wichtigste Aufgabe für die kommende Zeit sein muß:

Der Verbandstag betont neuerdings die Notwendigkeit und die Verpflichtung der ihm angehörenden konsumgenossenschaftlichen Organisationen, auf die Zusammensetzung des nötigen Betriebskapitals das größte Gewicht zu legen. In der Ueberzeugung, daß zur gesunden Wirtschaftsführung in den Konsumgenossenschaften ein richtiges Verhältnis zwischen eigenem und fremdem Kapital geboten ist und daß von dem fremden Kapital immer mindestens ein Drittel in Form von kurzfristig kündbaren Einlagen oder in anderen, jederzeit leicht realisierbaren Werten flüssig gehalten werden soll; in der weiteren Erwägung, daß der Uebergang zur zentralen Eigenproduktion immer dringender wird und zu deren Inangriffnahme und Durchführung bedeutende Kapitalien erforderlich sind, empfiehlt der Verbandstag den angeschlossenen Genossenschaften: Die Erhöhung der Geschäftsanteile auf mindestens 40 Kronen für das Mitglied ehestens durchzuführen; die Einzahlung einer unkündbaren Reservefondseinlage von 60 Kronen für das Mitglied festzulegen und die Zuweisungen aus dem Ueberschuß an den ordentlichen Reservefonds mit wenigstens $\frac{1}{2}$ Prozent des Umsatzes zu bemessen. Die Frage der Eigenkapitalbildung in diesem Sinne ist auf den im Herbst einzuberufenden Kreistagen zu verhandeln, auf die Tagesordnung der Generalversammlungen der Verbandsvereine zu stellen und zu diesen Generalversammlungen sind vom Zentralverband Referenten beizustellen.

Nach Erledigung der verschiedenen geschäftlichen Agenden des Verbandstages, vor allem der Festsetzung der Verbandsbeiträge, der Pflichteremplare der Verbandszeitschrift und Mitteilungen des Sekretariats, schließt Renner die Verhandlungen mit dem Wunsche, daß der kommende Friede unserer Bewegung jenen Aufstieg bringen möge, den wir alle durch unsere Kriegsarbeit vorbereitet haben und der für die Arbeiterklasse und ihren wirtschaftlichen Einfluß von größtem Wert ist. Der Verbandstag, der wohl zu den wertvollsten und wichtigsten Tagungen der Genossenschaftsbewegung Österreichs gehört, hat ein neues Fundament für den Aufbau unserer Bewegung gelegt. Theoretisch und praktisch ist gute Arbeit verrichtet worden und mit neuer Kraft, neuem Glauben und neuer Zuversicht gehen wir nun alle an die Arbeit.

§ (Die Approbationsfachgruppe der Buda-
pester Handels- und Gewerbeammer.) In der gestern
abgehaltenen Sitzung referierte Konzipist Dr. Nikolaus
Fekete über die Regelung des Obst- und Gemüse-
verkehrs. Es wurde auf Grund des Referates und der
Ausführungen Ferdinand Horváth's, Ferdinand Zieg-
ler's und des leitenden Sekretärs Joseph Vágó be-
schlossen, behufs Hintanhaltung des maßlosen Ex-
portes an den Präsidenten des Bundes-Approbatio-
nunsamtes eine dringliche Eingabe zu richten. Be-
züglich der Inverkehrsetzung der Milchprodukte, respec-
tive des Handels mit Kuh- und Schaffäsen, wurde
nach eingehender Debatte, an welcher sich J. Wittner,
M. Horváth, Leo Rottermann und J. Vágó theil-
nahmen, beschlossen, dem Referentenentwurf des Konzi-
pisten Dr. N. Fekete entsprechend, den Antrag zu stel-
len, behufs Verhinderung des unbeschränkten Ex-
portes die Ausfuhr zu kontingentieren, respektive an
die regelmäßige Ausfuhrbehörden zu helfen. So-
dann wurden die Gravamina zur Sprache gebracht,
welche die Hülfsfrüchte-Engroshändler bei der In-
verkehrsetzung der Produkte hefteten. Die diesbezüg-

liche Vorlage, wonach es nothwendig und billig wäre,
die Versorgung der Detailhändler, welche derzeit
gänzlich eingestellt ist, den Großhändlern zuzuwenden,
wurde nach den Ausführungen des Hofrathes Ferdi-
nand Weimel und der Herren J. Horváth, Sz. Reich
und J. Vágó einstimmig angenommen. Zum Schlusse
wurde über Referat des Kammerkonsulenten Michael
Vajda die Verfügung des Kroneoberkommandos
bezüglich der Verwerthung der von militärischen
Schlachtungen stammenden Darmprodukte zur Sprache
gebracht und beschlossen, bezüglich der partikulären
Behandlung der ungarischen Interessenten sowohl
beim Kriegsministerium als auch bei der ungarischen
Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die unga-
rische Industrie und die Darmbranche an dem Bezug
der in Rede stehenden Darmprodukte unter den
gleichen Bedingungen wie dies in Oesterreich ge-
schieht, theilhaft werden mögen.

Die Nachtlager in den Straßen.

Die unerträglichen Begleitererscheinungen des Wiener „Anstellens“, die erst kürzlich in der „Österreichischen Volks-Zeitung“ erörtert wurden, schildert in anschaulicher Weise folgende Zuschrift, die uns Fräulein E. P., Staatsbeamtin, XV., Beingasse, mit einem Buchen um Veröffentlichung übermittelt:

Seit es durch die anhaltend warme Witterung hat sich in den letzten Wochen in Wien eine förmliche Ausgeburt des „Anstellens“ entwickelt. Schon am frühen Nachmittag beginnen sich vor den Verkaufsläden der Großschlächtereien und anderen, Reihen von Menschen, Frauen, zumeist aber Kinder schulpflichtigen Alters, zu bilden, die im Laufe des Nachmittags und Abends derart anwachsen, daß man gegen 10 Uhr abends schon eine so unübersehbare Menschenmenge vor sich hat, wie man sie bis nun nur in den Frühsunden gewohnt war. Da die Leute die ganze Nacht im Freien zubringen, gleichen diese Ansammlungen wahren Zigeunerlagern. Liegend, sitzend, hockend wird der Morgen erwartet, an dem dann diese bleichen übermühten Gestalten, mit ihrem teuer „erstandenen“ geringen Quantum Fleisch oder Fett nach Hause wandern.

Wo bleibt die Fürsorge, die man dem Volke, vor allem aber den Kindern, in bezug auf Gesundheit und Wohlfahrt angedeihen lassen will, wenn solche unerhörte Mißstände geduldet werden. Und wie kommen die vielen anderen, die aus beruflichen Rücksichten unmöglich die ganze Nacht opfern können, da sie sonst einfach zu jeder Arbeit unfähig wären, dazu, daß sie, obwohl sie sich sehr früh am Morgen anstellen, mit leeren Händen abziehen müssen.

Wäre es denn nicht möglich, durch eine radikale Verordnung, etwa daß vor 5 Uhr früh jede Ansammlung strengstens verboten wird, diese Mißstände aus der Welt zu schaffen, bevor sie noch größere Dimensionen annehmen?

Die Lebensmittelbeschaffung im Kriege. Vor dem Vorstand des Strafbezirksgerichtes Josefstadt, Landesgerichtsrat Dr. Stolz, hatte sich gestern der Leiter der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Gerngroß, Fritz Grünberg, gegen die Übertretung des Lebensmittelgesetzes, begangen durch fahrlässigen Verkauf verdorbener Pilzkonserven, zu verantworten. Bei einer am 3. April d. J. vom Marktkommissär Fidelesberger vorgenommenen Revision in der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Gerngroß wurden vom Marktkommissär auf einem Verkaufspult acht Gläser eingeleiteter Pilzkonserven beanstandet, die schon nach ihrer äußeren Beschaffenheit nicht einwandfrei erschienen. Die Gläser waren nach einer von der Lebensmittelabteilung vorgenommenen Untersuchung vorschriftswidrig mit einem verzinnnten Deckel versehen, und war der Inhalt der Gläser nach dem Gutachten der Anstalt als verdorben zu bezeichnen. Ueberdies lagen gegen den Beschuldigten zwei weitere Anzeigen vor betreffend den Verkauf von angeblich verfälschten Obstkonserven und betreffend einen Kaffee-Extrakt. Der Angeklagte, verteidigt von Regierungsrat Dr. Steger, stellte entschieden jedes strafbare Verschulden in Abrede. Bezüglich der eingelegten Pilze erklärte Herr Grünberg, daß er etwa hundert Gläser dieser Pilze am 30. Dezember 1916 von der Firma „Konserba“ bezogen habe. Diese Firma, deren Eigentümerin eine Frau Leopoldine Frisch ist, habe anstandslos den Verkauf dieser Pilzkonserven in allen großen Tageszeitungen inseriert und seien diese Pilze von den größten Wiener Delikatessenhändlern, wie Wild, Tomasoni u. a. bezogen und in Verkehr gesetzt worden. Er selbst habe als Leiter der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Gerngroß auf Verlangen zahlreicher Kunden diesen Artikel bei seiner Firma eingeführt. Der Vertreter der Firma „Konserba“ habe ihm, bevor er die Pilze bezogen habe, ausdrücklich mündlich und schriftlich erklärt, daß die Pilze allen Bestimmungen des österreichischen Lebensmittelgesetzes entsprechen, daß insbesondere die Deckel der Gläser nicht verzinkt sind, sondern aus Zinn bestehen. Auf die Frage des Richters, ob er vor dem Bezuge der Pilze eine Probe habe vornehmen lassen, erklärte Herr Grünberg, daß er mit Rücksicht auf den großen Umfang des Betriebes und auf die Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung im Krieg sich nicht veranlaßt sah, vorher eine Probe untersuchen zu lassen, zumal er sich auf die Garantien des Verkäufers verlassen zu können glaubte. Der Angeklagte betonte, daß alle Angestellten der Firma wiederholt streng beauftragt werden, Konserven, bei denen auch nur der Verdacht einer schlechten Beschaffenheit aufträte, aus dem Verkauf auszuschneiden. 47 Gläser mit Pilzen, die im Magazin vom Marktkommissär vorgefunden und beanstandet wurden, waren, wie der Angeklagte erklärte, auf seinen Auftrag vorher ausgeschieden worden. Bezüglich der angeblich verfälschten Obstkonserven — es handelte sich um Ringlotten — erklärte der Angeklagte, daß er diese vollständig einwandfreien Konserven von der renommierten Reckemeler Obstkonservenfabrik bezogen habe, und daß er froh wäre, wenn er derartige Konserven noch heute bekommen könnte. Bezüglich der erst in jüngster Zeit eingelaufenen Anzeigen wegen eines Kaffee-Extrakts erklärte Herr Grünberg, daß dies eine sehr merkwürdige Sache sei, die er jedoch heute mangels entsprechender Vorbereitung nicht aufklären könne. Der Angeklagte bemerkte schließlich, daß seitens der überaus zahlreichen Kunden der Lebensmittelabteilung noch nie ein Anstand oder eine Klage erhoben wurde, daß jedoch von gewisser Seite man bestrebt sei, der Firma Gerngroß das Animo für den Lebensmittelbetrieb zu nehmen. Der Verteidiger bemerkte hierzu, es sei eine alte Geschichte, daß man in Wien den Großbetrieb mit Lebensmitteln verhorreszierte. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär erklärte, daß er zufällig das in der Nähe seiner Wohnung befindliche Verkaufslokal der „Konserba“ kenne, und daß dieses Verkaufslokal die Größe eines Badezimmers habe. Auf Befragen des Verteidigers erklärte noch der Angeklagte, daß ihm der Vertreter der „Konserba“ mehrere Schriften, wie er glaube, auch Zertifikate über eine Untersuchung

der Pilze gezeigt habe. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär Dr. Rother Müller behauptete die Anklage auf den bisher nicht bekannten Vertreter der „Konserba“ aus und beantragte die Ausschließung des Verfahrens bezüglich der Anzeigen wegen der Obstkonserven und des Kaffee-Extrakts. Regierungsrat Dr. Steger betonte, daß es auch Sache der Ernährungsbehörde wäre, die in Annoncen angepriesenen Lebensmittel jeweils untersuchen zu lassen und nicht deren Untersuchung dem Käufer, der bei einem großen Betriebe hierzu keine Zeit habe, allein zu überlassen. Der Verteidiger beantragte die Vertagung der Verhandlung behufs Vorladung des Vertreters der „Konserba“ und sprach sich gegen eine Teilung des Verfahrens aus. Der Richter beschloß, das Verfahren bezüglich der Pilze abzuschließen, bezüglich der zwei weiteren Anzeigen auszuscheiden. Nachdem Marktkommissär Fidelesberger als Zeuge den Inhalt seiner Anzeige bestätigt hatte, verurteilte der Richter den Angeklagten wegen fahrlässigen Verkaufes der verdorbenen Pilze nach § 14 des Lebensmittelgesetzes zu einer Geldstrafe von fünfzig Kronen.

B1

Die Einkaufskarte.

Wie wir erfahren, ist die Ausgabe der Einkaufskarte bereits für die letzten Tage der kommenden Woche zu erwarten. Die Einkaufskarte wird in verschiedenen Farben ausgeführt sein. Für die drei Gruppen von Mindestbemittelten wird die Karte in drei verschiedenen bunten Farben ausgegeben werden. Obwohl die Vorarbeiten schon zum größten Teil als beendet anzusehen sind, ist die Festlegung der Farben für diese Karten bisher nicht möglich gewesen, da das Wirtschaftsamt des Magistrats empfindlichen Mangel an buntem Papier hat. Für die übrige Bevölkerung wird eine weiße Einkaufskarte zur Ausgabe gelangen. Diese Karte wird die Abschnitte auf der rechten Seite haben, während die Karten für die Mindestbemittelten sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite die Abschnitte aufweisen werden. Auf der linken Seite werden die Abschnitte sein, die für den Fleischbezug der Mindestbemittelten bestimmt sind. Die Einkaufskarte der Mindestbemittelten wird daher länger sein als die für die bemittelten Schichten bestimmte Karte. Die Einkaufskarte wird nach Maßgabe der Personenanzahl in einer Familie ausgestellt sein. Aus jedem Abschnitt wird zu ersehen sein, für wie viele Personen die betreffende Ware ausgefolgt wurde. Dadurch wird nicht nur jeder Mehrbezug verhindert, sondern es wird auch der Kaufmann kontrolliert werden, wie viel Ware er an die Bezugsberechtigten abgegeben hat. Zuerst werden die Einkaufskarten für die Mindestbemittelten zur Ausgabe gelangen. Die Ausgabe der Karten für die übrigen Schichten der Bevölkerung wird in der nächsten Zeit folgen. Die Kundmachung des Magistrats, die die einzelnen Bestimmungen über die Ausgabe der Einkaufskarte und den auf Grund dieser Karten erfolgenden Warenbezug enthält, wird noch im Laufe der nächsten Woche plakatiert werden. Vom kommenden Montag in einer Woche sollen die Mindestbemittelten bereits in der Lage sein, ihren Lebensmittelbezug mittelst der neuen Einkaufskarten durchzuführen. Man verspricht sich von dieser Neueinführung eine wesentliche Abhilfe gegen das Anstellen, das bekanntlich insbesondere beim Bezug des Fleisches für Mindestbemittelte zu vielhundertköpfigen Polonäsen geführt hat, die die ganze Nacht über ungeachtet der Witterungsverhältnisse vor den Verschleißstellen ausstehen mußten.

Mindestbemittelte und Minderbemittelte.

Ob jemand mindestbemittelt oder nur minderbemittelt war, hat bis jetzt einen erheblichen Unterschied nicht gemacht. Die Not, die Sorgen, die Unterernährung waren so ziemlich die gleichen. Von heute angefangen bildet sich ein sehr erheblicher Unterschied heraus. Es wurde beschlossen, daß das Fleisch zu K 3.60 vom 9. Juli angefangen nur an Mindestbemittelte verkauft werden soll, selbstverständlich auch nur soweit die Vorräte reichen. Minderbemittelte werden darauf keinen Anspruch mehr haben, d. h. von ungefähr $1\frac{1}{4}$ Millionen Menschen, die sich bisher auf ein Stückchen Fleisch freuen konnten, werden es dann nur 130.000 Haushaltungen sein. Es ist ein schwerer Trost, daß an Tagen, wo nichts da ist, auch um so viel weniger enttäuscht sein werden.

Ist jetzt wirklich die Zeit, um Begünstigungen zu entziehen, und wenn es schon durchaus nicht zu vermeiden ist, weil dort, wo gar nichts ist, auch der Minister für Volksernährung das Recht verloren hat, müßte man nicht mindestens danach trachten, einen angemessenen Ersatz zu bieten? Meint man wirklich, daß nur Leute, deren Einkommen monatlich 330 Kronen übersteigt — und dabei darf bekanntlich auf den Erwachsenen, d. h. auf den mehr als Bierzehnjährigen, nicht mehr als 80 Kronen und auf jedes Kind nicht mehr als 50 Kronen entfallen —, des Schutzes bedürfen und daß die mit einem höheren Einkommen als 330 Kronen imstande seien, die Entziehung irgendeiner Begünstigung zu ertragen?

30. / VII. 1917

134

Gegen die Doppelversorgung.

Das Ernährungsamt hat in den letzten Tagen die bereits seit längerem angekündigte Verordnung betreffend die Regelung der Verköstigung in den Sanitorien fertiggestellt. In der Folge werden Kranke nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses in einem Sanatorium verköstigt werden können. Um die Möglichkeit einer Doppelversorgung vollends aus-

zuschalten, befaßt sich, wie wir erriethen, das Ernährungsamt gegenwärtig auch mit der Frage der Einführung von Gasthauskarten, deren Lösung gegen die Abtrennungsabschnitte der einzelnen Lebensmittelkarten möglich gemacht werden soll.

135

Wie die Ernährungsvorschriften beachtet werden.

Abgeordneter Bretschneider hat an den Minister des Amtes für Volksernährung folgende Interpellation gerichtet:

Das Amt für Volksernährung hat am 17. März 1917 eine Verordnung erlassen, die den „Aufbau des höheren Ernährungsdienstes“ sowie die „Organisierung von Behörden und Aufstellung von Wirtschaftsräten“ betrifft. In diesem Erlass wird verfügt, daß nebst Landwirtschafts- und Bezirkswirtschaftsämtern auch Gemeindevirtschaftsräte zu errichten seien, die der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiet der Volksernährung als Beirat zur Seite zu stehen hätten. Der Erlass verfügt weiter, daß die eine Hälfte der Mitglieder des Gemeindevirtschaftsrates von der politischen Bezirksbehörde nach Anhörung der Gemeinde zu nominieren sind; diese Mitglieder sollen mit besonderer Berücksichtigung der Konsumenten, insbesondere der arbeitenden und minderbemittelten Klassen aus den Gemeindegliedern bestellt werden. Dieser Erlass wurde in der Bevölkerung sehr begrüßt, weil man die Hoffnung hegte, die Vertretung der konsumierenden Bevölkerung in diesen Körperschaften zu verstärken. Leider läßt die Durchführung dieses Erlasses schon heute alles zu wünschen übrig.

Viele Bezirkshauptmannschaften und Gemeindeverwaltungen wollen ungeachtet aller Aufklärungen nicht begreifen, daß bei der Bestellung der Gemeindevirtschaftsräte auch die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in den Gemeindevirtschaftsrat zugelassen werden sollen, wenn sie der Bezirkshauptmannschaft oder dem Bürgermeister zur Nominierung für den Gemeindevirtschaftsrat von der Arbeiterorganisation vorgeschlagen werden. In welcher Weise dabei vorgegangen wird, sei hiemit durch folgende Vorkommnisse illustriert:

Bezirkshauptmannschaft Amstetten: In St. Valentin soll ein achtgliedriger Gemeindevirtschaftsrat errichtet werden, für den vier Arbeitervertreter dem dortigen Bürgermeister namhaft gemacht wurden. Dieser weigerte sich, die Nominierten in Vorschlag zu bringen, mit der Begründung, er müßte dann auch auf alle anderen Parteien der Gemeinde Rücksicht nehmen. In Wirklichkeit aber soll eine Majorität des Gemeindevirtschaftsrates zu Ungunsten der Konsumenten zustande gebracht werden. Bis heute ist die Arbeiterschaft noch nicht verständigt worden, ob die von ihr nominierten Vertreter in diese Körperschaft aufgenommen wurden.

Bezirkshauptmannschaft Baden: In der Gemeinde Böslau wurden, trotzdem dem dortigen Bürgermeister und der Bezirkshauptmannschaft Baden die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft für den Gemeindevirtschaftsrat vorgeschlagen wurden (es wohnen in dieser Gemeinde an 800 Munitionsarbeiter!), der Bürgermeister Rudolf Reiterer, der Gemeindevizeiter Epfa, ein Gemeinderat, der Schuldirektor und der Pfarrer und zwei von der Direktion der dortigen Rammingarnspinnerei namhaft gemachte, der ortsansässigen Arbeiterschaft vollkommen unbekannte alte Arbeiter in den Gemeindevirtschaftsrat gewählt. Die organisierte Arbeiterschaft wurde somit bei der Zusammensetzung dieser Körperschaft von keiner der beiden Seiten berücksichtigt.

Bezirkshauptmannschaft Bienenfeld: In Lärnig wurde in den zehngliedrigen Gemeindevirtschaftsrat nur ein Vertreter der organisierten Arbeiterschaft zugelassen.

Bezirkshauptmannschaft Mistelbach: In Laa an der Thaya nahm der dortige Bürgermeister das Anbot der Arbeiter zur Mitarbeit im Gemeindevirtschaftsrat nicht zur Kenntnis und ernannte einige staatliche Angestellte, und zwar den Postdirektor und den Finanzreferenten für diese Körperschaft. Die Vertreter der Häuser, der Arbeiter des Ziegelwerkes, des Brauhauses und der Metallwarenfabrik wurden von ihm nicht berücksichtigt. Also auch dort kümmert sich die Bezirkshauptmannschaft nicht darum, wie die Gemeindevirtschaftsräte zusammengesetzt werden sollen.

Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen: In Neunkirchen, wo sich Tausende von Arbeitern befinden, war bisher nicht einmal ein Approvisionierungsausschuß vorhanden und trotz Drängens der Arbeiterschaft wegen Bestellung eines Gemeindevirtschaftsrates und Zulassung von Arbeitervertretern in diesen geschieht weder von der Gemeindeverwaltung noch von der Bezirkshauptmannschaft irgend etwas, um dieser Forderung zu entsprechen.

Bezirkshauptmannschaft Scheibbs: Am 2. Juni wurde von dem Vertrauensmann der dortigen Arbeiterschaft an die Bezirkshauptmannschaft eine Eingabe eingesendet, worin dieser fünf Konsumentenvertreter für den dortigen Gemeindevirtschaftsrat bekanntgegeben wurden. Die Bezirkshauptmannschaft bestritt, die Eingabe erhalten zu haben, obwohl sie am 3. Juni um 8 Uhr früh beim Postamt Scheibbs von dem Dienstorgan dieser Behörde in Empfang genommen wurde.

Aus diesen Beispielen ist zu ersehen, daß die Bildung und Zusammensetzung der zu bestellenden Gemeindevirtschaftsräte in keiner Weise dem Sinne des Erlasses entspricht. Ist nun der Minister des Amtes für Volksernährung geneigt, dem Bezirkshauptmannschaften unverzüglich die strenge Weisung zu erteilen, die Gemeinden zur raschesten Bestellung der Gemeindevirtschaftsräte zu veranlassen? Ist er gewillt, dafür zu sorgen, daß die Personen, welche von der organisierten Arbeiterschaft vorgeschlagen werden, wirklich auch von den Bezirksbehörden für den Gemeindevirtschaftsrat nominiert werden?

Der Ernährungsrat.

Nach einer sehr langen Pause nehmen nun die Ausschüsse des Ernährungsrates die Arbeit wieder auf. Montag hat der Arbeitsausschuß getagt. Leider war er den ganzen Tag nicht beschlußfähig, und wenn auch einige Mitglieder durch die Parlamentstagung verhindert waren, es sind doch von den fünfundsiebenzig Mitgliedern nicht mehr als fünf Abgeordnete und die zwanzig anderen Mitglieder hätten der Tagung gewiß beizuhören können. Verhandelt wurden nur drei Anträge von Mitgliedern des Ernährungsrates, die alle drei Detailfragen des Ernährungsdienstes behandeln, die gewiß wichtig sind, die aber nur wenig an den allgemeinen Verhältnissen ändern können. Der Antrag Struß über Festsetzung von Maximallöhnen für landwirtschaftliche Arbeiter wurde zurückgezogen, angeblich weil sich das Ernährungsamt nicht für kompetent erklären kann, wahrscheinlich aber, weil der Antrag, der gestellt wurde, um die kleinen galizischen Bauern vor der Verpflichtung zu bewahren, auf den Feldern der Gutsbesitzer zu arbeiten — der Referent berichtet von Tagelöhnen von 120 Kronen —, den Großgrundbesitzern nicht angenehm gewesen ist. Ueber den zweiten Antrag Wislowsky, der ein Verbot des Tauschhandels zwischen Stadt und Land fordert, entspann sich eine lange Debatte, in der Elders und Freundlich die wahren Ursachen dieses Tauschhandels, der einfach durch das vollständige Versagen des Ernährungsdienstes hervorgerufen wird, darlegten und verlangten, man möge eine Organisation schaffen, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Industrieartikel, vor allem Petroleum und Tabak,

liefern soll, dafür aber die Ablieferung von landwirtschaftlichen Artikeln: Futter, Fett und Milch, zu fordern berechtigt ist. Hierzu darf man aber nicht die landwirtschaftlichen Genossenschaften verwenden, denn das würde bedeuten, daß die Industrieartikel angeliefert werden, die landwirtschaftlichen Artikel den Weg zur Stadt aber nicht finden. Draß wünscht, die Wirtschaftsämter mit dieser Aufgabe zu betrauen, wodurch Emmy Freundlich veranlaßt wird, über die Zusammensetzung und die Art der Arbeit in den Wirtschaftsämtern zu sprechen, die ja der Verbandstag der Konsumvereine eingehend geschildert hat. Dr. Tausche stellt einen Antrag, der alle Wünsche zusammenfaßt, zieht ihn aber im Laufe der Debatte zurück, und die Antragsteller werden beauftragt, einen gemeinsamen Antrag für die nächste Tagung vorzubereiten.

Ein Antrag Andraschke, der über die Doppelversorgung der Reisenden durch die Abgabe von Brot auf den Stationen Klage führt, wird dahin erledigt, daß in den Hotels die Tageskarten nur dann ausgegeben werden sollen, wenn der Reisende dafür seine Brotkarten, die er von daheim mitbringt, hergibt. Auf den Stationen soll nur an Reisende, die von entlegeneren Orten kommen, Brot abgegeben, eventuell soll jeder Brotbezug für Durchreisende auf den Bahnhöfen eingestellt werden.

Ueber die Versorgung der Eisenbahner in den Personalsüchen und auf der Fahrt gibt Sekretär Paul Auskunft und erklärt, daß die zwangsweise Sonderversorgung des Fahrpersonals und der Eisenbahner durchgeführt wird und eine Kontrolle der Landesbehörden jeden Mißbrauch verhindern wird.

Emmy Freundlich spricht zum Schluß ihr Ver fremden darüber aus, daß der Arbeitsausschuß, der doch wichtigste Ausschuß des Ernährungsrates, vom Ernährungsamt in keiner Weise informiert wird. Das Amt müßte doch alle wichtigen Verordnungen dem Arbeitsausschuß vorlegen, denn die Debatten über einzelne Anträge verwandeln den Ausschuß in einen Diskussionsklub, für den jedermann wohl seine Zeit zu gut sein dürfte. Man hätte doch erwartet, daß endlich über die Ölversorgung, die Gemüseversorgung und die allgemeine Lebensmittelkarte berichtet wird; statt dessen läßt man den Ausschuß Details verhandeln, die gewiß wichtig sind, die aber doch nicht die drängenden Sorgen des Ernährungsdienstes darstellen. Man muß deshalb verlangen, daß das Ernährungsamt die Verhandlungen durch Anträge und Vorschläge führend beeinflusst und daß endlich die drängenden Fragen gelöst werden. Dr. Tausche schließt sich den Aus führungen an und führt Klage, daß weder der Ausschuß noch das Plenum hören, welche Anträge, die angenommen wurden, nun auch durchgeführt werden, ob sich das Amt damit beschäftigt, wie weit die Verhandlungen und Vorbereitungen gediehen sind und ob es wirklich auf die Anregungen des Ernährungsrates reagiert. Es muß dringend Auskunft gefordert werden. Wenn man sieht, daß das letztmal die strenge Kontrolle der Gasthäuser beschlossen wurde und heute noch in den meisten Gasthäusern und Hotels täglich bis zehn Fleischspeisen zu haben sind, dann darf man sich nicht wundern, daß jede Verordnung übertreten wird. Sektionsrat Degischer verspricht, die Beschwerden dem Minister Höfer mitzuteilen, und versichert, daß die meisten Anregungen der Verwirklichung nahe sind.

Höchstpreise für Bienenhonig.

Durch Verordnung vom 26. Juni 1917 sind, um der Wiederkehr der vorjährigen Preissteigerungen vorzubeugen, den Wünschen der Bienenzüchter entsprechend, wie bereits berichtet, für Bienenhonig Höchstpreise festgesetzt worden. Diese Höchstpreise betragen für Seim- und Preßhonig beim Verkauf durch den Erzeuger 1,75 Mark, bei allen anderen Honigarten 2,75 Mark, beim Verkauf durch andere Personen, insbesondere durch den Handel, 2,50 Mark und 3,50 Mark für je ein Pfund, beim unmittelbaren Absatz vom Erzeuger an den Verbraucher in Mengen bis 5 Kilogramm 2 Mark und 3 Mark und beziehen sich natürlich auf inländischen Honig. Gleichzeitig sind alle Verträge über Honig, die zu höheren Preisen bereits abgeschlossen sind, für nichtig erklärt, soweit sie nicht schon erfüllt sind. Die Bestimmungen gelten sinngemäß auch für ausländischen Honig. Doch wird besonderen Härten durch die Zulassung von Ausnahmen, die der Reichszuckerstelle überlassen ist, vorgebeugt werden können, sofern im Einzelfalle der Weiterverkauf des zu höheren Preisen erworbenen ausländischen Honigs unter behördlicher Kontrolle oder unter Beobachtung anderer Vorschriften so erfolgt, daß eine Verwechslung des inländischen und ausländischen Honigs mit Sicherheit vermieden wird.

Da eine staatliche Bivertikalisierung der Honigernie nicht vorgesehen ist, ist es nicht schwer, zu prophezeien, daß im öffentlichen Handel künftig nur ausländischer Honig geführt werden dürfte, da der inländische Honig unter der Hand zu den alten Preisen von 8 oder 9

Mark Abnehmer zu finden. Es ist dem Unternehmer diese Hinterlist ja selbst durch die Einräumung offengemacht worden, daß er zunächst seine Kunden bedienen darf und nur den etwaigen Ueberschuß abzuliefern hat.

Eine Beratung über Ernährungsfragen.

In Anwesenheit des Kaisers in Laxenburg.

Aus Budapest, 30. v. M., wird telegraphiert: Nach einer Meldung des „Nz. Est“ fand gestern nachmittags in Laxenburg in Anwesenheit des Kaisers eine Beratung statt, an der teilnahmen: Die beiden Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler und Graf Esterházy, der Leiter des österreichischen Ackerbauministeriums R. v. Ertl, Ernährungsminister G. v. Höfer, der ungarische Ackerbauminister Mezöffy, der Präsident des ungarischen Volksernährungsamtes Baron Kürthy und der Leiter des Gemeinsamen Ernährungsausschusses G. v. Landwehr v. Pragenau.

Die Beratung dauerte nahezu zwei Stunden und betraf ausschließlich Ernährungsfragen. Die Anwesenden gaben zunächst in großen Zügen ein Bild über die wirtschaftliche Lage und stellten fest, daß die Ernteausichten in beiden Staaten der Monarchie so günstig sind, daß die Versorgung für das nächste Jahr als gesichert betrachtet werden könne.

An der Beratung nahm auch der Kaiser lebhaften Anteil und warf mehrere praktische Ideen auf. Die Beratung war eigentlich mehr ein Gedankenaustausch, konkrete Beschlüsse wurden nach keiner Richtung gefaßt.

* Der „Anstellstod“. Seit kurzem kann man in den Schaufenstern zahlreicher Geschäfte der Stadt und der äußeren Bezirke einen Gebrauchsgegenstand sehen, von dem sich vor dem Kriege wie von so mancher anderen „Errungenschaft“ der Kriegszeit kein Mensch etwas träumen ließ: den „Anstellstod“. Aus solidem Holz gearbeitet, sauber poliert, lehnt er im Schaufenster, ein kurzer, fester Stod mit einer Art Sitzbrett, den man leicht tragen und leicht überall aufstellen kann, um — wenn der Ausdruck erlaubt ist — „Platz zu nehmen“. Der „Anstellstod“ rühmt sich auf einer Reklametafel praktisch, hygienisch, beim Einkauf von Lebensmitteln unentbehrlich zu sein. Das letztere stimmt leider ganz auffallend, wenigstens insofern, daß der Einkauf von Lebensmitteln und das „Anstellen“ in Wien schon fast untrennbare Begriffe geworden sind. Man weiß, daß sich in den Straßen und auf den Märkten Tag für Tag Reihen von Frauen und Kindern anstellen, um Fett, Fleisch, Eier und andere Lebensmittel zu erlangen. Stundenlang harren sie geduldig aus und viele schlagen förmliche Nachtlager in den Straßen auf, bringen bei Tag Feldjessel, Stodlerl und ähnliche Sitzgelegenheiten mit, bei Nacht sogar kleine Matrasen, Pölster usw. Da hat nun der erfinderische Erzeuger des Anstellstodes eingegriffen, um es den „Angestellten“, soweit dieses Wort in diesem Zusammenhang gebraucht werden darf, „bequemer“ zu machen. Er konstruierte den hygienischen Anstellstod, und es scheint, daß sich seine Annahme als richtig erwiesen hat. Der Anstellstod, der K. 3 kostet, taucht schon bei vielen Anlässen auf; Frauen und Kinder „hoderln“ sich mit seiner Hilfe nieder und suchen sich so über die lange Dauer des

ermüdenden Stehens ein wenig hinwegzuhelfen. Die Existenzberechtigung des neuesten Wiener Approvisionierungsrüststückes bei Beginn des vierten Kriegsjahres kann nicht bestritten werden. Bedauerlicherweise! ... Es gibt nämlich Optimisten, die erklären, der Gebrauch des Anstellstodes hätte so vermieden werden können, wie er beispielsweise schon seit langem bei dem Einkauf von Brot und Mehl unnötig ist. Nun geht die Behörde bekanntlich daran, durch neue Maßregeln das Anstellen, vor allem um Fett und Fleisch, überflüssig zu machen. Man hofft, daß diese Maßregeln schon in der aller-nächsten Zeit erfolgreich zur Geltung gelangt sein werden. Vielleicht kommen dann weitere Verfügungen, die das Anstellen überhaupt und die damit verbundene Vergeudung von Arbeitskraft und Gesundheit ausrotten, ehe sich am Ende die Leute anzustellen anfangen, um — Anstellstöde zu erstehen ... Und einmal, hoffentlich recht bald, wird dann der „Anstellstod“ gleich vielen anderen Dingen ein Erinnerungsstück sein an die Wiener Kriegsapprovisionierung im vierten Kriegsjahre ...

Der „erste“ Reisetag.**Glatte Abwicklung des Verkehrs ohne Massenandrang.**

Die Befürchtungen, die für — nach den Darlegungen der Funktionäre des An- und Abmeldeamtes — den gestrigen Tag als den ersten des allgemeinen Ausbruchs in die Kurorte und Sommerfrischen gehegt wurden, haben sich als unbegründet erwiesen. Seitens der Bahnverwaltungen war ein Massenandrang erwartet worden, der jedoch zur allgemeinen Ueberraschung ausblieb.

Der Verkehr konnte ohne Schwierigkeiten abgewickelt werden; das Bild, das die Bahnhöfe boten, unterschied sich nicht wesentlich von dem eines anderen Sonntags. Wie ein Bahnfunktionär einem unserer Mitarbeiter mitteilt, dürften die wiederholten Warnungen das Publikum zu einem Aufschub der Reise veranlaßt haben; der Andrang wird sich in den ersten Tagen dieser Woche wahrscheinlich wesentlich steigern und erst gegen Ende der Woche abflauen.

Gestern mußten auf dem Westbahnhof, dem Hauptausgangspunkt für Reisen in Sommerfrischen, lediglich vor Abgang des Schnellzuges um 7.10 die Klassen vorzeitig geschlossen werden. Sowohl der Zug um 8.50 wie der um 9.25 waren normal besetzt, der Salzkammergutzug (8.35) verhältnismäßig wenig benützt. Im allgemeinen war der Andrang gestern weit geringer als an den vorangegangenen Tagen. Das drohende Wetter, das eine Verringerung des Sonntagsausflugsverkehrs zur Folge hatte, hat eine weitere Verringerung des Andranges verursacht. Sämtliche vom Westbahnhof abreisenden Passagiere erhielten anstandslos Fahrkarten.

Der erste offizielle Abreisetag für Kurorte und Sommerfrischen brachte also den Abreisenden, die nach den offiziellen Darstellungen einen Massenansturm befürchtet hatten, eine angenehme Ueberraschung. Hoffentlich stellt sich dann für die Erholungsbefürchteten auch in den Sommerfrischen noch eine erfreuliche Ueberraschung ein: daß nämlich die Sommergäste trotz der verlautbarten Abmahnungen, nach denen die Ortsbehörden für eine

fluglose Versorgung nicht gutstehen können, die nötigen Lebensmittel ausreichend und fluglos erhalten...

2. Jan. 1917

67

142

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt.

Verorgung mit Einmachezucker.

Um unnötigen Andrang in den Bezirksausgabestellen (Schule) vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß Ausweise zum Bezug von Einmachezucker für

Personen, die sich vorübergehend außerhalb des Stadtgebiets aufhalten,

nicht nur während der laufenden Woche, sondern auch später ausgegeben werden. Mit der Stellung des Antrages kann demnach gewartet werden, bis die betreffenden Personen von ihrer Reise zurückgekehrt sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß für Kinder, die als Ferienkolonisten von gemeinnützigen Vereinen, (z. B. vom Wohltätigen Schulverein und der Vereinigung für unentgeltlichen Ferienaufenthalt e. V.) auf dem Lande untergebracht sind, in der Bezirksausgabestelle (Schule) außer dem Meldeschein eine Bescheinigung des betreffenden Vereins über die Unterbringung einzuliefern ist, da diese Kinder nicht in der Bezirksausgabestelle vorübergehend abgemeldet sind.

Bei der Verteilung des Einmachezuckers können naturgemäß nur die Personen berücksichtigt werden, die sich dauernd in Hamburg aufhalten und demgemäß auch dauernd hier mit Lebensmitteln versorgt werden. Aus diesem Grunde kann für Angehörige des Feldheeres oder der Marine, auch wenn sie im Frieden hier ansässig sind, Einmachezucker nicht abgegeben werden. Auch Militär-Urlauber können keine Berücksichtigung finden, da diese sonst gegenüber ihren Kameraden, die sich nicht zufällig während der laufenden Woche in Hamburg aufhalten, bevorzugt sein würden. Auf Zuckerauschnitte der Warenbezugskarte, die den Ausdruck „Urlauber“ tragen, darf demnach nur 200 Gramm Zucker abgegeben werden.

Kleinhandel und Höchstpreise.

Ein Marktbüchsenhändler übermittelt uns eine Zuschrift, in der er die Vorwürfe der Verbraucher, als wären die Kleinhändler an dem Fehlen der Ware — zum Beispiel derzeit des Obstes und Gemüses — schuldtragend, zurückweist und die Lage dieser Händler bespricht. Der Einsender schreibt unter anderem:

„Nach Verlautbarung der Höchstpreise ist kein Kleinhändler mehr imstande, auch nur einen Kilogramm Kirschen zu Höchstpreisen einzukaufen. Meine Frau versuchte dieser Tage in der Nähe Wiens Kirschen einzukaufen. Staat Kirschen zu erhalten, mußte sie sich eine Reihe höhnischer Bemerkungen gefallen lassen. Die Bauern stehen auf den Händen nicht an, sie verkaufen die Ware privat zu viel höheren Preisen als der Händler auf dem Markt verlangen darf.

Mit den Grünwaren ist es dasselbe. Das Nagel Salat (das sind 30 Stück) darf zum Beispiel K. 2 im Einkauf kosten, K. 2.50 im Verkauf. In Kaiser-Ebersdorf, wo die Gärtner zu Hause sind, kann man stundenlang von dem einen zum anderen laufen, bis man einen trifft, der so freundlich ist, drei bis vier Nagel, das Nagel, das ich um K. 2.50 verkaufen soll, um K. 3 zu überlassen. Auch der Gärtner braucht eben keine Kleinhändler, sondern verkauft privat so teuer als es ihm gefällt. Verweist man ihm auf die gesetzlichen Preise, lacht er einem einfach ins Gesicht und bekennet ganz frei und offen, das Gesetz „kümmere ihn nicht“, er verkaufe, „wie er will“.

Das ist die Wahrheit.

Wenn das Publikum diesen Sommer noch Grünwaren und Obst in halbwegs genügenden Mengen erhalten soll, müssen entweder die Höchstpreise verschwinden, aber schleunigst, denn bewährt haben sie sich noch in keinem Fall; oder man verbiete den Produzenten und Großhändlern den Kleinderkauf und zwingt sie mit den schärfsten Mitteln nur an Kleinhändler Waren abzugeben, die ja den Verkehr mit dem großen Publikum vermitteln. Wenn Gesetze gemacht werden, so muß man auch die Macht und den Willen haben, ihnen Geltung zu verschaffen. Hochachtungsvoll G. W., Marktbüchsenhändler.

(Lebensmittel-Einkaufszentrale der hauptstädtischen Angestellten.) Die Hauptstadt hat bekanntlich vor ungefähr anderthalb Jahren ein Lebensmittelgeschäft errichtet, das die Angestellten der Hauptstadt mit den nötigen Lebensmitteln zu versehen hatte. Da jedoch dieses Geschäft den Anforderungen der Angestellten nur zum Teil entsprechen konnte, wurde die Versorgung des Personals der Hauptstadt auf breitere Grundlagen gelegt, und der Magistrat ließ unter der Leitung des Direktors des kommunalen Lebensmittelbetriebes Samuel Reich im Hause Gerlobzntea 7 ein neues, reichhaltiges Lebensmitteldepot einrichten, das heute morgens unter der Bezeichnung „Lebensmittel-Einkaufszentrale der hauptstädtischen Angestellten“ seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Einkaufszentrale untersteht unmittelbar der Approvisionierungssektion; die Lebensmittel liefert der kommunale Lebensmittelbetrieb, der dafür sorgen wird, daß die Einkaufszentrale stets mit den zur Befriedigung sämtlicher Angestellten der Hauptstadt nötigen Lebensmittelvorräten versehen sei.

Die Warmwasserversorgung.

Angeichts der großen Schwierigkeiten der Kohlenversorgung ist unter den Vorschlägen zur Ersparnis auch die Warmwasserversorgung erörtert worden. Die Warmwasserversorgung erstreckt sich in den Wohnungen meist außer auf die Wirtschaftsräume noch auf das Schlaf- und Badezimmer und erscheint als ein Fortschritt auch dadurch, daß von der ihrer Beschaffung dienenden Zentralheizungsanlage der Brennstoff besser ausgenutzt wird, als wenn er einzeln in der Küche, im Waschhaus oder im Badeofen verbrannt wird.

Wenn sich dieser Vorteil auch praktisch als solcher bewähren würde, so wäre es ungerechtfertigt, wenn bei der Frage einer Einschränkung verschwenderischen Kohlenverbrauchs die Warmwasserversorgung auf die Anklagebank gesetzt würde. Leider bestehen aber die Anschuldigungen gegen eine durch die Warmwasserversorgung hervorgerufene Unsparsamkeit doch zu Recht, wie Zwillingen-leur Prinz im „Gesundheitsingenieur“ nachweist. Er wählt dafür das Beispiel von Groß-Berlin und vergleicht den Wasserverbrauch in den Häusern mit und ohne Wasserversorgung. Dabei stützt er sich auf die durchschnittlichen Verbrauchszahlen für das letzte Jahrzehnt an den drei größten Wasserwerken, den städtischen Wasserwerke von Berlin, dem Wasserwerk der Stadt Charlottenburg und den Charlottenburger Wasserwerken. Aus den Ziffern geht zunächst hervor, daß der Wasserverbrauch fast ganz regelmäßig von Jahr zu Jahr gestiegen ist, besonders in Charlottenburg und den von den Wasserwerken in Schöneberg versorgten Stadtteilen Groß-Berlins, während die eigentliche Stadt Berlin weit weniger Wasser verbraucht und auch ihren Bedarf weniger stark gesteigert hat. In Charlottenburg verbraucht der Einwohner 47 Liter täglich mehr als der eigentliche Berliner, der Bürger in den Vororten 27 Liter mehr.

Da diese Unterschiede schwerlich auf verschiedene Gewohnheiten der Bevölkerung zurückzuführen sind, erst recht nicht etwa durch klimatische Unterschiede innerhalb eines so eng begrenzten Gebiets bedingt sein können — außerdem würde dann der Wasserverbrauch in dem noch heißeren Berlin höchstens noch höher sein müssen —, so kann der Grund nur in der Erleichterung des Warmwasserverbrauchs in den modernen Häusern der neueren Stadtteile zu suchen sein. Besonders in den westlichen Vororten ist die Warmwasserversorgung fast die Regel geworden, in Berlin immer noch eine Ausnahme. Daß dieser Schluß zutrifft, wird nun außerdem noch an einer Gegenüberstellung von Häusern mit und ohne Warmwasserversorgung bewiesen. Von zwei Häusern in Wilmersdorf mit zentraler Warmwasserversorgung betrug in den letzten Jahren der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Tag und Kopf 290 bzw. 180 Liter, in einem unmittelbar benachbartem Haus ohne Warmwasserversorgung nur 106 Liter.

Es wäre nun recht betrübend, wenn aus dieser überraschenden Tatsache eines doppelten oder mehr als doppelten Wasserverbrauchs, der selbstverständlich auch einen entsprechenden Mehrverbrauch an Heizstoffen ausdrückt, der Schluß gezogen werden müßte, daß die Warmwasserversorgung im höchsten Grade unsparsam ist. Es läßt sich aber annehmen — und schlechthin nachweisen, daß der ungeheure Mehrverbrauch nicht an der Einrichtung selbst, sondern an ihrer mißbräuchlichen Ausnutzung liegt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Sitte des täglichen Warmbades. Ein warmes Bad ist eine Annehmlichkeit und ebenso unbestreitbar eine Notwendigkeit im Sinne der Gesundheitspflege, aber auch hier wirkt eine Uebertreibung geradezu schädlich. Hervorragende Sachkenner haben das tägliche Warmbad als Unjug bezeichnet. Insbesondere hat Prof. Schleich ausgeführt, daß dadurch eine Vermöhnung und Schwächung der Körperkraft herbeigeführt, auch die Abneigung gegen die Wohltat eines kalten Bades oder einer kalten Dusche sowie gegen das Freiluftbad gesteigert wird.

Da die Badewanne eine unverhältnismäßig große Menge warmen Wassers frisst, so ist ihre „Rationierung“ ein vielleicht schon entscheidender Gewinn in der Ersparnis von Wasser und Heizstoff. Große Verschwendung von warmem Wasser geschieht auch beim Abwaschen. Es ist leichter, zu diesem Zweck das warme Wasser einfach laufen zu lassen, als den zum Abwaschen bestimmten Behälter einmal zu füllen und sich dann mit dieser Wassermenge zu begnügen. Prinz schätzt, daß auf diese Weise zehn- bis zwanzigmal mehr Wasser verbraucht würde, als nötig wäre. Wenn allein in diesen beiden Punkten eine verständige Regelung in den Hausständen durchgeführt würde, so würden die Angriffe gegen die Warmwasserversorgung ohne Zweifel bald verstummen, sehr zum Vorteil der Verbraucher selbst, die dann nicht mehr mit der Gefahr zu rechnen brauchen, auf diese Bequemlichkeit ganz verzichten zu müssen.

Ernährungsbürokratie.

Wenn man an unserer Lebensmittelversorgung sachliche, aufs Tatsächliche gerichtete Kritik üben will, empfiehlt es sich, mit einer Beurteilung der unteren Verwaltungsorgane zu beginnen, anstatt umgekehrt die oberste Zentralbehörde auch für das Versagen in allen Einzelfällen verantwortlich zu machen. Auf die Organisationen in den ostelbischen Provinzen, unseren wichtigsten Korn- und Fleischkammern, sollte sich unser Interesse zumeist richten, denn von der planmäßigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, und, was praktisch beinahe noch wichtiger ist, von dem mehr oder minder zweckmäßigen Verfahren bei dem amtlichen Auffammeln, hängt die Versorgung der größeren Städte wesentlich ab. In unseren ländlichen Kreisen gehören diese Dinge bekanntlich zu den Obliegenheiten der Landratsämter, stellen in dieser Zeit sogar ihre vornehmste Aufgabe dar. Ein Fernstehender kann sich kaum davon einen Begriff machen, welch eine ungeheure Verwaltungsarbeit mit teilweise erstaunlichem Großbetrieb, dort geleistet wird. Nun ist es natürlich nicht gerade verwunderlich, daß in diesen Kriegswirtschaftsstellen der Landratsämter St. Bürokratie seinen überaus siegreichen Einfluß gehalten hat. Bei aller Anerkennung der in mehr als einer Hinsicht bewährten Einrichtungen hat die Öffentlichkeit die Pflicht, die Dinge anders anzusehen als durch die Beamtenbrille.

In einigen Kernpunkten seien die Mißstände kurz gestreift. Die Tätigkeit der Kriegswirtschaftsstellen ist halb eine landwirtschaftliche, halb eine kaufmännische, ergo müßten Leute, die in beiden Berufen als Fachmann gelten können und über reiche Erfahrung verfügen, zu der Leitung eines solchen Betriebes berufen sein. Was geschieht aber: der Staat setzt meist Regierungsreferendare an diese Stellen, junge Herren in den Zwanzigern, die fast nie mit ländlichen Verhältnissen zuvor vertraut gewesen sind, ja vielfach aus der Großstadt stammen. Natürlich hält sich ein solcher ängstlich an das Schema I, an das, was er schwarz auf weiß besitzt. Versagt einmal die gedruckte Vorschrift, so ist er ratlos.

Ein kleines Vorkommnis, das von unbedingt zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, mag als ein Beispiel für viele dienen. Der Leiter einer ländlichen Wirtschaftsstelle sucht für den Kreis Rübensaat und bestellt statt des Samens einige Waggons Rüben in der Meinung, Rüben wachsen wie Kartoffeln aus den Keimen der Knolle. Die Geschichte gehörte in die lustige Ecke, wenn sie nicht bei dem Ernst unserer Wirtschaftslege einen bitteren Beigeschmack hätte. Ueber Rübensaat hatte eben nichts in der Amtsanweisung gestanden; wo aber wirklich selbständiges Handeln am Platze wäre, verhindert bürokratisches Verordnungswesen oft das vernünftige Handeln. Trotz aller amtlichen Ab-

teugnungen ist es beweisbare Tatsache, daß an den Sammelstellen große Mengen Lebensmittel verderben, ehe Beförderungsmittel vorhanden sind. Lieber verderben lassen, als vorschriftswidrig dem freien Verbrauche zurückzugeben, das ist echt bürokratisch. Viele Bauern geben deshalb lieber unter der Hand an Bekannte ab mit der Begründung, „eher gesetzwidrig zur Ernährung beitragen, als zum Versaufen aufstapeln.“ Der Grundsatz ist natürlich in dieser Verallgemeinerung höchst gefährlich, immerhin aber für gewisse Verhältnisse sehr bezeichnend. Also etwas weniger Bürokratie und mehr praktisches Zugreifen. Die Folgerungen im einzelnen ergeben sich dann von selbst!

Die Entscheidung über die Angemessenheit von Preisen.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Erzeuger oder Händler bei Preisprüfungsstellen über die Angemessenheit irgendeines Preises anfragen, welchen sie einem Geschäftsabschlusse zugrunde zu legen beabsichtigen. Die Zentral-Preisprüfungskommission macht nun darauf aufmerksam, daß die Preisprüfungsstellen Gutachten über die Angemessenheit von Preisen lediglich an die staatlichen Behörden abgeben können. Ueber die Frage aber, ob die einem konkreten Geschäftsfalle zugrunde liegende Preisforderung angemessen ist oder nicht, haben nach wie vor die Gerichte, allerdings nach Einholung des Gutachtens der Preisprüfungsstelle, zu entscheiden.

Um jedoch den berechtigten Wünschen der Interessentenkreise möglichst entgegenzukommen, sind die Preisprüfungsstellen angewiesen worden, auch Parteieingaben zum Anlasse zu nehmen, der Frage der Aufstellung von Richtpreisen näherzutreten. Hierbei wird bemerkt, daß Höchstpreisüberschreitungen den politischen Behörden, Preistreibern den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Anzeige zu bringen sind. Die Preisprüfungsstellen können mit Anzeigen nichts anderes tun, als sie an diese kompetenten Stellen weiter leiten, was nur eine Verzögerung der Erledigung zur Folge hat, ganz abgesehen davon, daß den Mitgliedern der Preisprüfungsstellen durch solche Inanspruchnahme die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben wesentlich erschwert würde.

4. IV. 1917

148

Die Münchener Hausfrauentage.

Es war nicht der verzweifelte Ruf der wirtschaftlich bedrängten Hausfrauen nach Hilfe, den man aus den drei Münchener Hausfrauentagen in der Akademie der Wissenschaften hörte, sondern es war die erfreuliche, auf Tatsachen beruhende Bejahung, daß Hilfe für sie vorhanden ist, wenn sie die Hände ausstrecken, um sie sich zu eigen zu machen. In Hamburg hatte sich bereits vor zwei Jahren der Verband deutscher Hausfrauenvereine gebildet, und Ende Juni (vom 28. bis 30.) konnte er, erstarkt durch 90 000 Verbandsmitglieder in 89 Vereinen, im schönen München eine großzügige Tagung abhalten, die unter dem Stern und der Liebe unserer deutschen Kaiserin stand. Sie hatte denn auch als ihre Vertreterin die Gräfin Scheel-Plessen entsandt und auf das Kundigungstelegramm der versammelten Hausfrauen eine überaus herzliche Antwort geschickt. Die Königin von Bayern hatte sich durch die besonders wirtschaftlich veranlagte Prinzessin Hildegard vertreten lassen.

Deutsche Hausfrauen — seid ihr jemals so geehrt worden wie in diesen Tagen? All eure Kämpfe, all eure der Dessenlichkeit verborgenen Sorgen, die ihr durch Jahrhunderte lang getragen habt und die nun im Weltkrieg den Gipfelpunkt erreichten und zum Heldentum wurden, fanden hier ihre Anerkennung und wurden zu bedeutsamen Faktoren. Euch wurde von sämtlichen Vertretern der Behörden gesagt, daß es dem Vaterlande nur durch eure tapfere Mitarbeit, euren Willen zum Durchhalten möglich geworden ist, über drohende Nahrungsnot zu siegen und dereinst, wenn der Krieg zu Ende sein wird, von allen Kriegführenden — trotz noch zu erwartender schwerer Tage — am besten abzuschnitten.

Es war eine glänzende Versammlung, die von der Vorsitzenden des Verbandes, Frau Boß-Zieh, Hamburg, mit bewegten, schönen Worten begrüßt wurde. Aus dem ganzen Reiche waren die Hausfrauen herbeigeströmt, und mannigfaltig waren die Behörden vertreten: Das Ministerium des Innern durch Dr. Diefelder, das Kriegsministerium durch Hauptmann Prinz, das preussische Kriegsamt durch Fräulein Dr. Lüders, das Kriegsernährungsamt durch Frau Dr. Stegemann-Runk, die Reichsstelle für Obst und Gemüse durch Dr. Bovenstein, der Magistrat München durch Rechtsanwalt Grieser, das preussische Landesökonomienkollegium durch Ökonomenrat Kaiser, der Verband bayerischer Frauenvereine durch Frau Professor Kieselbach, die österreichische Hausfrauenorganisation durch die aus Wien herbeigeeilte Vorsitzende, Frau Freund-Markus, die Münchener Hausfrauenvereine durch Frau Geheimrat v. Hartwig, in deren Hause am Abend vor der Tagung eine gesellige Zusammenkunft stattfand. Sämtliche Herren der Behörden hielten sachliche, die praktische Erfahrung dieser Kriegsjahre noch bereichernde Reden, ebenso die Frauen. Es schloß sich ein sehr ernster Vortrag von Oberleutnant Dr. Kuneder an: „Der volkswirtschaftliche Wert des Zusammenschlusses der Hausfrauen“, der in der Mahnung gipfelte, sittlich einwandfreie, d. h. Qualitätsware zu kaufen und dadurch das Los der Heimarbeiterrinnen zu erleichtern. Er betonte den großen volkswirtschaftlichen Wert des Zusammenschlusses der Vereine, um allen Forderungen der Zeit und der Förderung der Kriegswirtschaft gerecht zu werden. Marianne Weber-Heidelberg sprach über die „Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Lage der Hausfrauen“ — eine Rede, die tagelang die Diskussionen nach sich zog. Diese Bewegung bei den versammelten Hausfrauen rief ein Vortrag von Frau Dr. Stegemann-Runk (vom Kriegsernährungsamt) hervor, in dem sie die Frage stellte, wie wir die Folgen dieses Krieges überwinden sollen, die sich für Tausende ergeben, die plötzlich Heim und Kind verlassen und von morgens bis abends in den Munitionsfabriken tätig seien, die ferner für den invaliden Mann, der heimkehrt, einen Beruf ergreifen müssen? Und wie wird man das Leben derjenigen Frauen neu zu befehlen vermögen, die, noch im Sommer des Lebens stehend, plötzlich des Inhalts durch den Kriegstod ihres Gatten beraubt wurden? fragte sie. Was vermag man für die Kinder zu tun, die in Erziehung und an ihrer Gesundheit jetzt so ernsten Schaden nehmen? Und sie kam zum Ergebnis, daß in den Vereinen angestrebt werden müsse, durch engste Fühlung mit den Frauen in den Kriegsamtern die Wesensart der Frau aus dem Volke immer mehr kennen zu lernen und Kleinarbeit an den Einzelschicksalen vorzunehmen. — Ein Mahnwort, das nicht genug betont werden kann!

Das Erfreulichste an dieser Tagung war aber, daß aussichtsreiche, von den Vertretern der Behörden warm gebilligte Beschlüsse gefaßt wurden: So wurde z. B. eine Entschliebung gegen die weitere Gewährung der erhöhten Fleischration, die an die nachgebende Behörde unverzüglich eingereicht werden soll, vorgebracht — zugunsten der Vermehrung von Milch und Butter, da jetzt im Sommer Gemüse und Obst einen Teil der Fleischmenge ersetzen können. Hieran knüpfte Dr. Bovenstein von der Reichsstelle für Obst und Gemüse aussichtsreiche Worte über die Regelung des Verkehrs mit Obst und Gemüse. Er sagte, die Reichsstelle wolle grundsätzlich an der Freizügigkeit mit Obst und Gemüse festhalten und im schlimmsten Falle nur die 3., die letzte Sorte von Birnen, Äpfeln, Pflaumen beschlagnahmen. Dem 4. bis 5. fache höheren Bedarf an Obst und Gemüse stände eine 4. bis 5. fache größere Fläche des Anbaus als früher gegenüber, in einzelnen Provinzen und überall mindestens die doppelte. Der Redner richtete die Bitte an die deutschen Hausfrauen, bei Ueberwachung der Preise möglichst behilflich zu sein und dafür zu sorgen, daß man sich von Preistreibern fernhalte.

Es wurde ferner die Entschliebung gefaßt, eine Eingabe einzureichen, daß unser diesjähriges Obst nicht zu Weinen und Likören verarbeitet werde, sondern dem Volke als Nahrungsmittel zum Einmachen für den kommenden Winter verbleibe. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen auf Begründung einer Hausfrauentauschgesellschaft, einer großen, gemeinsamen Einkaufsstelle in Hamburg für sämtliche angeschlossene Vereine, zur Verteilung an die Mitglieder. Und aller Mütter und sorgenden Hausfrauen Deutschlands wurde in einer Entschliebung besonders warm gedacht, in Stadt und Land, und ausgedrückt, daß die in München versammelten Hausfrauen durch Mitarbeit in Heranschaffung und Verteilung von Lebensmitteln so weit als möglich helfen wollen und daß sie allen Mitschwestern ihren Gruß entbieten. Mehrfach, besonders auch durch Ökonomenrat Kaiser, wurde auf die Notwendigkeit engeren Zusammenhaltens als bisher von Stadt- mit Landfrauen hingewiesen.

In den Pausen zwischen den einzelnen Reden sah man sich die anregende, lehrreiche „Ausstellung für den Kriegshaushalt“ an, Zervessinbrot, aus 94 v. H. gem. Roggenmehl und 5—10 v. H. Trebermehl hergestellt nach Versuchen durch das Laboratorium für angewandte Chemie an der Universität München, Dir. Geheimrat Prof. Dr. Th. Paul. Vom Botanischen Institut Universität München befanden sich dort viele Arten Gemüse und Gewürzpflanzen für den Haushalt, Prof. Dr. Jacobi aus Tübingen hatte eine

Sammlung Flechten ausgestellt zur Bereitung von Mehl, Brot, süßen Nachgerichten usw. Beteiligt waren ferner der Verein für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande, die Universitätsnähstube in München, der Hausfrauenverein Birnmasens mit Kleidungsstücken, die aus gebrauchten Sachen angefertigt sind und ebenso aus Schuhen in dieser Weise. Firmen hatten Gas-Badöfen und Heiß-Apparate ausgestellt, und Bücher von Münchener Verlegern waren reich vertreten.

In ihrer Ansprache hatte die Vorsitzende, Frau Boß-Zieh, gesagt, der „Hauch von südllicher Schönheit“ mache München ganz besonders für die Norddeutschen so sehr anziehend. Aber — von der Schönheit der Altstadt sahen die Herbeigeeilten nur wenig. Die Tage standen für alle Beteiligten im Zeichen angestrengter, disziplinierter Arbeit. Es lag ein schöner Ernst über dieser Tagung. Als einer der Vertreter von Behörden in warmen Worten äußerte, die Geschichte dieses Weltkrieges werde dessen gedenken, was die deutschen Hausfrauen geduldet und erfolgreich gearbeitet hätten, wie sie Deutschland in seiner schwersten wirtschaftlichen Krisis opferbereit geholfen hätten, ward mir, als trüge jede Hausfrau in ganz Deutschland eine leuchtende Krone auf ihrem Haupte — gekrönt von ihrem Vaterlande. Sie werden von nun an noch mehr Mut und stille Arbeitskraft beweisen und Deutschland dadurch für diese Krönung danken! Luise v. Brandt.

4. Juni 1917

M
W
Nkl

(Die Maßnahmen des Oberstadthauptmanns gegen das Anstellen.) Ein Mitarbeiter der Volkskorrespondenz Országos Hírlapudósító hat heute den Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus Sándor aufgesucht, um dessen Absichten bezüglich des Verhütens des Anstellens der Käufer vor den Lebensmittelgeschäften zu erfahren. Dr. Sándor äußerte sich folgendermaßen: Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit muß danach getrachtet werden, daß das bereits überlange Wartenmüssen der Frauen und Kinder vor den städtischen Lebensmittelbetrieben und sonstigen Lebensmittelhandlungen, das die Leute von der Arbeit abhält und sehr oft zwecklos ist, nach Möglichkeit eingeschränkt werde. Diesem Zwecke sollte die gestern veranstaltete Besprechung mit den Stadthauptmannschaften der Bezirke und den übrigen maßgebenden Faktoren dienen. Ich glaube meine Absicht auf die Art am besten verwirklichen zu können, daß in erster Reihe die Lieferung und Verteilung der Waren beschleunigt, dann aber dem unnützen Anstellen ein Ende gemacht wird. Es ist ein Plan ausgetaucht, in den kommunalen Lebensmittelbetrieben Nummern zu verteilen, die täglich von verschiedener Farbe sind und nur in dem Maße ausgegeben werden, als man Lebensmittel zu verteilen hat. Falls sich mehr Leute angestellt haben, als an einem Tage bedient werden können, erhalten diese für den nächsten Tag gültige Karten und können sich unverzüglich heimbegeben. Ich habe auch mit dem Bürgermeister Bárczy und mit dem Magistratsrat Folluszky gesprochen, die sich bereit erklärten, mir in allem zur Verfügung zu stehen. Sie werden unter anderem die Lieferung, auch um den Preis von Mehrkosten, nach Möglichkeit beschleunigen und die Übergabe der Lebensmittel sowie die Verrechnung erst dann vornehmen lassen, wenn vor den Betrieben keine Leute mehr auf die Verteilung warten. Es ist mir auch die Dezentralisierung der Warenabgabe versprochen worden, indem mehr Betriebsstellen eingerichtet werden sollen. Auch davon ist gesprochen worden, daß die Bewohner der einzelnen Bezirke dazu verpflichtet werden sollen, nur in dem eigenen Bezirk ihre Waren einzukaufen, denn es ist vorgekommen, daß sich die Leute aus den Vorstädten einfach nach den inneren Stadtteilen begaben und dort die Lebensmittel aufgekauft haben. Schließlich wird das Bedienungspersonal in den Betriebsstellen vermehrt, und es werden besondere Verrechner angestellt, so daß sich aus der Abrechnung kein Hindernis mehr ergeben wird. Es wird künftig überdies an großen Tafeln an jeder Betriebsstelle die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel kenntlich gemacht. Wenn das geschieht, kann sich jeder der Wartenden selbst davon überzeugen, ob es für ihn noch reicht oder nicht. Schon heute haben unsere Organe mit der Beobachtung jener Geschäfte begonnen, die mit der Verteilung der Lebensmittel betraut sind. Auf Grund der Berechnungen werden die nötigen Verbesserungen in der Lebensmittelabgabe unverzüglich durchgeführt.

4. IV. 1917

150

Einkaufsstelle Wiener Marktvirtualienhändler.
Unter den Firmenprotokollierungen enthält die heutige Wiener Zeitung auch die Eintragung der Einkaufsstelle Wiener Marktvirtualienhändler, Gesellschaft m. b. S. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich Wien, 4. Bezirk, Schöffergasse Nr. 18 a, und Naschmarkt. Ihr Zweck ist Einkauf und Einfuhr sämtlicher Landesprodukte, deren Verkauf und Abgabe an die Gesellschafter zu von der Gesellschaft jeweils festzusetzenden Preisen, um eine möglichst gute Beschickung der Märkte Wiens zu erzielen und dadurch zur flaglosen Approvisionnement Wiens beizutragen, dann Ausfuhr sowie die nutzbringende Verwertung der unverkauften Waren und deren Abfallprodukte. Die Höhe des Stammkapitals beträgt 188.000 Kronen; die darauf geleisteten Einzahlungen 128.900 Kronen. Als Geschäftsführer sind bestellt: Thomas Weber, Inhaber der handelsgerichtlich protokollierten Firma Pratsch & Co. und Theodor Schmidt, Marktvirtualienhändler. — Diese Einkaufsstelle ist eine Gründung der Wiener Naschmarkthändler, die sich außerhalb des von der „Geos“ gegründeten Syndikats stellten.

*** (Kriegskredithilfsaktion für das mittelständische Gewerbe.)** Vor kurzem hat im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter Vorsitz des Sektionschefs Haas eine interministerielle Beratung über die Frage der Durchführung einer Kriegskredithilfsaktion für das mittelständische Gewerbe stattgefunden. An dieser Beratung haben außer den Vertretern des Ministeriums des Innern, des Finanz-, Handels- und Justizministeriums sowie des Gewerbeförderungsamtes und der Dienststelle für gewerbliche Kreditangelegenheiten unter andern teilgenommen: Landesauschuss Bielowitz für Niederösterreich, Landeshauptmannstellvertreter Jelinek und Landesauschussbeisitzer Doktor Budinsky für Mähren, Dr. Facel für die Landesverwaltungscommission in Böhmen, die Reichsratsabgeordneten Richter, Einspinner und Dr. Bogacnik, Gemeinderat Breuer und Obermagistratsrat Langthaler für die Gemeinde Wien, Rechtsanwalt Dr. Bogler für den Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs, ferner Vertreter der Gewerbebeförderungsinstitute und Handels- und Gewerbelammern in Wien, Linz, Graz, Leoben, Salzburg, Triest, Innsbruck, Dornbirn, Prag, Reichenberg, Eger, Brünn und Troppau sowie der Verbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Linz, Graz, Prag und Brünn. Der Vorsitzende gedachte in einleitenden Worten zunächst der Leistungen des Gewerbestandes im Krieg im allgemeinen und würdigte im besondern die auch von der Heeresverwaltung rückhaltlos anerkannten Verdienste des Kleingewerbes um die Ausrüstung der Armee; er betonte, daß die Früchte einer jahrelangen zielbewußten Arbeit und bedeutender materieller Aufwendungen gefährdet wären, wenn den aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden nicht durch eine besondere Kredithilfe die Möglichkeit zur Wiederinstandsetzung ihrer Betriebe geboten würde. An der Hand des Referates des Bezirkshauptmannes von Pfersmann wurde hierauf in die Tagesordnung eingegangen. Bei Beratung der einzelnen Punkte der Hilfsaktion wurden die von den beteiligten Ministerien seinerzeit aufgestellten allgemeinen Grundsätze unter Berücksichtigung der in der Vorbesprechung der gewerblichen Körperschaften vom 27. Juni d. J. beschlossenen Abänderungs- und Ergänzungsanträge zugrunde gelegt. Es gelang hierbei, die Wünsche der Interessenten mit den Anschauungen der beteiligten Zentralstellen in den wesentlichsten Punkten in vollen Einklang zu bringen. Besonders begrüßt wurden die Erklärungen des Vertreters des Finanzministeriums, der neben der von dem früheren Finanzminister Dr. Freiherrn von Eppmüller bereits zugesicherten Übernahme einer staatlichen Ausfallgarantie auch die Gewährung von Zinsenzuschüssen behufs Ermöglichung eines möglichst günstigen Zinsfußes der Hilfsdarlehen in Aussicht stellte. Da gleichartige Erklärungen seitens der zur Mitwirkung an der Aktion berufenen autonomen Faktoren gewärtigt werden können, kann nunmehr die Durchführung der Aktion als gesichert angesehen und an die Ausarbeitung der die Organisation in den einzelnen Kronländern betreffenden Detailprojekte geschritten werden.

* Die Tätigkeit des preussischen Kriegswucheramtes, die im August 1916 begonnen hat, ist, nach der „Deutschen Strafrechtszeitung“, allmählich so umfangreich geworden, daß weit über hundert Personen beschäftigt werden müssen. Dem Amt ist ein beratender Ausschuss beigegeben, in den Vertreter des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerkes und der Verbraucher sowie im öffentlichen Leben stehende Männer berufen sind. Neuerdings ist seine Zuständigkeit auch auf 12 außerpreussische Bundesstaaten ausgedehnt worden. Bei einer Gesamtzahl von 24 000 bearbeiteten Fällen von Zuwiderhandlungen gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen kommen nach dem Durchschnitt der letzten Zeit monatlich 4000 Sachen neu hinzu. Die Staatsanwaltschaften haben in zahlreichen Fällen Gutachten vom Kriegswucheramt eingefordert, und die örtlichen Polizeibehörden wurden durch besonders erfahrene Beamte bei der Aufklärung schwieriger Fälle erfolgreich unterstützt. Dem Anzeigenteile der Zeitungen hat das Amt nicht in letzter Linie seine Aufmerksamkeit zugewandt, um festzustellen, ob aus Inseraten auf das Vorliegen strafbarer Handlungen geschlossen werden kann. Eine umfangreiche Tätigkeit mußte bei der Bekämpfung des Schleichhandels mit Lebensmitteln, namentlich mit Fleisch, entfaltet werden. Die hohen Preise, welche die Gastwirte für Fleischwaren aus unerlaubten Schlachtungen zahlen, verleiten die Viehbesitzer immer wieder dazu, ihre Tiere unter Umgehung der bestehenden Vorschriften abzugeben. Eine besondere Gefahr besteht gerade bei dem Schleichhandel mit Fleisch auch darin, daß dieses ohne jede Untersuchung in den Verkehr gebracht wird. Das Kriegswucheramt sieht seine Aufgaben nicht bloß auf strafrechtlichem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet und will nicht lediglich unterdrückend, sondern auch vorbeugend wirken mit Unterstützung der Presse. Seine Presseabteilung versendet bei sich bietender Gelegenheit Nachrichten an 72 Tageszeitungen in Berlin und den Vororten und in besonderen Fällen an 900 der größeren Tageszeitungen in der preussischen Monarchie und den angeschlossenen Bundesstaaten. Diese Bestrebungen haben bei den Blättern aller politischen Richtungen im allgemeinen ein weitgehendes Entgegenkommen gefunden.

Werte aus Abfall.

Viele Wenig machen ein Viel.

Im vergangenen Jahre sind in Deutschland etwa 7 Milliarden 750 Millionen Obstkerne gesammelt worden, etwa 4 Millionen Kilo, die rund 200 000 Kilo Del gebracht haben. Wenn man bedenkt, daß erst 1000 Kilo Kerne 50 Kilo Del bedeuten — wieviel Fleiß von Tausenden steckt in dieser Sammlung! Und sie muß in diesem Jahre wiederholt werden; von Steinobst dürfen nur Kirsche, Pflaumen- und Aprikosenkerne, von Kernobst Zitronen-, Apfelsinen- und Kürbiskerne gesammelt, in der Sonne getrocknet und sorgfältig vor dem Verschimmeln geschützt werden. Aber weiter sollen zur Herstellung von Tee-Ersatzmitteln die jungen getrockneten Blätter unserer Beeren, vornehmlich der Erdbeeren, Brombeeren und Himbeeren, weiter der Kirsche, Birke, Ulme, Weide und Eberesche, der Walnuß, des Schlehdorns und des Weidenröschens gesammelt, getrocknet und geschmitten werden. Da uns Kaffee, Tee und Kakao fehlen, so wird auf diese Weise die Bevölkerung mit warmen Getränken versorgt. Die Kesselfaserverwertungsgesellschaft (Berlin, Schlöffenstraße 65) fordert zum Schneiden der blühenden Brennnesseln dicht über der Erde auf; sie müssen gut getrocknet und gebündelt werden. Die Faser stellt, wie Versuche gezeigt haben, einen vorzüglichen Ersatz für Baumwolle dar und kann fabrikmäßig verarbeitet werden. Alle Knochen sind wichtig: das Fett, das sie enthalten und das im Haushalt nicht gewonnen werden kann, wird durch Maschinen ausgepreßt. 4—8 v. H. Speisefett enthalten vorgekochte Knochen, wenn sie noch frisch sind, aber auch die älteren sind verwertbar: aus ihnen wird z. B. Stearin, Olein und Glycerin hergestellt. Zur Sammlung von Gold und allen Metallen, von Altgummi und Altpapier wie auch Korken ist schon oft aufgefördert worden. Wir müssen jedes kleinste Stückchen nutzen — viele Wenig machen ein Viel! Alles muß in die Sammelstellen hinein, die überall gegründet sind.

Alle diese Sammeltätigkeit soll nicht umsonst geleistet werden. Von den Behörden sind Preise festgesetzt worden, die den Sammlern lohnenden Verdienst versprechen. Für die Goldsammlung hat die Reichsbank neue Belohnungen getroffen: jezt erhalten z. B. Schüler, die Goldsachen oder Goldmünzen im Wert von 30 Mark abliefern, ein Buch im Wert von 3 Mark, haben sie Goldsachen im Wert von 200 Mark abgeliefert, so bekommen Schülerinnen die eiserne Denkmünze in Silber gefaßt, Schüler einen Briefbeschwerer aus Serpentinsteine oder Marmor mit zwei eingelassenen Münzen und bei 500 Mark Goldwert oder Münzen eine vom Reichsbankpräsidenten selbst unterzeichnete Urkunde.

Hl.

Futtermittel aus Schilfrohr.

Eine Konzessionierung durch das Schweizer Volkswirtschaftsdepartement.

Bern, 3. Juli. (Meldung des Vertreters des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Einer Korrespondenz zufolge hat das Volkswirtschaftsdepartement auf Grund des sehr guten Ergebnisses

der Untersuchung einer Gesellschaft die Konzession zur Herstellung eines neuen Futtermittels aus Schilfrohr erteilt, das, getrocknet und zu Mehl vermahlen, nach sachmännischer Verarbeitung allen andern ähnlichen Produkten an Nährgehalt ebenbürtig und in gewisser Beziehung überlegen sein soll.

Aus Fachkreisen wird uns zu dieser Meldung mitgeteilt: Die Nachricht, daß ein neues Futtermittel aus Schilfrohr hergestellt wurde, überrascht durchaus nicht, denn die Idee, Schilfrohr zu Ernährungszwecken von Tieren zu verwerten, ist schon sehr alt. Sie wurde vor langer Zeit in Holland zum erstenmal durchgeführt, doch waren die Ergebnisse keine günstigen. Auch bei uns in Wien ist man der praktischen Verwertung des Schilfes durch Trocknen und Mahlen zu Futterungszwecken wiederholt nahegetreten, ohne nennenswerte Resultate zu erzielen. Der Nährwert des Schilfes ist, wie analytisch längst festgestellt wurde, in jeder Verarbeitung ein nur ganz geringer. Die Verwendung des Schilfrohrmehls zur Ernährung von Menschen wurde nie ernstlich erwogen, nur zur Beschaffung von Broten wurde dieses Mehl zeitweilig verwertet. Es kann sich kaum um einen vollwertigen Futtermitteleratz handeln, nur etwa um ein Plus in der Viehernährungsmöglichkeit, das ja in der jetzigen Zeit, wenn es noch so gering ist, immerhin freudig zu begrüßen wäre.

An die Wachleute!

Klagen über barisches Benehmen gegenüber den bedauernswerten Frauen und Kindern, die sich um Lebensmittel anstellen müssen, hat der „Abend“ bisher grundsätzlich nicht veröffentlicht. Er will niemand Unrecht tun und hält sich vor Augen, daß manche Klage übertrieben sein könnte, daß man in so bewegten Zeiten nicht jedes Wort auf die Waagschale legen kann und daß man schließlich auch den Wachleuten das Recht auf einige Nervosität zugestehen muß. Wir übergingen es auch, wenn behauptet wurde, daß Wachleute bei der Abgabe von Lebensmitteln zunächst an sich selbst denken; auch das schien uns menschlich begreiflich, ins solange es sich darauf beschränkt, daß man für seine Angehörigen sorgt, allerdings unter der Voraussetzung, daß genug vorhanden ist.

Seit einiger Zeit mehrten sich aber die Klagen so sehr, daß es nicht länger möglich sein wird, sie mit so großem Wohlwollen für die Wache zu behandeln. Wir erwarten, daß diese allgemeine Mahnung genügen werde. Sicherlich ist der Dienst der Wache schwer, man darf aber nicht vergessen, daß doch noch viel schwerer der Dienst einer armen Frau ist, die den Mann arbeitsfähig erhalten will. Auf das Nachdrücklichste und Ernsteste ermahnen wir den Teil der Wache, der einer solchen Ermahnung bedarf, den Aufsichtsdienst unter Vermeidung unnötiger Barschheit zu leisten. Nichts wird dadurch besser, daß man es mit groben Worten oder gar unter Anwendung unziemlicher Gewalt durchsetzen will. Die Bevölkerung ist erregt und am wenigsten steht es der Wache an, diese Erregung zu steigern. Es täte uns leid, wenn wir Wachleute unter öffentlicher Nennung so behandeln müßten, wie wir es bisher nur Preistreibern gegenüber getan haben. Die Bevölkerung erwartet vom „Abend“, daß er die Schwächeren gegen die Stärkeren schütze. Wachleute sind der Bevölkerung gegenüber die Stärkeren. Die Bevölkerung zu schützen, das ist aber ihr Amt und sollte in diesem Falle nicht dem „Abend“ überlassen bleiben. Die Wachleute sollten nicht vergessen, daß sie außerhalb des Dienstes Proletarier sind wie die, die zu überwachen, aber auch zu schützen ihre Dienstpflicht ist.

Die Fälle, die zu einer gerichtlichen Verhandlung führen, sind selten. Meistens ohne, manchmal mit

gutem Grunde vermeidet es die Bevölkerung, Amtspersonen gegenüber Genugtuung bei Behörden zu suchen. So bedauerlich dies auch sein mag, es ist einmal so, und man darf annehmen, daß auf einen Fall, der vor Gericht erledigt wird, sehr viele des schweigenden Ertragens arger Unbill kommen. Es wird nicht nur der Bevölkerung, sondern auch dem Ansehen der Wache nützen, wenn eine heilsame Angst erziehend wirken wird. Die Bevölkerung weiß, daß es Ausnahmen sind, die den Anlaß zu Klagen geben; je mehr geschieht, um diese Ausnahmen weniger zu machen, um so mehr wird das Ansehen der Wache steigen und damit ihre Fähigkeit, ihre schwere Pflicht mit Höflichkeit, ohne Steigerung der Beschwerden des Volkes, und damit ohne unnötige Aufreizung, zu erfüllen.

Einkaufsstelle der Marktviktualienhändler.

Unter den Firmaprotokollierungen enthält die gestrige „Wiener Zeitung“ auch die Eintragung der Einkaufsstelle Wiener Marktviktualienhändler, Gesellschaft m. b. H. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich Wien, IV., Schöffergasse 13a, und Naschmarkt. Ihr Zweck ist Einkauf und Einfuhr sämtlicher Landesprodukte, deren Verkauf und Abgabe an die Gesellschafter zu von der Gesellschaft jeweils festzusetzenden Preisen, um eine möglichst gute Beschickung der Märkte Wiens zu erzielen und dadurch zur klaglosen Approvisionierung Wiens beizutragen, dann Ausfuhr sowie die nutzbringende Verwertung der unverkauften Waren und deren Abfallprodukte. Die Höhe des Stammkapitals beträgt K. 188.000; die darauf geleisteten Einzahlungen K. 129.900. Als Geschäftsführer sind bestellt: Thomas Weber, Inhaber der Firma Pratsch u. Co., und Theodor Schmidt, Marktviktualienhändler.

Diese Einkaufsstelle ist eine Gründung der Wiener Naschmarkthändler, die sich außerhalb des von der „Geos“ gegründeten Syndikats stellen.

6. / VII. 1917

Noo

Beratung der Gemeindevertreter über Ernährungsfragen. Die Obmänner der Gemeinderatsparteien waren heute beisammen. Der Bürgermeister teilte mit, daß über Aufforderung der Regierung die zur Behebung der Kohlenknappheit eingesetzte Kohlenversorgungskommission der Gemeinde Wien zu einer ständigen auszugestalten sei, in welcher die verschiedenen Interessentengruppen vertreten sein sollen. Dem Vorschlag des Bürgermeisters, daß die Vertreter der Gemeinderatsparteien als Mitglieder dieser Kommission beizuziehen sind, stimmte die Obmännerkonferenz zu. Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über die Bemühungen der Gemeinde, vorjährige Kartoffeln zu erlangen, und bemerkte, daß sie bisher leider vergebens waren. Er besprach weiter die Vorkehrungen für die Beschaffung von Frühkartoffeln und Spätkartoffeln der heurigen Ernte und die Grundzüge der Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln überhaupt. Bei der Erörterung über die Beschickung der Märkte mit Gemüse gab er zunächst einen allgemeinen Überblick über die derzeitigen Verhältnisse, wies auf die Ursachen der geringen Beschickung hin, zählte die Maßnahmen auf, um eine bessere Beschickung in der nächsten Zeit zu ermöglichen, und erwähnte, daß die Gemeinde Wien nach Möglichkeit getrachtet habe, durch Lieferungsverträge zur besseren Versorgung der Stadt Wien mit Gemüse beizutragen. Er gab bei dieser Gelegenheit eine statistische Zusammenstellung zum Vergleich der Gesamtzufuhren von Gemüsen auf die Wiener Märkte. Im Juni 1914 kamen 159.995 Meterzentner, im Juni 1916 70.501 Meterzentner und im Juni 1917 nur noch 50.438 Meterzentner Gemüse auf die Märkte. Von den Wiener Gärtnern und jenen der Umgebung wurden die Märkte im Juni 1914 mit 95.970 Meterzentner, im Juni 1916 mit 56.649 Meterzentner und im Juni 1917 nur mehr mit 11.716 Meterzentner Gemüse beschickt. Magistratsrat Dr. Ehrenberg besprach die Ursachen dieser außerordentlichen Verminderung und die Maßnahmen, die in Erwägung stehen, um eine Besserung auf diesem Gebiet herbeizuführen.

6. IV. 1917

161

* Das Klavier als — Hamsterlager. Im sechzehnten Bezirke entstand ein Möbeltrödler vorige Woche aus einem Nachlasse ein altes Klavier. Es stand sozusagen schon auf den letzten Füßen, so daß es tatsächlich um den Holzwert als Draufgabe zu den übrigen besseren Möbelstücken losgeschlagen wurde. Sehr erstaunt waren die Möbelträger, die das alte Instrument aus der Wohnung schleppten, als sie bemerkten, daß aus demselben fortwährend Wasser heraus tröpfelte. „Klaviere, die rinnen“, sind selbst für Möbelträger etwas ungewöhnliches. Doch sie dachten, das alte Klavier sei vielleicht in der Wohnung neben einem offen gebliebenen Fenster gestanden, vielleicht sei auch der Klavierdeckel geöffnet gewesen und dabei sei der Regen in das Instrument eingedrungen. An ihrem Bestimmungsorte angekommen, stellten sie das Klavier in das Magazin des Trödlers und machten den letzteren aufmerksam, daß das Klavier rinne. Der Trödler öffnete das Vorhängeschloß des Klaviers, hob den Deckel ab und was erblickte er — ein regelrecht eingerichtetes Hamstermagazin im Innern des Instruments. Die Klaviatur mit den Hämmerchen, die Dämpfung, sämtliche Saiten, alles war entfernt und der auf diese Weise gewonnene leere Raum in ein Lebensmittelaufbewahrungsmagazin mit seltener Ausnützung des Raumes umgewandelt. Ein Drittel des Raumes enthielt einen Eiskasten aus Blech, in welchem sich noch immer etwas Wasser befand. Dieses war, welches beim Tragen durch die Fugen des Klavierdeckels auf den Rücken der Möbelträger fortwährend durchgesickert war. Der Blecheinfaß — Fettspurens an dessen Wänden wiesen darauf hin — war zu einem veritablen Eiskasten zur Aufbewahrung von Butter, Schmalz und Fleisch während der heißen Jahreszeit eingerichtet gewesen. So war denn neuerdings in der Reihe der in den letzten Jahren drei Jahren so vielfach aufgedeckten Hamstermagazine ein höchst originell erdichtetes und bis zum Ende seiner Verwendung ausgenutzt gewesenes Hamstermagazin entdeckt.

Die Approbationierung im Kriege.

Der amtliche Einkaufsschein.

Von Stadtrat Oswald Hohenfinner.

Ende dieser Woche wird mit der Ausgabe amtlicher Einkaufsscheine begonnen. Seit zwei Jahren und länger schon wurde die Einführung von Einkaufsscheinen verlangt, denn sie sind allein imstande, Personen, welche nicht in Wien ihren Sitz haben, vom Bezuge verschiedener Lebens- und Bedarfsartikel auszuschließen, und sie allein vermögen das Anstellen einzudämmen. Alle Maßregeln, die bisher zur Einschränkung des Anstellens durchgeführt wurden, erwiesen sich als völlig wirkungslos. Das Anstellen ist die Hölle. Wenn dem Einkaufsschein dessen Eindämmung gelingt, ist seine Einführung schon aus diesem Grunde allein wärmstens zu begrüßen. Den Einkaufsscheinen obliegt aber noch eine zweite große Aufgabe, deren glückliche Lösung geradezu den Frieden zwischen den sozialen Schichten der Bevölkerung bedeutet, ein Frieden, der aufs ärgste gefährdet ist, wenn es den materiell besser situierten Volksschichten auch fernerhin möglich sein sollte, alle Bedürfnisse eines Luxusgewohnten Lebens reichlich befriedigen zu können, während der Minder- und Mindestbemittelte den ganzen Tag auf der Jagd nach Lebensmitteln ist, von der er gewöhnlich mit der Beute des Sonntagjägers zurückkehrt. Die Zeiten des Tiberius Gracchus sind wiedergekehrt, der ein erschütterndes Bild der trostlosen Lage der römischen Plebs in jener berühmten Rede zeichnet, die mit den Worten beginnt: Man nennt euch die Herren der Welt und ihr habt nicht, wohin ihr euer Haupt legen könnt. Die österreichischen Soldaten kämpfen als Helden an den Fronten und ihre Familien müssen darben und hungern.

Wie soll die Bevölkerung seelisch durchhalten, wenn nicht auch im Hinterland von allen Volksschichten Not und Mangel in gleicher Weise getragen werden? Dies zu ermöglichen, ist der Einkaufsschein bestimmt, welcher der Gemeinde eine genaue Kontrolle über die nach der Kopfzahl jeder Familie gebührenden Artikel ermöglicht und welcher die Gemeinde auch in die Lage versetzt, die Händler zu kontrollieren und die vorhandenen Lebensmittel gleichmäßig auf alle Bewohner, beziehungsweise auf die Organisationen und städtischen Mehlabgabestellen zu verteilen. Eine besondere Berücksichtigung erfahren die Mindestbemittelten, deren amtliche Einkaufsscheine noch den Vermerk tragen, daß deren Besitzer zum Bezuge des Wohlhabersfleischs berechtigt sind.

Was von den verschiedensten Seiten immer und immer begehrt wurde, soll nun zur Eindämmung des Anstellens endlich durchgeführt werden: es werden die Abgabestellen vermehrt.

Dezentralisation der Lebensmittelabgabe! Das ist das erlösende Wort, die Dezentralisation ist das einzige Mittel, dem Anstellen, dessen demoralisierende Folgen ich heute nicht mehr zu schildern brauche, zu bannen. Die Abgabestellen werden also vermehrt. Das würde aber noch nicht genügen, um das Anstellen ganz unnötig zu machen und es zu beseitigen. Nur wenn jeder Bezugsberechtigte weiß, ich bekomme mein mir zugemessenes Stück Fleisch an dem und jenem Tage, zu welcher Stunde ich immer den Laden betrete, dann braucht er sich nicht anzustellen, und das Anstellen wird, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil und damit diese durch die Kriegsverhältnisse geborne häßliche Erscheinung wieder aus unserm Stadtbild verschwinden zum Segen der Familie, der Kinder und des sozialen Friedens. Wenn ich also die Vorteile der amtlichen Einkaufsscheine zusammenfasse, so komme ich zu dem Ergebnis: Durch die Einführung der Einkaufsscheine kommt die Gemeinde in die Lage, die vorhandenen Lebensmittel an alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig zu verteilen, und sie kann die Ärmsten der Armen besonders berücksichtigen. Die Gemeinde kommt ferner in die Lage, die in Wien nicht festhaften Personen vom Bezuge verschiedener Lebensmittel auszuschließen, was gewiß wieder der in Wien festhaften Bevölkerung zugute kommt, und sie kann endlich das Anstellen eindämmen, was in sozialer und in moralischer Beziehung ein Gebot dringender Notwendigkeit ist.

Freilich bleibt noch die Frage offen, ob diese Maßregel, ob die Einführung der amtlichen Einkaufsscheine nicht zu spät kommt. Das „zu spät“ ist ja der Fluch, unter dem Oesterreich leidet. Ich will diese Frage nicht weiter untersuchen, ich will nur zum Schluß bemerken, daß das Gute nie zu spät kommen kann, und deshalb erwarte ich auch, daß sich, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil der an die Einkaufsscheine geknüpften Erwartungen zum Segen unsres Volkes erfüllen wird. Das ist mein sehnlichster Wunsch. Unser Volk verdient es, daß sich alle maßgebenden Faktoren in tatkräftigster Weise seiner leiblichen Nöten annehmen, seine seelischen Nöte muß es ohnedies allein durchschreiten. Nichts habe ich mehr bewundert, als die engelgleiche Geduld unsres Volkes. Das Bewundernswürdigste Heldentum ist denn doch der passive Heroismus, das Heldentum schweigenden Duldens.

Die armen Frauen!

Die Kinder und das Anstellen.

Eine Wiener Hausfrau, Mutter von fünf Kindern, schreibt uns: Bei uns ist es leider Geplagenheit, daß Leute, die von einer Sache nichts verstehen, sich den Mund am meisten vollnehmen. Das gilt auch über das Anstellen der Kinder. Ich habe deren fünf im Alter von 16, 14, 12, 11 und 9 Jahren; vier davon sind schulpflichtig. Dienstmagd kann ich mir keine leisten. Mein Mann ist, was man so sagt, besserer Privatbeamter. Früher konnten wir den Zins ordentlich bezahlen, ohne zu vermieten. Jetzt ist die halbe Wohnung vermietet und trotzdem geraten wir in harte Zinschwierigkeiten; der Zins kann nur noch ratenweise berichtigt werden. Was es aber heißt, für sieben Personen bei dem heutigen Lebensmittelmangel Schwaren aufzubringen, darüber kann nur der reden, der das selber mitmacht. Ich bin von der Früh bis in die späte Nacht auf den Beinen, um da und dort etwas Nahrung zu ergattern. Nicht für mich — ich hungere schon seit vielen Monaten in des Wortes stärkster Bedeutung, da ich selbst das auf mich entfallende Brot zum größten Teil meinen Kindern zuteile, verbringe in quälendster Sorge eine Nacht um die andere schlaflos und bin infolge der Unterernährung so heruntergekommen, daß mich niemand mehr kennt. Ich entbehre ja gern für die Kinder, die aber selber am besten wissen, daß ich allein gar nicht imstande bin, auf den Märkten nur ein Viertel dessen aufzubringen, was ich für eine Familie von sieben Köpfen brauche. Selbst wenn sich die Kinder anstellen, ist der Tisch bei uns so dürftig gedeckt, daß einem Kriegsgewinner und Preistreiber vor Scham die Augen übergehen möchten. Und glauben Sie nicht, daß einer wirklich sorgenden Mutter — denn es gibt auch solche — das Herz weh tut, wenn sie ihre Kleinen, statt sie in die Schule zu schicken, zum Anstellen anhalten muß? Haben vielleicht wir Mütter das leidige Anstellen aufgebracht? Sind „sitengebliebene“ Kinder vielleicht ein Vergnügen? Ich war heute in der Großmarkthalle, um für meine ewig Hungrigen etwas von dem „wohlfeilen“ Gasefleisch zu erhaschen. Bei dem Rummel wurde ich aber über und über mit Blut beschüttet. Ueber den Besitzstand eines Kleides bringe ich's gar nicht. Mann und Kinder rennen seit Jahren in den gleichen Fetzen herum. Ihm hat man jetzt, nach unglaublichen Kämpfen, eine Teuerungszulage versprochen, die, für den Monat gemessen, geringer ist, als die Steigerung der Lebensmittelpreise für eine Woche ausmacht! Dazu kommt noch, daß bei aller Lauferei und Anstellerei oft nichts, aber rein nichts aufzutreiben ist, so daß man mit leeren Händen heimkommt und blutenden Mutterherzens sehen muß, wie die Unterernährung Tag für Tag zunimmt. Eines meiner Gaskerln hätte ich gern kostenlos aufs Land gebracht. In der Schule sagte man aber, wenn ich meinen Buben nächstes Jahr in die „Handelschule“ schicken könne, werden wir nicht so arm sein!

7. VII. 1917

165

Auswärtige und Ernährungsfragen.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Verhandlungen des Hauptausschusses erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums, daß sich die Regierung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten voll bewußt sei. Sie wisse, daß sie durch gesetzliche Maßnahmen in ausreichender Weise für die Kriegsbeschädigten zu sorgen habe, und die privaten Spenden seien auf die gesetzliche Entschädigungspflicht ohne jeden Einfluß.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Ausschusses antwortete Staatssekretär Dr. Zimmermann, die Meldung, der deutsche Botschafter sei auf einer Eisenbahnfahrt von Wien nach Budapest bestohlen worden, sei unrichtig. Im übrigen gab der Staatssekretär Aufschluß über verschiedene Fragen aus dem Gebiet der auswärtigen Politik, vor allem über die Vorgänge in China.

Ein Mitglied des Zentrums nannte das Abschlagen von reichlich Milch gebenden Kühen unerhört und verlangte Maßnahmen gegen eine Wiederholung dieser Vorkommnisse. Die öffentliche Bewirtschaftung von Gemüsen sei sehr wohl möglich. Die Preissteigerungen im Handel seien so unerhört, daß irgend etwas nicht in Ordnung zu sein scheine. In Bayern sei die Sache durch Mitwirkung der Gemeinden und der Handelskreise ordnungsmäßig geregelt. Die Gemüseversorgung Berlins sei völlig ungenügend. So kosteten z. B. Rettiche, die in bayerischen Städten für kaum 5 Pf. verkauft würden, in Berlin 50 bis 80 Pf., und Rirschen seien selbst bei einem Preis von 1,50 M. für das Pfund nur in geringer Menge zu haben. Da müsse doch etwas an der Organisation mangelhaft sein. Warum gibt es keinen Höchstpreis für Marmelade? Es wird noch lange nicht energisch genug zugegriffen. Die Schweinehaltung muß gefördert werden, denn sie ist eine der Grundlagen für die Versorgung des Volkes mit Fett. Im übrigen bespricht der Redner Einzelfragen der auswärtigen Politik, ferner die Polenfrage und fordert, daß dem religiösen Moment in der Behandlung der polnischen Bevölkerung mehr Beachtung geschenkt werde. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wir mit Hilfe des U-Boot-Krieges in absehbarer Zeit zu einem Frieden kommen werden. Er fragt schließlich nach den Vorarbeiten für den Aufbau der deutschen Handelschiffahrt.

Staatssekretär Dr. Zimmermann erwiderte dem Redner ausführlich und sprach insbesondere über das Verhältnis zwischen Japan und Amerika.

Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batocki ging auf die Marmeladenherstellung ein. Die Mischung mit Rohrüben habe sich nicht bewährt. Unmöglich sei es, Obst in ausreichenden Mengen aus Süddeutschland nach Berlin zu schaffen. Ein Versorgungsgebiet sei immer schwieriger zu bewirtschaften als ein Ueberflußgebiet. Die Zahl der Schweine sei schon heute eher zu hoch. Wir müssen uns nach dem Futtermittelbestand richten. Brot ist wichtiger als Fett, und die Fettknappheit muß ertragen werden. Bei knapper Kartoffelernte muß der Viehstapel noch weiter verringert werden. Das Kriegsernährungsamt muß einen klaren Weg gehen, auch wenn viele Leute in diesen Dingen eine ganz abweichende Meinung haben.

Ein Zentrumsabgeordneter sprach hierauf eingehend über die Lage im Innern, über den U-Boot-Krieg und die Friedensmöglichkeiten. Seine Ausführungen wurden für vertraulich erklärt, ebenso die Erwidern, die die Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen ihm zuteil werden ließen.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend vormittag. Um ihm Zeit für seine Arbeiten zu geben, soll die Plenarsitzung am Sonnabend und nötigenfalls auch noch am Montag ausfallen.

7. VII. 1917

7

167

Das Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften.

Budapest, 6. Juli.

Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus v. Sándor, der bekanntlich den lobenswerten Voratz gefaßt hat, das Publikum von dem qualvollen Zwange des Anstellens vor den Lebensmittelgeschäften zu befreien, suchte heute mittag im Zentralstadthause den Magistratsrat Ludwig v. Follusházy auf, um mit ihm die zur Erreichung des angestrebten Zieles zu treffenden Maßregeln zu besprechen. Die Unterredung war nur von kurzer Dauer, da für Nachmittags in derselben Frage eine Sitzung der Zehner-Kommission anberaumt wurde. Man vereinbarte bloß, daß der Oberstadthauptmann seine Organe anweisen wird, den Verschleiß der von der Hauptstadt den Lebensmittelgeschäften überwiesenen Waren strenge zu kontrollieren, namentlich darauf zu achten, daß die Geschäfte ihre Vorräte ganz ausverkaufen und keinen Kunden abweisen, wenn sie noch über Ware verfügen.

Beschlüsse der Zehner-Kommission.

Nachmittags 5 Uhr hielt die Zehner-Kommission für Volksernährung im Zentralstadthause eine vertrauliche Sitzung, deren Hauptgegenstand die Verhinderung des Anstellens vor den Lebensmittelgeschäften bildete.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Dr. Stefan Bárczhy; außer den Mitgliedern der Zehnerkommission waren anwesend: in Vertretung des Landes-Volksernährungsamtes Ministerialsektionsrat Dr. Johann Bud, ferner Oberstadthaupt-

mann Dr. Ladislaus v. Sándor, Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy, Magistratsrat Ludwig v. Follusházy, die Obernotäre Eduard Bajna und Konstantin Szantlovics, Markthallendirektor Ferdinand Ziegler, Marktdirektor Dr. Szabó der Direktor des Lebensmittelbetriebs Samuel Reich, in Vertretung des Zentral-Mehlammtes Dr. Illhesfalvy u. a.

Ueber die zur Verhandlung angelegte schwierige Frage entwickelte sich ein lebhafter Gedankenaustausch, der manche gute Idee aufwarf. Die Frage ist nur, ob und in welchem Maße die Ideen in der Praxis werden verwirklicht werden können.

In längerer Rede, der die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit folgten, wies Magistratsrat Ludwig v. Follusházy auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die sich der Lösung dieser Frage entgegenstellen, doch werde die Hauptstadt nach wie vor keine Mühe scheuen, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern und das Anstellen vor den Geschäften soweit als möglich einzuschränken. Hand in Hand mit der Polizei werde die Hauptstadt bestrebt sein, dem Publikum die Beschaffung von Lebensmitteln zu erleichtern.

Eingehend erörterte der Magistratsrat die Ursachen des Anstellens. Als die Hauptursache bezeichnete er den Mangel an Lebensmitteln; verfügte die Hauptstadt über größere Vorräte, könnte sie auch die Kaufleute reichlicher versehen, die dann eine größere Anzahl von Kunden befriedigen könnten. Ein weiterer Uebelstand sei der Mangel an zuverlässigem, geschultem Geschäftspersonal, das unbedingt vermehrt werden müßte. Leider sei geeignetes Personal kaum zu finden, obwohl die Hauptstadt schon lange bestrebt sei, neue Kräfte anzuwerben.

Im Laufe der Debatte machte sich die Ueberzeugung geltend, daß durch eine Dezentralisierung des Lebensmittelverschleißes sich das Uebel des Anstellens wesentlich mildern ließe. In je mehr Geschäften Lebensmittel zu haben sein werden, desto rascher wird das Publikum befriedigt werden können.

Sehr vernünftig ist der Beschluß der Konferenz, die Zahl der Mehlkommissionen zu vermehren. Denn nicht nur vor den Geschäften muß sich das Publikum anstellen, auch in den Lokalen der Mehlkommissionen muß es oft halbe Tage verbringen, bis es mit den ihm gebührenden Lebensmittelkarten versehen ist. Die Kommission sah nicht ein, weshalb nicht wenigstens hier das Anstellen verhindert werden könnte. Da dies nur in der oben angeführten Weise möglich ist, wird eben noch eine Anzahl Mehlkommissionen gebildet werden.

Der Gemüsemangel, über dessen Ursachen wir im heutigen Abendblatte berichtet haben, war ebenfalls Gegenstand eingehender Erörterung. Einige Redner bezeichneten es als großen Fehler, daß die Regierungsverordnung über die Regelung des Gemüseverkehrs erst heute, im Juli, erschienen sei und nicht schon im Dezember. Die Durchführung der Verordnung werde erst zu einer Zeit erfolgen können, da es kein Gemüse mehr geben werde. Die Kommission sprach sich dafür aus, daß das Gemüse requiriert, das Land in Gemüserayons eingeteilt werde; als unerlässlich wurden ferner die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse im ganzen Lande, sowie eine Einschränkung der Ausfuhr bezeichnet. Nur wenn der Bedarf des Landes gesichert ist, soll Gemüse exportiert werden dürfen.

Um halb 9 Uhr wurde die Konferenz geschlossen. Demnächst werden die Beratungen fortgesetzt.

Der Sommerfrischenverkehr.

Schwierigkeiten in Oberösterreich und Salzburg.

Ueber den Sommerfrischenverkehr, für den die Voranmeldungen bekanntlich mit nicht unbedeutenden Schwierigkeiten verbunden waren, werden uns von unterrichteter Seite interessante statistische Daten zur Verfügung gestellt, aus denen hervorgeht, daß die Wreise von Wienern in die Sommerfrischen, Heilbäder und Kurorte einen viel größeren Umfang angenommen hat, als man angesichts der allenthalben herrschenden Approvisionierungsschwierigkeiten voraussetzen konnte.

Für die Zeit vom 15. Mai bis zum Ende des Monats September wurden bei der Anmeldestelle des Landesverbandes für Fremdenverkehr insgesamt von 184.989 Personen aus Wien Anmeldungen für den Besuch von Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen eingebracht. In diese Zahl sind jedoch die gewiß recht zahlreichen Sommerfrischenbesucher noch nicht eingerechnet, die es vorgezogen haben, in die Sommerfrische abzureisen, ohne ihren Lebensmittelbezug in Wien abzumelden. Es sind deren sehr viele, die auch während der in der Sommerfrische verbrachten Zeit in Wien rationiert geblieben sind und sich die rationierten Lebensmittel wo möglich nachschicken lassen.

Auf Grund der tatsächlich erfolgten Anmeldungen kann man daher behaupten, daß es durchschnittlich 61.000 Personen im Monat sind, die in den nächsten drei Monaten von Wien abweisend sein werden.

Die Annahme, daß die Verkehrsanstalten gerade um den 1. 8. herum am meisten durch den Sommerfrischenverkehr in Anspruch genommen werden, hat sich nicht als zutreffend erweisen. Offenbar hat sich das reichhaltige Publikum noch dazu bewegen lassen, entsprechend der amtlichen Warnung nicht gerade am 1. 8. einen Massenverkehr zu entfalten. Daß viele Personen die Absicht, am 1. 8. in Sommerfrische abzureisen, aufgegeben haben, ergibt man daraus, daß die hiesigen Polizeibehörden am 1. 8. herum eine Sommerfrischenfrequenz von nur 20.000 Personen aufzuweisen hatten. Davon entfielen 45 Prozent auf die Westbahn, deren Strecke überhaupt den stärksten Besuch durch Wiener Sommerfrischler haben dürfte. 25 Prozent des Sommerfrischenverkehrs entfielen auf die Südbahn, 20 Prozent auf die böhmischen Bäder und 10 Prozent auf die Nordwest- und Nordbahn.

Was die Frequenz in den nächstgelegenen Sommerfrischengebieten betrifft, so hat die Gegend von Mals in den stärksten Besuch aufzuweisen, da dort 15.000 Sommerfrischler für jeden der drei Monate Juli, August, September zu rechnen sind. Baden hat im Monat einen Sommerfrischenbesuch von ungefähr 5500 Personen. Daß die Badener Gegend keinen höheren Besuch aufweist, ist hauptsächlich auf die Beschwierigkeiten zurückzuführen. Die Gegend Aibang-Guttenstein hat eine Sommerfrischenfrequenz von rund 7000 Personen im Monat. Das Sommeringgebiet erfreut sich auch eines Zustandes von 4000 Sommerfrischenbesuchern im Monat. Bei den angeführten Zahlen ist jedoch zu beachten, daß sie nur auf die Sommerfrischenbesucher Bezug haben, die ihren Lebensmittelbezug in Wien abgemeldet haben.

Was die Approvisionierung der Sommerfrischen und Kurorte betrifft, so hat das Ernährungsamt dafür Sorge getragen, daß die Lebensmittelzügeln rechtzeitig umdisponiert werden. Nach den von den Wirtschaftsgenossen und Statthaltereien eingelangten Berichten sind auch die Lebensmittelzufuhren tatsächlich eingetroffen. Die Heilbäder haben auch für die einer Diätur bedürftigen Besucher entsprechende Zuschüsse an weisem Mehl erhalten. Wie uns von maßgebender Seite berichtet wird, ist dadurch jedoch kein besonderer Mehrebedarf an Mehl zu verzeichnen. Das Ernährungsamt hat sich auch zu Beginn dieses Monats telefonisch an alle Statthaltereien, in deren Amtsbereich Heilbäder und Kurorte liegen, gewendet, um eingehende Auskünfte über die Lebensmittelversorgung einzuholen.

Eine ungünstigere Aufnahme scheinen jedoch die Besucher der Sommerfrischenorte gefunden zu haben, von denen recht viele Beschwerden über ihre Versorgung mit Lebensmitteln einlaufen. Besondere Mißstände werden aus einigen Gebieten in Oberösterreich und Salzburg bekannt. Viele Sommerfrischler, die dort einlangten, sahen sich veranlaßt, nach wenigen Tagen sogleich wieder die Rückreise anzutreten. Die politischen Behörden haben trotz der erfolgten Anmeldungen die Absage von Bezugschein für Lebensmittel verweigert. Auch aus anderen Sommerfrischen lauten vielfach Ansuchen von Hoteliers und Gastwirten beim Landesverband für Fremdenverkehr ein, bei den Behörden für eine klagelose Approvisionierung der Sommerfrischen einzutreten. Auch das Verbot des Bezuges von Fleisch aus Wien bedeutet für viele Sommerfrischler eine besondere Härte. Es ist zu erwarten, daß das Ernährungsamt, das den Heilbädern und Kurorten besondere Fürsorge angedeihen läßt, auch mit den Mißständen aufräumt, über die insbesondere die Sommerfrischler in mehreren Orten Oberösterreichs und Salzburgs berechtigte Klage führen.

Planmäßiges Sammeln der Hausstandsknochen.

Um die in den Hamburger Haushaltungen abfallenden Knochen — außer den in den Rippen- und Knochenverteilungsstellen verabsolaten Knochen wöchentlich etwa 100 000 Kilogramm — für die Gewinnung von Speisefett, technischem Fett, Futtermitteln und Düngestoffen vollständig zu erfassen, wird hier in Hamburg in den einzelnen Stadtteilen eine planmäßige Knochensammlung organisiert. Für diese Aufgabe stellen sich größere Schulknaben aller Hamburger Schulen freiwillig zur Verfügung. Kriegsverorgungsamt und Oberschulbehörde wirken zusammen, und wenn unsere Hausfrauen sich ausnahmslos für die Sache interessieren und peinlich darauf achten, daß alle Knochen für die Abholung bereitgestellt werden, so sind die Vorbedingungen für einen guten Erfolg der Sammlungen gegeben. Je frischer und trockener die Knochen abgeliefert werden, um so größer ist die Verwertungsmöglichkeit.

Die Knochensammlung hat vor einigen Wochen in Hohenlust mit bestem Erfolge begonnen. Die Schüler entwickeln einen außerordentlichen Eifer, und so herrscht in der ersten Sammelstelle, Gößlerstraße 27, schon von Anfang an regster Betrieb. Von Montag an wird die Sammlung auf die Stadtteile

Motherbaum, Harvestehude, Spandorf und Winterhude übergehen; allmählich wird sie sich auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen. Die Hausfrauen werden dringend gebeten, die mühevollen Arbeit der Schüler, die sich so bereitwillig in den Dienst der Gesamtheit stellen, durch freundliches Entgegenkommen zu erleichtern. Die Knaben haben bei der Abholung eine vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt ausgestellte Ausweis-
karte vorzuzeigen.

8. VII. 1917

170

Transportscheine für Lebensmittel.

Wiener Sommerfrischler, die ihre Lebensmittel von Wien in die Sommerfrischen mitnehmen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie, um Beaufordungen durch die behördlichen Organe zu vermeiden, sich Transportscheine für den Transport dieser Lebensmittel bei der zuständigen Provisorikmission Wien können. Die Beschaffung solcher Transportscheine liegt auch deshalb im Interesse der Sommerfrischler, weil ihnen jederzeit bei der Rückkehr nach Wien die Bezirkshauptmannschaften Transportscheine zur Mitnahme von Lebensmitteln aus der Sommerfrische nach Wien in jener Menge ausstellen müssen, die die Sommer-

frischler laut des ersten ihnen ausgeteilten Transportscheines von Wien hinaus mitgenommen haben.

8. VII. 1917

171

Antrag auf Errichtung eines Reichsernährungsamtes.

Die Abgeordneten Pirajek und Genossen haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der die Errichtung eines Reichsernährungsamtes und die Festsetzung eines einheitlichen Versorgungsplanes, ferner einer einheitlichen Preispolitik in beiden Reichshälften vorsieht. Nach einer statistischen Gegenüberstellung der in Oesterreich und Ungarn gezahlten Preise für Getreide und Vieh kommen die Antragsteller zu folgendem Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen: Die k. k. Regierung wird aufgefordert: 1. Unverzüglich mit der ungarischen Regierung Verhandlungen zum Zwecke einer raschen Zufuhr von ungarischem Getreide und Sicherstellung dessen Menge in jenem Prozentsatz einzuleiten, der sich aus dem fünfjährigen Durchschnitt der Einfuhr von ungarischem Getreide und Mahlprodukten in Friedenszeiten mit Rücksicht auf das Ergebnis der heurigen Ernte ergibt. 2. Zum Zwecke einer einheitlichen Bewirtschaftung von Getreide und Mahlprodukten sowie der übrigen Lebensbedürfnisse ist ein einziges Reichsernährungsamt für beide Reichshälften zu errichten. Die Preise für Getreide, Mahlprodukte, lebendes Vieh sowie der übrigen Lebensbedürfnisse sind für beide Reichshälften einheitlich festzusetzen. In formaler Hinsicht wolle dieser Antrag mit Rücksicht auf seine große Bedeutung sofort in Verhandlung genommen werden.“

Salatfix.

Ich wohne jetzt in einem lieben alten Willendorf im Wienerwald. Wenn es recht heiß ist, kommen die Wiener in schweißenden Massen heraus. Natürlich gehen sie nicht zuerst in den grünen Wald, sondern zuerst zum Kaufmann. Im romantischen Gemüt des Bürgers blüht unvergänglich die Hoffnung aufs Wunderbare: vielleicht hat dieser Vorortskaufmann in dem Wienerwaldnest auf irgendeine mystisch transzendente Weise doch noch echte Waschseife. Oder man wird einen lederen kleinen Imbiß unerhört billig zusammenkaufen können. Ach, mit der blauen Blume der Romantik ist es Effig. Ist es vielmehr — Salatfix. Der Kaufmann des Ausflugsortes hat in seinem Geschäft überhaupt nichts als Salatfix: große gelbrötliche Plätschen (es wäre durchaus unanständig, die Farbe durch den richtigen Vergleich zu Tenniseisen zu zeichnen), voll jener mehr symbolisch gemeinten unergündbaren Flüssigkeit, die man heutzutage leuzend in den Salat schüttet, um so recht zu empfinden, was für erfreuliche gute Sachen früher einmal ein echter Weinerst und, o, die Erinnerung tut weh, ein edles Olivenöl waren.

Die Wiener stehen kumm und betrübt vor dem rotgoldenen Ueberfluß an Salatfix und wissen nicht, was sie eigentlich damit anfangen sollen. Natürlich ist es bitter, in einen einst als so nahrhaft bewährten Seurigenort zu kommen, und nichts gründlicher Stärkendes dort zu finden als einen unergündlichen Effigerfluß. Aber es ist, wie gesagt, ein mehr symbolisch gemeintes Naß. Hier beginnt für den stadtmüden Wiener die grüne Natur, der Wald, die Wiese. Er wird freundlich aufgefordert, Natur, Wald und Wiese mit Salatfix zu begießen und als Wildsalat zu essen. Seit langen Monaten beschäftigen sich die Zeitungen, beschäftigen sich vor allem jene sinnreich lehrhaften, illustrierten Zeitschriften des trauten deutschen Familienkreises gar so liebevoll mit der heimischen Botanik. Nacheinander ist von allen Pflanzen unserer vaterländischen Flora mit Ernst und Nachdruck behauptet worden, daß sie sehr gut als Gemüse oder Salat genossen werden können. Ein Schleier ist plötzlich von den Augen der Städter gefallen: man kann die sogenannte Natur ja essen! Die Zeiten, da der Großstadtmensch ein Kornfeld von einem Sauerfeld durchaus nicht unterscheiden konnte, sind für immer vorbei. Man muß diese städtischen Spaziergänger nur sehen, wie kritisch sachlich sie draußen vor der Stadt ein Karloffeld anblicken, und der borbem etwas unentwickelte Sinn für Sauerampfer, Löwenzahn und Gusslaffisch ist in der erfreulichsten Weise gewachsen. Es ist die Rousseausche Rückkehr zur Natur, nur daß Jean Jacques ihn sich doch ein bißchen anders vorgestellt hat — den Naturgenuß. Vielleicht war ein Kornfeld überhaupt eine viel schönere Sache, bevor man so genau wußte, ob es nicht eher ein Weizenfeld war; und was das besondere Aussehen eines solchen Feldes mit dem täglichen Mittagessen zu tun hatte. Unter zehn Städtern, die sonst im Sommer ins Freie kamen und sich aufatmend auf einen grünen sonnigen Wiesenhang legten oder auf eine Bank im Schatten setzten und ein golden reifendes Feld anstarrten, hat, lang ist's her, kaum einer eine Sekunde lang an Brot und ans Essen gedacht, obwohl so ein Kornfeld eigentlich immer etwas mit dem Essen zu tun gehabt haben muß. Jetzt würde man, auf einem sonnigen grünen Wiesenhang lagernd, immer-

hin den Zusammenhang zwischen Kornfeld und täglichem Brot zu bedenken wissen, wenn es nicht überhaupt streng verboten wäre, sich auf Wiesenbänke zu legen. In der Hauptstraße meines Wienerwaldortes, die der Wiener Ausflügler auf dem Weg von der Dampftramway in die Natur passieren muß, stehen überall große, drohende Plakate mit einer Art Dammfluch des Herrn k. k. Statthalters in Niederösterreich gegen jene, die in arger Verderbtheit gesonnen sein sollten, in Wald und Flur eine längere Anzahl schauderhafter Greuelthaten zu verüben, etwa sich im Schatten eines grünen Baumes (grüne Bäume liefern Laubheu!) hinzulegen, oder eine Feldblume zu pflücken. Anathema sit. Es löst sich nicht länger leugnen, Gottes freie Natur hat die patriotische Aufgabe erhalten, von Mensch und Tier möglichst restlos verzehrt zu werden; die ganze Natur, einschließlich jener blauen Märchenblume, die sonst der ausfliegende Städter in den Fluren eher sucht als Wildsalat oder Pflanzen, die man trocknen und angeblich auch rauchen kann; wovor uns der Himmel bewahre. Mit ein bißchen Salatfix wird die grüne Wiese und die blaueste Blume verdaulich — das heißt, man kann auf die beliebte, so echt menschliche Weise Rot daraus machen. Die rotgelben, unergündlichen Plätschen im Schanzenster unseres Kaufmannes sagen: Wanderer, der du vorbeikomst, glaube nicht, der grüne Wald der Heimat sei nur so zum Vergnügen da. Daß im freien Grün das sinnlose Träumen; deine herrliche bunte Menschenwelt ist mit Salatfix begossen, sei froh, wenn du deine tägliche Portion von dem großen Weltjolat abbekomst und ohne Magenbeschwerden verdauen kannst.

Das Einheitsmahl.

Die in Wien verbreiteten Gerüchte über eine bald erfolgende Umwandlung der Gasthäuser in Kriegsküchen sind mindestens verfrüht. Es wäre eine Freudenbotschaft für die ganze Bevölkerung, heute zu hören, daß morgen die Gasthäuser Kriegsküchen werden. Denn erstens wäre dem unaufhörlichen Steigen der Gasthauspreise ein Riegel vorgeschoben, ja, diese müßten um eine stark fühlbare Differenz von ihrer schwindelnden Höhe herab, und zweitens hätte jedermann die Gewähr, seine Ernährung, sein tägliches Brot garantiert zu sehen. Der Wirt übernimmt natürlich die Garantie der Ernährung seines Gastes zu gemäßigten Preisen nur dann, wenn ihm selbst Ankauf und Anlieferung von Lebensmitteln gewährleistet sind. Hierin liegt der Angriffspunkt zur Lösung des Problems, das heute hauptsächlich darum im argen liegt, weil die Gastwirte — es mag wohl glückliche und den Gästen sehr unangenehme Ausnahmen geben — mit den unmöglichsten Mitteln arbeiten müssen, um Lebensmittel zu erlangen. Der Behebung dieser Mißstände gelten schon seit geraumer Zeit Besprechungen in

der Statthalterei. Aber es kann keine Frage darüber herrschen, daß in den mageren Monaten vor der Ernte die durch das Ernährungsamt zu gewährleistende Sicherstellung der Lebensmittel für die Gastwirte nicht erledigt werden kann und erst durch die Ernteergebnisse spruchreif wird. Wir haben beim Präsidenten des Reichsverbandes der Gastwirte, Herrn Othmar Benz, Erklärungen über die Angelegenheit eingezogen und geben ihnen im Interesse der Öffentlichkeit gerne Raum. Auf die Frage, wann die Kriegsgasthausküchen zu erwarten seien, meinte Herr Benz:

„Es hat noch gute Wege bis hin. Verhandlungen darüber finden wohl von Zeit zu Zeit statt, aber bevor die Statthalterei den Beschlüssen nicht die Genehmigung gegeben hat, kann ich über das Meritorische der Frage nichts äußern. Im allgemeinen kann jedoch heute schon gesagt werden, was der Allgemeinheit übrigens schon gut bekannt ist, daß eine Rang- und Preisabstufung der Gasthäuser geplant wird. Jedoch dürfte ein Preis von 1 Krone 50 Heller für ein Mittagessen in den billigsten Küchen, von dem ein Gerücht wissen will, ausgeschlossen sein. Für dieses Geld kann heute der entgegenkommendste Gastwirt kein Essen mehr herstellen. Die Beratungen bewegen sich in Richtlinien der Erfahrung, die mit den Gemeinschaftsküchen gemacht wurden. Der niedrige Preis von 2 Kronen für die Mahlzeit versetzte die Leitung der Gemeinschaftsküchen, die damit den kolossal anwachsenden Regionen nicht standhielten, in die peinliche Notwendigkeit, mit dem Fleisch zu sparen und statt zwei gleich vier fleischlose Tage in der Woche einzuführen. Die Gemeinschaftsküchen sahen jede Berechnung über den Haufen geworfen. Wir müssen uns an diese Erfahrung halten, ob wir wollen oder nicht. In einer späteren Zeit, wohl erst nach der Ernte, möchten wir dann das nach Rängen abgestufte Einheitsmahl mit dem Einheitspreise einführen. Wie gesagt, dafür ist aber die erste Voraussetzung die amtliche Sicherstellung der Lebensmittel für den Gastwirt.“

Der Abend
9./VII. 1917

73

174

Groß-Berliner Wochenmengen.

Es sollte kein Trost sein, ist aber einer, wenn auch ein schwacher, Leidensgefährten zu haben. Nachstehend die Lebensmittelmengen, auf die man in Berlin diese Woche Anspruch hat: In allen Groß-Berliner Gemeinden gleichmäßig Brot: 1600 Gramm. — Fleisch: 500 Gramm (davon 250 Gramm zu ermäßigten Preisen auf städtische Fleischkarte). — Kartoffeln: 1 Pfund. Die nicht eingelösten 8 Kartoffelabschnitte sind für 800 Gramm Gebäck gültig. — Speisefett: 50 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine.

Außerdem gibt es in den einzelnen Teilen Groß-Berlins noch Ergänzungen, so z. B. in Berlin Sirup; in Steglitz: Grieß, Haferflocken und Eier an Kranke, kondensierte Milch für Kinder, die vom 17. April 1905 bis 17. April 1909 geboren sind. Haferflocken an Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre; in Treptow: 2 Eier, außerdem werdende und stillende Mütter 2 Eier, 125 Gramm Marmelade, 125 Gramm Haferflocken, 50 Gramm Puddingpulver, 125 Gramm Gemüsesuppen

und 3 Kraftbrühwürfel für Jugendliche, 375 Gramm Zucker für die Zeit vom 1. bis 15. Juli, außerdem 250 Gramm Zuckersahnekarte für Kinder. Heute werden verkauft ohne Einschränkung gegen Vorzeigung der Lebensmittelbezugskarte Dörrgemüse, Muffische, Fischmarinaden, Räucherwaren, Obst und Frischgemüse.

Maßnahmen gegen die Anshungerung Bozsonys.

Zeit längerer Zeit haben wir darauf hingewiesen, daß aus Wien allsonntäglich, aber auch selbst an Wochentagen ein förmlicher Völkerstrom sich nach Bozsony ergießt, um hier nicht nur die Gastwirtschaften völlig kahl zu essen, sondern obendrein noch bei hiesigen Geschäftsleuten zu Bucherpreisen Waren einzukaufen, die, man kann sicher rechnen, zu 80 Prozent über die Grenze gelangen.

Diese Zustände machten sich in letzterer Zeit in der Approvisionierung unserer Stadt ganz empfindlich bemerkbar, schon am Freitag und am Samstag waren am Marktplatz kaum mehr Lebensmittel zu haben; sie wurden aufgekauft von den Cafetiers, Restaurateuren usw. Man darf nun wirklich nicht vergessen, daß der unersättliche Magen Wiens, in dessen Nähe wir uns befinden und dessen Versorgung ohnehin mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, alle Lebensmittel von uns aufnimmt, so daß heute oder morgen die Preßburger kaum mehr in der Lage sein werden, einen Bissen Brot zu haben.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Fremden für alles, was sie ergattern können, Märchenpreise bezahlen, wodurch die Teuerung bei uns nur noch unerträglicher wird.

Seit einigen Wochen befaßt sich der „Westungarische Grenzboten“ mit dieser, unsere Approvisionierung betreffenden Frage und wies darauf hin, daß nicht nur allein dem Schmuggel, sondern auch der Invasion der „hungrigen“ Wiener ein Ziel gesetzt werden muß. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die sonst ganz gerne gesehenen Gäste weit über das Ziel schießen und sich nicht mit einem Mittagessen begnügen, wie sie es nirgend im Umkreis des Stefansturmes bekommen können.

Unsere sieben Wiener überfielen ganz einfach alle Gasthäuser, Zuckerbäckereien, Kaffeehäuser, plünderten heuschreckenartig alles aus und — etwas spät, aber doch — ist man jetzt zur Erkenntnis gelangt, daß dieser Zustand unhaltbar ist.

Die städtische Approvisionierungskommission hat unter Vorsitz des Bürgermeisters kön. Rates Theodor R o l l y eine Neuordnung beschlossen.

Die neuen Verfügungen betreffen zunächst die Kaffeehäuser und Kaffeeschänker. Ihnen ist nur bis neun Uhr vormittags gestattet Mildkaffee auszufolgen und dann erst ab sieben Uhr abends. Ein Gast darf auch nur eine Portion erhalten, schwarzer Kaffee darf nur außer den oben angeführten Stunden zwischen ein Uhr und halb 3 Uhr ausgefolgt werden.

In Restaurationen und Gastwirtschaften kann Mittagessen nur zwischen 12 Uhr Mittag und halb 3 Uhr nachmittag ausgefolgt werden; das Nacht Mahl darf erst nach sieben Uhr abends ausgefolgt werden.

Das Mittagessen darf nur aus folgenden Gängen bestehen:

Suppe,

Fleisch mit Gemüse oder anderer Garnierung, Mehlspeise.

Ein Gast hat auf eine zweite Portion Fleisch keinen Anspruch, an fleischlosen Tagen dürfen

die Restaurateure Fleisch überhaupt nicht verabfolgen.

Eine weitere Neuerung der Approvisionierungsbehörde ist es — dank der Wiener Invasion — daß nunmehr auch in unseren Gasthäusern Mehlspeisen nur gegen Abgabe einer Brotkarte verabfolgt werden.

Die hiesigen Bewohner, die keinen selbständigen Haushalt haben, werden täglich um zwei Brotmarken mehr zugeteilt bekommen; die Fremden bekommen wie bisher in ihren Hotels ihre Brot- resp. Mehlspeiskarten.

Diese neuen Maßregeln treten mit Ende der Woche in Kraft und wird die Behörde die Gastwirte und Cafetiers auf das Strengste kontrollieren.

In neuester Zeit sind auch aus Wien und anderen Gegenden Sommerfrischler hier eingelangt, in der Meinung, daß sie hier den Sommer wohlverpflegt verbringen könnten. Viele von ihnen brachten selbst österreichische Lebensmittelkarten mit und hofften sie hier realisieren zu können oder wenigstens in Bozsony Lebensmittelanweisungen auszutauschen. Das war natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, denn Bozsony ist weder ein Heilbad noch eine Sommerfrische und so konnte unser Approvisionierungsamt mit bestem Willen den Wünschen der, wie der Wiener Volksmund sagt „nach Freiburg“ eilenden, nicht Genüge tun.

Es steht ja selbstverständlich jedermann frei sich in unserer Stadt niederzulassen, aber nur jenen, die ihren Lebensmittelbedarf mit sich bringen oder aber nachweisen können, daß sie infolge amtlicher Mission in unserer Stadt längere Zeit zubringen müssen.

Bemerkenswert ist es übrigens auch, daß die Approvisionierungskommission sich mit einer Frage befaßt, die — nun die wir nicht weiter erörtern wollen. Es handelt sich nämlich um den D a m h e n z u z u g aus Wien, dem nicht nur allein aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus sanitären Gründen ein Riegel vorgeschoben werden muß. Sie werden bei Ankunft einfach abgeschoben werden.

* Die beiden Fleischgerichte der Speisefarte. Die Vorschrift, daß in Gastwirtschaften usw. nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden dürfen, wird auch jetzt noch vielfach irrtümlich so aufgefaßt, daß es lediglich verboten sei, Gerichte aus mehr als zwei Fleischarten auf die Speisefarte zu setzen. Man sieht, wie die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes mitteilt, nicht selten Speisefarten, in denen eine größere Anzahl, manchmal sechs bis acht Fleischgerichte, verzeichnet sind. Wenn die Wirte von den Preisprüfungsstellen zur Verantwortung gezogen werden, so entschuldigen sie sich damit, daß es sich ja nur um Gerichte aus Fleisch von zwei verschiedenen Tierarten, z. B. Rind- und Schweinefleisch, handle. Durch eine solche falsche Auslegung der betreffenden Vorschrift wird die angeordnete Einschränkung natürlich hinfällig. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes weist daher erneut darauf hin, daß nur zwei Fleischgerichte auf die Speisefarte gesetzt werden dürfen. Es ist nur zulässig, neben den zwei Fleischgerichten Kopf, Zunge und innere Teile und außerdem das Fleisch zahmer Kaninchen zu verabreichen.

Die Maßnahmen gegen die Aushun- gerung Pozsonys.

Aus Hausfrauenkreisen wird uns geschrieben:
„Auf Ihre w. Veröffentlichung vom 11. d. M. unter dem Titel „Maßnahmen gegen die Aushungierung Pozsonys“ gestatte ich mir an dieser Stelle noch ein für die Bevölkerung Pozsonys nachteiliges Tun und Treiben der Wiener Mäkte, welche sich von Tag zu Tag in unserer Stadt vermehren und unsere Gastfreundschaft in stets steigender Weise mißbrauchen, zu detaillieren.“

Mit Befriedigung nehmen wir die neue Verordnung der k. k. Approvisionierungskommission bezüglich der Einschränkung des Milchkaffees in den Kaffeehäusern und Kaffeeschänken, sowie des Mittag- und Nachtmahles in den Restaurationen und Gastwirtschaften an und hoffen, daß dadurch die Fremdeninvasion doch einigermaßen eingeschränkt werden wird.

Einen Grund zur Entrüstung, von der sich bei bestem Willen das gutmütigste Pozsonyer Herz nicht zurückhalten kann, gibt auch unser Marktplatz, wohin schon früh Morgens die hungrigen — besser gesagt — unerättlichen Wiener karawanenweise mit Reisetaschen und Rucksäcken beladen, strömen. Als Beobachterin sehe ich, daß seitdem die Gemüsesaison begonnen hat, die Grünware von den Wienern förmlich aus den Händen des Verkäufers gerissen wird. Der Preis spielt keine Rolle und um einen direkt märchenhaften Gegenwert wird unser Gemüse und Obst aufgekauft und weggeschleppt. Der Kürbis z. B. hat einen fabelhaften Preis erreicht, das Kilo kostet K. 1.60 und, wie ich mich an Ort und Stelle überzeugt habe, wird derselbe fast ausschließlich von Wienern gekauft.

Durch dieses Treiben der Wiener wird die Teuerung stets unerträglicher, die Art und Weise der Behandlung der Verkäufer gegenüber der Pozsonyer Bevölkerung immer roher, brutaler. Welche Opfer unter solchen Verhältnissen die Pozsonyer Bevölkerung, besonders der Mittelstand bringen muß, ist einfach unbeschreiblich. Die harte Winterzeit brachte der Bevölkerung die größten Entbehrungen, welche jedoch ein jedes gute ungarische Herz mit patriotischer Opferwilligkeit ertragen hat. Nun ist der Sommer gekommen und die Erde hat uns Gemüse geschenkt, das wichtigste Volksernährungsmittel, auf das die Bevölkerung rechnete, welches heute zu kaufen jedoch uns aus obigen Gründen unmöglich gemacht wird, denn es ist ja ausgeschlossen, daß z. B. eine riesige Familie zu solch' unglaublichen Preisen Gemüse sich einschaffen könnte.

Es wäre daher dringend notwendig, diesem Gemüsewucher je früher ein Ende zu machen und

eine energische Kontrolle bei der Wiener Elektrischen sowie Schiffstation aufzustellen, damit den Wienern die Möglichkeit genommen wird, auch noch unsere Grünwaren fortzuschleppen.“

Ferner wird nach Oesterreich massenhaft Geflügel, Wild, Gemüse und Obst von den Verkäufern selbst ausgeführt. Das wenige minderwertige Geflügel (denn das schönste Geflügel wird nach Wien gebracht), welches auf unseren Platz gelangt, wird jedoch zu solchen Preisen angeboten, daß es nur sehr wenigen möglich ist, hievon zu kaufen.

Wir sind von der Umsicht der k. k. Approvisionierungskommission, die unter dem Vorsteher des Herrn Bürgermeisters steht, überzeugt und sie würde uns Pozsonyer Hausfrauen zu unvergänglichem Dank verpflichten, wenn sie bezüglich der energischen Kontrolle bei den Stationen, sowie bezüglich des Ausfuhrverbotes von Geflügel, Wild, Gemüse und Obst die nötigen Schritte unternehmen würde.

Für die Veröffentlichung dieser Zeilen im vor-
hinein bestens dankend, zeichne mit
Hochachtung

Frau E. E.

Wien und die staatliche Ernährungspolitik.

Bezirksvorsteher Reichsratsabgeordneter Benzel Ruhn hat im Abgeordnetenhaus eine Anfrage an die Regierung eingebracht, in der er darauf verweist, daß in bezug auf die Lebensmittelversorgung die Reichshauptstadt in jeder Beziehung von den staatlichen Zentralstellen abhängig ist und daß deshalb auch die gegen die Gemeinde Wien von der Staatsverwaltung wiederholt erhobenen Vorwürfe wegen unrichtiger Verteilungsmaßnahmen ungerechtfertigt sind, weil die Regierung immer verlangte, daß das verteilt werde, was die Regierung nicht zur Verfügung gestellt hatte.

Der Interpellant verlangt im Interesse der sicheren Versorgung der Stadt Wien: Die Anlegung eines eiserne n Vorrates von mindestens 2000 Waggons Getreide für die Versorgung der 2-Millionen-Bevölkerung. Nur im Jahre 1915 — bevor also das k. k. Amt für Volksernährung bestand — war es möglich, eine Reserve von 1200 Waggons (Deutsches Mehl) anzulegen, welche über alle kritischen Momente, welche naturgemäß Verkehrsstörungen usw., insbesondere aber der Übergang von der alten zur neuen Ernte, hervorgerufen, hinweghelfen. Diese Forderung muß jetzt am Beginn der neuen Ernte mit allem Nachdrucke erhoben werden.

Bei Fett und Fleisch hat sich die zentrale Bewirtschaftung in keiner Weise bewährt. Weder ist ein Abbau der Preise eingetreten, noch ist die Vieh- und Fettausbringung in befriedigender Weise geregelt. Trotz des gewiß herrschenden Mangels in Wien verdirbt das den Bauern auf dem flachen Lande abgenommene Fett, weil die verantwortlichen politischen Behörden in der Provinz es unterlassen, rechtzeitig die erforderlichen Verfügungen zu treffen. Verteilung von Fett und Fleisch durch die Zentralen ist regellos. Die Höchstpreisverordnung in Fleisch und Fett hat das Unglück vollgemacht. Aus Ungarn kommen überhaupt keine Waren (Schweine oder Schweineprodukte), sie können nur auf Schleichwegen gegen enorme Preise bezogen werden. Schweinefett notiert heute in Ungarn Kr. 22.— pro Kilogramm gegenüber dem Oesterreich und Ungarn in gleicher Weise erstellten Detailhöchstpreis von Kr. 9.60 pro Kilogramm. Eine energische Maßnahme der Regierung zur Behebung der Schweine- und Fettnot muß in letzter Stunde getroffen werden, da die bisherigen Verordnungen der österreichischen Regierung an dem passiven Verhalten der ungarischen Staatsverwaltung gescheitert sind. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Heeresverwaltung nicht einen Teil der mit großen Vieh- und Lebensmittelbeständen gesegneten besetzten Gebiete, insbesondere Russisch-Polen und Serbien, für die Versorgung wenigstens des größten Konsumplatzes Wien freigibt, da dies ohne Beeinträchtigung des Bedarfs der Heeresverwaltung nach eingeholten Informationen leicht möglich ist. So hat die Gemeinde Wien eine Zeitlang mit Zustimmung des Armeekorps-Oberkommandos Schweine und Rinder aus Russisch-Polen und Serbien bezogen; seitdem auch dieses Bezugsrecht an die staatliche Zentralstelle (die frühere „M. I. e. s.“) übergegangen ist, wurde Wien überhaupt ausgeschaltet.

Ebenso verhält es sich mit der Versorgung von Hülsenfrüchten: Die Gemeinde Wien hatte große Einkäufe getätigt im Jahre 1914 und Anfangs 1915. Seit der staatlichen Bewirtschaftung sind weder aus der Ernte 1915 noch aus der Ernte 1916 der Gemeinde Wien Hülsenfrüchte überlassen worden. Gerade in der jetzigen Zeit der Kartoffelnot und des Gemüsemangels fehlen diese Lebensmittel.

Das im Vorjahre inaugurierte System der strengen staatlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln hat theoretisch vollkommen gestimmt, praktisch aber vollkommen versagt. Ein Ausgleich zwischen dem jetzt von der Regierung beabsichtigten strengen System der staatlichen Kartoffelbewirtschaftung und den Kartoffellieferungsgeschäften wird unvermeidlich sein.

Die von der Regierung in der jüngsten Zeit erlassenen Verordnungen über die staatliche Einschränkung auf die Obst- und Gemüseversorgung, welche sich ohne eine staatliche Bewirtschaftung darzustellen, auf Androtzwang und Höchstpreise beschränkte, hat, wie die Wiener Märkte beweisen, ebenfalls versagt. Hauptgrund ist auch in diesem Belange unsere Abhängigkeit von den ungarischen Bezügen, für welche keine oder wesentlich höhere Höchstpreise bestehen. So wie bei Fett und Fleisch können auch die Fragen der Obst-, Gemüse- und Kartoffelversorgung nur gemeinsam mit Ungarn gelöst werden.

Die vor 14 Tagen in Kraft getretene Heu- und Strohverordnung hat ebenso wie alle übrigen Regierungsverordnungen vollkommen versagt. Die Wirkung der allgemeinen Beschlagnahme an Heu und Stroh äußert sich darin, daß die Ware vom Markt verschwunden ist, weil zu den normierten Höchstpreisen nichts abgegeben wird. Dagegen kann aus Ungarn Heu um 60 bis 70 Kronen per Meterzentner bezogen werden, wogegen die österreichische Futtermittelzentrale, welche Heu und Stroh zu bewirtschaften hat, heute auch nicht über einen halben Heu verfügt. Eine derartige Verordnung, verbunden mit der staatlichen Bewirtschaftung, hätte eben zur Voraussetzung gehabt, daß vorerst der Aufbringungsapparat geschaffen werde, was leider unterlassen wurde, so daß

wir heute vor einem Vakuum stehen, das zur Abschlachtung der Melkkühe innerhalb des Wiener Gemeindegebietes führen muß!

Der Interpellant verweist schließlich auf die Notwendigkeit, daß den Kohlenlagerplätzen, welche für die ärmere Bevölkerung von der Gemeinde Wien geschaffen wurden, Kohle von der Regierung zugewiesen wird, was bis jetzt nicht geschehen ist.

Die Anfrage schließt: Es muß insbesondere verlangt werden, daß diese Zentralen lediglich auf gemeinnütziger Basis arbeiten, daß wirklich nur erprobte Fachleute in diesen Zentralen verwendet werden und daß jeder bürokratische Zug, der entgegen aller Voraussicht vielfach beobachtet wird, ehestens beseitigt werde. Ueber die finanzielle Gebarung der Zentralstellen und die Verwendung etwaiger Ueberschüsse muß die Regierung Rechenschaft geben. Ist durch eine Neuordnung ein Erfolg nicht zu gewärtigen, so möge die Regierung schon heute Vorkehrungen treffen, daß die Auflösung dieser Lebensmittelzentralen ehestens bewirkt werde, um unter Heranziehung des legitimen Handels das wirtschaftliche Friedensleben wieder vorzubereiten.

14. VII. 1917

77 14

179

Bekanntmachung

betreffend

den Handel mit Gemüse und Obst.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und der Versorgungsregelung vom 25. September 1916 (R. G. Bl., Seite 607) wird bestimmt:

§ 1.

Wer im Gebiete der Stadt Hamburg und der Landherrenschaften der Geestlande, Marschlande und Bergedorf gewerbmäßig als Erzeuger oder als Händler Gemüse oder Obst absetzt, hat jederzeit auf Verlangen den Beamten der zuständigen Polizeibehörden sowie den Beamten und Beauftragten des Hamburgischen Kriegsverorgungsamts und den zuständigen Preisprüfungsstellen Auskunft darüber zu geben, an wen er sein Gemüse oder Obst absetzt oder abgesetzt hat, und hat die Schlusscheine vorzulegen.

§ 2.

Im Gebiete der Stadt Hamburg und der Landherrenschaften der Geestlande, Marschlande und Bergedorf darf Gemüse oder Obst auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen nur von solchen Personen veräußert werden, denen in der Stadt Hamburg vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt, im Gebiete der Landherrenschaften von diesen gemäß § 8 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl., Seite 807) die Erlaubnis zum Handel mit Gemüse und Obst im Umherziehen erteilt ist.

Durch diese Vorschrift wird der Absatz von Gemüse und Obst auf dem Deichtormarkt in Hamburg nicht berührt.

§ 3.

Erzeuger und Händler, die aus den Gemeinden:

Moorfleth,
Altenknecht,
Kettbrook,
Ochsenwärder,
Spadenland,
Tatenberg,
Kirchwärder,
Gurslath,
Altenknecht,
Neuenknecht,
Ost-Krauel

Gemüse oder Obst mit Fuhrwerk nach der Stadt Hamburg befördern, haben dazu ausschließlich den Weg über die Schleusenbrücke an der Grenze zwischen Tiefstack und Moorfleth zu nehmen. Ausnahmen sind nur mit schriftlicher Genehmigung der Landherrenschaften gestattet.

§ 4.

Es ist verboten, auf dem Deichtormarkt in Hamburg Gemüse oder Obst auf Vorbestellungen zurückzustellen. Jeder Verkäufer auf dem Deichtormarkt ist verpflichtet, an jeden zugelassenen Käufer gegen Bezahlung seine unverkauften Bestände an Gemüse und Obst zu verkaufen.

§ 5.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu fünfzehn hundert Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Hamburg, den 12. Juli 1917.

Hamburgisches Kriegsverorgungsamt.
Die Landherrenschaften.

14. / VII. 1917

180

* Die Lebensmittelzuteilung in Groß-Berlin. Die Groß-Berliner Gemeinden veröffentlichen eine Bekanntmachung, in der die Verbrauchsmenge an Kartoffeln und die Erfahmungen an Brot für die kommende Woche in gleicher Weise wie in der vergangenen Woche geregelt wird. Die Gültigkeitsdauer des Abschnittes 27 der Eierkarte wird bis zum 22. Juli verlängert.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf den Abschnitt 88 der Lebensmittelkarte 200 Gr. Teigwaren, auf Abschnitt 89 100 Gr. lose Suppen, auf Abschnitt 90 2 Suppentafeln. An Stelle der losen Suppen und Suppentafeln treten gegebenenfalls 250 Gr. Morgentranke. Die Abschnitte sind in der Zeit vom Sonnabend, 14. bis Dienstag, 17. Juli in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigungen abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigungen zur Verfügung stehen.

Denen, die eine Anmeldung des Käsebezugs unterlassen haben, wird Gelegenheit zur nachträglichen Anmeldung gegeben. Die Nachanmeldungen können in der Zeit vom 15. bis 17. Juli vorgenommen werden; sie dürfen jedoch ausschließlich in den Geschäften der Firmen Reichelt, Vereinigte Pommerische Meiereien und S. F. Asmann erfolgen.

Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Zeugnisses bewilligten Vollmilchkarten für August erfolgt in Berlin-Wilmersdorf durch die Abteilung für Krankenernährung, Wilhelmstraße 114/115, nach besonderer Ausgabeordnung vom Montag,

16. Juli, bis Freitag, 20. Juli, während der Tagesstunden 9—2 Uhr und 5—7 Uhr. Wer sich nicht streng an die vorgeschriebene Zeiten hält, muß damit rechnen, daß er erst nach dem 20. Juli abgefertigt wird.

Die Organisation des Volkswirtschaftsdepartements

(Mitgeteilt)

Durch Bundesratsbeschluss vom 26. Juni 1917 wurde die Handelsabteilung des schweizerischen Politischen Departements mit allen mit ihr in Verbindung stehenden Geschäften dem Volkswirtschaftsdepartement zugeteilt, in welchem nunmehr die sämtlichen wirtschaftlichen Abteilungen der Bundesverwaltung vereinigt sind. Um der durch diese Maßregel verursachten Arbeitslast Rechnung zu tragen und überdies die befriedigende Durchführung einer Reihe von Aufgaben zu sichern, hat der Bundesrat in der Organisation des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements eine Reihe von wichtigen Änderungen getroffen. In erster Linie wurde eine neue selbständige Abteilung geschaffen, unter der Bezeichnung

„Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft“.

Diese übernimmt einen großen Teil der bisher der Handelsabteilung obliegenden Geschäfte. Überdies sind ihr noch eine Reihe neuer Aufgaben überwiesen worden. Sie beschäftigt sich namentlich mit folgenden Fragen: Einfuhr und Verteilung der Kohle, unter Vorbehalt der Befugnisse, die der Zentralfstelle für Kohlenversorgung der Schweiz eingeräumt sind; Organisation der rationellen Verwendung des elektrischen Stromes in Industrie und Haushalt; die Beschaffung und Verteilung industrieller Rohstoffe und Hilfsmittel; Versorgung des Landes mit in der Schweiz hergestellten und eingeführten Produkten, soweit es sich nicht um solche der Nahrungsmittelindustrie handelt; Handhabung der Ausfuhrverbote und Erteilung von Ausfuhrbewilligungen, soweit diese bis jetzt von der Handelsabteilung besorgt wurde; Anregungen aus dem Gebiete der industriellen Kriegswirtschaft. In dieser Abteilung bestehen eine Reihe von Sektionen, die in ihrem Fachgebiet selbständig arbeiten und unter den bisherigen bewährten Leitern verbleiben, so die Sektion für Chemie, Sektion Metalle und Maschinen, Sektion Textilindustrie und Sektion für juristische Geschäfte.

Ferner wird im Volkswirtschaftsdepartement ein Generalsekretariat geschaffen, welches bestimmt ist, den Kontakt der einzelnen Abteilungen unter sich zu erleichtern, die Geschäfte des Departementsvorstehers vorzubereiten und namentlich gewisse rechtliche Aufgaben zu übernehmen. Dem Generalsekretariat können auch weitere Aufgaben zugeteilt werden, mit denen sich bis jetzt die Handelsabteilung beschäftigt hat. Die Handelsabteilung selbst wird sich in Zukunft im wesentlichen mit den Geschäften befassen, die ihr durch das Organisationsgesetz zugewiesen sind. Mit den Ausfuhrgeschäften wird sie sich nicht mehr zu befassen haben. Das Kompensationsbureau wird aufgehoben. Herr Rat. Rat Schmidheiny wird auf sein ausdrückliches Begehren von jeglicher Mitwirkung beim Ausfuhrdienst entbunden. Dagegen wird er auf den Wunsch des Bundesrates bei der Regelung der Handelsverhältnisse mit dem Auslande auch in Zukunft mitwirken.

Die vom Bundesrate getroffenen grundsätzlichen Entscheidungen, ferner Vorschriften über

die Rechtsstellung des Personals der außerordentlichen Abteilungen und der Hilfskräfte im Departement überhaupt, werden in einem Bundesratsbeschlusse über die Organisation des Volkswirtschaftsdepartements niedergelegt werden, der in einer der nächsten Sitzungen erlassen wird. Im Einverständnis mit dem Bundesrat hat der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes als Leiter der „Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft“, Herrn Oberst Wagner, Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, ernannt. In das Generalsekretariat werden die Herren Dr. Bleuler, Adjunkt des Vorstehers der Handelsabteilung, und Herr Fürsprecher Walter Stucki in Bern eintreten.

Groß-Berlins Ernährung.

Die Vorschläge der Gewerkschaften.

Der Arbeiterausschuß für Ernährungsfragen in Groß-Berlin ist, wie in der letzten Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission mitgeteilt wurde, bei dem Staatskommissar Michaelis Anfang Juli wegen der mangelnden Lebensmittelzufuhr nach Berlin vorstellig geworden. Der Ausschuß erhielt zur Antwort, daß 119 000 Zentner Graupen und sonstige Nahrungsmittel Groß-Berlin zur Verfügung gestellt werden. Auch wurde in Aussicht gestellt, daß die gleiche Brotmenge wie vor dem 18. April, also 1900 Gramm vom 15. August ab zur Verfügung gestellt werden sollen. Sobald das Ergebnis der neuen Ernte feststeht, werde man genau die Brotmenge festsetzen, die sicherlich nicht unter 1900 Gramm bleiben wird. Alle gegen Krankheit versicherungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen zu dem 1900 Gramm einen Zuschlag von 350 Gramm erhalten, ihre Wochenmenge wäre demnach 2250 Gramm. Am 15. August fällt dann das halbe Pfund Zusatzfleisch fort, das als Ersatz für mangelnde Kartoffeln bestimmt war. Bedauerlicherweise sind die kaufmännischen und technischen Angestellten in die Verteilung von Zusatzarten nicht einbegriffen, da die vorhandene Menge nicht ausreicht. Staatskommissar Michaelis hofft durch schärferes Zufassen von vornherein für die Zukunft genügende Lebensmittel sichern zu können.

Dieses schärfere Zufassen täte sehr bald not, den während Tausende und Abertausende stundenlang vergeblich vor den Gemüseläden in den kinderreichen Vierteln Berlins harren, wird an anderen Stellen unter Umgehung der Höchstpreise ein flotter Handel mit Obst und Gemüse getrieben.

Nach längerer Erörterung nahm die Gewerkschaftskommission einstimmig eine Erklärung an, in der es zum Schluß heißt:

„Angeichts des Versagens der Regierung in bezug auf eine geordnete und gerechte Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung unter Nichtberücksichtigung der geeigneten Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter halten es diese für erforderlich, daß aus den Reihen der Gewerkschaftsorganisation Vertreter der Arbeiter dem Kriegsernährungsamt und dem Staatskommissar für Preußen zur Kontrolle und Beschlußfassung über die Verteilung der Nahrungsmittel oder sonstige notwendige Maßnahmen mit Sitz und Stimme beigeordnet werden.“

Verwahrung des Stadtrates gegen eine Äußerung des Barons Kürthy.

Die „Mathauskorrespondenz“ meldet: Nach Zeitungsberichten soll der Leiter des ungarischen Ernährungsamtes Baron Kürthy erklärt haben, daß in Wien wegen der gänzlich unfähigen Organisation bedrohlicher Mangel herrsche. Stadtrat Hohenjinner brachte in der Stadtratssitzung vom 12. d. diesen Bericht zur Sprache und verlangte, daß gegen diesen unzutreffenden Anwurf, soweit er sich gegen die Gemeinde Wien richtet, die Obmännerkonferenz Stellung nehmen soll. Stadtrat Spalowsky verwies darauf, daß die Mängel in der Organisation lediglich in der Aufbringung und Anlieferung der Lebensmittel herrschen; hiemit habe jedoch die Gemeinde nichts zu tun, vielmehr sei das Sache staatlicher Behörden, insbesondere des Amtes für Volksernährung. Vizebürgermeister Hof bezeichnet es als tief bedauerlich, daß ein ungarischer Funktionär derartige Äußerungen macht, durch die der Schein einer Anschuldigung gegen die Gemeinde Wien hervorgerufen wird. Die folgenden Redner, die Stadträte Knoll, Wippel und Högel, traten den eingangs erwähnten Anwürfen ebenfalls entgegen, worauf folgender Beschluß einstimmig gefaßt wurde:

Der Wiener Stadtrat bedauert die in einem Wiener Abendblatt vom 11. d. mitgeteilten Äußerungen des Leiters des ungarischen Ernährungsamtes Baron Kürthy und weist dieselben als eine Einmischung in österreichische, insbesondere Wiener Verhältnisse zurück. Der Stadtrat erklärt, daß die bezeichneten Mängel der Organisation nur in der Aufbringung und Anlieferung der Lebensmittel gesucht werden könne und daß die von der Gemeinde durchzuführende Verteilung eben unter dem Umstande leide, als die von staatlichen Behörden durchzuführende Aufbringung und Anlieferung ungenügend ist. Soweit der Vortrag sich demnach gegen die Gemeinde Wien richten sollte, müßte er als unzutreffend mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.“

Die Verpflegung der Strafanstalten.

Ein Erlass des Justizministeriums.

Wie wir erfahren, ist kürzlich vom Justizministerium an die Direktionen der österreichischen Strafanstalten der Erlass ergangen, daß in berücksichtigungswürdigen Fällen das bisher absolute Verbot des Mitbringens von Lebensmitteln durch die Besucher der Sträflinge außer Kraft treten soll. Auch die Zusendung von dauerhaften Lebensmitteln, wie Sardinien und Wurst sowie auch Brot, soll diesem Erlass zufolge in Einkunft mit Zustimmung der Direktion der Strafanstalt gestattet sein. Daß die Aufhebung des Verbotes der Lebensmittelzusendung nach den Strafanstalten nur bedingt erfolgte, ist darauf zurückzuführen, daß bisher mit den Sendungen an Sträflinge von den Anstaltsleitungen sehr schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Nicht selten konnte bei der Kontrolle einer solchen Sendung die Feststellung gemacht werden, daß zwischen den Pappdeckeln eines Gebirgsbucheinbandes eine englische Feile oder eine kleine Säge versteckt war, die die Frau oder ein anderer Anverwandter des Sträflings diesem als Handwerkzeug zugesendet hatte.

Die Zusendungsmöglichkeit von Lebensmitteln unterliegt auch insofern einer Einschränkung, als Fleisch und Milch sowie Butter, die die Landleute ihren Angehörigen in den Strafanstalten zusenden wollten, wegen der raschen Verderblichkeit nicht geschickt werden können. Es ist nämlich schon vor dem Erscheinen dieses Erlasses vielfach vorgekommen, daß Landleute leicht verderbliche Lebensmittel den Sträflingen mitbrachten und dadurch viele Lebensmittel zugrunde gegangen sind.

Das Zustandekommen dieses Ministerialerlasses ist darin begründet, daß die Lebensmittelversorgung der Strafanstalten bereits seit längerer Zeit auf große Schwierigkeiten stößt. Einen gleichartigen Erlass hat bereits vor einiger Zeit das Kriegsministerium für die Militärstrafanstalten herausgegeben.

Was den Sträflingsstand in der letzten Zeit betrifft, so läßt sich im allgemeinen feststellen, daß die Zahl der Sträflinge im Kriege wesentlich zurückgegangen ist. Viele der Vorbestraften, die vor dem Kriege nach einer kurzen Freiheitsperiode durch die Verübung eines neuerlichen Delikts wieder in eine Strafanstalt gelangten, sind eingedrückt und wandern jetzt zur Verbüßung ihrer etwa während der Kriegszeit verübten Verbrechen in die Militärstraf-

anstalten. Was die Weiberstrafanstalten betrifft, so ist deren Stand zumindest gleich geblieben, wenn schon nicht erhöht worden. In Oesterreich haben wir ja im ganzen 19 Strafanstalten, wovon 15 für Männer und nur 4 für Frauen bestimmt sind. Infolge der Kriegswirren mußten einige außer Betrieb gesetzt werden. So sind die galizischen Strafanstalten in Stanislaw und Lemberg außer Betrieb gesetzt und ebenso die Strafanstalten in Capodistria und Gradiska.

In Friedenszeiten war die Verpflegung in den Strafanstalten derart geregelt, daß die alltägliche Sträflingskost aus einer Morgensuppe, einer Suppe und Zuspeise zu Mittag, einer Suppe am Abend sowie einer ausreichenden Ration Brot bestanden hat. Zweimal wöchentlich erhielten die Sträflinge auch Fleischkost. Als der Krieg mit seinem allgemeinen Einschränkungszwang kam, wurde vor allem der Brotbezug, der bis dahin doppelt so groß war als die allgemeine Brotquote, entsprechend verkürzt. Auch die Fleischabgabe mußte reduziert werden. Als dann die Knappheit in Nahrungsprodukten immer größer wurde, mußte sich die Justizverwaltung dazu bequemen, etwas mehr Fleisch zu verabreichen. Die Sträflinge erhalten zumeist Pferdefleisch, soweit dieses in der Umgebung der Anstalten aufzutreiben ist. So mußten die Direktionen der Strafanstalten angewiesen werden, von der starren Form der Sträflingsverköstigung abzulassen. Die Konservensuppe kann auch nicht mehr regelmäßig verabreicht werden, da die Konserven im Schwinden begriffen sind.

Wie sehr die Verpflegung der Strafanstalten gegenwärtig zu wünschen übrig läßt, kann man daraus ersehen, daß sie früh und abends aus einer fast ungenießbaren Suppe und mittags auch noch aus einer schlecht zubereiteten Zuspeise besteht. Fleisch wird den Sträflingen nur noch einmal wöchentlich, und auch das nicht regelmäßig, verabreicht. In letzter Zeit konnte die berühmte Eintopfsuppe überhaupt nicht mehr hergestellt werden, da die Strafanstalten fast kein Mehl zugewiesen erhalten. So mußte den Sträflingen zum Abendessen eine Zuspeise, zumeist Dörrfrucht, verabsolot werden.

Aus wirtschaftlichen Gründen ist auch durch eine kaiserliche Verordnung die Erteilung von Strafausschüben und Strafunterbrechungen bei Verurteilungen bis zu zwei Jahren verfügt worden. Während die Verurteilten von den Strafausschüben in sehr großem Umfange Gebrauch gemacht haben, sind Strafunterbrechungen in verhältnismäßig geringer Anzahl zu verzeichnen. Die Gesuche um Strafunterbrechungen mußten nämlich die Sträflinge selbst einbringen, und diese zogen es zumeist vor, die angetretene Strafe auf einmal zu verbüßen.

Die Obst- und Gemüseversorgung Groß-Berlins.

Besserung in Aussicht!

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly, hat Gelegenheit genommen, gestern die Vertreter der Berliner Presse in einer eingehenden Besprechung über die Zustände auf dem Groß-Berliner Obst- und Gemüsemarkt zu unterrichten und die Maßnahmen zu erörtern, die zu einer Besserung der Verhältnisse führen sollen und hoffentlich auch führen werden. Diese Besserung ist durch energisches Eingreifen der Reichsstelle selbst zu erwarten, die, über ihre eigentlichen Wirkungsgebiete hinausgehend, jetzt auch selbst als Verkäufer auftritt, um Obst und Gemüse aus den mit guter Ernte gesegneten Erzeugungsgebieten in die reinen Verbrauchsgebiete zu leiten, also in die großen Städte, vor allem nach Groß-Berlin, wo tatsächlich die Verhältnisse am aller schlechtesten liegen. Der Erfolg der Bemühungen der Reichsstelle macht sich schon in dieser Woche spürbar, wo, von ihr beschafft, 560 Eisenbahnwagen mit Gemüse und Obst eintreffen. Daneben läuft das, was die Städte und Landgemeinden Berlins und der Großhandel herbeischaffen, so daß man in der Tat mit einiger Zuversicht der nächsten Zeit entgegenblicken darf. Allerdings, im Kleinverbrauch, in der Familie, wird man den reichlicheren Segen erst in etwa acht bis zehn Tagen spüren; es heißt also für die Hausfrauen, sich noch eine Woche in Geduld fassen! Man darf aber den Ausführungen des Herrn v. Tilly entnehmen, daß dann das Ärgste überwunden ist und eine stetige Besserung eintreten wird, zumal auch die Stadt Berlin und die übrigen zu Groß-Berlin gehörenden Glieder durch das Vorgehen der Reichsstelle sich zu tatkräftigem Handeln angeregt fühlen werden. Das bereits veröffentlichte Gebot an die städtischen Gemüsepächter (die allein von Berlin schon 10 000 Morgen in Pacht haben), ihre Bodenerzeugnisse nur noch auf den Groß-Berliner Markt zu liefern und den wilden Handel an Ort und Stelle zu unterlassen, wird eine weitere Besserung bringen, obwohl man nicht allzu viel von dort erwarten darf, weil die Dürre gerade hier einen großen Teil der zu erwartenden Ernte vernichtet hat. — Aber auch auf den Berliner Großhandel wird anfeuernd gewirkt werden; er scheint sich, wie aus verschiedenen gestern gefallen Bemerkungen hervorging, sehr auf die faule Haut gelegt zu haben und soll nun energisch an seine Pflichten gemahnt werden.

Von weiteren bevorstehenden Maßnahmen zur Besserung der Verhältnisse sei noch auf die neue Groß-Markthallen-Ordnung hingewiesen, die am 24. Juli in Kraft treten und eine größere Zahl von Kleinhändlern zu ihrem Recht kommen lassen wird, so daß die eintreffenden Mengen besser über Groß-Berlin verteilt werden können; sie soll auch den unlauteren Vorverkauf vor der Markthalle Alexanderplatz verhindern, durch den ansehnliche Mengen dem freien Handel entzogen werden, weil sie unter der Hand verschoben werden. Dem gleichen Zweck will die Beschränkung der Zufuhr auf nur drei Berliner Bahnhöfe dienen, von wo aus nur noch unter städtischer Aufsicht gehandelt werden darf, so daß Schiebungen in größerem Maße nicht mehr vorkommen können.

Dürre, unzureichende Maßnahmen und teilweises Versagen des Großhandels sind die Hauptursachen für den Mangel am Groß-Berliner Markte. Daß auch die Hausfrauen selbst zu einem Teil schuld haben — allerdings, wie wir betonen möchten, eine verzeihliche Schuld —, wurde gestern besonders hervorgehoben. Sie gehen in der Sorge um spätere Monate zu weit, indem sie schon jetzt so viel wie möglich einzumachen trachten. Angesichts des augenblicklichen Mangels sollte jede Hausfrau nur den Tagesbedarf decken und nur die Obst- und Gemüseforten einmachen, die später nicht mehr zu haben sind, und auch diese mit Maß und Ziel; entzieht sie doch dem weniger Kaufkräftigen sonst das bißchen, was er bei allgemeiner Selbstbeschränkung haben könnte!

Die Ausfuhrverbote und Höchstpreise.

Gegen die Ausfuhrverbote für Gemüse, die viele mit guter Ernte gesegneten Gebiete für die allgemeine Versorgung ausschlossen, ist durch eine in der letzten Woche ergangene Verfügung des jetzigen Reichszanklers Dr. Michaelis energisch vorgegangen worden. Grundsätzlich besteht voller Freihandel für Gemüse, und daran soll nicht gerüttelt werden. Ausnahmen sind nur in bestimmten Fällen zulässig, und selbst ein hochmöglicher kommandierender General mußte sein Ausfuhrverbot zurücknehmen.

Auch an den Höchstpreisen wird die Reichsstelle unbedingt festhalten. Sie allein verhindern eine sonst unausbleibliche Bewucherung; das ist die unbedingte Ueberzeugung des Herrn von Tilly, von dem man die Gewißheit haben darf, daß er seinen festen Standpunkt nach gründlichster Erwägung aller Umstände gewonnen hat. Alle Einsprüche gegen die Höchstpreise gehen von interessierten Händlergruppen aus, denen nicht nachzugeben Pflicht gegen die Allgemeinheit ist.

Auch über die Marmeladeversorgung ließ sich Herr v. Tilly aus, und auch hier verheißungsvoll. Obst dafür kann in hinreichender Menge erfaßt werden, so daß das ideale Ziel, jedem Deutschen täglich 30 Gramm Aufstrichmittel (einschließlich Kunsthonig und Syrup) zu sichern, wenn auch vielleicht nicht völlig, so doch nahezu, erreicht werden wird.

Als Ergebnis der Aussprache darf festgestellt werden, daß durch kräftiges Eingreifen jetzt Besserung geschaffen wird, und man darf die Worte des Herrn v. Tilly: „Wir können vertrauensvoller in die Zukunft blicken, wir kriegen bessere Verhältnisse!“ wirklich als erfüllbare Verheißung nehmen, weil hinter ihr tatkräftiges Handeln steht. B. E.

Eine steirische Ernährungskonferenz.

fand heute im Budgetsaale des Abgeordnetenhauses unter dem Voritze des Abg. Ritter v. P a n z statt, an welcher der Ernährungsminister Generalmajor von H ö f e r, der Statthalter von Steiermark Graf C l a r y und die steirischen Abgeordneten aller Parteien teilnahmen. Minister v. H ö f e r betonte einleitend, daß die Krise in der Ernährungsfrage augenblicklich auf dem Höhepunkt angelangt sei. Vor Mitte August werde sich nach menschlicher Voraussicht die Lage bessern. Es brachten hierauf Statthalter Graf C l a r y und die Abgeordneten die Wünsche der Steiermark an den Ernährungsminister vor.

Dieser wiederholte, daß eine Besserung in der Ernährung vor Mitte August eintreten und daß sie besser sein dürfte als im Vorjahre. Im weiteren befaßte er sich mit dem Wildabschuß. Hinsichtlich Ungarns geschehe das Mögliche. Der Kaiser sei über die Verhältnisse vollkommen unterrichtet, um überall vermittelnd eingzugreifen. Bezüglich der Aufkäufe von Gemüse usw. von militärischer Seite seien die nötigen Schritte eingeleitet.

Die ungleiche Viehverwertungspolitik.

Eine Gefahr für den österreichischen Viehstand.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen erhalten wir die nachstehende, in allen ihren Teilen verifizierte Zuschrift:

„Der Ernährungsminister General Söfer hat in seiner jüngsten Parlamentsrede das Entgegenkommen, das Ungarn in Ernährungsfragen Oesterreich bekundet hat, hervorgehoben. Gestatten Sie mir, Ihnen dieses Entgegenkommen mit einigen Beispielen zu illustrieren:

Bekanntlich hat Ungarn seit jeher die Höchstpreise höher gestellt als Oesterreich, womit, da Ungarn immer ein Ausfuhrland war, eine beträchtliche Steuer auf seine Rundschaft, auf Oesterreich, gelegt wurde. Im Augenblick beabsichtigt Ungarn, den Höchstpreis für Weizen von 42 auf 50 Kronen hinaufzusetzen, obwohl die Ergebnisse der Weizen- und Roggenernte sich in den letzten Wochen quantitativ und qualitativ weit über Erwarten gebessert haben. Das Entgegenkommen Ungarns wird aber noch deutlicher illustriert durch seine Viehverwertungspolitik. Für Vieh gibt es in Ungarn weder Requisitionen noch irgendwelche amtliche Preisregulierung. In Oesterreich dagegen findet eine stetig schärfere Requisition des Viehes statt, und zwar zu Höchstpreisen, die in einem krassen Gegensatz stehen zu den im freien Verkehr in Ungarn sich herausbildenden Preisen. Laut einem mit zur Verfügung stehenden authentischen Bericht über Viehveräußerungen aus der Szegediner Gegend wurden Loko Weide oder Stall ungarische alte Stiere pro Kilo mit K. 4.90, Berner vierjährige Junzen (Ochsen) mit K. 4.25, Berner sechsjährige ausgewollene Kühe mit K. 4.50, ungarische alte Kühe mit K. 3.75, ungarisches diverses Jungvieh mit 2.70, ausgewollte ungarische schlechte Zugochsen mit K. 2.70, einjährige Schweine von der Weide mit K. 8, Federferkel, somit 5 Monate alte Ferkel, mit K. 10 pro Kilo gezahlt. In Mähren dagegen, wo, wie in ganz Oesterreich, für Vieh ein Verkaufsverbot besteht, variiert der Requisitionspreis für Rindvieh zwischen K. 2 und 3 Loko Abgabestation. In Mähren sind seit dem Oktober 1916 20 Prozent des Viehstandes wegrequiriert worden. Hierbei ist zu bemerken, daß bei der Viehstandesaufnahme das Kalb voll gezählt wird, bei der Abgabe der erwähnten 20 Prozent jedoch nur mindestens zweijähriges Vieh entgegengenommen wird. Hierdurch werden die Landwirte genötigt, Buchkalbinnen und Kühe abzugeben, so daß durch die Requisitionen der Viehstand nicht nur quantitativ, sondern noch in weit höherem Grade qualitativ ernstlich bedroht erscheint. Die Verhältnisse in Mähren, die ich genau kenne, bilden natürlich keine Ausnahme unter den österreichischen Verhältnissen. In Böhmen, in den Alpenländern und in Innerösterreich stehen die Dinge ebenso. Das Resultat dieser konträren Behandlungsmethoden des Viehstandes wird sein, daß Ungarn seinen Viehstand nicht nur nicht verringert, sondern, sofern die Futterverhältnisse es gestatten, noch vermehrt, während in Oesterreich bei Fortdauer dieser geschilderten Requisitionen nicht nur der Viehstand, sondern die ganze Landwirtschaft gründlich ruiniert wird.“

Die St. Pöltner am Wiener Gemüßemarkt.
Aus St. Pölten wird berichtet: Auf Wunsch und Beschluß der Approvisionierungskommission von St. Pölten wurde der städtische Inspektor Allinka, mit den nötigen Vollmachten und Mitteln ausgestattet, nach Wien gesendet, um dort die nötigen Mengen von Gemüßen anzukaufen, weil die Traisenstadt unter dem Gemüßemangel empfindlich leidet. Ueber das Resultat dieser Approvisionierungsexpedition berichtete Bürgermeister Dr. Heißler in der letzten Gemeinderatssitzung, „Inspektor Allinka habe am Wiener Gemüßemarkt überhaupt nichts zu kaufen bekommen.“

Die Erntearbeiten.

Am die Sicherung der Ernte droht sich jetzt alles, und es ist erfreulich, daß die Witterung im großen und ganzen die sich immer mehr häufenden Feldarbeiten begünstigt. Für alle späteren Fruchtgattungen dürfen die zeitweiligen Regenfälle der jüngsten Zeit als vorteilhaft angesehen werden, was um so erwünschter ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die reinen Brotfrüchte, Weizen und Roggen, nur den dritten Teil aller übrigenerealien ausmachen! Hinsichtlich der Versorgung sind wir in Oesterreich in den nächsten Monaten auf die Zuflüsse aus Ungarn in erster Reihe angewiesen, und Ungarn wird diese Aufgabe aus regulären Zeiten in der heutigen Kriegslage hoffentlich als ausgesprochene Verpflichtung anerkennen und erfüllen. Daneben wäre es angezeigt, aus Rumänien und Serbien fertiges Getreide so rasch als tunlich heraufzubringen.

Deutschland bekommt schon neuen Roggen und wird sich in nächster Zeit um so reichlicher selbst versorgen, als hohe Prämien für prompte Lieferung bestimmt worden sind. Ansonsten liegen die Ernährungsverhältnisse ähnlich wie bei uns, daselbe kann auch von dem günstigen Witterungsverlauf gesagt werden. Wenn im Reiche und in unserer Monarchie eine gute Kartoffelernte kommt, wird die Versorgung heuer unzweifelhaft besser vor sich gehen können als im letzten Jahre. — Wilsons Ausfuhrbeschränkungen sind ein Beweis für die auch nach den neuesten Schätzungen schwache Weizenernte und den Mangel an Reserven in Amerika. Weiter ist auch die erheblich vergrößerte Anbaufläche von Mais auf die großen Ausackerungen von Weizen zurückzuführen; die quantitative Schätzung von 3124 Millionen, gegen den bisherigen höchsten Ertrag von 3169 Millionen Bushels, kann um diese Zeit nur als problematisch angesehen werden. Die in erster Hand am 1. d. gewesenen Weizenborräte wurden nur auf 15.720.000 Bushels angegeben, gegen 73.760.000 Bushels in 1916. Mit den amtlich kontrollierten sichtbaren Beständen zusammen lagerten in der Union 29.929.000, gegen 122.152.000 Bushels Weizen am 1. Juli 1916. In den demonstrativen Sperrmaßnahmen gegen die Neutralen ist ferner auch eine Abwehr gegen zu weitgehende Preissteigerungen drüben zu erblicken. Die Teuerung könnte sonst leicht zu eben solchen Vorgängen führen, wie sie vor kurzem in Holland stattgefunden haben.

Bund der deutschen Städte Oesterreichs.**Von der Einkaufsstelle der deutschen Städte.**

Im Rathause fand eine Sitzung des großen Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, in welcher eine Reihe von wichtigen Angelegenheiten erörtert wurde. Dem vom Vorsitzenden Reichsratsabgeordneten Kraft erstatteten Bericht der Geschäftsleitung ist zu entnehmen, daß die im heurigen Frühjahr gegründete Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs in ihrer Tätigkeit durch den Mangel an Nahrungsmitteln auf dem freien Markte stark eingeschränkt war. Die Bemühungen zur Beschaffung von Fett, Frühkartoffeln, Gemüse und anderen Waren hatten nur teilweise Erfolg.

Hinsichtlich der Versorgung der Städte mit Kohle wurde eine Denkschrift ausgearbeitet und den kompetenten Stellen überreicht, in welcher auf die unbedingte Notwendigkeit der Beschaffung von ausreichenden Mengen von Hausbrandkohle für Koch- und Heizzwecke im kommenden Winter hingewiesen wird. Nicht minder wichtig sei aber auch die Zuweisung von Kohle an die Approvisionierungsgewerbe (Bäcker, Gastwirtschaften) sowie an die städtischen Unternehmungen und Betriebe (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Schlachthöfe, Molkereien u. a.). Die Denkschrift enthält eine Reihe von Vorschlägen, deren Durchführung geeignet ist, den Forderungen der Städte gerecht zu werden.

Die Lage der öffentlichen Krankenanstalten.

Amtsleiter kaiserlicher Rat Freißler (Mährisch-Schönberg) berichtet über die schwierige Finanzlage, in welcher sich die öffentlichen Krankenanstalten während dadurch befinden, daß die Verpflegsgelühren der dritten Klasse zu niedrig bemessen sind. Es müsse auch die Ministerialverordnung vom Jahre 1857 aufgehoben werden, aus welcher der Landesauschuß das Recht ableitet, nach eigenem Ermessen die Verpflegskosten zu bestimmen.

Nach längerer Debatte, an der sich Bürgermeister Hameritz (Waldhofen) und Bürgermeister Gschaidler (Steyr) beteiligten, wurde beschlossen, von der Geschäftsleitung einen Gesuchentwurf ausarbeiten zu lassen, in welchem allen Forderungen der Städte bezüglich der städtischen öffentlichen Krankenanstalten Rechnung getragen werden soll.

Die Kriegsteuer und die städtischen Unternehmungen.

Im Verlaufe der Beratung über die Finanzlage der Städte wurde eine Denkschrift der Gemeinde Wien vorgelegt, in welcher Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß der erhöhte Ertrag der städtischen industriellen Unternehmungen in die Kriegsgewinnbesteuerung einbezogen werde. Die Gemeinde würde diese neue Last mit Rücksicht auf die übrigen außerordentlichen Kriegsauslagen nicht mehr tragen können.

Nach eingehender Begründung durch Vizebürgermeister Raim erklärte Reichsratsabgeordneter Denk sich bereit, einen diesbezüglichen Amendementantrag sofort im Abgeordnetenhaus einzubringen. Infolge dieses Antrages hat dann der Berichtserstatter im Abgeordnetenhaus Dr. Steinwender im Namen der Regierung erklärt, daß Unternehmungen autonomer Körperschaften der Kriegsgewinnsteuer nicht unterliegen.

Einführung einer städtischen Kriegsgewinnsteuer.

Amtsdirektor Dr. Blochl wies darauf hin, daß der Bund der deutschen Städte Oesterreichs schon Anfang 1916 die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer als notwendig bezeichnet und gleichzeitig verlangt hat, daß aus deren Erträgnisse die Städte für ihre Kriegsauslagen durch entsprechende Ueberweisungen zu entschädigen sind. Nachdem bis heute eine Erledigung nicht erfolgte, so müsse neuerlich die Forderung nach den Ueberweisungen gestellt werden. Sollte dies abgelehnt werden, dann wäre der Gemeinde das Recht einzuräumen, zur Deckung ihrer nachweisbaren Kriegsauslagen einen angemessenen Zuschlag zur staatlichen Kriegsgewinnsteuer einzubeben.

Weitere städtische Wünsche.

Magistratsrat Dr. Sagmeister erstattete ein eingehendes Referat über die Wohnungsfrage in den Großstädten nach dem Kriege. Ein zweites Referat über die Wohnungsfürsorge in mittleren und kleinen Städten wurde infolge der Verhinderung des Berichterstatters Bürgermeister Dr. Storch vertagt.

Amtsdirektor Dr. Blochl wünschte die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Zeichnungen der städtischen Ämter und Beamten.

Die Kohlenversorgung.

Bürgermeister Gschaidler teilte mit, daß er, um dem voraussichtlichen Kohlenmangel im Winter zu begegnen, sich bemüht habe, den Bedarf soviel als möglich durch Holzlieferung zu decken. Die Schwierigkeiten bestehen jedoch in der Unmöglichkeit, geschulte Arbeiter zu erhalten, es müsse deshalb versucht werden, von der Militärverwaltung Soldaten oder Kriegsgefangene zugewiesen zu erhalten. Ueber den Kohlenmangel und die Folgen sowie eine eventuelle Abhilfe äußerten sich dann noch Bürgermeister Husak (Leptitz), Doktor Schrimpl (Hohenelbe) und Stadtrat Urbanowsky (Mährisch-Ostau). Letzterer stellte folgenden Antrag: „Die Leitung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs wird ersucht, bei der Regierung dringendst dahin vorstellend zu werden, umgefaßt alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Bergbanbetriebe im allgemeinen öffentlichen und insbesondere im Interesse der Kohlenversorgung der Städte ehestens ihre volle Tätigkeit aufnehmen.“

Der Abend
18. Juli 1917

87

782

Die Ueberfiedlung in Sommerfrischen.

Gegen 200.000 Personen haben bis zum 30. v. M. beim Landesverband für Fremdenverkehr ihre Ueberfiedlung aufs Land angemeldet. Zu diesen Sommerfrischlern kommt noch die ungezählte Menge jener hinzu, die ihre Ueberfiedlung nicht angemeldet haben, weil sie es vorzogen, die Karten-Lebensmittel weiterhin in Wien beziehen und von hier sich nachschicken zu lassen. Insgesamt scheint heuer die Zahl der Bewohner der Hauptstadt, die eine Sommerfrische aufsuchten, über Erwarten groß zu sein. Man merkt es nicht bloß daran, daß die Straßen leerer aussehen, es ist auch der Andrang bei manchen Lebensmittelverkäufen geringer geworden. So bekommt man Fleisch leichter und Butter wurde in der vorigen Woche, der ersten der Einteilung, nicht vollständig von den berechtigten Parteien abgeholt.

In den Kanzleien des Landesverbandes für Fremdenverkehr finden sich noch täglich Parteien ein, die ihre Ueberfiedlung anmelden möchten, doch werden solche Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen. Es bleibt diesen Parteien, wenn sie nicht aufs Geratewohl eine Sommerfrische aufsuchen wollen — was ein bedenkliches Wagnis wäre — nur der Ausweg, daß sie bei der Bezirkshauptmannschaft, zu der die Sommerfrische gehört, anfragen, ob ihre Verpflegung dort möglich sei.

Bei den großen Schwierigkeiten, die Ausflügler hinsichtlich der Verpflegung auf dem Lande wahrgenommen haben, hatte man für heuer starke Sommerüberfiedlungen nicht erwartet. Daß sie trotzdem stattfanden, ist auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens haben die Bauern, trotz der Beschlagnahmen und der Ablieferungsverbote, über die sie wehklagen, für gut zahlende Mieter immer noch Milch, Butter und Eier; zweitens haben die esenden Verhältnisse in Wien manche Familie veranlaßt, auch ohne sichere Zusagen die Ueberfiedlung zu wagen in der Voraussetzung, daß es schlechter gar nicht sein könne. Endlich spekulieren viele auf die Kraft der bewährten Mittel, die Strenge der Verordnungen zu mildern: Protection, Trinkgeld und Schlamperci.

18. VII. 1917

193

**Vorschriften über Abmeldebescheinigungen
im Reiseverkehr.**

Verschiedene Klagen aus Teilen des Reiches über die ungleichmäßige Behandlung der Vorschriften über Abmeldebescheinigungen im Reiseverkehr zum Zwecke der Versorgung mit Lebensmitteln haben den Präsidenten des Kriegs-ernährungsamts zu einem aufklärenden Rundschreiben an die Bundesregierungen veranlaßt, das im wesentlichen auf folgendes hinweist:

Personen, die vorübergehend verreisen (Kur-, Badeaufenthalt) und über 14 Tage ihren gewöhnlichen Aufenthalt verlassen, haben Anspruch auf die Erteilung des vorgeschriebenen Abmelde-scheins. Neben diesem müssen ihnen Reichsreisebrottscheine — gegen Hergabe der heimatischen Brotmarken — mitgegeben oder nachgesandt werden. Der Reiseort braucht solche nicht auszu-händigen, da dies das bestehende Abrechnungsverfahren der Reichs-getreidestelle über Mehlverbrauch stören würde. Der Reisende kann seine Reichsfleischkarten mitnehmen. Soweit dies nicht geschieht, muß jedoch der Gastort solche aushändigen. Die Zusatzfleischkarte ist neben dem Abmeldechein nicht mitzugeben, sondern einzu-ziehen. Der Gastort hat dem Fremden seine Zusatzkarte auszu-händigen. Zuckerkarten sind seitens des Gastorts nur auszugeben, wenn die Zuckertauschkarte vorgelegt wird. Im übrigen muß der Reiseort den Fremden in seine Versorgung aufnehmen, soweit dieser nicht ausweislich des Abmeldecheins Vorräte besitzt. Er darf insbesondere nicht Vorlage der örtlichen heimischen Karten des Fremden für andere als die erwähnten Lebensmittel zwecks Um-tausches verlangen. Bei der Abreise hat der Reiseort den Ab-meldechein einzubehalten, dagegen dem Abreisenden einen neuen Abmeldechein auszustellen. Dies ist nötig, da jeder Ort die Ab-meldecheine der bei ihm vorübergehend Aufhältlichen braucht, um nötigenfalls seinen Mehrbedarf an Lebensmitteln für Fremde be-legen zu können.

Erntezeit.

So sieht das Jahr wieder einmal im Zenit: Der hohe Sommer! Beinahe andächtig spricht man die Worte aus, und anders, ganz anders als sonst denkt man nach über die heiligen Mysterien des Werdens und Reisens.

Breit liegt die Sonne auf den Feldern, schwer stehen die Aehren. Es ist, als würde man noch niemals so begriffen haben wie jetzt, was das heißt: Die Erfüllung des Lebens. Gleichgültig, den Anblick oft nur ästhetisch genießend, hat man sonst über die Blumen hingeblickt. Nun sieht man darin nicht mehr bloß die herrliche Fülle der Natur, sondern man ist sich bewußt, daß das tägliche Brot gewachsen ist — das Brot für Hunderttausende. Ueber jede Aehre, die leer geblieben ist, über jede, die geknickt oder zertraten wurde, ist man betrübt. Andre aber, die sich in ihrer gesegneten Last schon dem Schnitt entgegenzuneigen scheinen, schaut man freudig an. Man hat manches gelernt in den Jahren der Entbehrung.

In der Umgebung von Wien und im Marchfelde, der unergieblichen Kornkammer der Stadt, hat der Schnitt schon begonnen. Mit dem Korn fängt es ja bekanntlich an. Dann folgt, wie man weiß, der Weizen, hierauf die Gerste und zuletzt wird der Safer zeitig. Man hat die Erntebilder sonst nur heiter gekannt, nicht nur im Liede, auch in der Wirklichkeit. „Bunt von Farben auf den Garben liegt der Kranz und das junge Volk der Schnitter fliegt zum Tanz“. . . . Zum Kränzchen ist jetzt nicht die Zeit. Kornraden und Wohnbleiben ungepflückt. Für wen sollten sich die Mädchen auch schmücken? Der Viehste ist fertig. Aber die Arbeit, die man schafft, auch für ihn und all die andern, die ihre Saat noch nicht reifen sehen dürfen, die ist ein Gruß der Treue, ob man sich nun darüber Rechenschaft gibt oder nicht. Denn hier, wo beim Einsammeln der Frucht gewissermaßen das Hohelied dieser Arbeit erklingt, hier hat man das niemals programmatisch unterschieden, was Männertätigkeit und was Frauenarbeit ist. Da hat stets jeder zugebaut wie es den Kräften entsprach, und der Bursch hat ganz selbstverständlich im Gefühl seiner größeren Kraft die schwerere Leistung getan und dem Dirndl die leichtere überlassen. Gemeinsam hat man gewirkt. Und nun, da die Männer nicht da sind, müssen es eben die Frauen auch allein meistern. Aber auch darüber wird nicht viel geredet.

Freilich, wo es sich um große Wirtschaften handelt, dort hat das Kriegsamt militärische Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, und es ist ein merkwürdiges Bild, die Feldgrauen bei dieser Tätigkeit des Friedens zu sehen. Wie viele Dichter und Maler haben in Versen und Farben den Augenblick besungen, in dem die „blinzelnde Sense“ durch die Salme faßt! Uebervoll steht man halbwillkürige Buden und auch Bauernmädchen, die das geschnittene Korn zusammenraffen und den alten Leuten helfen, es zu Garben zu binden. Der alte Bauer und die Bäuerin der „Wund“, der schon längst im „Austzug“ oder in der „Ausnahme“ war und die Wirtschaft dem Sohn übergeben hatte, ist nun wieder eingesetzt worden. Und man kann es oftmals mit Staunen verfolgen, wie die milden Glieder wieder elastisch zu werden scheinen, wie der morsch gewordene Leib sich strafft — wie die Arbeit verjüngt. Die einen sitzen vor dem Haus und flechten Strohbander oder bessern Werkzeuge aus, schleifen und nageln, buzen und schmieren, die andern aber schaffen rüstig wie einst und freuen sich der Tätigkeit, die ein längst erloschenes Licht von Jugend in ihren Widen vorübergehend wieder zu entzünden scheint. Wenn er heimkommt, der Toni oder der Hiasl, der Georg oder der Sepp, dann wird er schon merken, wie gut es ist, wenn „eins noch an Battern hat, der auf sei Sach schaut“. . . . Wohlgefallig blickt der Alte auch auf den Enkel, dessen Arzte bereits tüchtig zupacken gelernt hatten. Wenn er sich mit dem Sohne nicht immer verstand, der alte Mann — es tut eben oft weh, wenn man zurücktreten muß, gleichsam in den Hintergrund der Zeit und die Herrschaft dem Jüngeren gehört — auf die Enkelkinder über. Und er sagte nicht selten unverständene Liebe.

Die Bäuerin hat es nicht leicht, wahrhaftig nicht. Seinen Mann zur Seite und das fremde Arbeitsvolk, dessen Sprache man nicht einmal versteht und bei dem man nie recht weiß, was hinter den verschlossenen Mienen vorgeht. Daß die Teuerung und die vielen, vielen neuen Verordnungen, die Wege zur Gemeinde und zur Bezirkshauptmannschaft! Und kein Vieh im Stall und die Angst, daß man nicht rechtzeitig „einführen“ kann. Schwere Sorge kostet es, bis man endlich so weit ist, daß die Erntewagen zum Hof herankommen, mit ihrem halb erschöpften Gespann.

Gewiß, man fühlt das als Städter mehr als man es sachlich vom Grund auf erfassen kann. Aber man will begreifen, mit allen Interessen seines Wesens, und darin liegt sicherlich eine Brücke in dem Verhältnis zu Stadt und Land — über die Kriegszeit hinaus.

Es heißt, daß das Korn diesmal nicht wesentlich unter Brand und Mutterkorn gelitten hat. Die Frucht scheint gesund, und auch das Stroh ist von guter Qualität. Spurlos sind die Wochen der Dürre natürlich nicht vorübergegangen. Es hat Bandstriche gegeben, in denen umgedockt und vorzeitig Hirse und Mais gebaut werden mußten. In der Mehrzahl der Kronländer aber scheint die Ernte eine recht günstige werden zu wollen. Fast überall hat die Landwirtschaft mit Industrie, mit moderner Chemie Verständigung suchen müssen: Kunstdünger, neue Mischungen von Kraftfutter — auch die Raten haben ja davon gehört. Jene Landwirte, die ihre Wirtschaft rechtzeitig dem Fortschritte anpaßten und sich ihren Motorpflug und andre landwirtschaftliche Maschinen einschafften, die durften jetzt triumphieren. Neidvoll hat ihnen der Nachbar wohl zugeschaut, wie ihnen die Arbeit leichter vonstatten ging, und wenn nicht früher, so hat er sicherlich jetzt begriffen, daß es gut ist, sich die Ertragschancen des Fortschrittes nutzbar zu machen. Es kommt immer der Moment, der starren Konserwativismus befehrt.

Drei, vier, wohl auch fünf Wochen hat jetzt die Sense geeignete Arbeit zu tun. Der Kornschnitt leitet sie bekanntlich nur ein. Werden unsere Speicher gefüllt sein? Der Überglücken des Volkes will von alterher in jedem Heumagen, den man erblickt, eine glückliche Vorbedeutung finden. Weit stehen die Hoffen offen, und weit tun die Herzen sich der Hoffnung und der Zuversicht auf — wir haben es ja gottlos nicht gelernt, zuversichtlich zu sein, aber es ist eine Zuversicht, die von tiefter, von unbrünstiger Sehnsucht getragen wird: Hochsommer, die Zeit der Erfüllung! Und, wenn das Jahr sich neigt, werden wir dann? Wird dann? . . .

Leise hofft man: Es wird.

H. T.

Die Approvisionierungsschwierigkeiten

Eine Zuschrift des Landes-Volksernährungsamtes

Wir werden um die Veröffentlichung folgender Zuschrift ersucht:

„In der Rubrik „Lokalanzeiger“ Ihres geschätzten Blattes ist am 15. d. unter dem Titel „Die Approvisionierungsschwierigkeiten“ eine Mitteilung erschienen, deren Inhalt einerseits nicht wahrheitsgetreu die eigentlichen Ursachen des Obst-, Grünzeug- und Gemüsemangels widerspiegelt, andererseits aber eben in Folge der falschen Ein-

stellung sehr geeignet ist, in dem verbündeten Deutschland zu unangenehmen Mißverständnissen Anlaß zu geben und die unter den maßgebenden Faktoren bestehende Harmonie zu gefährden. Aus diesem Grunde ersuche ich achtungsvoll die geehrte Redaktion, jenen Theil des in Rede stehenden Artikels, in dem als Ursache des Grünzeug- und Obstmangels die außerordentlich großen deutschen Einkäufe, beziehungsweise der Export nach Deutschland angegeben wird, in entsprechender Form zu rektifizieren.

Der Grünzeug- und Obstmangel ist in diesem Jahre sozusagen überall wahrzunehmen und ebenso wie bei den Frühkartoffeln hat das außerordentlich trockene Wetter sowohl in Bezug auf Quantität als auch auf Qualität auf die Entwicklung der Obst- und Gemüsearten den ungünstigen Einfluß ausgeübt. Durch die Thatsache, daß das Frühjahr heuer vier Wochen später herangebrochen ist und durch die unmittelbar darauf eingetretene zwei Monate andauernde ununterbrochene Trockenheit wurden die zarten Pflanzen der Gemüsearten zum größten Theile zugrunde gerichtet, so daß man es mit neuen Saaten versuchen mußte. Das große Hinderniß der Durchführung bestand aber darin, daß guter Grünzeugsaamen zum größten Theile fehlte. All diese Umstände machen es verständlich, daß die Grünzeug-, Gemüse- und Obstproduzenten von sehr großen Schäden betroffen wurden und daß in Folge dessen mit Rücksicht auf die vorhandenen geringen Mengen die Preise der Obst- und Gemüsearten in riesigem Maße zunahmen. Der Mangel auch an den übrigen Lebensmitteln hat die österreichischen Kaufleute und Einkäufer veranlaßt, den in den südlichen Theilen des Landes in großer Zahl ansässigen Grünzeugproduzenten und Händlern unerhört hohe Preise anzubieten, wodurch der größte Theil der Forderung vorher gebunden wurde, weil die in Wien und in anderen österreichischen Städten lebenden vermögenden Klassen gewillt waren, jeden geforderten Preis zu bezahlen, um zu frischem heurigen Gemüse und Obst zu gelangen.

Jene in der Presse verbreiteten Nachrichten, beziehungsweise jene Ausfälle, die sich gegen die Einkäufer aus Deutschland richten, sind völlig grundlos und beruhen auf gänzlich falschen Informationen, denn Deutschland hat bisher die Erlaubniß zum Export auch nur eines einzigen Wagens frischen Obstes oder Gemüses nicht erhalten, obgleich bezüglich der Bewilligung einer derartigen Erlaubniß in unzähligen Fällen auf amtlichem Wege Schritte unternommen worden sind. Die maßgebenden ungarischen Behörden waren aber gezwungen, derartige Ansuchen von deutscher Seite in jedem einzelnen Falle abzuweisen, weil das geringe Ernteergebniß kaum im Stande war, den ungarischen und österreichischen Bedarf im Entferntesten zu decken. Gänzlich unbegründet sind die mit Recht die Empfindlichkeit unserer deutschen Verbündeten verletzenden Ausfälle eines Tageblattes, welches bestrebt ist, den in Ungarn, beziehungsweise in Budapest bestehenden Grünzeugmangel zum großen Theile auf die deutschen Einkäufer zurückzuführen, denn die krasse Wahrheit ist die, daß angesichts der ungünstigen Ernteaussichten die ungarischen Behörden mit Bedauern zwar, aber dennoch gezwungen waren, die seitens Deutschlands erhobenen Anforderungen vorläufig unbefriedigt zu lassen.“

Der Verkehr des Grünzeuges und der Obstgattungen wird bekanntlich durch die vor einer Woche erschienene Regierungsverordnung 3. 2400 geregelt. In Folge dieser Regierungsverordnung haben sich das leitende Komitee und die „Landes-Grünzeug- und Obstverkehrs-Aktiengesellschaft“ in den letzten Tagen konstituiert und werden demnächst ihre Thätigkeit beginnen. Der systemlose Verkehr von Grünzeug und Obst wird in Folge dieser Verfügung nunmehr nach gewissen leitenden Prinzipien in ein systematisches Bett geleitet werden. In weiterer Folge wird der Bedarf der Armee, der Einwohnerschaft der Großstädte und aus dem eventuellen Ueberschusse auch der der Konservensfabriken entsprechend befriedigt werden. Selbstverständlich wird ein gewisses Kontingent auch Oesterreich und Deutschland zugewiesen werden müssen, denn die Bundesstreue bringt es mit sich, daß wir den Ueberschuß aus den in Ungarn produzierten und früher auf den Platz gelangenden Produkten mit unseren Bundesgenossen theilen.

Budapest, 17. Juli 1917.

Für den Präsidenten:
Ostroluczy m. p.,
Vizepräsident.

Der Verbraucher als Erzeuger

Zur Lösung des Ernährungsproblems.

Von

Sans Ostwald.

Durch die vom Kriegsernährungsamt den Städten vorgeschlagenen Lieferungsverträge sind die Städte auch auf ein Problem gestoßen, das schon an einigen Stellen Deutschlands vor dem Kriege zu Versuchen geführt hat: in bestimmten Gebieten die Produktion durch städtische Hilfe zu heben und auf diese Weise aus den Erzeugergebieten mehr Ware herauszuholen, als bisher herausgekommen ist. Vor dem Kriege hatten die Großstädte schon einmal unter der Fleischnot zu leiden. Gleichzeitig trat eine bedenkliche Arbeitslosigkeit zutage. Frankfurt a. M. ging in der von mir seit langem verfolgten Idee — Beschäftigung der Arbeitslosen auf kultivierbarem Neuland — vor. Die Stadt gab mehreren Gemeinden im Wetterwald Hypothekengelder zur Verbesserung schlecht genutzter Weiden. Die Gemeinden verpflichteten sich, Arbeitslose der Stadt bei der Kultivierung zu beschäftigen und die Erzeugnisse an die Stadt zu liefern. Die Gemeinden hatten bedeutenden Mehrerlös aus ihrem Grundbesitz. Die Stadt aber brachte Arbeitslose unter und hatte gesteigerte Zufuhren. Auch auf Ulm muß hingewiesen werden, dessen Oberbürgermeister von Wagner schon vor dem Kriege große Schweinefleischereien eingerichtet hatte und der jetzt auch wieder für ein Eingreifen der Großstädte und Großbetriebe eintritt, die gemeinnützige Produktionsstellen schaffen sollen.

Können nun in dieser Richtung hin die Städte noch Wirkliches unternehmen? Kann die ländliche Produktion durch ähnliche Maßnahmen gesteigert werden? Ist genug Land, sind Arbeitskräfte und Düngstoffe vorhanden? Wohlüberlegte und tüchtige Organisation kann alles Fehlende finden.

Wir haben in Deutschland noch über zwei Millionen Hektar Boden, die bei richtiger Bearbeitung lohnende Erträge liefern. Außerdem finden sich bei jedem dicht bevölkerten Bezirk Ländereien, die viel intensiver als jetzt bewirtschaftet werden können. Vor den Toren Berlins liegt z. B. das Havelländische Buch. 200 000 Morgen guten Landes liegen dort brach. Die Bepflanzungen, Abflußkanäle, Schleusen, Stützkanäle waren vor dem Kriege fertig. Es brauchten nur noch Stichgräben gezogen, das Gelände umgegraben, Wege angelegt werden — Pflanzen in die Erde, Saat hinein — und Berlin hätte einen prachtvollen, ertragreichen Gemüsegarten vor seinen Toren. Auch Düng war vorhanden. 160 000 Waggons verrotteten Hausmülls lagerten dranhin. Bei energischem Zugreifen zu Beginn des Krieges hätte Berlin sich einen erheblichen Teil des Bedarfs an Hülsenfrüchten, Gemüse, Kartoffeln und Viehfutter sichern können. Der Domanenpächter Schurig-Egin hat im Buch so große Erfolge erzielt, daß er jährlich seine Betriebsfläche um Hunderte von Morgen vergrößert. Auch Dr. Edbotto, Direktor der Landgesellschaft Havelland, bestätigte, daß der Gemüsebau im Buch sehr lehrreich sei. Er erwähnt günstige Ergebnisse mit dem Anbau von Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Kohlrabi, Erbsen und Bohnen und manchen anderen Sorten.

Die Städte sollten also mehr tun, als nur Lieferungsverträge abschließen. Sie werden jetzt zwar mit der Arbeiternot und mit dem Düngstoffmangel zu kämpfen haben. Doch auch das müssen sie überwinden, und sie können es, wenn sie es richtig anfassen. Gibt es doch Städte, die in beträchtlichem Umfange während des Krieges zu Erzeugern geworden sind.

„Holzverwertungsamt.“

Von Generaldirektor Hermann Rosenberg,
Vizepräsidenten des Vereins Ungarischer Holz-
produzenten und Holzhändler.

Budapest, 8. Juni.

Die vor einigen Tagen erschienene Verordnung über „die Anmeldung und Evidenzhaltung von Holz- und Holzkohlenvorräten, sowie über die Regelung ihres Verbruchs und ihrer Inverkehrsetzung“ bedeutet mit anderen Worten die Easierung aller vorhandenen und künftig zu erzeugenden Holzprodukte durch den Staat und bildet in diesen weitgestreckten Grenzen eine sensationelle Ueberwälzung für die ungarische Holzhandelswelt, zumal da ohne Hinzuziehung und ohne Zustimmung mit den berufenen Fachkreisen Bestimmungen über die Holzvorräte, die Holzproduktion und den Holzhandel getroffen werden, nach welchen die ausschließliche Disposition einem zu diesem Behufe zu errichtenden staatlichen Amt mit Ausschaltung jeder Einflussnahme der Holzinteressenten übertragen wird. Damit wird mit dem bisher befolgten System der Zentralisierung der für Armee und Land unentbehrlichen Produkte gebrochen. An Stelle der unter Kriegsministerieller und staatlicher Regide gebildeten, jedoch aus den Vertretern der industriellen und kommerziellen Kreise bestehenden Zentralen übernimmt der Staat selbst nicht nur die Kontrolle, die Verwaltung und die Preisbestimmung eines der wichtigsten Landesprodukte durch eine eigene Organisation, sondern er behält sich die ausschließliche Beeinflussung und Leitung der Produktion und die ausschließliche Inverkehrsetzung aller Hölzer im Inlande und Auslande vor.

Ein so weitgehender, über die kühnsten Erwartungen aller Staatssozialisten hinausreichender Schritt muß eine tiefe Begründung haben und kann nur aus dem einen Gesichtspunkt verstanden werden, daß die hoch oben anstehenden Interessen der Deckung der Armeerfordernisse und jener des Landes eine andere Lösung nicht zulassen. Bekanntlich bildet die Holzproduktion und die Holzindustrie, abgesehen von der Bodenproduktion, einen der bedeutendsten Faktoren der ungarischen Volkswirtschaft. Sie bietet, auf dem natürlichen Holzreichtum des Landes fußend, in normalen Zeiten Hunderttausenden sichere Existenz und deckt reichlich nicht nur den Landesbedarf, sondern repräsentiert auch einen der eminentesten Exportartikel. Wenn nach fast dreijährigem Krieg, nach einer Epoche, die für die Holzproduktion noch mehr vielleicht als für andere Produktionen und Industrien einen ununterbrochenen aufreibenden Kampf mit der Frage der Beschaffung von Lebensmitteln und Futtermitteln, von Arbeits- und Beamtenspersonal, von Maschinen- und Bedarfsartikeln, von Transportschwierigkeiten und vielen anderen Hemmnissen bedeutet, die Holzproduktion des Landes sozusagen in einen einzigen kolossalen Apparat gespannt werden soll, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob nicht mittels eines einfacheren Verfahrens der gleiche Zweck mit größerer Sicherheit zu erreichen war.

Es ist ja außer Zweifel, daß alle Verfügungen ohne jede Rücksicht getroffen werden müssen, die für den Armeebestand und für den Landesbedarf erforderlich sind. Was aber darüber hinausgeht, ist ein nicht zu motivierender Eingriff in individuelle Rechte und kann in jener Ausführung, wie sie die Verordnung vorsieht, nach allen Richtungen nur Nachteile bringen. In Deutschland, diesem verhältnismäßig holzarmen Land, spielt die lückenlose Versorgung von Armee und Reich mit Holz gewiß keine kleinere Rolle als bei uns. Dort wurden die Produzenten und Händler verhalten, einen gewissen Teil ihrer Vorräte und ihrer Erzeugung für die Heeres- und Landesbedürfnisse zur Verfügung zu stellen, während sie über den Rest frei disponieren können. Was für einen Zweck soll es bei uns haben, wenn beispielsweise Eichen Spiegelholz oder Rotbuchenjohannisbrot unter staatliche Verwaltung und Kontrolle gestellt werden? Kann das neue Holzverwertungsamt über die Art der Verwertung, der Destination, den richtigen Zeitpunkt der für den Kriegsbedarf entbehrlichen Artikel ein Urteil haben? Mit welcher Begründung sollen derartige Hölzer, deren es eine Menge gibt, dem rechtmäßigen Besitzer entzogen, durch den Staat in Anspruch genommen und veräußert werden? Wer übernimmt die Verantwortung dafür, daß das Amt bei Verkäufen in das Ausland die höchsten Preise erzielen wird; mit welchem Recht wird der eventuelle Mehrerlös dem Produzenten oder Händler entzogen, und wenn kein Gewinn erzielt wird, aber hätte erzielt werden können, wie sind da die volkswirtschaftlichen Landesinteressen gewahrt? Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß wenn in Oesterreich nicht eine ähnliche Stelle errichtet wird, die mit ähnlichen weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist, sich auf der Hand liegende Konsequenzen ergeben werden, die unserem ungarischen Interessenstandpunkt dem österreichischen gegenüber zum großen Nachteil gereichen werden.

Es ist kein Zweifel, daß das neue Amt, sollte es alle in der Verordnung vorgesehenen Aufgaben restlos erfüllen, ein Arbeitspensum zu leisten hätte, das nur eine Armee von sachkundigen eingearbeiteten Personen hervorbringen kann. Auch die den Produzenten und Holzhändlern vorgeschriebenen Ausweise erfordern ein Personal, das für die zeitraubenden und schwierigen oftmaligen Aufnahmen auch während der Friedenszeit nicht zur Verfügung stand, geschweige denn jetzt während des Krieges, wo der größte Teil der geübten Angestellten eingezogen ist und die notwendigen Arbeiten mit Hilfskräften ausgeführt werden müssen.

Es würde den Rahmen dieser Zeilen weit überschreiten, wenn alle undurchführbaren Vorschriften der neuen Verordnung einzeln aufgezählt werden sollten.

Ihre faktische Durchführung kann von vornherein als unmöglich bezeichnet werden, sie würde auch niemand Nutzen bringen, nur den Holzinteressenten unermesslichen und nicht wieder einzubringenden Schaden zufügen, ohne daß das Ziel, das den maßgebenden Kreisen bei Abfassung dieser Verordnung vor Augen schwebte, erreicht werden könnte. Da es dem Holzverwertungsamt vorbehalten ist, die richtige Verteilung der gesamten Holzproduktion dem Bedarf entsprechend vorzunehmen, muß das Amt naturgemäß in der Lage sein, entsprechende sachliche Verfügungen zu treffen. Schon aus der Art und Weise, wie die Anmeldungen gefordert werden, ist ersichtlich, daß allenfalls Brennholz, Holzkohle und vielleicht noch weiche Hölzer dem Zweck entsprechend zur Aufteilung gebracht werden könnten, hingegen wären die Daten für das weite Gebiet der überaus wichtigen Laubhölzer ganz ungenügend, so daß hinsichtlich dieser nicht einmal für den Heeresbedarf Dispositionen getroffen werden könnten, geschweige denn die Deckung des Bedarfs der Großindustrie und der übrigen Holzkonsumierenden Stellen rechtzeitig und regelmäßig vor sich ginge.

Ein Blick auf die auszufüllenden Anmeldeblätter muß jeden Fachmann überzeugen, daß alle Schärfe der Verordnung zwecklos war und daß nichts anderes erreicht wird, als eine Störung nicht nur der Holzproduktion und des Holzhandels, sondern der gesamten Holz verarbeitenden Großindustrie, die vorzugsweise für das Heer arbeitet. Die ungarische Holzbranche hat gewiß keine Veranlassung, die staatliche Kontrolle ihrer Betriebe und ihrer Arbeit zu scheuen. Eine Kontrolle kann nur feststellen, mit welchen besonderen Schwierigkeiten diese Branche arbeitet, ja wie oft die Betriebe mit Hintansetzung der eigenen Interessen aufrecht erhalten werden. Es muß daher mit Recht gefordert werden, daß die staatliche Kontrolle einen so wichtigen Produktionszweig nicht teilweise lahmlege und in der Abwicklung behindere, eine Wirkung, die bei faktischer Durchführung der vorliegenden Verordnung nicht nur bei der Holzbranche, sondern auch bei den mit ihr zusammenhängenden, für das Heer arbeitenden Industrien zweifellos eintreten würde. Wenn der Staat eingreift, dann soll dies in sachlicher und sachmännischer Weise geschehen, ohne Landesinteressen von so eminenter Tragweite zu gefährden.

Es sei deshalb der Erwartung Raum gegeben, daß, gleichviel wer die Zügel der Regierung in der nächsten Zeit ergreifen wird, die in den Fachministerien von jeher herrschenden, für die Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft förderlichen ausgezeichneten Intentionen auch im vorliegenden Falle zum Ausdruck kommen und aus der neuen Verordnung ohne Bögen jene Bestimmungen beseitigt werden, die geeignet wären, unsere Holzproduktion auf Monate hinaus lahmzulegen und dem freien Holzhandel ohne Nutzen für wen immer schweren Schaden zu bringen.

Was uns not tut!

Wir haben im vergangenen Monat der Generalversammlung der Rohö in Wien beigewohnt. Der große Saal des Ingenieur- und Architektenvereines konnte das aus allen Teilen der Monarchie zusammengeströmte Damenpublikum kaum fassen, was allein schon das große Interesse bewies, das Oesterreichs Frauen an ihrem größten wirtschaftlichen Verband nehmen. Aber nicht nur die Hausfrauen bewiesen durch ihr ungemein zahlreiches Erscheinen und durch die gespannte Aufmerksamkeit, mit der sie den Berich-

ten des Präsidiums lauschten, welchen Anteil sie an allen Vorgängen ihres Vereines nehmen, auch das Kriegs- und das Handels-, sowie das Ackerbauministerium, das k. k. Ernährungsamt, die Stadt Wien, die Handels- und Gewerbekammer, der Ernährungsrat und die Zentralen hatten teils ihre Vertreter zu der Generalversammlung entsendet, teils durch sehr herzliche und anerkennende Begrüßungsschreiben der Leitung ihre Wert-

schätzung bewiesen. Abgesehen von den wirtschaftlichen Erfolgen, welche die Rohö dem Entgegenkommen und der Einsicht aller Behörden verdankt, hörten wir auch, wir gestehen es offen, mit neidvollem Staunen, daß die Delegierten der Rohö auch in allen wirtschaftlichen und gemeinnützigen Abteilungen der Ministerien, im neugeschaffenen Ernährungsrat und in der Preisprüfungskommission, in den vom Staate errichteten Zentralen und auch in der Zuckerzentrale, im k. k. Ernährungsamt, sowie in den von der Gemeinde Wien geschaffenen wirtschaftlichen und gemeinnützigen Institutionen mitwirken, durch tatkräftiges Eingreifen, daß sie aber auch in allen diesen Abteilungen, Kommissionen, an den Beratungen mit beratender und beschließender Stimme teilnehmen.

Dieses einträchtige Zusammenwirken von hochstehenden, weitblickenden Frauen und Männern hat auch die schönen Resultate gezeitigt, auf welche die österreichischen Frauen nunmehr mit berechtigtem Stolz, die Bevölkerung aber mit größter Befriedigung blickt.

Noch hat der furchtbare Lehrmeister „Krieg“ es in Ungarn nicht zutwege gebracht, daß hier den Frauen ebenfalls beratende und beschließende Stimme, zumindestens in Angelegenheiten rein wirtschaftlichen Charakters eingeräumt wird. Man verschließt sich höheren Orts noch immer der Einsicht, daß die Mitwirkung der Frauen nicht nur im Interesse der Sache selbst liegt, sondern auch im Interesse der Bevölkerung und nicht zuletzt im Interesse der Behörden, die, überbürdet genug, durch die freiwillige Hilfe verständiger und wirtschaftlich geschulter Frauen, in ihren mühevollen Arbeiten entlastet würden.

Die „Unitas“ hat z. B. gleich nach ihrer Gründung eine Eingabe an die Stadtgemeinde gerichtet, in welcher sie bat, die Marktkontrolle ausüben zu dürfen. Damit war durchaus nicht die Gebahrung im Marktamt selbst gemeint — wir wollten nur den berechtigten Klagen über Preistreiberien seitens Käufer und Verkäufer und über den Ton, der sich zur größten Entrüstung der Konsumenten ihnen gegenüber herausgebildet hatte, Abhilfe durch unsere freiwillige Mitwirkung schaffen. Die Hilfe ist nicht akzeptiert worden und wir haben uns beschieden. Aber noch heute finden wir diese Ablehnung unseres so gut gemeinten Vorschlages sehr bedauerlich.

Viele Unzufriedenheiten hätten wir durch freundliche, aber in bestimmter Weise vorgebrachte Intervention abstellen können, viele wären vielleicht gar nicht mehr in Erscheinung getreten, wie z. B. der rüde Ton, welcher im Verkehr mit den Käufern bedauerlicherweise seitens der städtischen Verkäuferinnen angeschlagen wurde. Auch jetzt noch könnte eine auch auf alle Geschäfte ausgedehnte Preisprüfungskontrolle so manch ungerechtfertigtes Verlangen nach erhöhten Preisen auf ein in den tatsächlichen Verhältnissen begründetes Maß zurückführen. Wir erinnern da nur an die Kohle, für die von einer erst vor kurzem hier etablierten Firma 14—16 Kronen per Meterzentner schon vor Monaten gefordert wurden, also zu einer Zeit, da die „Unitas“ den Meterzentner Kohle ins Haus gestellt mit 4 Kronen 20 Heller abgab.

Es wäre nach unserer Meinung Sache von freiwilligen, also ehrenamtlich funktionierenden Preisprüfungskommissionen (denn die Polizei ist überbürdet) alle ihr zu Ohren kommende oder auch selbst eruierte Fälle zu prüfen und auf Einhaltung solcher Preise zu achten, die angemessen erscheinen zur Erzielung eines bürgerlichen Nutzens.

Dies gilt nicht nur von Kohle, sondern von allen nicht maximierten Artikeln, die durch verwerfliches preistreiberisches Vorgehen der mit ihnen Handel treibenden Personen eine exorbitante Höhe erreichten.

Unsere Regierung hat ja auch im Prinzip die Verwerflichkeit der sogenannten Kriegsgewinne erkannt und, so wie es alle kriegsführenden Staa-

ten taten eine Kriegsgewinnsteuer von 35 Prozent der nachgewiesenen Gewinne eingeführt. England bestimmte sofort eine Steuer von 60 Prozent, die vor kurzem auf 80 Prozent erhöht wurde. In dieser Höhe ist sie allein richtig. Wir sollen auch von unseren Feinden lernen und unsere Volksvertreter hätten da Gelegenheit, ihre „Volksfreundlichkeit“ in wahren Dichte zu zeigen, resp. nicht zu zeigen.

Propos Kohle! In Friedenszeiten haben wohl die wenigsten Familien ihre Keller bis an den Plafond mit Kohle voll gestopft, wie es jetzt, in der Zeit des empfindlichsten Kohlenmangels, geschehen darf, ohne daß sich auch nur eine Hand zur Abwehr des kolossalen Unfuges rührt. Vor manchen Haustoren werden 2—3 Wagen abgeladen, für eine Partei natürlich, und die Stadt selbst sah sich wegen Kohlenmangels genötigt, schon im Winter die Beleuchtung in den Häusern und Geschäften und die Heizkessel in den Haushaltungen abzudrehen. Solange man den Kohlenmangel für allgemein herrschend hielt, ertrug man geduldig alle schweren Mißstände. Aber jetzt fragt man erbittert und enttäuscht, ob trotz des lang andauernden Krieges und trotz der in anderen Staaten gegebenen Beispiele man bei uns noch immer nicht gelernt hat, die Lasten des Krieges, soweit es nur möglich ist, gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung zu verteilen. So wie man es verstanden hat, Mehl, Fett, Kaffee, Zucker usw. zu rationieren, muß es auch beim Heizmaterial geschehen. Die Unzufriedenheit der besitzlosen Klassen, zu denen jetzt leider ja auch der Mittelstand gehört, darf nicht durch die Ueberzeugung, daß sich der Besizende von allen Schwierigkeiten der Lebensführung im Kriege loskaufen kann, geschürt und befestigt werden. Der Stadt muß in punkto Kohlenversorgung unbedingt das Recht der Requirierung eingeräumt werden, soll es nicht zu unliebsamen Erörterungen kommen. Das muß und kann auch durch die Requirierung der in den Kellern überschüssig lagernden Kohlenmengen geschehen, und zwar zu einem maximalisierten Preise. Der Bedarf einer jeden einzelnen Haushaltung darf durchaus nicht deren eigenem Ermessen überlassen werden und nach Bestimmung des für jeden Haushalt nötigen Höchstquantums sind die in den Kellern lagernden überschüssigen Kohlenmengen in das Eigentum der Gemeinde zu übernehmen und an die kohlenbedürftige Bevölkerung abzugeben. Wie empfindlich trifft auch die einzig in Pozsony noch dastehende Mafrael der Heizkessel-Absperrung die dadurch betroffenen Haushaltungen. Es wäre höchste Zeit, auch hier endlich Wandel zu schaffen und zeigen sich die für eine Kohlenzufuhr in Betracht kommenden Faktoren den unerläßlichen Forderungen nicht gewachsen, möge man sich an unseren König wenden. Außerordentliche Zeiten rechtfertigen außerordentliche Mittel. Wir sind im tiefsten Innern davon überzeugt, daß unser geliebter Herrscher, sofern Er. Majestät das durch den Kohlenmangel in Pozsony hervorgerufene Elend in seiner ganzen Nacktheit dargestellt wird, er die nötige Hilfe der Stadt Pozsony nicht versagen wird.

Die durch die Absperrung der Gasbeleuchtung und die krasse Petroleumnot herrschende Dunkelheit des Abends in Hausfluren und Gängen und Stiegen ist schon aus Sicherheitsgründen unzulässig. Warum wird von der Polizeibehörde nicht auf Beleuchtung gedrungen? Erinnert man sich nicht mehr des Mordes, der seinerzeit in einem dunklen Hausflur der Venturgasse geschah? Und sind ähnliche Vorkommnisse schon undenkbar?

Ach, wie notwendig wären jetzt auch in Ungarn, wo die Kämter der oft unerläßlichen Stützen und Kräfte beraubt sind, weitblickende Frauen, wie sie die Rohö in die verschiedenen Kommissionen und Enqueten entsendet! Wo bleiben die Budapest Frauen? Denn in der Landeshauptstadt sollte mit gutem Beispiele für die Provinzstädte vorgegangen werden und wir sind überzeugt, daß sich viele auch in der Hauptstadt zur Uebernahme von solchen Ehrenämtern finden, die sich von keinem anderen Gedanken, als den an das allgemeine Wohl leiten lassen.

Die Unitas zählt viele Damen in ihrer Mitte, die den Beweis von Können und aufrichtigem Willen in allen Fällen, wo sie gebraucht wurden, schon erbracht haben. Wir hoffen, daß man deren Hilfe überall dort, wo man der Hilfe hochherziger Frauen bedarf, mit jenem dankbaren und freudigen Entgegenkommen in Anspruch nehmen und

anerkennen wird, das dem ritterlichen Sinn von Ungarns Söhnen entspricht und das allein ein er-spriechliches Zusammenwirken gewährleistet.

Kenny Scordich.

Der gegenwärtige Stand unserer Versorgung.

Von Senator Dr. Diesel.

Die laufende Versorgungsperiode, die von Ernte zu Ernte rechnet, nähert sich ihrem Ende. Schon jetzt können wir täglich wahrnehmen, daß in steigendem Umfange die Früherzeugnisse der Gemüse- und Obsterte für die Versorgung unserer Bevölkerung herankommen. Daß diese Früherzeugnisse nicht sobald zu solchen Preisen geliefert werden können, daß auch den weniger bemittelten Kreisen ihre Beschaffung ermöglicht wird, ist leider nicht zu ändern. Auch in diesem Jahre wiederholt sich, was in früheren Friedensjahren als selbstverständlich hingenommen wurde, daß die ersten Früchte, zu deren Gewinnung der Erzeuger besondere Mühen und Kosten aufwenden muß, höhere Preise bedingen, die, sobald die Zufuhr sich verstärkt, nach den auch heute geltenden Grundsätzen des Wirtschaftslebens durch Angebot und Nachfrage ihre Regelung erfahren. Die festgesetzten Höchstpreise, ohne die nicht auszukommen ist, um die Lieberborteilung der Verbraucher zu verhindern, bedeuten bei den täglichen Preisschwankungen, wie sie der Markt mit sich bringt, nur die obere Grenze, über die nicht hinausgegangen werden darf, sind aber nicht ohne weiteres maßgebend für die Preisgestaltung. Der Kleinhändler, der auf dem Markt unter dem für den Großhandel festgesetzten Höchstpreise seine Ware eingekauft hat, ist nicht berechtigt, bei dem Weiterverkauf an die Verbraucher einfach die für den Kleinverkauf festgesetzten Höchstpreise zu berechnen. Er darf nur den ihm zugestandenem nach Prozenten berechneten Aufschlag auf seinen Einkaufspreis machen und setzt sich durch eine Uebertretung dieser Vorschrift der Gefahr aus, von dem Marktbesitzer zeitweilig oder dauernd ausgeschlossen zu werden. In jeder Woche tritt eine aus den in Betracht kommenden nordwestdeutschen Erzeugern gebildete Kommission in Hamburg zusammen, um über eine etwaige Änderung der Erzeugerpreise zu beraten. Hamburg ist aber nicht nur von diesen Gebieten und den für sie festgesetzten Preisen abhängig, sondern ebenso von den Preisen, die auf anderen Großmärkten, namentlich in Berlin, Geltung haben. Jeder nennenswerte Unterschied, z. B. zwischen den für Hamburg und für Berlin geltenden Preisen setzt uns der Gefahr aus, daß die Ware von den höheren Preisen angezogen wird und von dem Markt verschwindet, was die Preise für die Erzeuger ungünstiger liegen.

Was vom Gemüse und Obst gesagt ist, gilt auch von den Fischen. Jeder Händler, der seine Ware auf dem Markt erwirbt, erhält eine amtliche Bescheinigung über die dafür berechneten Preise und darf keinen höheren Aufschlag machen, als ihm dafür zugestanden ist. Durch Einsicht der amtlichen Preisangabe ist jedermann in der Lage, sich von der Richtigkeit der ihm als Käufer abgeforderten Preise zu überzeugen. Es ist dabei auch nicht zulässig, daß der Kleinhändler verschiedene Preise je nach der Größe der einzelnen Fische fordert, er muß einen Preis für jedes einzelne Stück seiner Ware berechnen, wie ihm im ganzen zu einem Einheitspreis auf dem Markt überlassen ist.

Die reichlichen Zufuhren an Frischfischen, die in den letzten Wochen für den hiesigen Markt herangebracht wurden, sind neben dem Frühgemüse wohl geeignet, die in der gegenwärtigen Uebergangszeit zwischen der alten und der neuen Ernte naturgemäß bestehenden Schwierigkeiten uns überwinden zu helfen. Zu diesen Schwierigkeiten zählt in erster Linie das allmähliche Verschwinden der Kartoffeln aus der vorjährigen Ernte. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Die alten Vorräte sind aufgebraucht, und bis zum Erscheinen der neuen Kartoffeln in dem Umfange, daß sie für die Ernährung der Gesamtbevölkerung ausreichen, vergehen noch einige Wochen. Für diese Zwischenzeit wird jeder Hausstand auf die etwa sich in seinem Besitz befindlichen geordneten Steckrüben zurückgreifen müssen, die uns bereits einmal in dem vergangenen Winter, da wochenlang die Kartoffellieferung durch den schweren Frost behindert war, das Ueberstehen dieser Zeit ermöglicht haben. Auch der noch in Händen des Kriegsvorgangsamts befindliche Vorrat an geordneten und gesäuerten Steckrüben kommt jetzt zum Verkauf. Wer noch Vorräte an geordneten Rüben besitzt und sie nicht selbst verbrauchen will, dem ist zu empfehlen, sie dem Kriegsvorgangsamt abzuliefern, damit sie bei dieser Austeilung mit verwertet werden können. Eine längere Aufbewahrung empfiehlt sich nicht, da die Ware sich auch in getrocknetem Zustande nicht mehr lange hält.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Versorgung vergegenwärtigt, dem kann nicht entgehen, daß diese Verhältnisse sich wesentlich leichter und besser gestalten haben im Vergleich zu dem Zustand, in dem wir uns noch vor wenigen Monaten befanden. Dazu hat auch die Verdoppelung und Verbilligung der Milchration ganz wesentlich mitgewirkt. Daß man dennoch vielfach Klagen über das vom Schlachter bezogene Fleisch hört, liegt der Hauptsache nach in dem teilweise unbefriedigenden Ernährungszustand des Schlachtviehs. Seitdem der Weidegang eröffnet ist, haben diese Klagen, die vormals nicht unberechtigt waren, nachgelassen. Es wäre zu wünschen, daß die Bevölkerung ihre Fleischzulage in noch größerem Umfange zu verwenden möge. Durch eine erhebliche Vermehrung der sogenannten billigen Fleischverwertungsstellen soll diesem Bedürfnis nach Möglichkeit entgegengekommen werden.

Dah die

Lieferung gesunder Milch

unter der gegenwärtigen schweren Wärme sehr schwierig ist, kann leider nicht geleugnet werden. Unsere Stadt bezieht ihren Milchbedarf zum weitaus größten Teile aus den benachbarten preussischen Provinzen. Die landlichen Transportverhältnisse sind nicht weniger erschwert als die städtischen. Es fehlt auf dem

den Kindern bis zum vierten Lebensjahre eine bessere Abwechslung in ihrer Ernährung geboten werden. Die Ausgabe von Reis, die in der nächsten Woche stattfindet, bedeutet einen Anstieg hierzu, nachdem bereits in der Lieferung von Zwieback aus reinem Weizenmehl an die Kinder an Stelle des Brotes ihnen eine erheblich beförmlichere Nahrung gewährt ist. In Verbindung mit der nächsten Brotkartenausgabe im August wird in dieser Richtung eine weitere erhebliche Verbesserung eintreten.

Für die Ernährung der armen Bevölkerung bildet nach wie vor

Betrieb unserer Kriegsküchen

eine der wichtigsten Grundlagen. Die Zahl dieser Küchen ist inzwischen auf 113 angewachsen. Das Gerücht, das kürzlich umlief, daß der Betrieb der Kriegsküchen eingestellt werden sollte, ist ganz unbegründet. Im Gegenteil, die jetzige Sommerzeit, in der naturgemäß der Andrang der Besucher nachläßt, hat der Verwaltung die erwünschte Gelegenheit gegeben, im Verein mit dem Kriegsvorgangsamt darüber zu beraten, auf welche Weise das in den Küchen verabreichte Essen schmackhafter und abwechslungsreicher gestaltet werden könne. Die neuen Einrichtungen sollen in Kraft treten, sobald die jetzige Uebergangszeit namentlich in der Kartoffelversorgung überwunden ist. So gehen die Kriegsküchen, deren Kosten mit monatlich steigenden gewaltigen Beträgen aus der Staatskasse gedeckt werden, dem kommenden Winter entgegen, in der festen Erwartung, daß es ihnen gelingen wird, auch künftigen gesteigerten Ansprüchen der Bevölkerung zu genügen.

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, wie es mit der

Kohlenversorgung

für den kommenden Winter steht und ob wir einer Wiederkehr der außerordentlich schweren Kohlennot entgegengehen müssen, die allen Bewohnern Hamburgs in dem letzten Winter auferlegt war. Soweit sich in gegenwärtiger Zeit überhaupt etwas voraussagen läßt, darf angenommen werden, daß diese Besorgnis nicht begründet ist. Vor allem ist durch die Ausgabe der Kohlenausweisarten A und B eine schnellere Abfertigung der Kreise gewährleistet, die in kleinen Mengen ihren Kohlenbedarf an den öffentlichen Verkaufsstellen einholen. Dieser Verkauf findet auch jetzt während des Sommers täglich statt und die mit den neuen Ausweisarten gemachten Erfahrungen lassen erkennen, daß auch bei gesteigertem Andrang bei eintretender kälterer Jahreszeit die außerordentlichen Erschwerungen des letzten Winters, namentlich das stundenlange Warten an den Ausgabestellen, sich nicht wiederholen werden. Daß genügende Kohlenmengen für diesen öffentlichen Verkauf zur Verfügung stehen, kann schon heute als gesichert gelten. Ebenso wird damit gerechnet werden können, daß den Etagenhäusern und Kontorhäusern mit Zentralheizung eine ausreichende Menge Kohls wird geliefert werden können. Die Zufuhren sind schon heute so erheblich, daß die Kohlenhändler fortlaufend die Deckung des Winterbedarfs vorvermitteln können. Mit besonderen Schwierigkeiten ist die Heranschaffung von Steinkohlen für den Hausbrand verbunden. Auf die Zufuhr ausreichender Mengen westfälischer Kohlen ist nicht zu rechnen. Dagegen ist es den Bemühungen des Kriegsvorgangsamts schließlichen gelungen, aus anderen deutschen Produktionsgebieten die Herausführung regelmäßiger beträchtlicher Zufuhren zu sichern. Ob es möglich sein wird, die bisher festgebaltene Beschränkung auf 1/3 des Verbrauchs im Jahre 1915/16 späterhin zu mildern oder gar ganz aufzuheben, muß davon abhängen, ob diese Zufuhren bis zum Beginn des Winters in der zugesagten Höhe fortbauert werden, was nach den vorliegenden Erklärungen der Verantwortlichen Stellen angenommen werden kann. Jedenfalls können wir uns darüber beruhigen, daß ein Notstand, wie im letzten Winter, bei genügender Beschaffung des Kohlenverbrauchs im eigenen Haushalt, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nicht wieder eintreten wird.

Der Zentralverbandstag der österreichischen Konsumvereine.

Gestern hat der vierzehnte Zentralverbandstag der Konsumvereine seine Tagung begonnen. Die Konsumvereine haben ihre Tätigkeit im Kriege nach jeder Richtung hin gesteigert und vertieft. Viele neue und große Aufgaben mußten sie erledigen und viele neue Probleme mußten gelöst werden. Um so dringender ist es für die Vertrauensmänner der Bewegung, öfter zusammenzukommen und Erfahrungen zu tauschen und ihre neuen Aufgaben klarzustellen. Durch den Krieg hat jede proletarische Bewegung Neuland gewonnen, das noch nicht oder mangelhaft theoretisch und praktisch bebaut ist, um so dringender ist Klarheit und Erkenntnis. Der Zentralverbandstag tagt diesmal in den Räumen der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer. Als Vertreter des Generalkommissariats für die Übergangswirtschaft war Hofrat Schmidland erschienen, in Vertretung des Volksernährungsamtes Sektionsrat Gfettner und für die Statthalterei Statthalterrat Eggenberg. Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hatte kaiserlichen Rat Mareš und Dr. Mareš entsendet, die Handels- und Gewerbekammer Professor Dr. Brabec und die Kriegskommission Gräfin Walterskirchen. Für die sozialdemokratische Partei war Genosse Skaret, für die Fraktion Genosse Seitz, für die Gewerkschaftskommission Genosse Domes und für das Frauenrechtskomitee Genossin Popp erschienen.

Genosse Renner als Obmann des Zentralverbandes eröffnet die Tagung, deren Aufgabe es ist, die Kriegserfahrungen zu sammeln und zu sichten und die Wege für die Übergangswirtschaft, die für die genossenschaftlichen Organisationen große und neue Schwierigkeiten bringen wird, zu suchen. Wir können konstatieren, daß die genossenschaftliche Bewegung im Kriege in allen Ländern ihre Pflicht getan hat, daß sie es unter den schwierigsten und neuen Verhältnissen der Kriegswirtschaft doch immer wieder zu ermöglichen sucht, jedem seinen Teil Brot und seine Ernährung zu sichern. Die bürgerliche Gesellschaft ist aufgebaut auf dem Grundfah der freien Konkurrenz und des gegenseitigen Kampfes. Auch der Krieg ist ja im letzten Grunde nichts anderes als die Konkurrenz der Völker, ausgeführt mit anderen Waffen. Ein altes Wort, das unsere Väter und uns gelehrt haben, sagt: Die Genossenschaft, das ist der Friede! Noch waren die genossenschaftlichen Organisationen der Welt zu schwach, noch waren wir nicht in der Lage, dem Konkurrenzkampf der bürgerlichen Welt allüberall und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine neue Gesellschaft entgegenzustellen, die nicht aufgebaut ist auf der Konkurrenz, sondern aufgebaut ist auf der gemeinschaftlichen Arbeit, der gemeinschaftlichen Organisation der Warenerzeugung und der Warenverteilung. Noch konnte die Genossenschaft nicht der Friede sein, aber sie soll es werden und dazu sollen auch unsere Beratungen dienen, denn jede Stärkung der genossenschaftlichen Organisation muß eine Stärkung sein im Kampfe gegen die Konkurrenz auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. In diesem Sinne sei der Verbandstag eröffnet.

Genosse Wilhelm erstattet hierauf den Verbandsbericht. Die Genossenschaftsbewegung hat in allen Staaten einen allgemeinen Fortschritt zu verzeichnen und die Befürchtungen, daß die Genossenschaftsbewegung im Kriege zusammenbrechen könnte, haben sich nirgends verwirklicht. Wir waren stärker, als wir selbst geglaubt haben. Die unserem Verband angeschlossenen Konsumvereine haben ihren Umsatz im letzten Jahre von 101 Millionen Kronen auf 120 Millionen Kronen gesteigert. Es zeigt aber die Verschiedenheit unserer Arbeit und der Arbeit der Privatkapitalisten nichts besser in ihren Zielen und Wirkungen auf, als die Tatsache, daß dieser steigende Umsatz nicht gefolgt wurde von einem steigenden, sondern von einem sinkenden Reingewinn. Während alle privaten Händler Hunderte und Tausende Kronen verdienen, die mehr als im Frieden, haben die Konsumvereine ihrer

Reingewinn nicht erhöht, es ist trotz des steigenden Umsatzes eine Verminderung des Reingewinnes um 3 Prozent eingetreten. Wir haben unsere Mitglieder, soweit als es unsere wirtschaftliche Kraft erlaubt hat, vor dem Preiswucher bewahrt. Unsere Arbeit hat zugenommen, denn in Wien allein versorgen wir heute um 300.000 Menschen mehr als im Frieden und diese neue Organisation mußte im Handumdrehen geschaffen werden. Während die Gemeinde Wien noch immer nicht zur Organisation der Rationierung aller Lebensmittel gekommen ist, haben wir unsere Organisation in wenigen Tagen vollendet. Redner bespricht dann die Neugründung von Beamtenkonsumvereinen, die zwar erfreulich sind, weil sie zeigen, daß auch diese Schichten Interesse an der Organisation des Warenmarktes gewinnen, die aber doch nur eine Zersplitterung der organisierten Verbraucher darstellen. Die Unternehmer bemühen sich heute, den Warenmarkt der Arbeiterschaft selbst zu versorgen und verkaufen es, Lebensmittelmagazine und Volkskonsumvereine zu gründen. Er verliest ein Schreiben der Böhmer-Werke, wo diese andere Unternehmen auffordern, die Kapitalisten der Großkaufmannschaft der gelben Konsumvereine zu vernichten und für den Zweck drei Millionen Kronen aufzubringen, damit die Arbeiterschaft nicht durch die Konsumvereine der sozialdemokratischen Agitation preisgegeben werde. Ein Beweis dessen, daß die Unternehmer alles daran setzen, um die Arbeiterschaft immer abhängiger zu machen, damit sie willenlos der Unternehmernmacht ausgeliefert werde.

Genosse Kunze erstattet hierauf den Bericht des Versicherungsausschusses, Genosse Jenik der Verbandskontrolle, Genosse Gregor für die Mandatsprüfungskommission und Genosse Wuchitz für das Komitee zur Einigung der vier Wiener Konsumvereine. Er begrüßt es, daß nun der Wille zur Vereinigung vorhanden ist, daß alle Vereinsteilungen ihre prinzipielle Zustimmung für die Vereinigung gegeben haben und daß der Wille auch den Weg zu finden bestrebt ist, der zur vollständigen Vereinigung führen kann. Er beantragt, daß der Verbandstag dem Komitee neuerlich Vollmacht erteilt, für das nächste Jahr erteilen möge. Wird einstimmig angenommen.

Genossin Freundlich begrüßt hierauf die Friedensresolution, die auf dem niederösterreichischen Distriktsverbandstag angenommen wurde und die vor allem die Einberufung eines internationalen Kongresses fordert. Auch diese Resolution wird einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung erstattet Genosse Renner das Referat über die Kriegs- und Übergangswirtschaft. Im normalen Leben regelt alle Beziehungen der Menschen und der Waren der Preis. Er bestimmt die Lohnverhältnisse, er regelt Absatz und Bedarf, er ist der Bewegende aller Dinge. Im Kriege verändern sich die Grundlagen der Wirtschaft und verändern sich auch die Aufgaben des Staates. Aus dem Herrschenden, der über alle regiert und richtet, soll der Fürsorger werden, der für alle sorgt und der allen hilft. Der Staat muß vor allem die Konkurrenzmäßige Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ersetzen. Das kann er nicht durch die Freiwilligkeit allein, das kann er nur durch den Zwang. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen können nur als Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Trotzdem ist es möglich, auch hier den Zwang mit der Freiheit zu paaren. So paradox es klingen mag, es gibt auch im Zwang Freiheit. Unsere Gemeinden beschließen nun die Rationierung. Sie verstehen es nicht anders, als indem sie die Stadt in Felder und Sprengel teilen und den Bewohnern eines jeden Sprengels, ganz gleich, ob es für die Bewohner wirtschaftlich möglich ist, befehligt bei einem bestimmten Kaufmann einzukaufen. Sie bestimmen, wer den Reingewinn haben soll und machen aus dem Kreisler eine Behörde. Ganz anders ist es bei der Organisation. Das Mitglied des Konsumvereines kauft nicht bei einem ihm vorgelegten Kreisler, sondern kauft bei seinem von ihm selbstgewählten Geschäftsleiter, seinem von ihm bestellten Angestellten und nimmt zuletzt den ihm gebührenden Reingewinn in eigene Verwaltung. Das ist das System der freien Selbsthilfe gegenüber dem System der zwangsweisen Bewirtschaftung der Behörden. Der Kampf der Genossenschaften mußte deshalb vom Anfang an dahin gehen, daß ihre freie Selbsthilfeorganisation gleichgestellt und gleichberechtigt neben der zwangsweisen Organisation der Behörden und der Gemeinden. Auch hier mußten wir den Klassenkampf führen um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, auch hier mußten wir verlangen und haben es vielfach erreicht, daß die Arbeiterschaft nicht minderndes Recht wird. Trotzdem ist es unbegreiflich, daß die Gemeinden und viele Behörden noch immer nicht einsehen wollen, daß sie die Arbeiterschaft nur befriedigen können, wenn sie ihr das Recht der Selbstversorgung durch ihre freigewählten Organisationen verschaffen. Der Redner erörtert den Widerstand der Unternehmer gegen die Lebensmittelverbände, die Hindernisse der Gemeindeverwaltungen, die diese jeder gerechten Verteilung entgegenstellen und kommt auf das kommende Ernährungsregime im Herbst zu sprechen. Er erklärt, daß, wenn auch diesmal namentlich bei den Getreideregimen erst die zwangsweise Requisition im letzten Augenblick die Getreidemengen aufbringt und dem Selbstversorger nicht, sofort die Ernte abgenommen wird wie sie geerntet ist, dann müssen wir jede Mitarbeit im Ernährungsdienst ablehnen und dem Staat, den Gemeinden und der Bürokratie die Verantwortung allein überlassen. (Lebhafter Beifall.) Es muß mit aller Entschiedenheit erklärt werden, daß wir kein Vertrauen dazu haben, wenn wir Geschäftsleute plötzlich als Behörden funktionieren sehen und der Fabrikant und das Kartell zur Zentralstelle und der Kleinhändler zum staatlichen Bewirtschafteter wird. Unter dem Schlagwort, der freie Handel könne alles besser machen als die staatliche Bewirtschaftung, wird heute gegen jede Organisation Sturm gelaufen. Wenn man die Aufhebung des Getreidemonopols erreichen würde, dann hätten gewiß die vermögenden Leute weiße Semmeln und alles Gute, aber aus den Häusern der Arbeiter würde das letzte Ährchen Mehl verschwinden. Nicht freier Handel, sondern Förderung der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft, das muß das Lösungswort werden. Die Organisation des Volkes muß neben die Organisation des Staates treten und beide müssen als gemeinsames Gespann den Wagen des Ernährungsdienstes und der Übergangswirtschaft ziehen. Wären unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht durch die Preisverhütung unfähig geworden, als gemeinwirtschaftliche Organisation zu wirken, wie es heute in Rußland der Fall ist, dann hätten wir vereint den Ernährungsdienst leicht und gut organisieren können. Aber heute sieht der Landwirt in seiner Organisation kein Moment der Gemeinwirtschaft, sondern nur ein Instrument, der Preisverhöhung und deshalb müssen wir protestieren, daß in den Preisprüfungskommissionen der agrarische Einfluß so außerordentlich überwiegt. Redner erörtert nun das Vergehen der Gemeinden und des Landesausschusses und kommt auf die allgemeine Gefährdung zu sprechen, die nun eingeht. Die Arbeiterschaft wird es ablehnen, wenn

sie allein die Gefährdung wahrnehmen soll. Kann der Staat nicht jedermann zur Einhaltung der Gesetze zwingen, dann muß die Arbeiterschaft selbst der allgemeinen Anarchie verfallen und dafür stehen wir die Verantwortung ab. Der Redner bespricht nun die Einrichtung der Wirtschaftsämter und schildert die großen Schwierigkeiten der Übergangswirtschaft. Nach Kriegsschluss steht die Frage so: Sollen wir zuerst Rohstoffe einführen, damit die Arbeiter Arbeit, oder sollen wir zuerst Nahrungsmittel einführen, damit sie Brot haben? Deshalb ist unsere Mitarbeit auch dabei notwendig, damit der Unternehmer nicht allein entscheide. Auch hier müssen wir verhindern, daß wieder die Freiheit der Besitzenden proklamiert werde. Auch die Übergangswirtschaft muß die gemeinschaftliche Arbeit der Selbsthilfeorganisationen fördern. (Lebhafter Beifall.) Der Redner legt folgende Resolution vor:

Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeit des öffentlichen Ernährungsdienstes steigern sich in der letzten Phase des Krieges außerordentlich. Einerseits wirkt jeder Fehlschritt der Verordnungsgewalt und der Durchführung verhängnisvoll, andererseits aber droht die wachsende Gefährdung der Privatinteressenten, die sich über alle Anordnungen hinwegsetzt, die Tatkraft und die Wirkungsmöglichkeit des Ernährungsdienstes zu lähmen. Der Verbandstag fordert daher:

1. Unmittelbar vor dem Übergang in das neue Erntejahr hat das Volksernährungsamt sicherzustellen:

- a) die strengste Ordnung des neuen Getreidedienstes; die Ausschaltung aller Vorrechte der Selbstversorger; die volle Ueberführung des Ernteproduktes in die staatliche Bewirtschaftung sowie die rasche und gleichmäßige Verteilung der Vorräte, zugleich aber die Durchbringung des zu sehr bürokratisierten Dienstes mit dem Geiste der Wirtschaftlichkeit, wozu die unmittelbare Mitverwaltung berufener Vertreter der Produktion und des Konsums beizutragen instande wären;

b) die Abwehr aller Versuche, die Preise der wichtigsten und bald einzigen Nahrungsmittel der breiten Massen zu erhöhen;

c) die Abwehr aller Bestrebungen, die Volksernährung wieder der privaten Spekulation und dem kapitalistischen Erwerbsstriebe auszuliefern;

d) die tatkraftige Durchsetzung aller wohlverwogenen Maßnahmen, welche die Ausbringung und Verteilung der Warenvorräte zum Inhalt haben, unbeeinträchtigt von den oft mutwilligen Klagen interessierter Kreise.

II. Zur wirksamen Ausgestaltung unseres öffentlichen Ernährungsdienstes fordert der Verbandstag:

a) die endliche Ausgestaltung des Amtes für Volksernährung zu einem dauernden Ministerium mit voller und freier Verfügungsgewalt;

b) die Vermehrung der Machtvollkommenheiten der Ernährungsinspektoren und die Veranziehung von Vertretern der Arbeiterkonsumentenorganisation zum Inspektionsdienst;

c) die endliche Einführung und wirksame Ausgestaltung der Orts-, Bezirks- und Landwirtschaftsämter;

d) eine vermehrte Vertretung der Konsumenteninteressen in allen Ernährungs- und Wirtschaftsämtern sowie in den Preisprüfungsstellen.

III. Die wachsenden Schwierigkeiten, in die die Lebensmittelverbände der Kriegswirtschaft geraten, erfordern sofortige Beilegung genügender geschulten Personals durch die Militärverwaltung, die Beseitigung noch immer fühlbarer bürokratischer Widerstände sowie die Ueberwindung der passiven Resistenz vereinzelter Großbetriebe, die jeder einheitlichen Regelung entgegenarbeiten. Die Arbeiterkonsumentenorganisation erklärt ihre weitere Mitarbeit an den Lebensmittelverbänden von der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten und von der Einhaltung einer loyalen Parität abhängig.

IV. Der Verbandstag begrüßt die Schaffung des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft und ermächtigt den Vorstand des Zentralverbandes, an dessen Aufgaben durch entsendete Vertrauensmänner unserer Bewegung mitzuarbeiten. Der Verbandstag fordert jedoch:

a) daß das Generalkommissariat seine Aufgabe nicht so sehr in der Wiederherstellung der alten privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft als in der Ueberführung in eine auf freier gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltung der Interessenten beruhende, also genossenschaftliche Organisation der Volkswirtschaft sieht, und

b) daß dabei die Interessen der breiten Massen des arbeitenden Volkes, sowohl was deren Stellung in der Produktion als Arbeiter, wie was ihre Stellung im gesellschaftlichen Verteilungsprozeß als Konsumenten betrifft, sorgsam beachtet und vollgewahrt werden. Der Verbandstag beauftragt die im Generalkommissariat mitwirkenden Genossenschaftler, in ihrem Wirkungskreis diese beiden Gesichtspunkte mit Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Es entspinnt sich nun eine sehr lebhaftes Debatte über den Ernährungsdienst und die Aufgaben der Genossenschaften, die morgen fortgesetzt wird und die wir nachtragen werden, wenn sie beendet ist.

MB

Wohin steuern wir?

Wenige Wochen nur trennen uns von der neuen Ernte, es sind erfahrungsgemäß die schwierigsten eines jeden Kriegsjahres. Die alten Vorräte sind gelichtet und mit gespannter Erwartung harren wir auf jede reisende Frucht des Feldes und des Gartens. Der unheimliche Zustand, in dem wir jetzt leben, wird ertragen nur in der Anwartschaft auf den Wandel, der endlich eintreten muß.

In dieses Harren mischt sich eine quälende Sorge: Wohl haben wir einen halbwegs eingerichteten Ernährungsdienst und an Verordnungen und Erlässen fehlt es nicht, aber immer häufiger, in immer breiteren Schichten gebriecht es an dem Willen, die behördlichen Anordnungen zu erfüllen. Es fehlt an sozialer Gewissenhaftigkeit, ohne die ein Gemeinwesen nicht bestehen kann. Im Gegenteil macht sich in den ländlichen wie in den bürgerlichen Kreisen ein Gesetzesnihilismus breit, der die Ueberzeugung propagiert, alle Anordnungen seien schädlich, die beste Regelung seien freier Verkehr und hohe Preise, und das Skälteste sei, jeden Interessenten schalten zu lassen, wie es sein privates Wirtschaftsinteresse gebiete. Allgemeine Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen, selbst weitgehende Weigerung nachgeordneter Behörden, die gegebenen Weisungen durchzuführen, kennzeichnen den geltenden Zustand unseres Ernährungsdienstes. Man lebt immer offener nach dem Grundsatz: Helfe jeder sich selbst! Er ist ja ganz nach dem Geschmack der Besitzenden, die selbst ohne Verordnungen noch immer am besten fahren. Diese Staatsmüdigkeit wird natürlich genährt durch verlockende Beispiele. Unsere Bourgeoisie wird gar nicht müde, das Leben in Budapest zu preisen, wo zwar alles unerhört teuer, dafür aber heute noch alles zu bekommen sei. Man vergißt dabei oder bedenkt nicht, daß gerade dieser gepriesene Zustand die breiten Massen zum Hungertod verurteilt. Denn sie sind auf dem Markte die schwachen Hände, sie sitzen am Orte fest und können den Vorräten nicht nachreisen und ihr beschränktes Einkommen macht beim Wettlauf der Preise ihren Atem zu kurz. Das Schlimmste dabei ist, daß die an Wohlleben gewöhnte Oberschicht in dem engen Kreise, in dem sie lebt, die Verzweiflung der Vorstädte und den Jammer der Industriestädte gar nicht wahrnimmt, daß also ihr Gewissen stumm und taub bleibt, während draußen die Not zum Himmel schreit.

Die Erfahrungen unserer Fett- und Milchversorgung, die schon heute rundweg als gescheitert erklärt werden muß, verraten die eingerissene Gesetz- und Gewissenlosigkeit deutlich. Es liegt auf der Hand, daß in einem Landbezirk, der gemeinlich weder zu- noch abführt, die ärmere Bevölkerung und insbesondere die Kinder der Armen bei dem Erzeugungsrückgang Milch nur bekommen können, wenn die oberen Schichten weniger erhalten, als sie zu genießen gewöhnt sind. Wir hören von zahlreichen Bezirkshauptmannschaften, daß sowohl die abnehmende Stadtbürgerschaft wie die Milchproduzenten jeder Regelung einen so eisernen Widerstand entgegensetzen, daß die Ortsbehörden sie für undurchführbar erklären, obwohl ganze Arbeiterdörfer durch Wochen schon keinen Tropfen Milch bekommen haben. Die Ablieferung von Butter wird in ganzen Gegenden unter den unglaublichsten Vorwänden vereitelt. In westböhmischen Bezirken mit ausgebreitetem Kartoffelbau war im Wege der Requisition keine nennenswerte Kartoffelmenge mehr zu finden, heute noch schicken jedoch die Hotelbesitzer der böhmischen Bäder ganze Trupps Leute mit Rucksäcken und Körben in dieselben Gegenden und bringen so ganze Wagonladungen mit Kartoffeln, allerdings zu Ueberpreisen, für ihre zahlungsfähigen Kurgäste auf. Die gleichen Methoden verhelfen ihnen zu Butter und Eiern. Die Arbeiterschaft dagegen, die in den Fabriken steht, besitzt weder Zeit noch Geld genug zu solchen privaten Requisitionen, sie ist auf den behördlichen Ernährungsdienst gänzlich angewiesen und dessen Versagen bedeutet für sie einfach das Verhungern.

Es gibt aus diesem Grunde kein frevelhafteres Verbrechen als das vom Segen des freien Handels. Das ist die bequeme Philosophie des Besitzes, dem das Schicksal des besitzlosen Nebenmenschen gleichgültig geworden ist.

Eine ähnliche Vorgangsweise verübt heute unsere Gemüts- und Obstmärkte wie unsere Fleischstände: die Haushaltungen der Reichen, die großen Gemeinschaftshaushalte (Pensionen und Sanatorien) sowie die vornehmen Restaurations- und Hotelwirtschaften haben alles, was da wächst oder sonst gewonnen wird, sich vorweg durch Verträge gesichert und der kleine Privathaushalt, selbst jener des mittleren Bürgers, geht leer aus. Bleibt trotzdem ein Weniges übrig, so müssen sich die Privaten stundenlang anstellen, um das Notdürftigste zu erschaffen. Das Anstellen ist zurzeit schlimmer als jemals und schon in den Abendstunden lagern sich ganze Scharen vor den Geschäftseingängen, die am nächsten Morgen geöffnet werden sollen. Wie sehr die Wiener Gemeindeverwaltung versagt hat, beweist die Tatsache, daß es jetzt, gegen Ende des dritten Kriegsjahres, damit ärger steht als zu irgend einer anderen Zeit oder an einem anderen Orte. Dabei genießt Wien den Vorteil, daß hier die Konsumentenorganisation rund eine halbe Million Menschen in den wichtigsten

Artikeln ohne Anstellen versorgt und damit das gestellte Problem für den vierten Teil der Einwohnerschaft tatsächlich gelöst hat. Diese Wahrnehmung legt wirklich den Gedanken nahe, den gemeindlichen Versorgungsdienst schrittweise aufzulösen und seine Opfer allmählich in die genossenschaftliche Organisation zu überführen — anders, so scheint es, werden wir mit der Anstellerei nicht fertig!

Das Ernährungsamt hat einen Erlaß herausgegeben, wodurch lokale Wirtschaftsämter zur Bewältigung des örtlichen Ausbringungs- und Verteilungsdienstes vorgesehen werden. Dieser Erlaß ist bis heute in dem größten Teil der Bezirkshauptmannschaften nicht durchgeführt und wo solche Ämter und Räte geschaffen worden sind, hat man in sie meist dieselben Leute berufen, die schon vorher den Ernährungsdienst durch ihre schamlose Interessenpolitik ruiniert haben, Vertreter der Produzenten, der Lebensmittelgewerbe oder des Lebensmittelhandels. Jene einzig vorgeschulten Kräfte jedoch, die sich schon im Frieden mit der gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Warenverteilung redlich bemüht haben, die Konsumvereine, werden noch immer durch die Engherzigkeit vieler Amtsleiter und Gemeindefürer ausgeschaltet. Die wohlbedachte Anregung des Volksernährungsamtes, durch örtliche Wirtschaftsämter unter Heranziehung aller Klassen und Wirtschaftsgruppen, vor allem aber der Arbeiterschaft, ein Organ zur Ueberwindung der lokalen Ernährungsschwierigkeiten zu schaffen, ist zum größten Teil gar nicht beachtet, zum großen Teil jedoch vereitelt worden, das letztere zumeist aus kleinlichster Geschäftigkeit gegen die Arbeiterschaft und aus gemeinem Futterneid der Besitzenden, die von einer durchgreifenden Ordnung zunächst um ihren eigenen Magen Sorge haben.

Und dazu kommt noch vor der Ernte die rege Agitation der Agrarier für eine allgemeine Preissteigerung! Die Preisprüfungsstellen sind vom Ernährungsamt eingerichtet worden, um den Gerichten einen sachgemäßen Beirat für ihr Urteil in Preistreibereien zu geben. Nun benützen die Vertreter der Landwirtschaft diese Stellen geradezu als Hebel der Preistreiberei, indem sie dort Gutachten betreiben, die alle Behörden von der Notwendigkeit erhöhter Preise überzeugen sollen. Ihnen schließen sich sofort die industriellen und gewerblichen Erzeuger und Händler an! In diesem Geiste wird nun Ernährungspolitik betrieben und die ernste Frage erhebt sich: Wohin steuern wir?

Zur rechten Zeit hat der Verbandstag unserer Konsumvereine seine warnende Stimme erhoben und erklärt: Der Verbandstag sieht der Zukunft mit größter Besorgnis entgegen und lehnt jede Verantwortung für deren Gestaltung ab!

Der Zentralverbandstag der österreichischen Konsumvereine.

In der Debatte über Kenners Referat zur Kriegs- und Uebergangswirtschaft unterbreitet im Auftrag des Zentralverbandes Genosse Lorenz die folgende Resolution des Distriktsverbandstages der niederösterreichischen Konsumvereine:

Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Die Genossenschaftsbewegung hat im Kriege die Notwendigkeit, den staatlichen Ernährungsdienst kontrollierend und fördernd zu beeinflussen, voll erkannt und ist sich mehr denn je bewußt, daß sie den Klassenkampf um die Versorgung der Bevölkerung nur führen kann, wenn sie in der Verwaltung von Staat, Land und Gemeinde das Interesse der arbeitenden Klassen zur Geltung zu bringen vermag. Der Verbandstag begrüßt deshalb die Errichtung von Wirtschaftsräten und Wirtschaftsräten, die mit der staatlichen Bürokratie als gleichberechtigtes Element zusammenarbeiten und die der Anfang einer Umgestaltung unserer staatlichen Verwaltung werden müssen. Der Verbandstag spricht den Wunsch aus, daß alle genossenschaftlichen Organisationen auch die Pflicht der Mitarbeit in diesen Räten und Ausschüssen übernehmen. Er hofft, daß es gelingen werde, die Vertretung der Konsumentenorganisationen in diesen Körperchaften zu verstärken, und wünscht, daß die Vertretung der Genossenschaften im Volksernährungsamt unter allen Umständen aufrecht erhalten bleibt. Der Verbandstag sieht in dieser Teilnahme an der Verwaltung keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, für die die Genossenschaftsbewegung allein die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen hat.

Der Antrag rief eine eingehende Debatte hervor, deren wichtigste Gesichtspunkte wir im Auszug festhalten wollen. Ein Teil der Delegierten sah in der vorgelegten Resolution die Verpflichtung zur weiteren bedingungslosen Mitarbeit in allen Kommissionen, Wirtschaftsräten und in den Approvisionierungsausschüssen, deren Zusammensetzung sehr oft eine solche ist, daß die Vertreter der Arbeiterschaft, zur Minorität verurteilt, einer agrarischen Majorität gegenüberstehen. Die Genossen Gernatz, Kristan, Fischer, Abram und May schieden eine

ehend die beständige passive Resistenz, die die Gemeinden gegen die Mitarbeit der Arbeitervertreter erheben, den großen Einfluß, den in der Provinz die Unternehmer ausüben, um die Versorgung der Arbeiter selbstherrlich durchzuführen zu können, und sie sehen in den zunehmenden Schwierigkeiten der Ernährung und der Ungenügsamkeit der Verwaltungsorgane ein Hindernis für eine gedeihliche Mitarbeit. Sie wünschen nicht, daß die Mitarbeit sofort eingestellt wird, sie möchten nur verhindern, daß diese Mitarbeit unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben muß. Auch die Genossen, die für die Mitarbeit, namentlich in den Wirtschaftsräten, gesprochen haben, stehen nicht auf dem Standpunkt, daß es nicht Momente geben könnte, wo wir jede Mitarbeit ablehnen müssen. Sie sehen aber in dieser Mitarbeit an der Verwaltung eine ebenso notwendige Teilnahme mit der Teilnahme an der politischen Gesetzgebung. Wie wir auch, wenn nur ein Mann in einer Gemeinde oder im Landtag sitzt, verlangen, daß er gegen die kompakte Majorität kämpft, so müssen wir auch im Kampfe um die Verwaltung aushalten und versuchen, täglich mehr an Einfluß zu gewinnen. Wenn der agrarische Einfluß heute überwiegt und wir heute wohl Landeskulturräte, aber keine verwaltende Konsumentenvertretung haben, dann kommt es vor allem daher, daß wir uns noch keinen Einfluß auf die Verwaltung erkämpft haben. Auch dieser Kampf ist Klassenkampf, wie der Kampf, den wir in Lohnkommissionen und Gewerbegerichts führen. Wir führen diesen Kampf um die Mitverwaltung nicht nur im Kriege und für die Kriegszeit, sondern auch für die Zeit des Friedens, für die Neugestaltung der Gesellschaft. Weil aber diese Fragen vor allem unsere tägliche praktische genossenschaftliche Arbeit berühren, wollen wir hier dieselbe Autonomie für unsere Entscheidungen und Handlungen, wie die Gewerkschaften sie für die Entscheidungen verlangen müssen, die sie fällen. Zunächst soll es unsere Sorge sein, denn das Gedeihen und die Existenz unserer Organisation wird vielfach bedingt durch diese Teilnahme der Verwaltung. Wir kämpfen dabei auch gegen das Handelskapital in all seinen Formen und gegen das produktive Kapital, sowohl das agrarische wie das industrielle Kapital, dessen Herrschaft heute die größte Ausbeutung ermöglicht. Wir müssen es als unsere höchste Aufgabe betrachten, daß wir die schwer und mühsam verbiente Lohnfrone des Arbeiters vor jeder Ausbeutung schützen und in allen Formen gegen jegliche Entrechtung ankämpfen. In diesem Sinne sprachen Gernatz, Kristan, Freundlich, Paal, Bödy und Droth. Die Debatte wurde durch den Kompromißantrag Gernatz, der die Resolution des Verbandsvorstandes nur in knapperer und deutlicherer Fassung wiedergibt, zusammengefaßt. Der Antrag lautet:

Die Genossenschaftsbewegung hat im Kriege die Notwendigkeit ständiger Beeinflussung und Förderung des staatlichen Ernährungsdienstes voll erkannt und ist sich mehr denn je bewußt, daß sie den Klassenkampf um die Volksernährung nur zu führen vermag, indem sie in der Verwaltung von Staat, Land und Gemeinde das Interesse der arbeitenden Klassen wirksam zur Geltung bringt. Der Verbandstag begrüßt deshalb die Errichtung von Wirtschaftsräten und Wirtschaftsräten, insofern sie das bürokratische System oberleitlicher Verwaltung ergänzen und ersetzen durch die wirtschaftliche und soziale Verwaltung unter gleichberechtigter Mitarbeit von Vertretern aller Wirtschaftsklassen. Der Verbandstag spricht den Wunsch aus, daß alle genossenschaftlichen Organisationen auch die Pflicht der Mitarbeit in diesen Räten und Ausschüssen übernehmen, solange deren positive Wirksamkeit die Teilnahme angesichts der Interessen der arbeitenden Klassen noch verantworten läßt. Er erachtet jedoch als Vorbedingung einer geordneten und loyalen Verwaltung dieser Ämter, daß die Vertreter der Wirtschaftsklassen gewählt, nicht aber willkürlich oder gar unter kapitalistischen und agrarischen Sondereinflüssen ernannt werden.

Der Verbandstag hofft, daß es gelingen werde, die Vertretung der Konsumentenorganisationen in diesen Körperchaften zu verstärken sowie im Volksernährungsamt in geänderter Form und mit verstärktem Gewicht aufrechtzuerhalten. Der Verbandstag sieht in dieser Teilnahme an der Verwaltung an sich keine Teilnahme an der Regierung, somit keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, in welcher die Genossenschaftsorganisation zunächst zu entscheiden hat und die Verantwortung trägt.

Zusatzantrag des Verbandsvorstandes.

Ferner ist es notwendig, daß die Konsumentenorganisationen in allen Preisprüfungskommissionen entsprechend vertreten sind, besonders ist die Vertretung der organisierten Konsumenten in der Zentralpreisprüfung gegenüber der agrarischen Vertretung eine viel zu geringe, und der Verbandstag fordert, daß das Ernährungsamt die Vertretung der organisierten Konsumenten der agrarischen Vertretung gleichstellt.

Größte Sorge ob der Zukunft.

Abram stellt noch folgenden Antrag:

Der Verbandstag stellt fest:

Erstens: Die Arbeiter haben seit Ausbruch des Krieges, unbeschadet ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Krieg und Militarismus in der Verteidigung des Heimatstaates sowohl als Soldaten im Felde wie auch als Arbeiter in allen Werkstätten des Hinterlandes und als Genossenschaftler bei der Bewältigung der Ernährungsschwierigkeiten ihre volle Pflicht getan.

Zweitens: Trotz der ausgesprochenen und mit Beharrlichkeit verfolgten Absicht der Feinde des Staates, unser Volk auszuhebeln, haben die Agrarier aller Jungen in diesen furchtbaren Kriegsjahren ihre Sonderinteressen nur zu oft über das allgemeine Staatsinteresse gestellt und insbesondere der normalen Ablieferung der Bodenprodukte auf vorgeschriebenem Wege und zu festgesetzten Preisen die größten Schwierigkeiten bereitet.

Drittens: In den bürgerlichen Kreisen, besonders in den Städteverwaltungen werden der gemeinnützigen Tätigkeit der Konsumvereine die größten Schwierigkeiten bereitet, ja in vielen Orten wird der Kriegsanleihe dienlich, unter dem Titel „Schutz des legitimen Handels“ die Konsumvereine zugrunde zu richten.

Weiter: In den meisten Orts-, Bezirks- und Landespreisprüfungsstellen wirken Agrarier und Vertreter des Handels zusammen, um nicht bloß den Abbau der Preise zu verhindern, sondern unter Ausnützung des Umstandes, daß in den Preisprüfungsstellen Vertreter der Konsumvereine wie überall in zu geringer Zahl berufen sind, jeden angeregten Preisausschlag, unbekümmert um die wachsende Notlage der Bevölkerung, für berechtigt zu erklären.

Endlich: Die im Staate regierende Bürokratie vom Ministerium bis herab zu den Bezirkshauptmannschaften

entbehrt der Entschlossenheit und Kraft, das wichtigste Gut des Staates, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, gegen die Sonderinteressen der Besitzenden wirksam zu schützen.

Die Erkenntnis dieser festgestellten Tatsachen nötigt die Versammlung zu der Erklärung:

Der Verbandstag steht der Zukunft mit größter Sorge entgegen und lehnt für deren Gestaltung jede Verantwortung ab.

Beide Anträge und die gestern mitgeteilte Resolution Kenners werden hierauf angenommen.

Die neuen Verbandsstatuten.

Der Verbandstag geht nun zur Beratung der neuen Verbandsstatuten über. Die neuen Statuten stellen den Verband nach jeder Richtung auf eine neue Grundlage. Sie heben die alte Aufteilung in Distriktsverbände auf und sehen an deren Stelle neue, kleinere Kreisverbände. Es sollen in Österreich zwanzig derartige Verbände geschaffen werden, die jeder ein Wirtschaftsgebiet umfassen sollen. Dadurch soll die gemeinsame Arbeit aller Vereine in einem territorial umgrenzten Gebiet erleichtert und die Konzentration der Vereine gefördert werden. Die Verwaltung des Verbandes wird in einen Genossenschaftsrat, den Verbandsausschuß und den geschäftsführenden Vorstand gegliedert. Das neue Statut sieht zum erstenmal, wie wir glauben, als erstes Verbandsstatut eines Zentralverbandes die Vertretung von Frauen in den leitenden Instanzen vor. Die weibliche Mitarbeit wird außerdem für alle Instanzen durch eine Resolution bestimmt, die vom Verbandstag einstimmig angenommen wurde. Die Vermehrung der beratenden und verwaltenden Körperchaften bezweckt vor allem eine straffere Zusammensetzung aller Kräfte, die innerhalb der Bewegung wirken, und eine weitgehende Demokratisierung der Verwaltung, die bei der großen Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den österreichischen Kronländern zur gedeihlichen Arbeit einer Wirtschaftsorganisation bringender wird, je größer ihre Aufgaben werden. Wesentlich sind die Bestimmungen, die für die angeschlossenen Vereine die Forderungen feststellen, die sie als Angehörige des Verbandes zu erfüllen haben. Vor allem sind Bestimmungen vorgegeben, die die Schaffung des eigenen kollektiven Kapitals vorsehen, Bestimmungen über die Höhe der Geschäftsanteile, der inneren Organisation und der Filialorganisationen, die allen Mitgliedern eine regere Teilnahme an der Verwaltung der Genossenschaft sichern sollen.

Zu diesem Punkte referieren Pohl und Kaufmännig. Pohl über die Statuten der Kreisverbände und des Zentralverbandes, Kaufmännig über die Musterstatuten der einzelnen Vereine, der Bezirkskonsumvereine und der Bezirksverbände, die dort errichtet werden sollen, wo ein Bezirkskonsumverein nicht möglich ist. Zu diesem Punkte nimmt der Verbandstag folgende Resolution an:

Im Hinblick auf die großen Aufgaben, die der Konsumgenossenschaftsbewegung gestellt sind, und an deren Lösung ehebaldigst geschritten werden muß, empfiehlt der vierzehnte Verbandstag des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine den angeschlossenen Vereinen, möglichst rasch an die Zusammenfassung aller Kräfte zu schreiten, um die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Konsumentenorganisationen, möglichst vollkommen zu gestalten.

Zu diesem Zwecke sollen in Gebieten, in welchen bereits mehrere selbständige Konsumvereine bestehen, diese, wenn irgend möglich, durch Verschmelzung zu einem einzigen Bezirkskonsumverein zusammengefaßt werden. Wo örtliche Verschiedenheiten einer förmlichen Verschmelzung hindernd entgegenstehen, sind die Einzelvereine zu Bezirksverbänden zusammenzufassen.

Die neuzubildenden Kreisverbände werden beauftragt, als wichtigste und unaufschiebbare Aufgabe die Zusammenfassung der bestehenden lokalen Vereine unverzüglich in Angriff zu nehmen und alle darauf abzielenden Bestrebungen tatkräftig zu fördern.

Die Vereinstatuten werden verpflichtet, nachdrücklich für die Stärkung des Eigenkapitals der Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung des sozialen Kapitals zu sorgen.

Der Verbandstag stimmt den vorgelegten Musterstatuten vollständig zu und empfiehlt sie zur Annahme bei Neugründungen und Statutenänderungen.

Hierauf verlegt sich der Verbandstag auf heute.

noch dazu, wenn man bedenkt, daß bei der Herstellung von Marmelade in den einzelnen Haushalten verhältnismäßig viel Zucker verbraucht wird. Erfahrungsgemäß stellt sich der Zuckerverbrauch bei Herstellung von Marmelade im kleinen auf 40 Prozent, während bei der fabrikmäßigen Herstellung für dasselbe Quantum Marmelade nur 15 Prozent Zucker verwendet werden. Schon das läßt die Zuweisung des Einsiedezuckers an Fabriken gerechtfertigt erscheinen, um so mehr, als das Ernährungsamt gleichzeitig dadurch das Recht erhält, den Fabriken den Verkaufspreis der mit diesem Zucker hergestellten Fabrikate vorzuschreiben. Darin erblicken wir auch den Weg, um den Minderbemittelten, die sich selbst wenn wir ihrem Haushalte die Einsiedequote zuwenden wollten, oft doch nicht die Marmelade herstellen können, dieses als Brotaufstrich wertvolle Nahrungsmittel zuwenden zu können. Ueberdies sind 550 Waggons an die einzelnen Kronländer ausgegeben worden für private Einsiedezwecke, und die Gemeindeorganisationen haben dafür zu sorgen, daß wirklich nur solche Leute, die wirklich unter rationaler Ausnutzung des Materials, Obst einsieden, diesen Zucker erhalten. Die Statthalterei in Wien hat bereits Detailvorschriften wegen der Verteilung dieses Zuckers hinausgegeben.

Anstellen.

Ein weiteres Moment, das in diesen Tagen immer wieder in den Vordergrund geschoben wird, ist das stundenlange Anstellen bei den Lebensmittelgeschäften. Nun finden wir solche „Anstellungen“ fast in allen größeren Städten aller Kronländer. Das Volksernährungsamt ist unmöglich in der Lage, für jede dieser Städte die Art des Lebensmittelbezuges zu regeln. Das ist Sache der städtischen Verwaltung. Trotzdem nehmen wir einen gewissen Einfluß und haben mit dem Magistrat in Wien in der Richtung verhandelt, daß die Rayonierung durchgeführt wird. In der letzten Zeit hat die Gemeinde Wien neuerdings den Versuch gemacht, die Butter zu rayonieren, und die bezüglichen Vorarbeiten werden vielleicht schon in der übernächsten Woche beendet sein. Dann wird es doch möglich sein, per Kopf und Woche sechs Dekagramm Butter sicherzustellen und das Anstellen um Butter wird aufhören. Bezüglich der Rayonierung der übrigen Fette hat der Wiener Stadtmagistrat noch gewisse Bedenken. Das Quantum der zu rayonierenden Fettarten ist so gering, daß es sich nicht in verschiedene Partien zerlegen läßt. Auch gibt es zu viele Arten von Fett, so daß eine gleichmäßige Rayonierung großen Schwierigkeiten begegnet.

Einführung einer Lebensmittelkarte.

Um im großen und ganzen jedem einzelnen den Besitz jener Lebensmittel sicherzustellen, die zwar nicht kontingentiert sind, von denen jedoch nur geringe Quantitäten zur Verfügung stehen, wird eine Lebensmittelkarte eingeführt werden, die sich bereits in Druck befindet. Auf Grund dieser Lebensmittelkarte werden diejenigen Artikel, die nicht rationiert sind, um die sich die Leute aber sehr „reißen“, derart bezogen werden können, daß jedem doch ein gewisses Quantum gesichert wird. Der Gedanke ist der: Nach Wien kommt beispielsweise ein gewisses Quantum eines Nahrungsmittels. Davon entfallen per Kopf der Bevölkerung auf jeden einzelnen so und so viel. Auf Grund der Lebensmittelkarte kann er dieses Quantum beziehen, wodurch das Anstellen ganz wesentlich verringert wird. Auch die Dezentralisierung, namentlich der Fleischverteilung an die Minderbemittelten, wird im Auge behalten und die Zahl der Fleischstände vermehrt werden. Allerdings bereitet dies wegen Mangels an Personal ziemliche Schwierigkeiten, doch wird jedenfalls dadurch das Anstellen wesentlich verringert werden.

Gemüse und Obst.

Die meisten Irrtümer herrschen in bezug auf die Versorgung mit Gemüse und Obst. Und namentlich die unter dem Titel „Geos“ bekannte Gesellschaft ist vielen Anfeindungen ausgesetzt. Ich habe mich persönlich überzeugt, daß die Verhältnisse folgendermaßen liegen: Wir haben österreichische und ungarische Ware. Für die österreichische haben wir Preise festgesetzt, was immer einigermaßen gefährlich ist, da in diesem Falle die Ware weniger auf den Markt kommt. Der Produzent findet dann den Transport und die sonstigen Gestehungskosten zu hoch und verkauft lieber an Ort und Stelle oder verwendet die Ware für sich. Andererseits ist beim Nichtbestehen von festgesetzten Preisen wohl mit der Beschädigung des Marktes zu rechnen, doch bemächtigt sich dann der Wucher der verfügbaren Artikel, es entstehen unschwingliche Preise, und das verbittert die Bevölkerung noch mehr. Durch die „Geos“ wurde nun eine gewisse Regelung des Obst- und Gemüseverkehrs durchgeführt, indem der Freihandel vollkommen aufrecht bleibt und der Zwischenhandel ausgeschaltet wird. Ich habe in dem Leiter des „Geos“-Syndikates, das durchaus keine „Zentrale“ darstellt, einen sehr geschätzten, energischen und tüchtigen Fachmann gefunden. Er hat die ungarischen Produzenten herangezogen, damit auch wir eine Sicherheit für die Lieferungen aus Ungarn haben. Die Zufuhren auf den Wiener Markt aus Ungarn sind wesentlich gestiegen. Allerdings haben die inländischen Zufuhren wesentlich nachgelassen. Daran ist die große Dürre des heurigen Jahres und der überall zutage tretende große Bedarf nach Gemüse schuld. Ich habe an die Gemeinde Wien das Ersuchen gerichtet, sie möge den Produzenten an der Peripherie des Gemeindegebietes und außerhalb desselben Tramwaywaggons zur Verfügung stellen,

damit sie ihre Ware nach Wien bringen können, ohne unter den Transportschwierigkeiten, die ja unläugbar bestehen, zu leiden. Wie ich höre, soll bereits heute in dieser Hinsicht ein Versuch gemacht werden. Mein zweites Hauptbestreben geht dahin, zu verhindern, daß Obst und Gemüse an der Peripherie der Stadt nicht verschwinden, indem sie wagenweise von Händlern aufgekauft werden. Endlich beabsichtige ich, jene Quantitäten von Obst, welche in früheren Jahren ins Ausland ausgeführt worden sind, auf diejenigen Kronländer aufzuteilen, die Mangel an Obst haben. Natürlich muß der eigene Bedarf der Obst produzierenden Länder für diese freibleiben.

Die Getreide-, Kartoffel- und Maisernte.

In der großen Bevölkerung herrscht eine gewisse Abneigung gegen die verschiedenen, im Kriege geschaffenen „Zentralen“, denen die Kriegswirtschaft zum Teile anvertraut ist. Ich gebe unumwunden zu, daß dieses Mißtrauen hinsichtlich der „Miles“ begründet war. Das Gleiche darf man aber nicht von den anderen behaupten, die viel Ersprießliches geleistet haben und denen vielfach die Kontinuität der Verpflegungsmöglichkeiten zu danken ist. Wenn davon gesprochen wird, daß einzelne dieser Zentralen große Geschäfte gemacht haben, so wird die von mir angeordnete und jetzt in Durchführung befindliche Revision der Gehaltung und Bücher volle Aufklärung geben, und ich werde nicht zögern, unverweilt darüber Mitteilung zu machen, indem ich die Ergebnisse dem Abgeordnetenhaus vorlege.

Der Minister erwähnte am Schlusse seiner Ausführungen den von der Wiener Bevölkerung so energisch abgelehnten Versuch, Klee als Gemüseersatz einzubürgern, versicherte, daß dieser sehr schwachhaft sei und in geschädigter Zubereitung von Spinat nicht unterschieden werden könne, berührte dann den herrschenden Kartoffelmangel, dem nur durch ein günstiges Sommerwetter und die daraus erhoffte Ernte ein Ende bereitet werden könne, stellte fest, daß auch der Ausfall der diesjährigen Maisernte, der sich noch nicht voraussagen lasse, ein überaus wichtiges Moment für die Ernährungspolitik bildet, teilte noch mit, daß die Getreidernte vollkommen mißraten sei und in der kürzesten Zeit an Ersatz durch rechtzeitige Beschaffung von Laubheu gedacht werden müsse.

Um der Bevölkerung die Ernährungsmitel und ihre Zubereitung sowie das Kriegsernährungsleben näher zu bringen, werde im Herbst dieses Jahres eine Ausstellung der Kriegsernährungsmitel in den Gartenbaujulen veranstaltet werden, die dann in kleinerem Maßstabe als Wanderausstellung alle österreichischen Länder bereisen werde. Ueber diese Ausstellung gab Regierungsrat Zalosiecki Aufklärungen.

Minister Generalmajor v. Höfer über aktuelle Fragen der Ernährungspolitik.

Wien, 27. Juni.

Minister Generalmajor v. Höfer empfing heute nachmittag in seinem Bureau die Vertreter der Presse, um in zwangloser Form über einige der wichtigsten aktuellen Fragen der Ernährungspolitik Mitteilungen zu machen. Er sagte unter anderem:

„Wir haben jetzt bis zum Hereinbringen und bis zur Verwertung der diesjährigen Ernte die härteste Zeit zu überstehen. Und da halte ich es für meine Pflicht, die Öffentlichkeit aufrichtig über den Stand der Dinge zu unterrichten, hauptsächlich schon deshalb, weil immer mehr Verwirrung und Unklarheit auftreten, weil Gerüchten und Ausstreunungen Lär und Tor offen stehen und dadurch in den breiten Schichten der Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen wird. Es ist meine Pflicht, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen und das wird am meisten dazu beitragen, die Ängstlichen und Besorgten zu beruhigen.“

Einsiedezucker.

Eine Frage, die jetzt nicht bloß die Haushaltungen, sondern auch die Öffentlichkeit viel beschäftigt, ist die Verteilung des zum Einsieden verfügbaren Zuckers. Wir bemühen uns, jedem zu helfen und nehmen durchaus keinen Zustandsstandpunkt ein. In der Approvisionierung herrschen gewisse Gegensätze zwischen den Interessen des einzelnen und den Bedürfnissen des Ganzen. Wir müssen das Ganze vertreten. Der diesjährige, überaus empfindliche Rohlenmangel, der uns zwingt, sparsamst umzugehen, ermöglicht es nicht, die entsprechenden Rohlenmengen für die Raffinade von Rohzucker zur Verfügung zu stellen. Rohzucker kann man zum Einsieden nicht brauchen, weil er noch zu viele unverarbeitete Stoffe enthält, und das Obst verderben würde. Wir haben nun, wie bekannt, 700 Waggons zur Verfügung mit Zucker zum Einsieden. Wollte man diesen Zucker auf die einzelnen Haushalte, deren rund sechs Millionen in Betracht kommen, aufteilen, so würde auf jeden Haushalt nur ein Kilogramm Zucker entfallen, ein recht bescheidenes Quantum.

Gasthauspreise und Gasthauswirtschaft.

Während diese Zeiten im Saß waren, hat die Gremialvorsitzung der Wiener Hotelliers eine Umgruppierung ihrer vor kurzer Zeit geäußerten Ansichten vorgenommen und bereitet, aus strategischen Gründen, einen Rückzug vor; allerdings keinen freiwilligen Rückzug. Er erfolgt auf Anregung des Ernährungsamtes. Allen Genossenschaftsmitgliedern wird seitens des Gremiums ans Herz gelegt, die Herstellungskosten aufs genaueste zu ermitteln und nur einen mäßigen Nutzen zu berechnen. (Vorher „Anregung“ hörten wir nur von Verlusten und Schaden.) Auch auf vereinfachte Betriebsführung wird hingewiesen und angedeutet, daß es wohl kaum mehr möglich sei, mit den Preissteigerungen fortzufahren, denn, wie es in dem Aufruf heißt, ist „alles zu vermeiden, was in der Öffentlichkeit zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte“. — Wie wenig kennen die Herren doch sich und ihre Nachgenossen!

I.

Bekanntlich plant das Ministerium für Volksernährung eine Regelung der Verhältnisse in den Gastgewerbebetrieben, und zwar soll es endlich zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Speisefolge und zu neuen Preisbestimmungen kommen.

Es sei ohneweiters zugegeben, daß die Lebensmittelbeschaffung gegenwärtig auch für die Gastwirte schwierig ist, aber lächerlich und ganz unstatthaft ist ihre in einer Versammlung aufgestellte Behauptung, daß die geplante Vereinfachung teilweise oder zur Gänze ihren Ruin nach sich ziehen müsse. Niemals, und am allerwenigsten in den jetzigen unnatürlich gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen, waren verwinkelte Betriebe leichter zu führen als einfache. Aber sie sind einträglich, sind schwerer zu überwachen als jene, und das ist wohl der wahre Grund, der die Gastwirte zu Gegnern einer vereinfachten Küchenwirtschaft macht.

Die geplante Regelung bliebe aber selbst nach Inkrafttreten ein wertloser Torso, wenn sie nicht durch eine weitere Verfügung ergänzt würde. Es muß den Leuten mit den werten Taschen und dem noch weiteren Gewissen endgültig unmöglich gemacht werden, täglich eine beliebige Anzahl von Mahlzeiten zu sich nehmen zu können, sich zu mästen, während Millionen hungern! Die Einführung von Gasthauskarten würde diesen groben Unfug mit einem Schlage beseitigen.

Zur größeren Bequemlichkeit der Bezahler könnten die Gasthauskarten allwöchentlich ausgegeben werden, d. h., nach Bedarf könnte von Fall zu Fall eine auf eine Woche lautende, zum Bezug von einer Mittags- und einer Abendmahlzeit berechtigende Gasthauskarte gegen die Hälfte der auf eine Woche entfallenden Miete, Fett- und Zuckermarken ausgetauscht werden. Den Gastwirten wäre bei Androhung strengster Bestrafung und des Gewerbeverlustes zu untersagen, Speisen ohne Abtrennung der Tagesmarke der Gasthauskarte zu verabfolgen.

Da außerdem die Milch- und Brotmarken nicht mit eingezogen würden, bliebe es dem Gasthausbesucher unbenommen, sich teilweise zu Hause zu verköstigen, und zahlungsfräftige Personen können sich ja — leider! noch immer reichlich neben dem Gasthaus verpflegen. Zuckerbäderwaren gibt es ohne Mehl- und Zuckerkarte, und die Feinkostgeschäfte bieten an feinem Wurstzeug, kaltem Geflügel, Konserven und anderen nahrhaften Lederbissen noch immer eine reiche Auswahl. Der „arme“ Gasthausstammgast, dem, etwa infolge eines Theaterbesuches, eine Gasthausmarke übrig bleibt, müßte sich an diesem Abend über den Entfall mit dem Gedanken an den Mann im Schützengraben trösten, für den es weder Theater noch Lederbissen von Scheibl oder Scherl gibt.

Die sinnlose Speisekarte.

Wie sinnlos gegenwärtig noch immer gewirtschaftet, richtiger gesagt: verwirtschaftet wird, und welche Tollhauspreise diese Mißwirtschaft zur Folge hat, zeigt ein Blick auf die täglichen Speisekarten der Hotels und Gasthäuser. Aber durchaus nicht nur jener, die schon zu Friedenszeiten als vornehm und teuer bekannt waren, sondern jener des besseren Durchschnittes, der ehemals „gut bürgerlichen“ Kreise. Die Preise sind bei den meisten annähernd gleich; die immerhin doch vorkommenden Unterschiede beweisen aber, daß man auch billiger verkaufen kann, ohne zugrunde zu gehen. Billigere Preise sind aber nur dort zu finden, wo eine kleinere Speisenauswahl zur Verfügung steht, in welcher Hinsicht z. B. das Gasthaus Lehnigstr., Johannesgasse 2, rühmend genannt zu werden verdient, das für K 3.50 drei Gänge in guter Zubereitung und ausreichender Menge bietet, während das „Deutsche Haus“ am Stephansplatz für drei Gänge schon K 5 verlangt.

Wer sich die Mühe nimmt, die ausgehängten Speisezeittel zu lesen, bemerkt zweierlei: erstens, daß es eine soziale Last von ungeheurer Wichtigkeit und Dringlichkeit wäre, wenn die so oft geforderte Vereinfachung des Gastwirtschaftsbetriebes nun endlich erfolgen würde, und zweitens, daß die Gastwirte, in unbegreiflicher Verleugnung ihrer Pflichten gegenüber der überwältigenden Mehrheit einer Bevölkerung, die nicht mehr in der Lage ist, sich die unentbehrlichsten Lebensmittel zu beschaffen, nur an ihren gegenwärtigen unmittelbaren, natürlich möglichst großen Vorteil und an die Befriedigung kostspieliger Launen einer geringen Anzahl zahlungsfähiger, bevorzugter Gäste denken.

Im Speisezimmer des Hotels „Continental“ z. B. hatte man am vorigen Mittwoch die Auswahl zwischen elferlei Braten, achterlei Gemüse, fünferlei Fisch. Daneben gab es noch eine ganze Anzahl anderer Gerichte: kaltes Gelfleisch, eine Portion K 5; ein halber garnierter Hering K 2, zwei Sardinen K 2.40 usw. Die Preise aller Speisen stehen auf ähnlicher schwindelnder Höhe: ein Roßbraten K 5, ein Mastochsenrostbraten K 7, Semmerlücken K 4.50, gefoxtener Karpfen K 4.50, geröstete Kiernblin K 3.60. (Wenige Schritte weiter kosten geröstete Kiernblin in einem allerdings ganz einfachen kleinen Wirtshaus K 1.80.)

Eine so reiche Auswahl von Speisen muß angesichts der Lebensmittelknappheit, der Fleisch-, Gemüse-, hauptsächlich aber der Fettnot, als standhafte Mißwirtschaft, ja geradezu als verbrecherische Verschwendung der wichtigsten Lebensmittel bezeichnet werden. Man muß weder Köchin noch Hausfrau sein, um zu begreifen, daß es nicht dasselbe ist, ob achterlei oder nur zweierlei Gemüse bereitet wird; ob elferlei oder nur zweierlei Braten usw. Denn jedes dieser Gerichte wird anders und für sich allein bereitet; verlangt Zutaten an Mehl, Fett, Würzen, ebensoviel Gefäße zum Waschen, Vorrichten usw. Acht kleine Töpfe brauchen mehr Raum auf dem Kochherd, als zwei große, daher eine größere Heizfläche, die um soviel mehr der jetzt so kostbaren Kohle verzehret; ein zahlreicheres Küchenpersonal, größere Reinigungskosten an Seife, Soda, Wischtüchern usw. Bei der Bereitung von vielerlei kleinen Mengen verbleiben aber auch weitaus mehr Abfälle und Rückstände — mit einem Wort: diese Mannigfaltigkeit, schon in Friedenszeiten Luxus, ist jetzt sträfliche Vergeudung.

Eine Portion Gansel 12 Kronen.

Die Preise in den Gasthäusern, eine Folge dieser sinnlosen Mißwirtschaft, sind ein eigenes, sehr unruhmlisches Kapitel. Bei Tonello verzeichneten wir am Mittwoch von der ausgehängten Karte: eine Portion Gansel zu K 12, ein heuriges Gemüse zu K 1.40, eine Portion Spargel à la Polonaise (offenbar verstehen die Stammgäste dieses Hauses nur Französisch!) zu K 4, Kartoffel K 3.60, und eine Portion Erdbeeren um K 4 usw. — Eine Portion Gansel zwölf Kronen!

Ob es in früheren Zeiten allenfalls Größenunterschiede der Portionen, auf die man bei sehr großen Preisspannungen hinweisen konnte, so ist dieser Grund gegenwärtig nicht stichhaltig. Eine Verordnung schreibt genau das Gewicht der in den Gasthäusern verabreichten Fleischmengen bei gekochtem Fleisch mit zwölf, bei gebratenem mit zehn Dekagramm vor. Und daß die Gastwirte diese Höchstgewichtsvorschrift aufs strengste einhalten, ist selbstverständlich! Da gegenwärtig ein Kilogramm rohes Gansel 16 Kronen kostet und aus einem Kilogramm ungefähr sechsundeinhalb fertige Portionen zu zehn Dekagramm hergestellt werden können, so kosten den Wirt zehn Portionen, für die er 120 Kronen einnimmt, ungefähr 24 Kronen an Rohstoff. Wobei zu beachten ist, daß namentlich Gansbraten außer Salz gar keine Zutaten erfordert, dagegen bei der Fertigstellung noch das kostbare Fett ausgebraten wird.

(Fortsetzung folgt.)

Notizbe M a n d L

Kriegswirtschaft.

— Zeitgemäße Glossen. —

Dieser Tage erhielt ich den vierten Brief von Freunden aus Wien mit der Bitte, ihnen einen Ort in Ungarn zu empfehlen, wo man die Sommerferien angenehm verbringen könnte. Und zwar nur deshalb, weil sie erfahren haben, daß es in Ungarn sehr viel zu essen gibt. Woher nun die Leute, durchwegs gebildete Menschen, diese Nachrichten haben, weiß ich nicht. Denn ich habe auch nicht die geringste Kenntnis davon, daß es bei uns „so viel zu essen gibt“. Ich habe, wie alle Frauen, mit Ausnahme der reichen, die größten Sorgen um die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel. Wir haben „Nahrungssorgen“ der schlimmsten Art. Es handelt sich hierbei nicht einmal um die Geldmittel allein. Selbst der sehr knapp Besoldete rechnet nicht mehr, weil eben jede Möglichkeit einer Berechnung ausgeschlossen ist, und weil man froh ist, überhaupt etwas zu bekommen. Wie kommt es nun, daß in kaum fünf Stunden Schnellzugsentfernung von uns die Mär verbreitet ist, daß bei uns ein wahres Nananan ist, in dem Milch und Honig fließt? Wir leben zwar in der Zeit der Gerüchte. Als hätte uns die Wahrheit, müde und überflüssig des Stampfes mit der Lüge, für immer verlassen, so werden die unwahrscheinlichsten und unmöglichsten Begebenheiten berichtet, verbreitet und geglaubt. Aber eine Mär, wie die von einer Hülle und Fülle, die nicht existiert, kann doch nicht entstehen und zur Ueberzeugung eines Volkes werden, wenn sie nicht wenigstens zum Theile auf Wahrheit beruht. Und genau genommen ist dies auch der Fall. In den Markthallen, Delikatessengeschäften, Restaurants und Konditoreien sieht man zeitweise so viel köstliche und kostbare Speisen, daß man erst beim Hören der Preise an den Krieg erinnert wird. Auch in vielen Familien wird noch ordentlich geschlemmt. Lachend erzählt mir vor Kurzem ein Herr, daß er seit dem Krieg noch immer so lebe wie vorher. Nur gebe er zehnmal mehr Geld her als im Frieden. Auf meine Frage, woher er sich die Dinge beschaffe, sagte er augenzwinkernd: „Das ist mein Geheimniß.“

Den denkbar trassesten Gegensatz zu diesem Ueberfluß bilden aber die Massenansammlungen vor den Geschäften und Verkaufsbuden, wo die aller-nöthigsten Lebensmittel und Heizmaterialien verkauft werden. Meine Wiener Freunde scheinen aber ihre Erfahrungen nicht hier geschöpft zu haben. Sie wissen auch nichts von der Verzweiflung, die unter den gut gekleideten Frauen herrscht, die halbe Tage auf der Straße verbringen, die Köden wie Bettler absuchen, stundenlang in Hitze und Kälte zwischen Dienstboten und Proletarfrauen herumstehen, nur weil sie einen Gut auf dem Kopfe haben, allerlei Gottfien einstecken müssen, und schließlich, weil ihnen doch die Gerechtigkeit zum Drängen und Stößen fehlt, mit leeren Händen abziehen müssen.

Es ist allerdings Krieg. Ein Krieg, wie ihn die Menschheit noch niemals gekämpft hat, und denkt man an das Grauenhafte, welches Menschen seit drei Jahren draußen oder auf der Flucht, heimatlos, erleben, so erscheinen einem ja alle diese Dinge kleinlich. Schließlich, wenn man auch nicht immer satt wird, hungern muß man doch nicht. Wie schwer es auch ist, man kann es aushalten und hält es auch aus. Aber wir müssen uns doch immer wieder sagen, daß in diesem trivialen Alltagselend ungeheuer viele Kräfte vernichtet werden, deren Maß und Tragweite uns nur deshalb noch verborgen bleiben, weil wir noch inmitten der Verschwendung leben. Wir bemerken vor lauter Sparen diesen Mißbrauch und diese Verschwendung der Kräfte nicht. Wer aber im Stande ist, seine Gedanken auf die Folgen dieser Mißwirtschaft mit Menschenkräften zu lenken, der wird sich schauernd fragen, wie es möglich ist, daß man zu einer Zeit, da „Menschenökonomie“ das Ziel aller Regierungsweisheit sein sollte, eine solche Verschwendung an menschlicher Kraft und an Menschenthum getrieben wird. Nicht um „hohe Güter“, nicht um „Ideale“, nicht um „Freiheit“ und „Rechte“ wird da vor den Buden und Köden gekämpft, sondern um einige Defa Fett, Zucker, Reis oder Kartoffel, um einige Holzspäne und ein paar Stückchen schlechter Kohle wird die Ruhe, das seelische Gleichgewicht, die Gesund-

heit und die Lohware, untwiederbringliche Zeit verloren. In Geld umgesetzt, bedeuten diese Verluste Milliarden. Nach Ostwald's energetischer Theorie, in Energie verwandelt, könnte man Europa damit in die Luft sprengen.

Man kann es nicht fassen, nicht verstehen, daß man noch keinen Ausweg aus diesem Elend gefunden hat. Viele tausend Frauen, Mädchen und Kinder sind täglich damit beschäftigt, die notwendigsten Sachen durch stundenlanges Herumstehen zu verschaffen. Tausende von Menschen sind damit beschäftigt, diese Sachen in den Handel zu bringen. Ein ungeheurer Apparat ist thätig, ein Meer von Tinte, Berge von Papier werden verbraucht, bis die Sachen „rationirt“ in kleinen, schwer erkämpften Dosen zum Konsumenten gelangen. Diese Waaren könnten aber ebenso gut von der Behörde, unter Leitung von sachverständigen Handelsleuten und Hausfrauen gekauft werden und an zehn, zwanzig, vierzig, meinetwegen sechzig Küchen zum Maximalpreis (der jedoch auch von sachverständigen Hausfrauen und nicht am grünen Tisch festgesetzt werden müßte) abgegeben werden. Jede Gesellschafts-schichte könnte sich ihre Küche einrichten. Wenn in den großen Hotels und Restaurants für viele Hunderte gekocht wird, weshalb richtet man nicht endlich die Centralküchen ein? Der Staat zwingt unsere Söhne und Männer in den Soldatendienst, er nahm unsere Messing- und Metallgegenstände weg, zwingt uns, jedes Kilo Zucker in unserem Besitze anzumelden und übt auf allen Gebieten unbeschränkte Gewalt aus. Weshalb versagt hier seine Macht, weshalb will er hier nicht seine Macht ausnützen? Sind die Zehntausende, die den Krieg als Konjunktur ausnützen, durch den Krieg zu Millionen und zum Genußleben gelangen, werthvollere Menschen als die Hunderttausende, die durch diesen ungeheuren Wucher, diesen Kampf und diese Sorgen zermürbt werden? Ich behaupte ja nicht, daß mit den Centralküchen alle Kriegsnoth ein Ende hätte. Ich weiß auch, daß die Magenfrage bei uns am schwersten zu lösen ist, und kenne die „wenn“ und „aber“, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellen. Aber wir, und was noch wichtiger ist, unsere Männer und Kinder sind schon sehr, sehr bescheiden geworden. Wenn die Küchen nur eßbare Speisen zu erschwinglichen Preisen liefern (und das können sie, wenn sie ehrlich und sachgemäß geführt werden), wird man damit zufrieden sein. Und wird auch damit die Kriegsnoth nicht beseitigt, sie wird gewaltig erleichtert. Man wird wenigstens aufathmen können. Und das wäre schon eine Erlösung.

Malvi Fuchs.

Einführung einer Familien-Einkaufskarte.

Endlich kommt auch bei uns die Einkaufskarte, deren Einführung anderwärts bereits seit Jahresfrist besteht und auch im Wiener Gemeinderat von Dr. Schwarz-Siller angeregt wurde, zur Ausgabe. Damit soll in erster Linie das Anstellen eingedämmt werden, welches in beängstigender Weise um sich gegriffen hat. Wenn man bedenkt, daß Greise, Frauen mit Säuglingen, Kinder in allen Lebensaltern manchmal schon nachmittags sich anstellen und die ganze Nacht im Freien verbrachten, um am andern Morgen sechs Dekagramm Butter oder ein Viertelfilogramm Margarine zu erhalten, so muß jedes Mittel begrüßt werden, das geeignet ist, diesem Uebelstande abzuweichen.

Die Einkaufskarte bezweckt den Ausschluß aller in Wien nicht ansässigen Personen vom Bezug gewisser, nur knapp vorhandener Lebensmittel und Bedarfsartikel und gibt auch die Möglichkeit, die Abgabe bestimmter Artikel auf die eine oder andere Gruppe von Personen zu beschränken, die als Mindestbemittelte in erster Linie Berücksichtigung finden sollen. Mittels dieser Einkaufskarte ist es schließlich auch möglich, die Preise derselben Artikel für die einzelnen Bevölkerungsschichten in verschiedener Weise abzustufen.

Trotz dieser Differenzierungen ist die Einkaufskarte, für deren Herstellung dem Leiter der Lebensmittelstelle I Magistratsrat Doktor

am 6. Anerkennung gebührt, außerordentlich einfach und übersichtlich.

Die Einkaufskarte für Mindestbemittelte wurde in drei verschiedenen Farben hergestellt. Einen Einkaufsschein in grüner Farbe erhalten jene Mindestbemittelte, deren Einkommen pro Kopf und Monat nicht mehr als 40 K. für Erwachsene und nicht mehr als 15 K. für Kinder unter 14 Jahren beträgt, blaue Karten Mindestbemittelte mit dem Einkommen von 50 K., beziehungsweise von 60 K., braune Karten Mindestbemittelte mit dem Einkommen von 80 K., beziehungsweise von 90 K. Hierbei gilt jedoch die Einschränkung, daß Haushalte mit einem Gesamteinkommen von über 4000 K. jährlich vom Erhalt der Einkaufsscheine für Mindestbemittelte ausgeschlossen sind.

Wie sieht der Einkaufsschein für Mindestbemittelte aus?

Die Einkaufsscheine für Mindestbemittelte bestehen aus drei Teilen: der mittlere Teil hat den Namen, Beruf und Wohnung des Haushaltungsvorstandes aufzunehmen, in der rechten oberen Ecke befindet sich die vorgegebene Zahl, welche anzeigt, aus wieviel Köpfen der Haushalt besteht; in der linken oberen Ecke befindet sich ein Raum zur Eintragung des Bezirkes, in welchem der Besitzer des Einkaufsscheines wohnhaft ist. In der Regel wird nämlich dieser Einkaufsschein zum Einkauf nur in den Verkaufsstellen des Bezirkes gültig sein.

Der rechte Teil des Einkaufsscheines weist acht Reihen mit je fünf Quadraten auf, welche fortlaufend die Ziffern 1 bis 40 zeigen; neben jeder Ziffer befindet sich in kleinerem Druck eine Ziffer, welche die Anzahl der Personen des Haushaltes angibt.

Der linke Teil der Einkaufskarte enthält zwölf Rechtecke mit den Buchstaben A bis M und daneben ebenfalls die Anzahl der bezugsberechtigten Personen mit kleinerer Schrift. Diese linke Seite dient bloß zum Bezug von Wohlfahrtsfleisch um 3 K. 60 S. pro Kilogramm. Sie enthält daher noch einen Raum für die Bezeichnung der Fleischabgabestelle und des Abgabetermins. Durch die Feststellung der Gewichtsmenge für jeden Haushalt und durch die Beschränkung auf die eine oder die andere Gruppe soll auf diese Weise der Bezug des Wohlfahrtsfleisches, auch wenn nur knappere Vorräte zur Verfügung stehen, gesichert sein.

Die rechte Seite mit den Nummern 1 bis 40 ist für den Bezug von Artikeln bestimmt, die wohl in solchen Mengen vorhanden sind, daß ein großer Teil der Bevölkerung befriedigt werden kann, die aber andererseits nicht ausreichen würden, um eine Doppelbeteiligung zu gestatten. Die einzelnen Marken, die vom Verkäufer abzutrennen und zu sammeln sind, bilden gleichzeitig eine Kontrolle für die Behörde, daß der Verkäufer wirklich so und so viele Kunden befriedigt hat.

Um in den Besitz der amtlichen Einkaufsscheine für Mindestbemittelte zu kommen, haben die Haushaltungsvorstände sich mit dem polizeilichen Meldezettel bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission anzumelden, und zwar nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens

A bis F am 7. Juli,
G bis K am 9. Juli,
L bis R am 10. Juli,
S bis Z am 11. Juli,

jedesmal in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags.

Anstatt des Haushaltungsvorstandes kann auch ein anderes Mitglied der Haushaltung die erforderlichen Aufklärungen geben und die amtlichen Einkaufsscheine für den Haushaltungsvorstand sowie die Einkaufsscheine für die im Haushalte nicht beteiligten Personen in Empfang nehmen.

Für den Bezug des Einkaufsscheines für Mindestbemittelte können sich nur diejenigen Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen anmelden, mit welchen seinerzeit eine Erklärung für mindestbemittelte Haushalte oder Einzelpersonen aufgenommen wurde. Personen, welche inzwischen den Wohnort gewechselt haben, haben vor dem Tage der Anmeldung sich unter Vorweisung des polizeilichen Meldezettels zur Brot- und Mehlkommission des Aufnahmestortes zu begeben.

Das Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften.

Budapest, 4. Juli.

Eines der schwierigsten Probleme, die der Kriegszustand aufgeworfen hat, ist, die Bevölkerung möglichst rasch mit den nötigen, besser gesagt, mit den verfügbaren Lebensmitteln zu versehen und das massenhafte Anstellen des konsumierenden Publikums vor den Lebensmittelgeschäften zu verhüten. Unsere Lebensmittelbehörden, namentlich die hauptstädtische Approvisionierungssektion und seit seinem Bestande auch das Landes-Volksernährungsamt, haben lange nach einem zweckmäßigen System gesucht, nach dem die vorhandenen Lebensmittel rasch und gerecht unter das Publikum verteilt werden könnten und das folglich das stundenlange Warten den Käufern unnötig machen würde. Alle Bemühungen dieser Behörden blieben vergebens, das Problem erwies sich als unlösbar. Was bisher nicht gelungen ist, soll nun jetzt gelingen. Die Polizeibehörde, die noch unter dem bisherigen Oberstadthauptmann Dr. Boda wiederholt energische Versuche unternommen hatte, um den Verschleiß der Lebensmittel in der angegebenen Weise zu regeln, hat jetzt auf Initiative des neuen Oberstadthauptmanns Dr. Ladislaus v. Sándor abermals eingegriffen, und nun soll endlich Ordnung auf diesem Gebiete geschafft werden. Diejenigen, die wie wir die auf eine Verhütung des Anstellens vor den Geschäften abzielenden Bemühungen des Barons Ludwig Fürthy und des Magistratsrates Ludwig v. Fokuszázy mit Aufmerksamkeit verfolgt und die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen konstatiert haben, sehen mit begreiflicher Spannung den Maßregeln der Polizeibehörde entgegen, die das bewirken sollen, was bisher trotz der unzweifelhaft besten Absicht der Hauptstadt und dem Volksernährungsamte nicht gelungen ist. Da wird nun die berechtigte Frage aufgeworfen, weshalb die von der Polizei erst jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen nicht schon lange ins Leben gerufen wurden und weshalb der Magistrat ein Problem

Das große Publikum, welches nicht, wie bisher, in den Geschäften anstellen konnte, wird nun durch die Maßnahmen der Polizei in den Stand gesetzt, sich rasch mit den notwendigen Lebensmitteln zu versehen. Die Polizeibehörde hat sich zu diesem Zweck eine Reihe von Maßnahmen ausgedacht, die das Anstellen vor den Geschäften verhindern sollen. Zunächst wird die Anzahl der Personen, die in einem Geschäft anstellen dürfen, auf eine bestimmte Zahl begrenzt. Außerdem wird die Zeit, die eine Person in einem Geschäft anstellen darf, auf eine bestimmte Zeit begrenzt. Diese Maßnahmen sollen das Anstellen vor den Geschäften verhindern und die Bevölkerung rasch mit den notwendigen Lebensmitteln versehen. Die Polizeibehörde hat sich zu diesem Zweck eine Reihe von Maßnahmen ausgedacht, die das Anstellen vor den Geschäften verhindern sollen. Zunächst wird die Anzahl der Personen, die in einem Geschäft anstellen dürfen, auf eine bestimmte Zahl begrenzt. Außerdem wird die Zeit, die eine Person in einem Geschäft anstellen darf, auf eine bestimmte Zeit begrenzt. Diese Maßnahmen sollen das Anstellen vor den Geschäften verhindern und die Bevölkerung rasch mit den notwendigen Lebensmitteln versehen.

Die Mitarbeit des Volkes

I.

„Das soll hier öffentlich erklärt werden, daß die Behörden die Mitarbeit des letzten Schweizer nötig haben, um das Land durch diese Krise zu führen!“ (Bundespräsident Schulthess am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag vom 20. Mai 1917.)

Groß und dunkel steht dieser Spruch an der Mauer des Schweizerhauses. Viele sehen ihn nicht, und noch mehr verstehen ihn nicht. Von denen, die ihn sehen, aber nicht verstehen — wie wenige, die sich um das Verständnis bemühen, wie viele, die untätig zuwarten, ob ihnen die staatlich bestellten Laternenanzünder das nötige Licht aufstellen werden! Was soll „der letzte Schweizer“ tun? Die Behörden mit seinem Vertrauen und patriotischen Gehorsam unterstützen und die frevelhafte Verdächtigungs-Journalistik unterlassen, über die nach der Presse selber nun auch die Behörden bei jedem Anlaß klagen, nachdem sie es unterlassen, rechtzeitig einzuschreiten? Gewiß, Vertrauen und Gehorsam. ... Aber ist das alles?

„Was in der nächsten Zeit geht, kann über die Zukunft des Landes entscheiden.“ So sprach der gleiche Bundespräsident am 28. Juni im Nationalrat. Offenbar muß nun die Mitarbeit des Volkes einsegen. Was soll geschehen?

Man stecke erst einmal, und bald einmal, die Lichter auf! Erst muß das Volk klar sehen, sonst weiß niemand recht, wo er anpacken soll, und man steht Gewehr bei Fuß im Dunkel, einer unfassbar-gegenwärtigen Gefahr bewußt und der Panik ausgelegt. Schon schwirrt das Gerücht von einem drohenden Versagen der Gasversorgung in Bern von Ohr zu Ohr.

Wie ist es denn bisher gegangen? Zuerst, und dann von Jahr zu Jahr wiederholt, der Glaube an den baldigen Frieden. „Niemand“, so ist schon mehr als einmal vom Bundesratspräsidenten erklärt worden, „dachte bei uns an einen so langen Krieg“. Aber man sehe sich einmal die Kohlenvorräte der Industrie an, die sich sofort mit Erfolg auf Jahre eingedeckt hat. Diese Leute nahmen das im August 1914 aus London kommende Wort, das die Engländer von vornherein auf eine Kriegsdauer von mindestens drei Jahren vorbereitete, ernst. Ernster als unsere hypnotisierte öffentliche Meinung, ernster auch, als es unsere Gaswerke getan zu haben scheinen, die sich von der Furcht vor Zinsverlusten abhalten ließen, möglichst große Vorräte anzulegen.

Als im Sommer 1916 nach wiederholten Warnungen, die schon im Vorjahr ungehört verhallten, der „Bund“ nach „Mehr Aderbau!“ rief — heftiges Kopfschütteln bei einigen führenden Landwirten. Seither ist mancherlei geschehen. Man nähert sich, dem Druck langsam weichend, der Einsicht, „daß wir auf die Dauer um eine Art neuzzeitlichen Flurzwangs nicht mehr herumkommen werden“. Aber das ist eben das Uebel: es geschieht mancherlei, statt daß man das Ganze tut, und man weicht dem unmittelbaren Druck, statt sich auf eine weitere Zukunft vorsorglich einzurichten. Unterdessen wächst die Abhängigkeit vom Ausland und damit die Gefahr, aus der Neutralität hinausgedrängt zu werden, sei es in der Richtung der Kohlen, sei es in der Richtung des Brotes. Und seit Jahr und Tag hat jeder Nachdenkliche das Gefühl, nur noch provisorisch zu leben. Er hat es im Stillen, aber die lauten Geschäfte des Tages und der Tagespolitik vor allem sind nicht von diesem Gefühl getragen. Das muß anders werden.

Wir müssen uns jetzt auf mindestens zwei weitere Kriegsjahre einstellen. Kommt der Friede früher, um so besser! Wir werden auch dann nicht zu viel getan haben; denn nach einem solchen Weltverwüstungskrieg wird nicht auf einmal wieder alles sein, wie es vorher war.

Die Frage ist also: Was ist zu tun, damit wir mindestens zwei weitere Jahre aushalten? Sie richtet sich nach der Antwort, die auf einen ganzen Komplex von Unterfragen zu geben ist, und in der das Existenzminimum der ganzen Nation festgestellt werden muß.

Allen Erhebungen in Einzelpunkten voraus sollte die Erkenntnis gehen, daß die ganze Nation auf ihr Existenzminimum gesetzt werden muß, wenn sie ernsthaften Willens ist, so lange als möglich ehrenvoll auszuhalten. Was dieser Tage ein aufrechter Patriot in Bern im kleinen Kreise gesagt, muß offen ausgesprochen werden: „Wir werden vielleicht gezwungen, uns für eine gewisse Zeit

völlig genossenschaftlich einzurichten und auf alles Persönliche zugunsten der Allgemeinheit zu verzichten.“

Wir zehren an den Vorräten, das heißt bei den sinkenden Einfuhrziffern: an der eigenen Zukunft. Wie steht es mit den Vorräten?

In bezug auf die Kohlenversorgung folgen sich seit einiger Zeit tröstliche und weniger tröstliche Nachrichten, und mehr als einmal hat die Kohlenzentrale in Basel ermunternde Meldungen ausgehen lassen, die kurz darauf in der Presse heruntergestimmt wurden — ebenfalls von Basel aus. Die Behörden scheinen auf das Abwarten eingestellt zu sein. Am 5. April veröffentlichten die Bundesbahnen eine Mitteilung, wonach seit einiger Zeit die Kohlenzufuhr etwas stärker ausgefallen sei, weshalb einstweilen auf die Durchführung der geplanten weiteren Einschränkung der Fahrleistungen verzichtet werde. Gleichzeitig ließ sich das schweizerische Eisenbahndepartement dahin vernehmen, daß die Kohlenversorgung noch immer zu wünschen übrig lasse, so daß gegenüber den Fahrplänen vom 20. Februar auf eine weitere Einschränkung Bedacht genommen werden müsse. Sobald die Notwendigkeit sich einstelle, sollen die neuen Reduktionen durch besondern Bundesratsbeschuß auf unbestimmte Zeit in Kraft gesetzt werden.

Nun vernimmt man von weiterer Verschlechterung der Zufuhr, von Schwinden der Vorräte der Kohlenhändler und der Bundesbahnen; man spricht davon, daß die Gaswerke bereits zur Vergasung des Holzes übergegangen seien. Aber man hört nichts mehr von den im April ins Auge gefaßten Maßnahmen.

Darum ist es Zeit, daß die Behörden die Öffentlichkeit aufklären über die wahre Lage. Sie sollen sagen, ob und warum sich die Schweiz gestatten kann, solche Einschränkungen im Kohlenverbrauch abzulehnen, die sich der Kohlenlieferant selber schon letzten Winter auferlegen mußte. In deutschen Städten sind Schulen und Kirchen geschlossen worden. Bei uns aber ist jetzt, wo die Schulsferien vor der Tür stehen, noch kein Entscheid über die Verlegung der Schulzeit gefallen. Die Sache ist ernster, als daß sie etwa nach der Rücksicht auf bereits gemietete Ferienwohnungen entschieden werden dürfte.

Die Kündigungsstermine für die Mietwohnungen rücken heran. Manches Familienhaupt denkt mit Bangen an das Heizen. Mehr als einer, sicherlich in Bern allein Hunderte, sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie nicht mit Rücksicht auf die Heizfrage die Wohnung wechseln müssen. Die Einfamilienhäuser mit Zentralheizung insbesondere würden geradezu in ihrer Bewohnbarkeit in Frage gestellt, wenn die Kohlenversorgung versagen sollte; man muß wissen, jetzt wissen, wie weit die Vorräte und sichergestellten Zufuhren des Heizmaterials reichen. Gerne wird man die Kontingentierung der zu heizenden Räume nach der Zahl der Familienglieder, das Einlegen von Sperrscheiben in die Heizleitungen oder irgend eine andere Regulierung und Rationierung über sich ergehen lassen. Das Volk ist sicherlich willig, in diesem Sinne mitzuarbeiten; aber man gebe den Leuten Gelegenheit, sich rechtzeitig einzurichten, damit sie nicht vom Stoß der Ereignisse überrascht und übermäßig hart getroffen werden.

Lieber jetzt schon im Interesse der Zukunft Einschränkungen einführen, die vielleicht für den Augenblick noch vermeidlich erscheinen könnten, als kompaßlos weiterwirtschaften.

Ganz einverstanden mit Seneca: „Spahn: „Jetzt heißt es nicht reden, sondern regieren!“ Aber „gouverner, c'est prévoir“. Wenn der letzte Schweizer mitarbeiten soll, so muß er auch wissen, wie die Lage ist, und wie die Behörden sie zu überwinden gedenken. Darum heißt es jetzt in der Tat erst einmal offen reden und mit den Zahlen herausrücken, damit jedermann an seinem Platz vorsorgen kann.

Die Mitarbeit des Volkes

II.

Die Frage, die für die Kohle gestellt werden muß, drängt sich auch für das Brot auf: Was veranlaßt die Behörden, anzunehmen, daß die Schweiz solche Einschränkungen ablehnen kann, die sich die Länder auferlegen, mit deren Hilfe wir das Getreide beziehen? Frankreich hat die gesamte Luxus- und Zuckerbäckerei kurzerhand abgestellt, obschon die Voraussetzungen der Brotversorgung günstiger sind, als für die Schweiz. Die großen Korngebiete des Westens sind von den Deutschen nicht besetzt; ein wesentlicher Teil der Transportwierigkeiten zu Lande, mit dem wir zu rechnen haben, fällt weg — und nun kommt gar aus Amerika die Drohung einer Vorzugsbehandlung der Verbündeten auf Kosten der Neutralen.

Ueber unsere Getreide-Vorräte und die ins Auge gefaßten Sparmaßnahmen sind wir besser unterrichtet, als in bezug auf die Kohle. Herr Chuard hat in der letzten Sitzung des Nationalrates Zahlen gegeben, die die Lage beleuchten. Der Bedarf ist (nach den neuesten, eine Ausmahlung bis 90 Proz. vorsehenden Verfügungen) monatlich 3500 Wagen (früher 4000); vorhanden ist ein Vorrat von 13,000 Wagen, an dem gezehrt wird, und der nicht weiter als auf vier bis fünf Monate reichen kann. Vorbereitet ist die Einführung der Brotkarte, eine Tagesration von 275 Gramm ist vorgesehen. Die Inlanderate wird ausreichen für 700,000 Personen; sie wird zur Ernährung der Produzenten verwendet. Die Brotkarte wird nur für die übrigen rund drei Millionen zur Anwendung kommen. Das ist ungefähr, was man von den Vorräten und den bevorstehenden Sparmaßnahmen weiß. Es wird nicht ohne weitere Einschränkungen abgehen. Im Dulden und Sichfügen wird sich auch hier die Mitarbeit des Volkes zeigen müssen.

Ein Glück nur, daß das nicht alles zu sein braucht. Es kann und es muß noch viel anderes geschehen, was bisher unterlassen worden ist. Nicht um Vorwürfe zu erheben, sondern um die Schlüsse aus den Folgen der Unterlassungen zu ziehen, darf man davon reden. Denn man hat doch wohl die Fehler einzig zu dem Zweck begangen, um dem ganzen Volk zu zeigen, daß es auf der breitgetretenen Bahn platt dahintrollender Gewohnheit unfehlbar an den Abgrund gerät, daß der Weg zum Heil durch Dornen und über Felsen führt. Der Handel ernährt uns nicht mehr; wir müssen das tägliche Brot aus dem eigenen Boden holen. Eine ganz große Anstrengung ist nötig. Hand an den Pflug! Die Erkenntnis von dieser Notwendigkeit ist glücklicherweise bei den Führern der Landwirtschaft vorhanden. Der Präsident des schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Jenny, hat es in der letzten Session der Bundesversammlung ausgesprochen, daß kein Stück anbaufähigen Landes mehr der Kultur entzogen werden dürfe. Sobald der Handel versagt, tritt die Rückficht auf die Rendite in den Hintergrund. Nicht um Geld handelt es sich, sondern um Brot, nicht bloß um die Landwirtschaft, sondern um die Existenz der ganzen Volkswirtschaft.

Mancherlei ist ja freilich getan worden. Die von letzter Stelle schon zu Anfang des Krieges ergangenen Mahnungen sind nicht ungehört verhallt. Der Aderbau hat von Jahr zu Jahr zugenommen; über die gegenwärtige Getreidefläche sind allerdings, wie es scheint, die Fachleute nicht einig. Der eine spricht von 115,000, der andere von 160,000 Hektaren. Eine neue Vermehrung steht in Aussicht. Es lohnt sich, einen Rückblick zu werfen auf den Wandel der Anschauungen und der Anstrengungen.

Abgesehen von den erwähnten Ermahnungen und Aufmunterungen an den Bauernstand, mehr Getreide und Hackfrüchte anzubauen, beschränkte sich die amtliche Einwirkung auf die landwirtschaftliche Produktion im wesentlichen auf die Regelung des Umsatzes. Es wurde darauf Bedacht genommen, daß der Konsummilchpreis nicht sofort, der internationalen Konjunktur entsprechend, in die Höhe schnellte. Die Monopolisierung der Käseausfuhr und die Festsetzung der Höchstpreise für Milch und Milchprodukte sind die wesentlichsten Maßnahmen nach dieser Richtung. Sie wirkten einer weiteren Verschärfung der schon lange vor dem Kriege eingetretenen einseitigen Entwicklung

der Milchherzeugung entgegen; aber ein genügender Anreiz für den Aderbau lag darin nicht. Der landwirtschaftliche Betrieb warf sich mehr auf die Viehzucht. Nun sind die Ställe überfüllt; es ist mehr Vieh im Lande als 1911, trotz des Futtermangels vom letzten Frühjahr, der verschiedenorts dazu führte, daß das Vieh mit der eigenen Milch auf den Weiden gehalten werden mußte. Da die Fleischpreise keineswegs im Maß der Vermehrung des Viehs zurückgingen (die Gründe sind öfters erörtert worden; sie liegen neben anderem in der Erhöhung der Futtermittelpreise, in der Entwicklung des Hypothekarmarktes und dem Steigen der Arbeitslöhne, wozu die lukrative Kompensationsausfuhr trat), so zeigte sich bald, daß mit Maßnahmen kommerzieller Art eine Umgestaltung der Betriebsweise nach den Bedürfnissen der nationalen Selbstversorgung unmöglich erreicht werden könnte. Auch das Steigen der Getreidepreise reichte nicht aus, um rechtzeitig den erforderlichen Umschwung herbeizuführen. Eine nach der Konjunkturgestaltete Betriebsweise stellt immer auf die tatsächlichen Verhältnisse des Marktes ab, sie folgt den Ereignissen, aber sie beugt ihnen nicht vor. Es kommt dazu, daß der Aderbauer mehr Dach, mehr Werkzeug, mehr Arbeitskräfte braucht, als der Hirte und Viehzüchter. Zeit und Geld sind nötig für eine solche Neuorientierung. Sie kann also nicht ohne weitausschauende Organisation durchgeführt werden.

Als um die letzte Jahreswende die Hoffnungen auf den baldigen Frieden nach der amerikanischen Aktion wieder einmal ins Meer gefallen waren, kam der erste Ruck in der Richtung, die einzuschlagen man noch im Herbst 1916 glaubte ablehnen zu müssen. Eine kostbare Zeit war unterdessen verloren gegangen. Aber jetzt schien man sich ernstlich aufzuraffen.

Am 1. Febr. 1917 tagten im Ständeratssaal unter Vorsitz des Bundespräsidenten die nationalen Landwirtschaftsdirektoren, Vertreter schweizerischen Bauernverbandes, der Anleiheleitung und der an der Lebensmittelversorgung des Landes besonders interessierten Abteilungen des Militär- und des Volkswirtschaftsdepartements. Diese Konferenz malte eindringlich „zur höchsten Anstrengung der Kräfte im Dienste der einheimischen Nahrungsmittelproduktion“, verlangte „eine weitestmögliche Ausdehnung des Aderbaues“, appellierte an freiwillige Mitarbeit, machte aber auch die Anregung, es möchten den Gemeinbehörden Kompetenzen eingeräumt werden, die das erforderliche Land zwangsweise in Anspruch nehmen und bedürftigen Familien zur Pflanzung abzutreten; gewisse Feldarbeiten möchten im Gemeindegewerk und unter Mitwirkung der Schulen verrichtet werden. Von den Anforderungen der nationalen Selbstversorgung war das freilich noch weit entfernt. Hier kam schon der Bundesratsbeschluss vom 6. Februar 1917, der den Kantonen die Kompetenz zu einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen einräumte: Zwangspacht auf Rechnung des Kantons oder anderer Gemeinwesen und Korporationen, landwirtschaftlicher Hilfsdienst und Requisition von Werkzeugen (der Kanton Neuenburg hat in letzter Zeit kräftigen Gebrauch davon gemacht). Das Wesentliche aber ist die vom Bundesrat dem Volkswirtschaftsdepartement eingeräumte Befugnis, „den Kantonen vorzuschreiben, daß gewisse Minimaflächen mit Getreide, Kartoffeln und Gemüse anzubauen sind“. Dazu gesellen sich Vorschriften über Pflege und Ernte der Auluren usw.

Sehr viel mehr Erfolg als die früheren Ermahnungen und Aufmunterungen scheint bis heute dieser Beschluss nicht gehabt zu haben. Denn mit verstärkter Betonung ruft man nun in den Ratsfälen nach mehr Aderbau. Wir möchten uns neuerdings zu der an dieser Stelle am 17. Februar geäußerten Ansicht bekennen, daß die Aufgabe erst dann gelöst werden kann, wenn: 1. festgestellt ist, wieviel Aderfläche die Schweiz zur Selbstversorgung und unter Wahrung des nötigen Milchbedarfes braucht; 2. diese Aderfläche im ganzen Lande auf die für den Anbau geeigneten Grundstücke verteilt wird. Also nicht nach den Bedürfnissen der einzelnen Kantone oder Gemeinden, sondern nach den Bedürfnissen des ganzen Landes muß sich der Betrieb in jedem Landesteil richten, wenn das Höchstmaß erreicht werden soll. Kommt man zum Schluß, daß eine lückenlose Selbstversorgung nicht möglich ist, so hat man um so mehr Grund, wirklich jeden urbaren Boden nach einheitlichen Gesichtspunkten auszunützen. Auch die Ansicht, daß wir ein großes Inter-

esse an der Bebauung möglichst verschiedener Höhenlagen haben, muß neuerdings betont werden. Es liegt darin eine Garantie gegen völlige Missernten.

Eine so weitausschauende Neuordnung der Dinge braucht Geld, braucht wohl eine besondere finanzielle Aktion. Es wird viel gebaut werden müssen. Wir glauben, das Geld sei vorhanden. Es liegt sehr viel Geld im Land. Jedes Anleihen zeigt es wieder. Eine ganz große Gelegenheit würde sich bieten für eine nicht bloß passiv-beschauliche, sondern für eine tatkräftige Mitarbeit des letzten Schweizers, wenn die Behörden ernst machen mit dem Wort des letzten Neutralitätsberichts „Im Notfalle werden wir vor Zwangsmaßnahmen nicht zurücktreten.“ Der Notfall ist da. Das Brot, das wir den Aus- und Durchfuhrländern verdanken, droht einen fatalen Beigeschmack zu bekommen — wie Gefangenschaftsbrot.

Es geht nicht bloß ums Essen; es geht ums nationale Leben und um die Freiheit der Nation. Das muß das Volk wissen, dann wird es mitarbeiten und seinen Führern dankbar folgen, auch auf unbequemen Wegen. Nur ein großes Ziel solidarisiert die Kräfte einer Nation. Die Not hat uns das Ziel gesteckt. Die Gefahr wächst und drängt uns an den Scheideweg.

Westungarische

nte

Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich R. 3 —
vierteljährig R. 8 80
halbjährig R. 17 60
ganzjährig R. 35 20

Für das Ausland:

vierteljährig R. 15 —

Mit der dazugehörigen

„Austrierten Sonntags-Beilage“

monatlich . . . 20 Heller mehr

7.

46. Jahrgang.

Dr. Michaelis.

id der Stadt Pozsony ernannt.

rechtstätigkeit.

guard“ gesunken.

tenden, Kapital zusammenchar-
renden Kreise werde.“

Arti-
der
dun-
wur-
Ab-
inz
rege
Ab-
slich
fam-
sam-
Die ganz anders, wie himmelweit verschieden von derjenigen der ungarischen Landwirte mutet die Emunziation der österreichischen Landwirte an. Während diese es als ihre patriotische Pflicht erkennen, an der Schaffung der Ordnung in den Ernährungsverhältnissen im Interesse der Gesamtbevölkerung mitzuarbeiten, blicken jene neidvoll auf die Gewinne der Industrie und richten ihre Sehnsucht auf eine bessere Ausnützung der Kriegskonjunktur mit der engherzigen Begründung, daß es auch die ungarische Industrie verstand, sich während des Krieges zu bereichern.

Dieser krasse Unterschied in der Denkungs- und Handlungsweise zweier sonst gleichberechtigter Interessensphären regt zum Nachdenken an und wir fragen: Hat die ungarische Landwirtschaft überhaupt Ursache zur Klage und die Berechtigung, weitere Preiserhöhungen zu verlangen? Wenn man die Marktberichte aus österreichischen Städten mit denen in Ungarn vergleicht (und in der Approvisionierung der Städte widerspiegelt sich ja hauptsächlich das Endergebnis der Preisbewegung) kommt man zu der verblüffenden Erkenntnis, daß in Ungarn, dem notorischen Agrarstaate, alle landwirtschaftlichen Produkte um ein Beträchtliches im Preise höher sind als in Oesterreich. Ausdrücklich müssen auch dort die ungarischen Artikel den Vermerk ihrer Herkunft tragen, um den höheren Preis, der für sie natürlich auch dort verlangt werden muß, zu rechtfertigen.

Beschämend genug für das Verhältnis der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion und deren Preisgestaltung zu der österreichischen mutet diese Tatsache an und erstaunt fragen wir, mit welcher wirklich berechtigten Motivierung der Bund der ungarischen Landwirte eine weitere Preiserhöhung beanspruchen kann und darf, ohne bei der Regierung auf einen Widerstand zu stoßen. So, wir vernehmen sogar mit tiefem Groll im Herzen, daß die Bewilligung ihrer Forderungen in Aussicht genommen ist und wir sehen mit wachsender Bitterkeit, daß sich in Ungarn wider im Parlament noch sohin ein Ritter ohne Furcht und Tadel findet, welcher, gleich den deutschen Landwirten in Oesterreich, schon mit Rücksicht auf die tapferen Helden an der Front die Bevölkerung im Hinterlande vor den „zielbewußt Kapital zusammenharrenden Kreisen“ behüten will.

Speziell wir Hausfrauen des Mittelstandes sind schon an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit im Ertragen aller uns unnötig auferlegten Entbehrungen angelangt. Geduldig nahmen wir und nehmen auch weiter hin, was im Interesse unseres heißgeliebten Vaterlandes uns auferlegt wurde und noch wird; das von der Regierung so

Hausfrauenjorgen und Wünche.

In Budapest tagte vor kurzem unter Vorisit des Grafen Robert Zselenkfy der Bund der ungarischen Landwirte. Mit dem Hinweis auf den oft über 500 Prozent betragenden Mehrerwerb der Industrie jetzt, gegen den vor dem Kriege, wurde ein Antrag zum Beschlusse erhoben, bei der Regierung um eine Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte vorstellig zu werden.

Auch die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in Oesterreich, welche bei einer Mitgliedsanzahl von 2200 Landwirten eine Bodenfläche von mehr als einer Million Hektar vertritt, hielt dieser Tage eine vom Kämmerer Grafen Coreth geleitete Versammlung ab. Von dieser Versammlung wurden Präsidium und Direktorium aufgefordert, mit Ausschluß aller agrarpolitischen Tendenzen für eine sachgemäße Förderung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion einzutreten, vor allem aber es als eine dringend zu lösende Hauptaufgabe zu betrachten, das landwirtschaftliche Endprodukt unmittelbar an die Konsumenten abgeben zu können, denn — „man sei es den Soldaten an der Front schuldig, an der Schaffung der Ordnung in den Ernährungsverhältnissen mitzuarbeiten, damit die Bevölkerung im Hinterlande nicht als Opfer der zielbewußt arbei-